Dienstag/Mittwoch, 30. 4./1. 5. 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 100 - 18. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 8,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Zweifel: Eine Beteiligung Frankreichs an dem amerikanischen SDI-Programm ist nach Angaben von Präsident Mitterrand keinesfalls sicher. „Die Technologie interessiert mich. Aber die Strategie halte ich für fragwürdig", sagte er in einem Fernsehinterview. (S. 12)

Urabstimmung: Ein zwiespältiges Echo fand in der Führung der Grünen in NRW der Vorschlag des Bundestagsabgeordneten Otto Schily, nach der Wahl am 12. Mai die Parteibasis über ein rotgrünes Bündnis entscheiden zu lassen. Landesgeschäftsführer Pannen begrüßte den Vorschlag, die Spitzenkandidatin Marianne Hürten lehnte ihn „schon aus zeitlichen Gründen" ab. (S. 4)

Abkommen: Die UdSSR und Nicaragua unterzeichneten gestern ein Wirtschaftsabkommen, auf dessen Grundlage die Zusammenarbeit besser koordiniert und die „Realisierung großer Perspektiven" *ermöglicht werden soll.*

Südafrika: Die am Wochenende entlassenen 15 000 schwarzen Arbeiter von zwei Goldbergwerken werden in die Homelands abgeschoben. Die bisher größte Massenentlassung in der Geschichte Südafrikas war mit einem illegalen Streik der Arbeiter begründet worden.

Dialog: Die UdSSR hat ihren Wunsch nach einem konstruktiven Dialog mit Japan bekräftigt. In der „Prawda" wurde gleichzeitig bedauert, daß alle Initiativen für eine Verbesserung der Beziehungen von Tokio abgelehnt worden seien. Der „Schlüssel" liege im „Trümmerhaufen" der wirtschaftlichen Sanktionen Washingtons begraben, denen sich Tokio angeschlossen habe.

Rückzug? Rund 2000 der 6000 sowjetischen Militärs und Berater in Syrien sind nach Informationen der „Washington Post" abgezogen worden. Darunter sei auch die einzige sowjetische Kampfgruppe.

Weltwirtschaftsgipfel

Wie befreit man den Welthandel von seinen Fesseln und münzt Wachstum in Arbeitsplätze um? Diesem Problem widmen sich auf dem XI. Weltwirtschaftsgipfel die Staats- und Regierungschefs der USA, Japans, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas, Italiens und der Bundesrepublik vom 2. bis 4. Mai in Bonn. WELT-Korrespondenten berichten. Seite 6

WIRTSCHAFT

Konjunktur: Vor einem Rückfall in die Strategie, schwache Konjunkturen durch fiskalisches Stimulans anzukurbeln, warnt der IWF. Die europäischen Regierungen sollten am Kurs der Haushaltssanierung festhalten. (S. 14)

Medien: Die hochverschuldete amerikanische Nachrichtenagentur UPI hat die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens beantragt.

Großbritannien: Im Zuge der Überführung staatlicher Betriebe in Privatbesitz plant Energieminister Walker jetzt die Privatisierung von British Gas. (S. 14)

Börse: Zum Wochenbeginn war die Anlagebereitschaft am deutschen Aktienmarkt nur gering. WELT-Aktienindex 178,9 (179,2). Am Rentenmarkt gab es nur geringfügige Kursveränderungen. BHF-Rentenindex 101,773 (101,761). Performance-Index 101,328 (101,287). Dollar-Mittelkurs 3,1148 (3,1527) Mark. Goldpreis 322,50 (323,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Die Bundesrepublik Deutschland gehört sozial und wirtschaftlich nach wie vor zu den führenden Ländern der Welt. Was uns alle bedrückt, das sind die Folgen von Fehlentwicklungen der 70er und frühen 80er Jahre «

Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, zum 1. Mai FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Jens Peter Jacobsen: Er wird in einem Atemzug mit Kierkegaard und Andersen als einer jener Dänen genannt, die die Weltliteratur entscheidend bereichert haben. Sein Werk war dem Umfang nach schmal, in seinem Gehalt jedoch bahnbrechend. Heute vor 100 Jahren starb 38jährig Jens Peter Jacobsen. (S. 19)

Symposium: Das im Exil entstandene Spätwerk Heinrich Manns stand im Mittelpunkt eines internationalen Symposiums in Lübeck. Dabei wurde das Vorurteil, diese Arbeiten seien das Werk eines „ausgeschriebenen, skurrilen alten Mannes", anhand neuer Forschungsergebnisse eindrucksvoll zurückgewiesen. (S. 19)

SPORT

Fußball: Die deutsche Elf spielt heute in Prag (ab 17.25 Uhr live in der ARD) mit Rahn und Jakobs für die verletzten Briegel und Rummenigge. (S. 9)

Tennis: Damir Keretic schied in Hamburg als erster deutscher Spieler bei den internationalen Meisterschaften aus. Er unterlag Hlasek (Schweiz) 4:6, 4:6.

AUS ALLER WELT

Rekordbeute? Bei dem vermutlich größten Raub in der Kriminalgeschichte erbeuteten vier Banditen in New York fast 50 Millionen Dollar. (S. 20)

Asylanten: Der Ausbruch von Gewalttätigkeiten in einem Berliner Asylantenheim mit vier Schwerverletzten und 100 000 Mark Sachschaden wirft ein Schlaglicht auf die katastrophale Situation, in die Berlin durch den steten Zustrom von Asylbewerbern aus aller Welt geraten ist. (S. 20)

***Wetter:** Bewölkt, zeitweise Regen. 6 bis 12 Grad.*

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Morgen, am 1. Mai, erscheint die WELT nicht. Die nächste Ausgabe erhalten unsere Leser am Donnerstag. In einigen Gebieten erscheinen Zeitungen, mit denen wir in Vertriebsgemeinschaften zusammenarbeiten, am Donnerstag nicht. Unseren Abonnenten wird deshalb diese Ausgabe durch die Post zugestellt.

Exporte und Investitionen stützen Wirtschaftswachstum

Institute empfehlen Korrektur der Steuerreform / Mahnung an die Regierung

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Die wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik Deutschland setzt sich über 1985 hinaus auch im nächsten Jahr fort. Obwohl die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München ihre Wachstumserwartungen für dieses Jahr in ihrem gemeinsamen Frühjahrsgutachten, verglichen mit dem vom Herbst, um 0,5 auf 2,5 Prozent nach oben geschraubt haben, zeichnet sich ihrer Meinung nach aber keine Entspannung am Arbeitsmarkt ab.

Die Prognose: Der Preisanstieg werde sich in den nächsten Monaten wieder abflachen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Verbraucherpreise nur um 2,5 Prozent über denen von 1984 liegen. Für den Außenhandel sei ein Rekordüberschuß von 75 Milliarden Mark zu erwarten, 21 Milliarden mehr als 1984.

Diese Lageanalyse der Institute wird von der Bundesregierung und von den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft geteilt. Allerdings greift Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) die Forderung der Institute nicht auf, die geplante Steuerreform nicht in zwei, sondern in einem Schritt zum 1. Januar 1986 in Kraft zu setzen. Als FDP-Vorsitzender betont Bangemann, insbesondere die wirtschafts- und finanzpolitischen Empfehlungen des Gutachtens seien weitgehend auch die Vorstellungen der FDP.

„Die Gefahr, daß mit der stärkeren Erhöhung des Staatsdefizits das Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen erschüttert würde, wäre umso geringer, je entschiedener gleichzeitig mit der Kürzung von Subventionen und dem Abbau von Steuervergünstigungen begonnen würde", heißt es in dem Gutachten. Der Verzicht auf Kürzung von Subventionen bedeute auch Verzicht auf mehr marktwirtschaftliche Steuerung und damit auf mehr Wachstum und Beschäftigung.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hält es vor allem für enttäuschend, „daß sich die Institute über die zwingend erforderliche Reform der investitionshemmenden Unternehmensbesteuerung ausgeschwiegen" hätten. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordert noch eine steuerstundende Investitionsrücklage.

SEITE 2:
Tag der Arbeitsbesitzer
SEITE 13:
Günstiges Bild

Ein wichtiges Hemmnis für die Ausweitung der Beschäftigung bilden nach Ansicht der Institute die hohen und bis zuletzt gestiegenen Lohnnebenkosten. Auch hier sei der Staat mit aufgerufen, den Anstieg zu bremsen. Dazu gehöre die Eindämmung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen. Überdies sollten die Beitragszahler der Rentenversicherung weniger als bisher zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen herangezogen werden. Plädiert wird auch für den Abbau von Vorschriften, die einen flexiblen Einsatz der Arbeitskräfte behindern. Beseitigt werden müßten auch die Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit Arbeitsgerichtsverfahren und die hohen Kosten von Sozialplänen. Die Maßnahmen des Beschäftigungsförderungsgesetzes, das am 1. Mai in Kraft tritt, erscheinen den Instituten grundsätzlich als geeignet, Beschäftigungshemmnisse zu verringern. Eine Alternative zu einer Zurückhaltung bei Tariflohnabschlüssen sehen die Institute nicht. Auf die Krise in der Bauwirtschaft sollte der Staat nicht mit Konjunkturprogrammen reagieren.

Die stärksten Anstriebskräfte für die Konjunktur gehen nach dem Gutachten nach wie vor vom Export aus. Hier wird für 1985 mit einem Plus von neun Prozent gerechnet. Dagegen bleibe die Zunahme der Inlandsnach*frage insgesamt recht verhalten; von* diesem Pfad wichen die Bautätigkeit nach unten, die Ausrüstungsinvestitionen nach oben ab. Der Investitionsanstieg bleibe weitgehend auf die Industrie beschränkt.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie werde nennenswert zunehmen, im Baugewerbe dagegen deutlich sinken. Die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer dürfte 1985 um rund 50 000 höher liegen als im Vorjahr. Die Zunahme der Erwerbspersonen sei wegen der Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelungen und des geringeren demographischen Effektes gedämpft.

DER KOMMENTAR

Zwei Reisen

HERBERT KREMP

Europa verzeichnet in diesen Tagen zwei Besuchsereignisse. Zum erstenmal seit Ausrufung des Kriegsrechtes 1981 reiste ein sowjetischer Generalsekretär nach Polen. Gorbatschow ließ dort den Warschauer Pakt um 20 Jahre verlängern und demonstrierte mit einer Visite bei Jaruzelski den „Geist der Einheit und herzlichen Freundschaft". Während dort also die eiserne Faust vorgezeigt wird, diskutiert der Westen über Modalitäten des Reagan-Besuches in der Bundesrepublik Deutschland. Gefühle lodern hoch. Sind die deutsch-amerikanischen Beziehungen in Gefahr? Politiker und Publizisten scheinen von dieser Frage so fasziniert zu sein, daß sie darüber die politischen Ziele der Reisen Reagans und Gorbatschows aus dem Auge verlieren.

*Übererregtheit ist ein bekann*tes Merkmal der westlichen Öffentlichkeit. Man darf sie als unvermeidlichen Preis der Freiheit bezeichnen. Könnten die Meinungen sich nicht in dieser Weise messen – nie hätte dieser Teil Deutschlands nach dem Kriege so rasch Aufnahme in die westliche Staatengemeinschaft gefunden. Heute ist die Bundesrepublik ein unverzichtbarer Teil des Atlantischen Bündnisses. Sie gehört ihm seit 30 Jahren an. Grundlage des Paktes sind nicht irgendwelche Gefühle, sondern greifbare Interessen. An ihnen hat sich nichts geändert. In freien Gemeinschaften herrscht jedoch nicht die eiserne Faust, sondern die Kunst des Überzeugens, die Geduld der Argumentation, Verantwortung und Klugheit.

Gegen diese Tugenden wurde in den letzten Wochen verstoßen – offensichtlich von beiden Seiten. Auch von deutschen Politikern, die oft maßlos klingende Kritik am Besuchsprogramm für den Präsidenten als „Beleidigung aller Deutschen, die Soldaten gewesen sind", und als „Verwirrung des menschlichen Geistes" bezeichneten. Ein Wort gibt das andere und alles wird schlimmer.

Dabei ist es in Wirklichkeit doch so, daß das Programm für Reagan in Bonn und Washington auf dem Tisch liegt. Beide Seiten haben ihren Entschluß bekräftigt, *auch den Soldatenfriedhof in* Bitburg aufzusuchen. Nach allen Bekundungen ist eine Absage politisch nicht mehr vorstellbar. Zur Anspannung der Gefühle und Empfindungen träte in diesem Falle der fatale Eindruck, daß Reagan und Kohl unsichere Staatspersonen sind, mit denen man umspringen kann. Das Gegenteil darzustellen, macht aber den Sinn des Besuches aus: Der Präsident und der Kanzler repräsentieren ein unverzichtbares Bündnis. Darüber wird nun zu reden sein.

Israel räumt die Hafenstadt Tyrus

Libanons Christen fliehen vor dem Terror moslemischer Milizen aus dem Machtvakuum

DW. Beirut

Drusische, moslemische und palästinensische Milizen drangen gestern weiter in das Machtvakuum ein, das in Südlibanon nach dem Rückzug der Israelis und dem Abzug der christlichen Milizen entstanden ist. Rund 3000 Christen verließen die Bergstadt Dschessin, um hinter den neuen israelischen Linien Schutz vor den Überfällen der anstürmenden Milizen zu suchen. Die israelische Armee hatte am Mittwoch die in der Nähe von Sidon liegende Stadt geräumt, in die zuvor mehr als 70 000 Menschen geflüchtet waren.

Verteidigungsminister Yitzhak Rabin betonte, Israel werde militärisch nicht mehr zugunsten der Christen eingreifen, Flüchtlingen jedoch humanitäre Hilfe leisten. Die umkämpften Hügelgebiete nördlich der Hafenstadt Saida werden seit Sonntagabend von drusischen und schiitischen Milizen kontrolliert. Etwa die Hälfte der in der Umgebung von Saida lebenden 60 000 Christen verließen fluchtartig ihre Dörfer. Aus Protest gegen den Exodus der Christen im Raum Saida beschloß der griechisch-katholische Informationsminister Joseph Iskaff seinen Rücktritt.

Die israelische Armee setzte gestern mit der Räumung der Hafenstadt Tyrus ihren Rückzug fort. Ein Militärsprecher teilte mit, die Truppen Israels hätten sich in den geplanten, acht bis 15 Kilometer breiten Sicherheitskorridor nördlich der *Grenze zurückgezogen,* der bis *zum* endgültigen Abzug im Juni gehalten werden soll. Radio Beirut meldete, Einheiten der libanesischen Armee und der schiitischen Amal-Miliz seien in Tyrus eingerückt.

Ein Sprecher der in Libanon stationierten UNO-Truppen sagte, die Israelis hätten mit Ausnahme der 22 Kilometer östlich von Tyrus gelegenen Kakaiya-Brücke über den Litani alle Stellungen in dem Gebiet verlassen und sich in das Küstendorf Ras Al-Bayader, elf Kilometer südlich von Tyrus, zurückgezogen. Die letzten israelischen Einheiten, so Beiruter Rundfunksender, rumpelten gestern in langen Panzer- und Lkw-Kolonnen südwärts. Wie bei früheren Rückzügen warfen Hubschrauber Flugblätter ab, auf denen der israelische Befehlshaber des Nordabschnitts die „lieben Nachbarn" der Region Tyrus aufforderte, künftig jede Zusammenarbeit mit Terroristen zu unterlassen. Andernfalls werde Israel mit bisher nicht erlebter Härte zuschlagen.

Entlang der früheren Demarkationslinie zwischen Ost- und West-Beirut kam es gestern wiederum zu Artilleriegefechten zwischen rivalisierenden libanesischen Gruppen. Die Kämpfe in der Hauptstadt und in Südlibanon haben nach vorläufigen Angaben seit Sonntag mindestens 60 Todesopfer gefordert.

„Revolutionäre Zellen" mit neuen Anschlägen

DW. Düsseldorf

Die linksextremistischen „Revolutionären Zellen" haben sich in Briefen zu den Sprengstoffanschlägen in Düsseldorf und Köln bekannt und als Anlaß den bevorstehenden Weltwirtschaftsgipfel genannt. Ziel der Attentate waren die Düsseldorfer Hauptfiliale der Deutschen Bank und zwei Kölner Bürohäuser, mit Geschäftsräumen des Chemiekonzerns Hoechst und des Arbeitgeberverban*des Gesamtmetall. Bei den Detonatio*nen entstand Sachschaden von mehreren hunderttausend Mark; Menschen wurden nicht verletzt. Der Präsident des Bundeskriminalamts, Heinrich Boge, hat die Bevölkerung aufgerufen, anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels die Bemühungen der Polizei zur Verhinderung von Gewalttaten zu unterstützen.

Der Deutschen Bank wird von den „Revolutionären Zellen" vorgeworfen, über ihre „Schuldendienstwaffe" die Dritte Welt „ausbluten" zu lassen. Die Metallarbeitgeber werden als „potenteste Kapitalfraktion" bezeichnet, die eine „extrem verschärfte Ausbeutungsära" einzuleiten suchten. Schließlich wird Hoechst vorgeworfen, eine „weltweite Kontrolle des Ernährungsmarktes" durchzusetzen. Unterdessen hat sich die französische Terrororganisation „Action directe" zu dem in Paris verübten Anschlag auf den europäischen Sitz der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds bekannt und ihn mit dem Weltwirtschaftsgipfel in Zusammenhang gebracht.

Seite 2: Propaganda der Tat
Seite 4: Terroristen weichen aus

Wirtschaft für Reform des Rentensystems

DW. Köln

Ein ausreichendes Wirtschaftswachstum, verbunden mit einer Reform des Rentenversicherungssystems, ist nach Auffassung des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW) unumgänglich, um die Renten mit einer tragbaren Belastung der Versicherten und der Wirtschaft auf heutiger Höhe zu sichern. In einer gestern veröffentlichten Studie verweist das Institut darauf, daß die „wachsende *Alterslast" die Rentenfinanzierung* von den 90er Jahren an weiter erschwere: Etwa im Jahr 2035 komme auf jeden Beitragszahler ein Rentner.

Zur Finanzierung dieser wachsenden Alterslast sind nach Auffassung des IW umfangreiche Änderungen im Rentenversicherungssystem notwendig. Das Institut schlägt unter anderem die Einführung einer umfassenden Nettoanpassungsformel, die Erhöhung des Bundeszuschusses und dessen Koppelung an die Ausgabenentwicklung der Rentenversicherung vor. Die Bundesanstalt für Arbeit sollte außerdem wieder bruttolohnabhängige Beiträge an die Rentenversicherung zahlen. Das IW hält es weiter für erstrebenswert, das Renteneintrittsalter schrittweise anzuheben. Der derzeit diskutierte sogenannte Maschinenbeitrag zur Altersversorgung ist nach Auffassung der IW-Experten nicht sinnvoll. Dadurch würde das zur Konsolidierung der Rentenfinanzierung erforderliche Wirtschaftswachstum geschwächt. Die Stellung der Rentner im Einkommensgefüge sei in den vergangenen acht Jahren praktisch unverändert geblieben.

Weißes Haus: Es bleibt bei Bitburg

Auch Kissinger bestärkt Reagan in seiner Absicht / SPD: Der Präsident ist willkommen

DW./p.p. Bonn

Das Weiße Haus hat der Bundesregierung signalisiert, daß Präsident Reagan ungeachtet der anhaltenden Kritik den Soldatenfriedhof Bitburg besuchen werde. Staatssekretär Boenisch sagte, die Programmpunkte stünden fest, es werde nur noch über Abläufe im einzelnen verhandelt. In Bonn sah man in Fernsehäußerungen von Reagans Stabschef Donald Regan einen eindeutigen Hinweis auf die Unumstößlichkeit des Bitburg-Termins. Regan hatte gesagt, die Deutschen seien „mit überwältigender Mehrheit" für die Gedenkveranstaltung. Er hob zugleich hervor, daß der Besuch in Bitburg nur „zehn oder 15 Minuten" in Anspruch nehmen werde, während der Aufenthalt im früheren KZ Bergen-Belsen „über eine Stunde oder noch länger" dauern solle. Der Präsident sei durch die Kritik, die von amerikanischen Juden und Veteranen geäußert worden ist, „bis ins Herz getroffen".

In seiner Absicht, an Bitburg festzuhalten, wurde Reagan nach US-Presseberichten unter anderem durch den früheren Präsidenten Nixon und den ehemaligen Außenminister Kissinger bestärkt. Demgegenüber empfahl der israelische Regierungschef Peres der Bundesregierung, Reagan von der „irrtümlich gefaßten Entscheidung" zu befreien.

Die SPD-Spitze bemühte sich, dem Eindruck entgegenzutreten, der Besuch Reagans in Deutschland werde wegen Differenzen über dessen Politik nicht gutgeheißen. Parteichef Brandt versicherte, daß Reagan „natürlich willkommen" sei. Sein Stellvertreter Vogel setzte sich zugleich indirekt von der sozialdemokratischen Gegendemonstration ab: „Es wäre gut, wenn die Opposition, die über 40 Prozent unseres Volkes und in manchen Fragen sogar die Mehrheit des Volkes vertritt, Gelegenheit hätte, ihre Ansichten dem Präsidenten auch unmittelbar darzulegen." Vogel kritisierte wie Brandt, daß bisher die SPD-Spitze bei dem Reagan-Besuch nicht eingeplant werde, keine Einladung erhalten hat.

SEITEN 3 UND 12:
Weitere Beiträge

Aber beide SPD-Führer verknüpften ihre positiven Signale mit scharfer Kritik am Bundeskanzler und den „Peinlichkeiten der Vorbereitungen" des Besuchs. Brandt sprach von der „seit langem schwersten Belastung des Verhältnisses". Gerade aus den USA zurückgekehrt, untermauerte Brandt diese Einschätzung: Im einflußreichen „Council on Foreign Relations" in Washington sei er gefragt worden, ob er sich im klaren darüber sei, daß der Kanzler einen Preis zu zahlen habe, wenn er den Präsidenten in eine solche Lage bringe. Brandt: „Ich überlasse es dem Vorstellungsvermögen sich auszumalen, was diese Frage bedeutet."

Sandinisten über Ausmaß der Korruption besorgt

Opposition spricht von einem „Produkt der Revolution"

DW. Managua

Nicht nur der Bürgerkrieg und die Wirtschaftskrise machen den Sandinisten zu schaffen, sondern in wachsendem Maße ein weiteres Phänomen: die Korruption. Die französische Nachrichtenagentur AFP zitierte höchste Regierungsstellen mit dem Eingeständnis, daß die Korruption der Staatsbeamten besorgniserregend sei und dem Land ebenso schaden könne wie die „konterrevolutionäre Guerrilla". Vor zwei Wochen wurde ein staatlicher Ausschuß zur Bekämpfung der Korruption eingesetzt, der „unverzüglich konkrete Maßnahmen ersinnen soll, mit denen Wirtschaftsdelikte entschlossen und energisch bekämpft werden" können. Wie Vizepräsident Sergio Ramirez mitteilte, befinden sich sogar schon Direktoren staatlicher Unternehmen wegen Korruption hinter Gittern.

Über das Ausmaß der Delikte gibt es keine Angaben. Jedoch kann die Bevölkerung auf den im ganzen Land offen zugänglichen Schwarzmärkten zum Beispiel Autoreifen, Ersatzteile und Lebensmittel erstehen, die Nicaragua von lateinamerikanischen oder europäischen Ländern als Geschenk zur Verfügung gestellt wurden. Allein aus dem Erziehungs- und Gesundheitsministerium wurde bekannt, daß medizinisches Gerät oder Medikamente im Wert von 20 Millionen Cordobas (rund sechs Millionen Mark) verschwunden sind.

Über die Wurzeln des Übels besteht keine Einigkeit zwischen den Sandinisten und der Opposition. Für die Staatsführung ist das Problem ein Erbe der Somoza-Diktatur, die 40 Jahre lang die Korruption auf staatlicher Ebene gefördert hatte. Für die linke wie rechte Opposition ist die Korruption jedoch ein „Produkt oder Nebenprodukt der Revolution". Begünstigt werde sie durch den „Fortbestand der Zensur, die indirekt eine Reihe von Mißständen deckt", sagte der Führer der sozialchristlichen Partei, Agustin Jarquin. Er erklärte das Problem Korruption mit dem „Entstehen einer Gruppe von Privilegierten in der Gesellschaft, insbesondere jene, die in Führungspositionen innerhalb der regierenden Partei aufsteigen".

Parteispende war „Betriebsausgabe"

gba. Bonn

Die auf dem Umweg über „staatsbürgerliche Vereinigungen" an die drei Rathaus-Parteien in Köln geflossenen Spenden der Stadtsparkasse sind vom Finanzgericht als ordentliche „Betriebsausgaben" anerkannt worden. Der 8. Senat des Kölner Finanzgerichts befand, daß die Sparkasse sich den Spendenbitten mitgliederstarker Vereinigungen – wie der SPD, CDU und FDP – nicht habe entziehen können, ohne um ihre Geschäftsentwicklung fürchten zu müssen. Hinzu komme, daß ihr Verwaltungsrat von Vertretern dieser Parteien „beherrscht" werde, also ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis gegeben sei.

Seite 4: Betriebsausgaben

Im Umweltschutz Vertrauen zur CDU

DW. Wiesbaden

Die Hessen sind der Auffassung, daß die CDU von allen im Wiesbadener Landtag vertretenen Parteien am ehesten etwas gegen das Waldsterben tun kann. Dies ergibt eine repräsentative Meinungsumfrage der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. 64 Prozent der Einwohner trauen den Christdemokraten in dieser Frage wesentlich mehr Handlungsfähigkeit zu als der SPD (42 Prozent), den Grünen (39 Prozent) und der FDP (34 Prozent). Andererseits meinen die Befragten, daß sich die Grünen (89 Prozent) um das Thema Waldsterben am stärksten kümmern. Offensichtlich wird stärker auf praktisch-politische Lösungsvorschläge geachtet.

Seite 4: Bürger zu Opfern bereit

Guerrilla-Chef ergab sich

DW. San Salvador

Napoleon Romero, einer der Chefs der salvadorianischen Guerrillafront FMLN, hat sich nach amtlichen Angaben den Regierungstruppen gestellt. Ursprünglich war gemeldet worden, er sei am 11. April von Regierungstruppen gefangengenommen worden. Die Behörden in San Salvador übergaben der Presse inzwischen ein Tonband-Interview, worin Romero Nicaragua als „strategischen Stützpunkt" der FMLN bezeichnete, über den auch kubanische Hilfe geleitet werde.

Ein Regierungssprecher kündigte an, Romero werde noch in dieser Woche Gelegenheit erhalten, Journalisten des In- und Auslands „frei und spontan" auf Fragen zu antworten.


UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Propaganda der Tat

Von Werner Kahl

In einer offenbar abgestimmten Aktion sind zu Beginn dieser Woche repräsentative Gebäude der deutschen Wirtschaft das Ziel von Bombenanschlägen geworden. Die anonymen Bombenleger angeblicher „Revolutionärer Zellen" begründeten die Anschläge damit, daß das vereinigte Weltkapital bei seinem Treffen in Bonn sich in Siegerlaune zelebrieren wolle, während gleichzeitig soziale Errungenschaften ausgehöhlt würden.

Das Ziel der Bombenwürfe war schon im Frühjahr mit Sprengstoffanschlägen gegen Niederlassungen von Firmen, Wirtschaftsverbänden und die Zentrale der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie abgesteckt worden. Man will die verhaßte freie Wirtschaftsordnung treffen. Diese Konzeption konnten die Sicherheitsbehörden und um Werkschutz bemühte Unternehmen seit Wochen in Mitteilungen der linken alternativen Szene studieren. Da wurde zu Sabotageakten und Anschlägen aufgerufen, wobei der Bonner Weltwirtschaftsgipfel nur das Stichwort für das Programm lieferte, die Bewegung „an entscheidenden Punkten" weiterzubringen.

Die Drahtzieher haben durchaus realistisch erkannt, daß sich weithin Frust und Frost auf die Szene gelegt haben. Wegen der Immobilität des Vorjahres haben die inhaftierten Terroristen ihre Hungerstreikkampagne des letzten Winters veranstaltet. Mit dem Aufruf, jetzt das „Monstrum" (womit das „imperialistische System" gemeint ist) überall anzugreifen, wo es verletzbar ist, soll die mobilisierende Wirkung verstärkt werden. Denn Schadenswirkung ist für sich genommen bedeutungslos, wenn nicht das politische Kräfteverhältnis verändert werden kann.

Diese Erwartung umrissen auch die Koordinatoren der Gegner unserer Gesellschaftsordnung mit der Aussage, in der Bundesrepublik Deutschland werde eine neue Phase oppositioneller Bewegungen gestartet. Man darf die Bombenanschläge durchaus als Versuch auffassen – wie aussichtslos er auch erscheinen mag –, die Urnengänge an Rhein und Ruhr zu beeinflussen.

Ratlos in Polen

Von Carl Gustaf Ströhm

Daß der neue Moskauer Besen nicht nur innerhalb der sowjetischen Staatsgrenzen kräftig zu kehren beabsichtigt, hat Michail Gorbatschow anläßlich der Gipfelkonferenz des Warschauer Pakts in Polen bewiesen. Der sowjetische Gast blieb einen Tag länger als die anderen Parteichefs an der Weichsel, offensichtlich, um seinen Gastgeber zu energischem Vorgehen gegen die Opposition und die Kirche zu ermuntern.

Nichts von dem, was über Gorbatschow in Polen zu hören war, bot auch nur den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß hier ein neo-sowjetischer „Reformer" auch den Polen einen Reformkurs verschreiben wollte. Im Gegenteil: Der neue Herr im Kreml möchte jene Disziplinierungskampagnen, die er in der Sowjetunion in Bewegung setzte, offensichtlich auf Polen ausdehnen. Moskau ist zwar zufrieden, daß die Gewerkschaft „Solidarität" aus den Schlagzeilen verdrängt wurde. Doch sieht der Kreml mit Mißbehagen, wie sich anstelle der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung nun plötzlich die katholische Kirche als Rückhalt des Polentums und als eigenständige nationale Kraft erweist. Die Sowjets sehen in ihr ein Bollwerk des Antisowjetismus und des „westlichen" schlechthin.

Jaruzelski hatte dem sowjetischen Gast außer einigen Freundschaftsbeteuerungen kaum etwas Positives zu melden. Die Polen leben noch immer in einer politischen Patt-Position zwischen Regime und Öffentlichkeit, zwischen Kommunistischer Partei und Intelligenz. Von einer Wirtschaftsreform, welche die Bevölkerung an den Ergebnissen ihrer Arbeit interessieren würde, kann keine Rede sein. Für die Wirtschaft Polens ist, wie manche Fachleute glauben, vor der Jahrtausendwende kein Land und keine Stabilisierung möglich.

Die Sowjets aber haben außer Ermahnungen und Beschwörungen nichts zu bieten. Polen müßte mit dem Westen wieder zu guten Beziehungen kommen – aber das funktioniert wieder aus Gründen der Innenpolitik nicht. Gorbatschow weiß genau, daß der zweitgrößte Staat des Warschauer Paktes heute für Moskau eine offene Wunde darstellt. Fast scheint es, der sowjetische Parteichef sei angesichts der polnischen Probleme ebenso ratlos wie sein Verhandlungspartner Jaruzelski.

Zauberlehrlinge

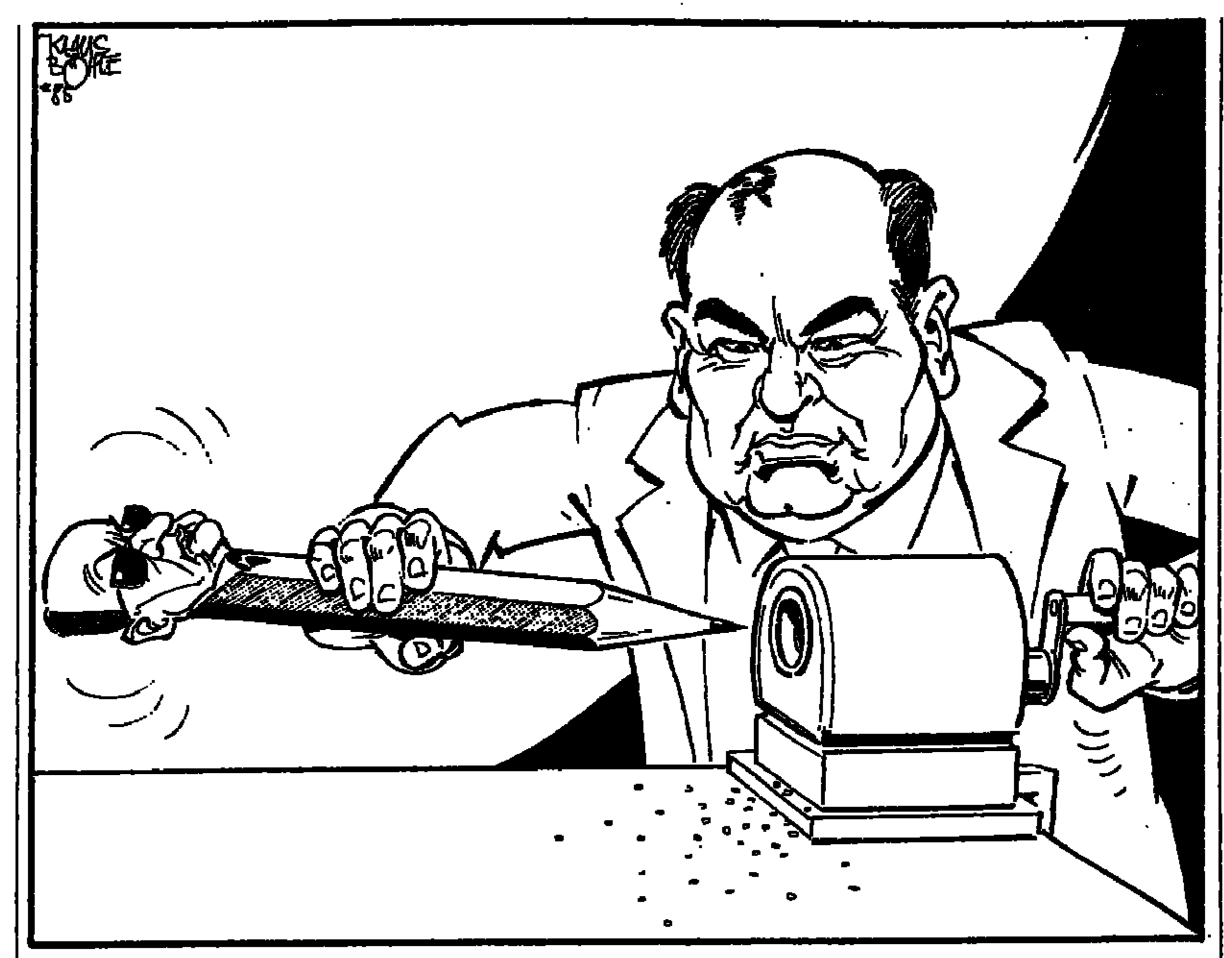
Von Friedrich Bast

Julio César Turbay, Belisario Betancurs Vorgänger als Kolumbiens Präsident, sagte in Bogotà in einer viel beachteten Rede, der innere Frieden, den Betancur sucht, sei bröckelig geblieben: „Wir leben in einem vorwiegend unsicheren Klima. Große Gewalttätigkeit herrscht vor, und das Land ist von Blut getränkt." Das habe Zweifel daran geweckt, daß die Neuwahlen des Jahres 1986 durchgeführt werden können. Und: „Viele Leute geben ihrem Wunsch Ausdruck, das Heer möge einen Staatsstreich durchführen."

Zur gleichen Zeit untersucht ein Gericht am anderen Ende des südamerikanischen Subkontinents die Ereignisse, die 1976 in Argentinien zum Staatsstreich des Heeres und danach zum „schmutzigen Krieg" führten. Die Offiziere, die in Buenos Aires vor Gericht stehen, können betonen, daß ihre Machtübernahme nur dem Wunsch vieler, vielleicht der meisten Argentinier entsprach. Ähnliches könnte General Pinochet sagen, oder viele andere Generäle, die im Lauf der letzten Jahrzehnte in Südamerika die Macht ergriffen.

Dazu trug bei, daß Südamerikas Streitkräfte glücklicherweise in diesem Jahrhundert nur selten gegen einen äußeren Feind kämpfen mußten. Sie galten im allgemeinen, wie es poetisch hieß, als „Hüter der Verfassung", wie sie auch Turbay wieder in seiner Rede nannte; ein Wort, das man so oft benutzte, bis es buchstäblich genommen wurde. Da es außer im Fall des Bürgerkrieges keinen Mechanismus gibt, sie zu dieser Aufgabe zu rufen, übernahmen sie diese Aufgabe, wenn ihr Gefühl ihnen sagte, daß der Zeitpunkt dafür gekommen sei.

Man tut Lateinamerikas Generälen oft unrecht, wenn man sie als machtgierige Gorillas darstellt. Sie füllten nur Machtvakuen aus, um ihre angebliche Pflicht zu erfüllen, zu der Südamerikas Völker sie riefen, ohne gelernt zu haben, wie man sie wieder in die Kasernen zurückschicken könnte. Unzählige Generäle und Obersten griffen in in diesem Jahrhundert in allen Ländern Südamerikas erfolgreich zur Macht und wußten dann nicht mehr, wann oder wie sie wieder abzugeben. An ihrer Schuld tragen die Zauberlehrlinge mit, die sie riefen und sie nicht mehr loswurden.



Neu angespitzt KLAUS BÖHLE

Tag der Arbeitsbesitzer

Von Peter Gillies

Einst war der 1. Mai ein Kampftag gegen die Ausbeutung. „Arbeit" gegen „Kapital", für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, gegen Sonntags- und Kinderarbeit und für auskömmliche Löhne. Heute verlaufen die Fronten anders. Nicht nur sitzt die „Arbeit" in Aufsichtsräten des „Kapitals", sondern es tobt der Verteilungskampf zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen.

Offiziell pflegen die deutschen Gewerkschaften das alte Klassenkampfmodell weiter, manche ihrer Funktionäre aber haben begriffen, daß sie sich mit den Unternehmen in einer Interessengemeinschaft befinden. Der Partnerschaftsgedanke muß sich ihnen auch deshalb aufdrängen, weil sie via Mitbestimmung erfahren, daß Betriebe mit dünner Kapitaldecke und roten Zahlen schwerlich Arbeitsplätze zu sichern, geschweige denn, neue zu schaffen imstande sind. Das können nur ertragreiche Firmen.

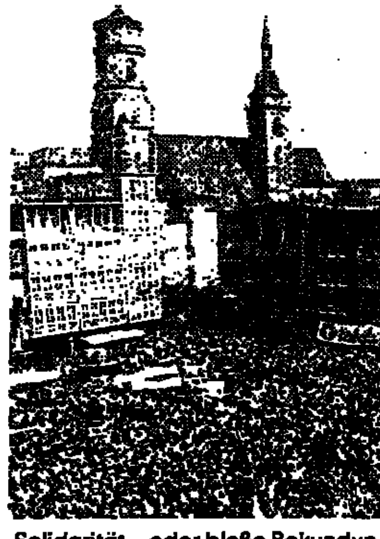
Hier hat sich die Lage deutlich verbessert. Der furiose Eindruck der Hannover-Messe bestätigte das und macht einen Investitionsschub wahrscheinlich. Auch das gestern vorgelegte Frühjahrgutachten der Forschungsinstitute skizziert einen weiteren Wachstumspfad. Hinsichtlich der Beschäftigung jedoch befinden die Gutachter, daß sie zwar leicht zunehmen werde, aber nicht genug, um den Anstieg des Arbeitskräftepotentials zu übertreffen.

Die Preisfrage am „Tag der Arbeit" lautet also: Warum erreichen die unbestrittenen Wohlstandsfortschritte nur jene, die einen Arbeitsplatz besitzen, nicht aber die anderen, die einen Job suchen? Wer hat der Formel „Wohlstand für (fast) alle" die Schlagseite verpaßt?

Das hat mit den Marktkräften auch dann zu tun, wenn man sie zu leugnen sucht. Auch die Arbeit ist eine Ware, bei der „Käufer" nur zugreifen, wenn sie den Preis bezahlen wollen und können; auf deren Erwerb sie jedoch verzichten, wenn bei Überangebot der Preis nicht sinkt, sondern weiter klettert. Die 2,4 Millionen Anbieter von Arbeit offerieren ein derzeit im Überfluß vorhandenes Produkt zu Preisen, die von einem Kartell (den Tarifparteien) festgelegt werden und den sie nicht unterbieten dürfen. Wo sie es dennoch tun – in der Schattenwirtschaft – herrscht folgerichtig eine überaus lebhafte Vollbeschäftigung.

Vollbeschäftigung vermag kein Staat und keine andere Instanz zu garantieren, denn die Festsetzung der Löhne findet aufgrund der Tarifautonomie in einem staatsfreien Raum statt. Von staatlichen Beschäftigungsprogrammen, wie sie auf Maifeiern gefordert werden, ist das Heil also nicht zu erwarten. Sie lenken von den tatsächlichen Verantwortlichkeiten ab. Zwischen Lohn und Beschäftigung gibt es quer durch die Geschichte und die Länder einen gesicherten Zusammenhang: Bei uns und anderswo stieg die Beschäftigung bei sinkender Lohnquote, die Arbeitslosigkeit kletterte dagegen bei steigender Lohnquote.

Daß zu hohe Reallöhne eine gewichtige Ursache der Erwerbslosigkeit sind, sollte von den Gewerkschaften nicht als simples Konzept der Lohndrückerei verstanden werden. Vielmehr richtet sich der Blick heute so aufmerksam wie nie zuvor auf die Nebenkosten eines Arbeitsplatzes, den „unsichtbaren Lohn". Er wird nur teilweise von den Tarifparteien festgelegt, zum großen Teil vom Staat, der Kranken- und Rentenversicherung, den vielen Errungenschaften zwischen Mutterschafts- und Bildungsurlaub, Lohnfortzahlung, Arbeitszeitverkürzung, Frühruhestand sowie den Schutzvorschriften für Arbeitsplatzinhaber. Alles dies erhöht die Hürden für Erwerbslose.



Solidarität – oder bloße Bekundungen? Aufmarsch zum 1. Mai FOTO: DPA

Da nun jede Neueinstellung mit einem Kostenblock behaftet ist, gehen Unternehmen dieses Risiko nur dann ein, wenn die Engpässe bei den Arbeitskräften gar zu sehr drücken. Das ist derzeit nicht die Regel und hängt entscheidend von den längerfristigen Wachstumsaussichten ab. Meist fahren sie lieber Überstunden oder versuchen dem Hochpreis für die Arbeit durch Anschaffung einer Maschine auszuweichen. Diesen Wettlauf mit der Rationalisierung – andererseits eine Quelle künftiger Lohnerhöhungen – wird die Arbeit ohne mehr Flexibilität nicht gewinnen.

Der Weltwirtschaftsgipfel in Bonn gibt einige Denksportaufgaben. Es muß doch nachdenklich stimmen, daß Länder mit beweglichen Gewerkschaften und niedrigem Staatsanteil entweder seit langem Vollbeschäftigung haben oder Millionen neuer Arbeitsplätze schufen. Gemeint sind Japan, die Schweiz und die USA. Dort orientieren sich die Gewerkschaften am Schicksal ihres Betriebes, bei uns gilt ein bei Daimler erstrittener Tarifvertrag starr für alle Regionen, die konkursgefährdete Metallbaufirma Schulze & Co. eingeschlossen.

Dieser neuen „Klassenfrage" weichen die deutschen Gewerkschaften weitgehend aus. Sie klammern sich zu zäh an die Besitzstände der Arbeitsbesitzer. Sie verweigern sich der Einsicht, daß ein unsicherer Arbeitsplatz allemal besser als gar keiner ist. So halten sie für die Arbeitslosen am 1. Mai Solidaritätsbekundungen parat, statt diese Solidarität dadurch zu üben, daß sie die Hürden für Neueinstellungen senken helfen. Trotz einiger Ansätze haben sie den Übergang von der verstaubten Klassengesellschaft zur partnerschaftlichen Interessengemeinschaft noch nicht vollzogen. Die deutschen Gewerkschaften sind zwar mächtig, aber nicht mächtig genug, die ehernen Gesetze des Marktes auszuhebeln.

IM GESPRÄCH Obando y Bravo

Kardinal für Mittelamerika

Von Günter Friedländer

Managua hatte das noch nicht erlebt: Es gab Hochrufe für den Erzbischof Miguel Obando y Bravo, und Autofahrer ließen anhaltend ihre Hupen ertönen, als vor Obandos Amtssitz Nicaraguas Präsident Daniel Ortega zu einem „Höflichkeitsbesuch" vorfuhr: „Wir kommen, um Monsignore Obando zur Ernennung zum Kardinal zu gratulieren."



Widersteht dem Druck der Sandinisten: Miguel Obando y Bravo FOTO: DPA

Verschiedene Erwägungen bestimmten die Ernennung der achtundzwanzig Kardinäle, die der Papst überraschend bekanntgab. Die Dritte Welt soll im Kreis der Kirchenfürsten mehr Gewicht haben, auch wenn das auf Kosten der Europäer, besonders der Italiener geht. Die doktrinäre Position des Papstes soll gefestigt werden, ohne „natürliche" Ernennungen der Bischöfe auszulassen, die ein Amt in der Hierarchie bekleiden, das traditionell zur Kardinalswürde führt.

Alle Bedingungen erfüllt der erste in Nicaragua geborene Erzbischof von Managua, Miguel Obando y Bravo (59), mit dem dieser Teil der Dritten Welt zum ersten Mal einen Kardinal erhält. Er ist ein Gegengewicht gegen Kreise in der Kirche, die vielerorts mit „nationalen Befreiungsbewegungen" sympathisieren, obwohl diese in der Kirche nur nützliche, keineswegs ebenbürtige Verbündete im Kampf gegen die bestehende soziale Ordnung sehen. Er ist ein Gegner der Kirchen „der Armen" oder „des Volkes", die sich in Lateinamerika im Rahmen der Befreiungstheologie der Hierarchie widersetzen. Dabei kann ihn niemand reaktionär nennen.

Das alles hat wohl dazu beigetragen, daß er Kardinal wurde und nicht der als weniger konservativ geltende Erzbischof El Salvadors, Arturo Rivera Damas. Obando ist ein entschiedener Gegner jener „Comandantes", die mit dem Abschwenken ins Lager der leninistischen Marxisten den ideologischen Pluralismus verrieten, den sie vor ihrem Sieg versprochen hatten. Er ist ein Symbol des Widerstands gegen jegliche Diktatur geworden.

Das Leben Obandos ist auf merkwürdige Art mit dem Ortegas verwoben. Beide stammen aus einer kleinen Minenstadt, La Libertad. Beide kämpften gegen Somoza, wobei Obando großes persönliches Risiko auf sich nahm und zweimal in entscheidenden Augenblicken erfolgreich Vermittlerrollen spielte. Dann aber sahen beide sich nach Somozas Sturz in feindlichen Lagern, und abermals scheute Obando nie persönliche Gefahren. Unvergessen ist, wie er verhinderte, daß die Sandinistas den Papstbesuch für ihre Propagandazwecke ausnutzten.

Obando fordert den Dialog zwischen Sandinistas und Opposition, den Marxisten so warmherzig empfehlen, wenn sie unterliegen, und so grundsätzlich ablehnen, wenn sie zu siegen glauben. Seine Ernennung ist ein Signal an Nicaraguas Gläubige, die Hoffnung nicht aufzugeben: „Wir müssen auch in Schwierigkeiten Optimisten sein", war die erste Botschaft des Kardinals.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung beschäftigt sich mit amerikanischen Stimmen zu Bitburg:

Amerikanische Senatoren, die den Deutschen 1985 zu diesem Anlaß nichts anderes als die Millionen Opfer des Nazi-Regimes, einschließlich der gefallenen amerikanischen und alliierten Soldaten, vorrechnen, müssen wissen, an welche Adresse sie sich wenden. Sie, die unter dem Druck anderer stehen, setzen ihren Präsidenten ja sogar mit dem Hinweis auf mögliche politische Konsequenzen für die Bundesrepublik Deutschland unter Druck. Und sie scheinen dabei nicht daran zu denken, daß sie und andere Amerikaner, die den latenten Antiamerikanismus der deutschen Linken beklagen, jetzt auch einen Antiamerikanismus aus anderen politischen Lagern auf die Rutsche befördern.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Zu Reagans Absichten meint sie:

Je lauter das Kesseltreiben gegen Reagans Aufenthalt in Bitburg erschallt, desto klarer wird, wie richtig sein ursprüngliches Vorhaben war, seinen Deutschland-Besuch nicht im Zeichen der Vergangenheit, sondern der Gegenwart und der Zukunft stattfinden zu lassen.

LE FIGARO

Das französische Blatt untersucht die Auftritte Gorbatschows:

Das mindeste, was sich sagen läßt, ist, daß Michail Gorbatschow in jeder Hinsicht sein Debüt auf der Bühne des kommunistischen Blocks gelungen ist. Er stellte alle seine immer deutlicher werdenden Eigenschaften unter Beweis: Intelligenz, Pragmatismus, offenen Geist ... und eiserne Hand. Es ist faszinierend, mitanzuschauen, wie er sich zu dem bedeutendsten Führer Rußlands seit Stalin herausschält. Auf jeden Fall wird er weder den Führern der anderen „Bruderländer" noch denen Polens irgendeine Illusion gelassen haben: Das Gebot der Stunde sind Gleichschritt und Disziplin in den Reihen.

Die Presse

Zur Entscheidung des amerikanischen Kongresses, die antisandinistischen Rebellen in Nicaragua finanziell nicht zu unterstützen, schreibt das Wiener Blatt:

Die Propagandaoffensive Managuas vor dem Votum am Capitol Hill hat jedenfalls Früchte getragen. Zur Ernte fuhr Juntachef Daniel Ortega daraufhin schleunigst zu seinen Genossen nach Moskau und in die Staaten des Warschauer Paktes. Treue Freunde werden dort nämlich nicht wie heiße Kartoffeln fallen gelassen.

THE TIMES

Die Londoner Tageszeitung nimmt zu der Neutralitätspolitik Schwedens Stellung:

Schweden befindet sich zu nahe an der Sowjetunion, um jemals einen Streit mit seinem riesigen Nachbarn anzufangen. Das Land hat aber gelernt, daß es nicht notwendig ist, bis nach Südafrika oder Vietnam zu schauen, um zu sehen, daß die Freiheit mißachtet und die Rechte kleinerer Länder übersehen werden. Falls die nicht-sozialistischen Parteien bei den Wahlen im September ins Amt kommen, würde es keinen substantiellen Wechsel in Schwedens Außenpolitik geben, doch könnte sie in einem robusteren Stil geführt werden.

Zehn Jahre danach: Das Elend der „Befreiten"

Die Bilanz des kommunistischen Sieges in Vietnam / Von Christel Pilz

Saigon am 30. April vor zehn Jahren, dem Tag, da die Hauptstadt und mit ihr endgültig ganz Südvietnam in die Hände der Nordvietnamesen fiel – man erinnert sich an Bilder der Verzweiflung in den vorausgegangenen Tagen, an den „letzten Hubschrauber vom Dach der US-Botschaft": Tausende hatten die Flucht mit den letzten Maschinen von Air Vietnam, mit Flugzeugen der Luftwaffe, mit der Evakuierung der Amerikaner, per Schiff versucht, viele hatten Gift genommen. Dann rollten Hanois Panzer in das Gelände des Präsidentenpalastes ein. Sie waren am Ziel, nach 29 Jahren Krieg.

In den USA und Europa trösteten sich die Kritiker des amerikanischen Engagements in Vietnam: das sei eine „nationale Befreiung" und „Wiedervereinigung", keine kommunistische Eroberung; es werde weder ein Massenmorden noch die Verwirklichung der „Domino-Theorie" (die Eroberung der nächsten Staaten) geben.

Hanoi wiederum betrachtete seinen Sieg noch nicht als endgültig: nun gelte es, den kapitalistischen Süden zu sozialisieren und in den Norden zu integrieren. Als Zeitraum nannte Hanoi fünf Jahre. Hunderttausende verschwanden in Umerziehungslagern und Foltergefängnissen. Andere wurden in „neue Wirtschaftszonen" verschickt, um mit ein paar Werkzeugen aus Dschungelland neue Dörfer zu schaffen. Bauern mußten ihr Land an Kollektive abgeben. Der Exilvietnamese Toan Van Toai schätzt in seinem Buch „Der vietnamesische GULag" die Zahl der politischen Häftlinge Ende der siebziger Jahre auf fünf- bis achthunderttausend. Der Priester Thich Tri Quang, der durch seinen Kampf gegen die Regierung Südvietnams zur Niederlage beigetragen hat, kam nach achtzehn Monaten, die er in einem sargähnlichen Käfig verbrachte, als Krüppel in seine Pagode zurück; heute hört man nichts mehr von ihm.

In nur einem Jahr brach die Industrie zusammen, die Reisproduktion sank, die Bevölkerung verzog sich in passiven Widerstand. Hanois Revolutionäre gingen so weit, zuzugeben, daß sie wüßten, wie man Krieg führt, daß aber sie erst lernen müßten, wie man in Frieden regiert und eine Wirtschaft aufbaut. Dennoch beharrten sie auf der Ursache allen Unheils, auf der „Reinheit" des Marxismus-Leninismus und ihrer „Pflicht", das Testament von Ho Chi Minh zu erfüllen, Vietnam mit seinen Nachbarländern, Laos und Kambodscha, zur „Union von Indochina" zu verschmelzen. Schuldige wurden gesucht und gefunden in der chinesischen Minderheit, die man zur fünften Kolonne Pekings erklärte.

Ein Massenexodus begann. Mehr als eine Million Menschen flohen aus Vietnam. Hunderttausende chinesischstämmiger „Hoa" strömten über die Nordgrenze nach China, andere versuchten die Flucht über die See. Niemand weiß, wieviele umkamen; fast eine halbe Million landete an den Küsten der Asean, auch viele ethnische Vietnamesen. 1978 stellte Peking seine jährliche Wirtschaftshilfe von dreihundert Millionen US-Dollar ein.

Im November desselben Jahres schloß Hanoi einen 25jährigen Pakt mit Moskau. Im Dezember marschierte seine Armee zur zwangsweisen Annexion in Kambodscha ein. Daß China dafür die vietnamesischen Nordprovinzen zerschlug, war für Hanoi nur der Beweis, daß der Nachbar im Norden der Erzfeind des vietnamesischen Sozialismus sei. Doch die Erben Ho Chi Minhs – heute ist Hanois Politbüro mit einem Durchschnittsalter von mehr als siebzig Jahren die älteste Machtzentrale der Welt – hatten sich verkalkuliert. Kambodscha ließ sich nicht vollständig unterwerfen.

Dafür hat Hanoi seine Unabhängigkeit an Moskau verspielt. Als Bezahlung für sowjetische Militärhilfe hat es seine wichtigste Militärbasis, Cam Ranh Bay, den Sowjets übergeben. Ohne sowjetische Militärhilfe müßte Hanoi in Kambodscha kapitulieren; daß nicht weitere Dominos nach Südvietnam, Laos und Kambodscha fielen, verdankt Ostasien zweifellos dem Widerstand in Kambodscha und seiner Unterstützung durch die Chinesen, nicht etwa weiser „nationaler" Selbstbeschränkung der Vietnamesen.

Ohne sowjetische Wirtschaftshilfe würde die vietnamesische Wirtschaft zusammenbrechen. Niemand weiß, wie Vietnam seine Auslandsschulden (an Moskau und die Ostblockländer) von 5,3 Milliarden US-Dollar bezahlen soll. Seine Devisenreserven stehen bei sechzehn Millionen. Das Finanzsystem ist unkontrollierbar geworden. Nur illegale Transaktionen funktionieren. Eine Währungsumstellung scheint unvermeidbar zu sein. Die Industrie stagniert weiterhin. Die Produktion von Reis, Getreide, Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln kann die Nation von neunundfünfzig Millionen Menschen nur knapp ernähren. Sie soll dieses Jahr insgesamt 19 Millionen Tonnen ergeben.

Zehn Jahre nach dem Sieg gibt es nichts, worauf Hanois Revolutionäre stolz sein könnten. Sie haben Elend und Bitterkeit gesät, im Norden wie im Süden. Doch Parteichef Le Duan zieht den Schluß: Der Kurs der Partei und ihr Programm sei richtig: die Schwierigkeiten lägen darin, daß die Massen die Parteipolitik nicht richtig verstünden.



Reagans schwere Tage und das „Loch" im Weißen Haus

Kein Zweifel: Ronald Reagan hat die bittersten Tage seiner Amtszeit durchzustehen. Bitburg, Nicaragua, die Wirtschaftsprognosen sind Stichworte, die im Weißen Haus unangenehm klingen. Und dennoch: Mit Reagan kommt diese Woche ein Mann nach Bonn, den die politische Fortune noch nicht verlassen hat.

Von FRITZ WIRTH

Es gibt eine Inflation im Umgang mit dem Wort „Gipfel", klagte vor wenigen Tagen einer der robustesten Kletterer der internationalen Politik, Robert McFarlane, der Sicherheitsberater Ronald Reagans. Er meinte das nicht im Zusammenhang mit jener wirtschaftspolitischen internationalen Gratwanderung, die in dieser Woche in Bonn beginnt, sondern mit der Gipfelhysterie, die sich um das voraussichtliche Treffen Reagan–Gorbatschow gebildet hatte.

Dennoch: Selten hat die Klage über die Entwertung und Umwertung von Gipfeltreffen so viel Berechtigung gehabt. In Washington hat man das Bonner Treffen bereits in den „Friedhofs-Gipfel" umgetauft.

Bitburg hat diesen Gipfel zur Geisel genommen. Eine Geste der Aussöhnung, die schon im Planungsstadium mißglückte, hat die politische Substanz des Bonner Gipfels unterminiert. Jene, die warnend, mahnend und hoffend neue wirtschafts- und finanzpolitische Signale von diesem Bonner Treffen erwarten, haben Mühe, über die Bitburg-Querelen hinweg gehört zu werden.

Der amerikanische Präsident ist nach dem Protokoll und in der Theorie einer unter sieben Gleichen auf diesem Wirtschaftsgipfel. In Wahrheit ist er ihre Schlüsselfigur. Um so wichtiger sind die Fragen: In welcher Verfassung kommt er nach Bonn? Welche Spuren hat die Bitburg-Affäre im politisch-psychologischen Koordinatensystem hinterlassen? Ist dies noch der selbstbewußte und kämpferische „Jetzt geht es erst richtig los"-Ronald Reagan, der vor 100 Tagen bei seiner Inauguration mit diesem Spruch seine Wähler elektrisierte?

Glaubt man jenen amerikanischen Beobachtern, die in Washington nicht viel mehr tun, als ihn tagaus, tagein unter die Lupe zu nehmen, dann kommt dieser Präsident in Sack und Asche nach Bonn. Betroffen, daß der Zauber seiner Kommunikationskunst zum erstenmal seit vier Jahren im dornenreichen Gestrüpp der Bitburg-Affäre zu stranden droht, gedemütigt durch Rückschläge, die er mit seiner Nicaragua-Politik im Kongreß hinnehmen mußte, und beunruhigt durch Statistiken, die ein Abschlaffen des wirtschaftlichen Wachstums andeuten.

Kurz: Das Weiße Haus, bis vor wenigen Wochen, als man dort die erfolgreiche Kampagne für das Überleben des MX-Raketen-Programms feierte, noch eine Festung des Reagan-Optimismus und seiner unwiderstehlichen Siegeszuversicht, sei über Nacht zum Trauerhaus geworden. Die letzten Rückschläge hätten die Grenzen dieses Optimismus und der bisher so eindrucksvollen Unbesiegbarkeit offenbart.

Hier seien die ersten Vorboten jener Phase erkennbar, der kein Präsident in seiner zweiten Amtszeit entfliehen könne – der „Lame-duck"-Periode, jener Phase also, in der die Loyalität seiner politischen Freunde auf dem Prüfstand steht, die sich mehr auf ihre eigene politische Zukunft hin orientieren statt auf die eines Präsidenten, dessen Zukunft klar abgegrenzt ist.

Man sollte nicht den bemühten Optimismus, den sein Stabschef Donald Regan seit einigen Tagen zur Schau stellt, zum Maßstab der gegenwärtigen politischen Stimmung im Weißen Haus nehmen. Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß die Bitburg-Diskussion den Präsidenten getroffen hat. Diese Affäre hat die Grenzen seines „Telefon-Images" gekennzeichnet. Dieser Mann ist einfach nicht kalt und kalkulierend genug, als daß von dieser traurigen Episode nichts hängenbliebe.

Und es ist keineswegs Zorn, der hängengeblieben ist. Die Folgen und Eindrücke dieser Affäre haben größere Tiefenwirkung auf ihn gehabt. Sein seit zehn Tagen andauerndes öffentliches Schweigen zu Bitburg ist vielsagend. Hier ist ohnmächtiger Schmerz zurückgeblieben.

Er weiß, daß Fehler gemacht wurden, und er hat nicht versucht, sie zu beschönigen. Es hat dennoch kein Strafgericht mit jenen gegeben, die ihn durch falschen Rat und durch Fahrlässigkeit in diese Lage brachten. Statt dessen neigt er dazu, dies einer unglücklichen personellen Konstellation in seiner Umgebung zuzuschreiben.

Denn Bitburg fiel genau in ein „personelles Loch" einer Mannschaft im Weißen Haus hinein, deren Operationen vier Jahre lang das Gütezeichen smarter Eleganz und lautloser Effizienz trugen. Die Planung dieses Deutschland-Besuches lag noch in den Händen des alten Teams mit James Baker und Michael Deaver als Schlüsselfiguren, die ihr Augenmerk jedoch auf neue Aufgaben gerichtet hatten, und das Krisenmanagement lag bereits in Händen des neuen Teams unter Donald Regan, das kalt und unerfahren in dieses Feuer geriet und sich verbrannte.

Diese Bitburg-Krise offenbarte darüber hinaus die Unterschiede im Stil und im Management der beiden Stabschefs. James Baker war der gewiegte politische Operateur mit einem wachen Gefühl für das Machbare. Er war im wahren Sinne des Wortes ein Premier innerhalb der Administration. Seinem Nachfolger Donald Regan mangelt es an der feinfühligen politischen „sophistication". Er ist ein ungestümer Mann, der am liebsten die Probleme frontal angeht.

Die Folgen zeigten sich in der Nicaragua-Konfrontation mit dem Kongreß. Donald Regan schickte den Präsidenten in ein Gefecht, das er nicht gewinnen konnte, begleitet von einer aufwendigen Rhetorik, für die der neue Stratege für die Öffentlichkeitsarbeit des Weißen Hauses, Pat Buchanan, zuständig war, die das Ausmaß der Niederlage am Ende größer aussehen ließ, als es wirklich der Fall war.

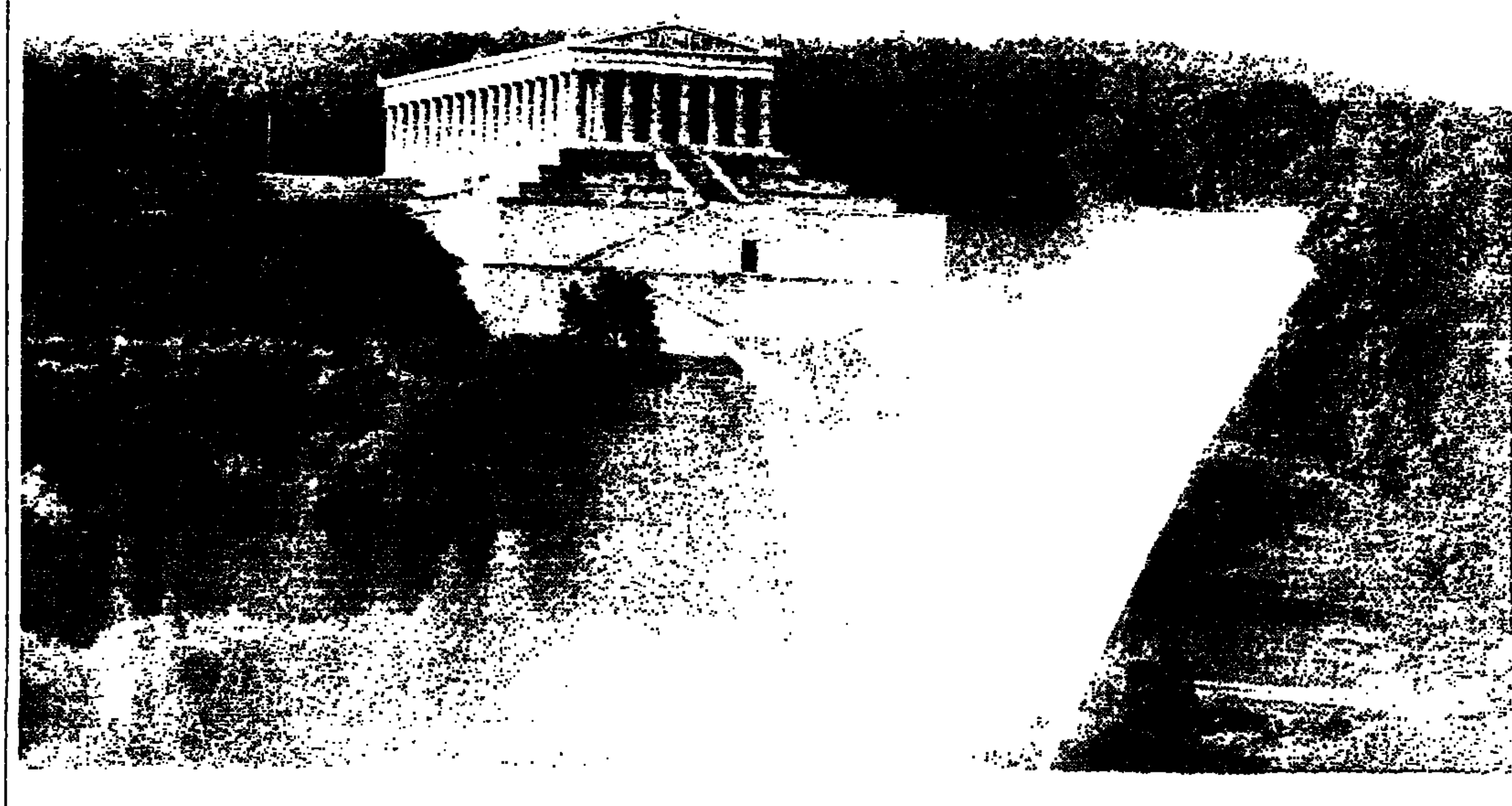
Es gibt also sehr rationale Erklärungen für die Rückschäge Ronald Reagans in den letzten zwei Wochen. Es wurden Fehler gemacht, die größere Wirkung hatten als nötig, weil die Schadenskontrolle innerhalb seiner neuen Umgebung von Ratgebern nicht oder zu spät funktionierte. Alle Versuche, diesen Präsidenten bereits als eine „lame duck", als eine „lahme Ente" abzuschreiben oder das Ende seiner politischen Fortune zu verheißen, die ihn durch die ersten vier Amtsjahre begleitete, sind jedoch verfrüht und übertrieben.

Ronald Reagan hat ohne Zweifel die schwierigste Woche seit der Libanon-Krise im letzten Jahr hinter sich. Jene, die diese Woche als den Anfang vom Ende der alten Reagan-Herrlichkeit interpretierten, übersehen: Dieser Präsident ist trotz der scheinbaren Unbekümmertheit, mit der er amtiert, und trotz seines unbeugsamen Optimismus ein sehr harter Mann und ein Kämpfer. Er glaubt fest an das Mandat und an die Mission, mit denen ihn die große Mehrheit der amerikanischen Bürger in die nächsten vier Jahre seiner Amtszeit geschickt hat.

Am deutlichsten und realistischsten sehen trotz aller Krisenalarmlichter, die in den letzten Wochen aufleuchteten, eigentlich immer noch seine schärfsten und direktesten Gegner, die Demokraten, die sich immer noch nicht von der Niederlage durch Reagan am 6. November vorigen Jahrers erholt haben: „Wir haben es uns abgewöhnt, diesen Mann zu unterschätzen. Er hat noch lange nicht seine letzten politischen Trumpfkarten ausgespielt."



Der Präsident und sein Stabschef: Donald Regan manövrierte Ronald Reagan in politische Schwierigkeiten hinein FOTO: DPA



Germanisches im griechischen Gewand: Die Walhalla, die Ruhmeshalle der Deutschen, auf dem Breuberg über Donaustauf FOTO: HEIKE RIEMER

Walhalla – das deutsche Pantheon

„Möchten alle Deutschen, welchen Stammes sie auch seien, immer fühlen, daß sie ein gemeinsames Vaterland haben, ein Vaterland, auf das sie stolz sein können." Bayernkönig Ludwig I. sprach diese Worte 1842, lange vor der Geburt des Deutschen Reiches, bei der Eröffnung der Walhalla, der Ruhmeshalle der Deutschen. Ein Nationaldenkmal als politischer Wegweiser.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Unten in Donaustauf, ein paar Kilometer östlich von Regensburg, ist Kirmes und Flohmarkt zugleich. Ein paar Laugenbrezeln gefällig? Oder besser eine goldene Statue von Ludwig I.? Ein Blick hinauf zur Walhalla, oben auf dem Breuberg, rund 100 Meter über der Donau, empfiehlt die körperliche Stärkung. Aber nähert man sich so prosaisch der Ruhmeshalle der Deutschen, die der aufsässige Bayernkönig – damals noch Kronprinz – gegen den verhaßten Napoleon geplant hat? Die meisten Besucher fechten solche Zweifel an diesem sonnigen Frühlingsvormittag nicht an. „Joa, mei", sagt ein wadenstarker Wanderer, der aus Rosenheim angereist ist, „gegen a Brotzeit wern's wohl nix einzuwenden ham, die hohen Herrschaften!"

So locker geht man heute mit Nationaldenkmälern um. Nicht nur die Walhalla selbst lockt die Pilger: „Es ist doch ein schöner Spaziergang, und die Aussicht von da oben ins Donautal runter – einfach ganz unvergleichlich." Aber es gibt – allen Unkenrufen zum Trotz – auch noch viele, die nur wegen des Denkmals nach Donaustauf reisen. Eine Stuttgarterin, mit zwei halbwüchsigen Buben im Schlepptau, ist fast ein wenig empört über die Frage nach ihren Motiven: „Sie können sich wohl gar nicht mehr vorstellen, daß man als Deutscher auch ein bißchen stolz auf sein Land ist?" Und ein Japaner, der klischeegemäß seine Kamera in Dauerbetrieb hält, versichert entzückt: „That's a beautiful monument!"

Natürlich steigt man nicht unbedingt die gewaltige Treppe empor, die dem Ruhmestempel vorgelagert ist. Die Stufen zum Ruhm sind hoch, nicht nur in Zentimetern. Steile Sträßchen, idyllische Wege. Wem das zu mühsam ist, nimmt das Auto. Aber das wäre nur das halbe Vergnügen. Denn die mit jedem Schritt wachsende Ferne des Horizonts gehört mit zur Annäherung an das Denkmal: Ob Niederwald, Hermann oder Walhalla, die Monumente wollen nicht nur gesehen sein, sondern auch einen Eindruck vermitteln vom Lande, dem ihre Sinngebung gilt.

In der Walhalla klingt das zusammen. Romantische Landschaft, romantisch-idealistische Architektur. Ein deutsches Pantheon hat Leo von Klenze gebaut, weil er die griechische Architektur für die „einzig wahre und wesentliche" ansah. Der deutsche Idealismus, dessen Geist sich hier Form gab, hat nie puritanisch auf die regionalen Wurzeln und Grenzen geschaut. Maß und Ziel der Antike ist stets deutsche Sehnsucht gewesen.

Die Idee eilte der Geschichte weit voraus

Ebenso fern wie das griechische Ideal war 1807, als Kronprinz Ludwig den Plan zum Bau der Walhalla hegte, die Idee, der das Werk galt: deutsche Einheit. Napoleon hatte nach Österreich auch Preußen besiegt. Offiziell war Bayern sogar mit den Franzosen verbündet. Aber Kronprinz Ludwig hatte nie ein Hehl daraus gemacht, daß er dieses Bündnis nicht mochte. Und als Napoleon ihn nach Berlin zur Demutsgeste befahl, rächte sich Ludwig auf bayerische Weise: Er bestellte bei Bildhauer Gottfried Schadow die erste Büste, die in der späteren Ruhmeshalle Platz finden sollte – das Bildnis Friedrichs des Großen. Eine hilflose Geste vielleicht, aber wenigstens eine Geste.

Mit geradezu verbissener Konsequenz verfolgte der damals kaum zwanzigjährige Kronprinz seine Idee einer Ehrenhalle des Vaterlands. Bauen konnte er sie noch nicht, aber er gab die Büsten derer in Auftrag, die einmal darin Platz finden sollten. Die berühmtesten Bildhauer waren ihm für diese Aufgabe gerade gut genug: Schadow, Rauch, Tieck. Und in der Auswahl der Geehrten hatte der Bayernprinz geradezu großdeutsche Ambitionen. Böhmen und Livländer, Schweizer und Elsässer kamen in seine Auswahl. Sogar Holländer, deren Sprache für ihn „vom Plattdeutschen fast gar nicht unterschieden" war.

Wer heute durch die marmorne Halle wandert, mag sich mitunter wundern. Wie kommt Katharina II. von Rußland hierher? Da muß man schon wissen, daß die Zarin aus dem Hause Anhalt-Zerbst stammte. Auch intolerant war Ludwig gewiß nicht. Er, der Katholik, der manchen Ärger mit den Protestanten hatte, ließ nicht nur Martin Luther in die Ruhmeshalle ein, sondern auch Landgräfin Amalie von Hessen-Kassel, der es zu danken war, daß im Westfälischen Frieden von 1648 das reformierte Bekenntnis anerkannt wurde.

1825 bestieg Ludwig I. den bayerischen Thron. Nun endlich konnte er seine Idee realisieren. Daß die Ruhmeshalle nicht nach München kam, soll Metternich zu „danken" sein, dem eine „gesamtdeutsche" Sache in Bayerns Hauptstadt von zu großer zentraler Bedeutung erschien. So baute man die Walhalla in Donaustauf, wo der Fürst von Thurn und Taxis 1826 dem König ein Grundstück geschenkt hatte. Der Stadt München blieb die regionale Patronin Bavaria, während die alles umfassende Germania 1827 beginnen konnte, vom Giebel des Pantheon aus die deutschen Bundesstaaten zur Einheit zu mahnen.

Aber erst 1842 sah sich der Bayernkönig endgültig am Ziel seiner Wünsche. Die Ruhmeshalle der Deutschen wurde am 18. Oktober, dem Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig, eröffnet. Finanziert hat der König sie aus seinem privaten Budget, das andere Landesherren zu jener Zeit noch lieber zur Verlustierung benutzten. Nicht umsonst galt Ludwigs Hof als einer der kärglichsten Europas, seine Küche gar als die schlechteste. „Aber", so antwortete der Monarch einer Kritikerin, „sonst hätte ich die Walhalla und die Pinakothek nicht gebaut."

Der König zahlte aus dem privaten Budget

Geschichten und Geschichte. Auch die Walhalla ist vielen in die Historie entrückt, schon der Name manchem ein Ärgernis. Der Historiker Johannes von Müller hatte ihn angeregt. Germanische Mythologie – Walhall ist der Ort, den die Götter den gefallenen Helden zugedacht haben – im griechischen Gewande. Auch das ein deutscher Dualismus und eine Integration. Die Idee der Walhalla ist offen geblieben, nicht nur, was die Aufnahme neuer Köpfe betrifft. 1978 kam der Komponist Carl Maria von Weber dazu, 1983 der Genetiker Gregor Mendel.

Nach dem Abstieg vom Breuberg ißt man unten in Donaustauf vielleicht doch eine Laugenbrezel zur Stärkung. Den „hohen Herrschaften" tut's bestimmt keinen Schaden. Und es schadet auch nichts, sich der Worte Ludwigs I. bei der Eröffnung zu erinnern: „Möchte Walhalla förderlich sein der Erstarkung und Vermehrung deutschen Sinnes! Möchten alle Deutschen, welchen Stammes sie auch seien, immer fühlen, daß sie ein gemeinsames Vaterland haben, ein Vaterland, auf das sie stolz sein können."

(wird fortgesetzt)

Bürger sind zu Opfern für den Wald bereit

Meinungsumfrage in Hessen mit erstaunlichen Ergebnissen

D. GURATZSCH, Wiesbaden

Die Bereitschaft der Bevölkerung, finanzielle Opfer für eine Rettung des Waldes zu bringen, ist offenbar wesentlich größer als bisher angenommen. Das ist eines der Ergebnisse einer Meinungsumfrage in Hessen, die die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) bei 1698 Personen im Alter von 16 bis 75 Jahren durchgeführt hat. Nach den Worten des Hessischen Landesvorsitzenden der SDW und geschäftsführenden Präsidenten des Hessischen Sparkassen- und Giroverbandes, Adolf Schmitt-Weigand, ergibt die Befragung einen repräsentativen Querschnitt der 4 624 653 Einwohner zählenden Bevölkerung von Hessen.

Die Antworten bestätigten den hohen Stellenwert, den das Waldsterben in der Umweltdiskussion erreicht hat. 52 Prozent der Befragten halten es für das „Umweltproblem Nummer eins" – vor Luftverschmutzung (26 Prozent), Abgasen (neun) und Wasserverschmutzung (acht Prozent). Auch für die sprichwörtliche deutsche Waldinnigkeit liefert die Umfrage Belege: 65 Prozent fühlen sich im Wald „der Natur am nächsten", für 62 Prozent „gehört der Wald zu Deutschland wie Beethoven und Goethe", 52 Prozent bekennen sich zu einem so emotionalen Satz: „Es gibt kein erhebenderes Gefühl, als im Wald spazierenzugehen und der Natur zu lauschen", während zwei Drittel „gar nichts" von Einwänden wie „Gefühlsduselei" oder: „Man macht zu viel Aufhebens um den Wald" wissen wollen. „Voll und ganz" mögen sich nur neun Prozent mit derartigen Argumenten identifizieren.

Erstaunlich hoch ist der Kenntnisstand über die „Wohlfahrtswirkungen des Waldes". Seine Bedeutung für Klima (90 Prozent), Boden und Grundwasser (92) sowie reine und gesunde Luft (94 Prozent) gehört zum Grundwissen der Bevölkerung, dem ein Informationsdefizit über die Hauptquellen der für die Wälder bedrohlichen Luftverschmutzung gegenübersteht. Im Vergleich mit Angaben des Umweltbundesamtes von 1982 über die Hauptemittenten ergeben die Antworten der Befragten ein völlig verzerrtes Bild. 57 Prozent sehen in der Industrie den „Hauptverursacher für das Waldsterben" (nach Angaben des Umweltbundesamtes ist sie aber nur zu 19,3 Prozent an den Gesamtemissionen beteiligt), 22 Prozent die Kraftwerke (17,5), dagegen nur 16 Prozent den Verkehr (47 Prozent) und nur drei Prozent die Haushalte (16,2 Prozent)!

Befragt nach den Folgen des Waldsterbens, gestand fast ein Viertel der Befragten (23 Prozent) Sorgen um die Gesundheit ein. Das war nach der Gruppe von 34 Prozent, die Auswirkungen auf die Luft befürchtet, der höchste Prozentsatz bei der Folgenabschätzung. Diese Tatsache wird von der Schutzgemeinschaft auch mit der verbreiteten Furcht vor Allergien in Zusammenhang gebracht. Fast jeder dritte Befragte hat schon mit Allergien zu tun gehabt.

Bei der Frage nach den notwendigen Maßnahmen im Bereich der Industrie und der Kraftwerke ist die Zahl der Befürworter von Energiesparmaßnahmen mit 30 Prozent nur halb so groß wie die Gruppen derjenigen, die „umweltfreundlichere Energiearten" oder Reinigungsanlagen zur Begrenzung des Schadstoffausstoßes empfehlen. Desgleichen sprechen sich im Bereich des Kraftfahrzeugverkehrs nur etwas mehr als halb so viele Befragte (29 Prozent) für Geschwindigkeitsbegrenzungen aus, wie für den Einbau von Katalysatoren (60 Prozent) oder verbesserte Motoren plädieren (53 Prozent). Überraschenderweise geben dabei mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) gesetzliche Maßnahmen zur Luftreinhaltung den Vorzug gegenüber freiwilligen Maßnahmen.

Auf der anderen Seite wären nach der Umfrage mehr als zwei Drittel der Bevölkerung (67 Prozent) zu einem freiwilligen finanziellen Opfer zur Rettung des Waldes bereit. 32 Prozent davon würden zehn Mark jährlich, 18 Prozent, 50 und 16 Prozent sogar 100 Mark zahlen. Umgerechnet auf das durchschnittliche Monatseinkommen der Befragten und die hessische Gesamtbevölkerung ergäbe sich ein jährlicher Gesamtbetrag von zwei Milliarden Mark – nach Meinung der Schutzgemeinschaft genug, um alle Großkraftwerke im Lande innerhalb von nur drei Jahren mit Entschwefelungsanlagen auszustatten.

Gericht: Parteispenden waren Betriebsausgaben

Stadtsparkasse zahlte an alle drei Rathausparteien

GÜNTHER BADING, Bonn

Die auf dem Umweg über „staatsbürgerliche Vereinigungen" an die drei Rathaus-Parteien in Köln geflossenen Spenden der Stadtsparkasse sind vom Finanzgericht als ordentliche „Betriebsausgaben" anerkannt worden. Das Kölner Finanzgericht hob mit diesem Urteil gestern eine Entscheidung des zuständigen Finanzamtes auf, das die Körperschaftssteuerbescheide der Stadtsparkasse nachträglich geändert und die Abzugsfähigkeit dieser indirekten Parteispenden bestritten hatte.

Der Senat befand, daß die Stadtsparkasse nicht nur die Spendenbitten von Vereinigungen sondern auch die der Parteien nicht habe ablehnen können, ohne Nachteile für ihre Geschäftsentwicklung befürchten zu müssen. Schließlich sei über den Verwaltungsrat, in dem überwiegend Mitglieder der Rathaus-Parteien – SPD, CDU und FDP – säßen, eine besondere Abhängigkeit der Stadtsparkasse von den Parteien gegeben.

Wie viele Privatpersonen hatte auch die Sparkasse Köln von 1971 bis 1981 an staatsbürgerliche Vereinigungen Geld gegeben. Diese Mittel waren nach Untersuchung der Steuerfahndung des zuständigen Kölner Finanzamtes „ganz oder teilweise" an die der jeweiligen Vereinigung nahestehende Partei geflossen. Größenordnungen der Spenden wurden im Prozeß nicht genannt; es soll sich insgesamt um einen Betrag von etwa 180 000 Mark gehandelt haben.

Klage der Kasse

Die Stadtsparkasse – Bilanzsumme rund neun Milliarden Mark – hatte diese Spenden nun als „Betriebsausgaben" in der Körperschaftssteuer-Erklärung eingesetzt. Das Finanzamt wollte, nach den Ermittlungen, die zur Aufdeckung der Umwegfinanzierung der Parteien führte, diesen Steuerabzug nicht mehr bewilligen. Dagegen klagte die Kasse.

Der 8. Senat – der erste, der in etwa zehn ähnlich gelagerten Fällen vor dem Kölner Finanzgericht zu entscheiden hatte – befand, daß die Sparkasse diese Spenden zu Recht als „Betriebsausgaben" wertete. Die Begründung: Durch die Zuwendungen werde der Gewinn der Sparkasse geschmälert. Betriebsausgaben seien Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlaßt seien. Betriebich veranlaßt seien alle Aufwendungen, die objektiv in einem tatsächlichen der wirtschaftlichen Zusammenhang mit dem Betrieb stünden und subjektiv zu seiner Förderung gemacht würden. Notwendig, üblich, zweckmässig, angemessen oder erfolgreich brauchten die Aufwendungen nicht zu sein, erklärte der Vorsitzende in der mündlichen Urteilsbegründung. Die strittigen Zuwendungen stünden „in einem objektiven Zusammenhang" mit dem Betrieb und seien subjektiv bestimmt, ihm zu dienen.

Abhängigkeit vorhanden

Ein Kreditinstitut wie die Stadtsparkasse Köln sei „tatsächlich und wirtschaftlich von der Gunst der mitgliederstarken Vereinigungen im örtlichen und regionalen Bereich abhängig". Es könne sich nach Überzeugung des Senats Spendenbitten solcher Vereinigungen nicht voll entziehen, ohne um seine Geschäftsentwicklung fürchten zu müssen. Auch den Spendenbitten der örtlich und regional maßgeblichen politischen Parteien habe sich die Kasse – „anders als ein Privatmann" – nicht voll entziehen können, ohne geschäftliche Schwierigkeiten befürchten zu müssen. Besonders berücksichtigt werden müsse, daß die Stadtsparkasse in ihrem Verwaltungsrat von Mandatsträgern und Funktionären dieser Parteien „beherrscht" werde.

Gegen den Vorstandsvorsitzenden der Kasse und ein weiteres Vorstandsmitglied hatte das Amtsgericht Köln im Zusammenhang mit der gestern vor dem Finanzgericht verhandelten Klage bereits vor mehr als einem Jahr Strafbefehle von 10.500 und 6000 Mark wegen des Vorwurfs der Steuerhinterziehung erlassen. nach dem Einspruch gegen diese Entscheidung war ein termin für eine Hauptverhandlung bisher nicht angesetzt worden. Eine Sprecherin des Amtsgerichts wies daraufhin, daß es „keine automatische Bindungswirkung" von Finanzgerichtsentscheidungen auf anhängige Strafverfahren gebe.

Terroristen weichen der „Festung" Bonn aus

Jüngste Anschläge für Sicherheitsbehörden nicht überraschend

WERNER KAHL, Bonn

Die Sprengstoffanschläge gegen Unternehmen und Wirtschaftsverbände in Düsseldorf und Köln zu Beginn dieser Woche kamen für die Sicherheitsbehörden nicht überraschend. Unter Umgehung des polizeilich scharf gesicherten Schauplatzes des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn bereiteten sich militante Gruppen auf Ausweichziele in Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten vor. „In alternativen Medien und in Flugschriften der Szene wurde expressis verbis darauf hingewiesen, daß es auch in anderen Orten lohnende Ziele gibt", erklärte der Geschäftsführer des Verbandes Sicherheit in der Wirtschaft (VSW) in Bonn, Pohl, der WELT.

Mit den Anschlägen soll nach Ansicht von Experten sowohl durch deutsche Gruppen als auch durch westeuropäische Kollaborateure die Unterstützer- und Sympathisantenszene mobilisiert werden. In anonymen Schreiben werden frühere Vorwürfe wie gegen die Deutsche Bank, die „über die Schuldendienstwaffe die Dritte Welt ausbluten lasse", wiederholt. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall wurde als „potenteste Kapitalfraktion" bezeichnet, die die Weichen in „eine extrem verschärfte Ausbeutungsära" stelle. Das weltbekannte Unternehmen Hoechst wurde als Konzern genannt, der durch „vollständige Kontrolle des weltweiten Ernährungsmarktes" das Leben der Menschen beeinflusse.

An Rhein und Ruhr waren ebenso wie in Brüssel und Paris in den letzten Monaten wiederholt Niederlassungen von Firmen und Verbänden Ziel von Sprengstoffanschlägen. Dazu gehörten die Düsseldorfer Zentrale des Elektronik-Unternehmens Siemens. In der Nacht zum 8. März waren fast gleichzeitig Sprengstoffpakete am Sitz des Gesamtverbandes des Deutschen Steinkohlebergbaues in Essen und vor der Zentrale der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Bochum detoniert. BKA-Präsident Heinrich Boge appellierte an die Bevölkerung, die Polizei bei ihren vielfältigen Bemühungen, terroristische Gewalttaten zu verhindern, zu unterstützen.

Bei der Planung von Aktionen im Zusammenhang mit dem Bonner Weltwirtschaftsgipfel war es unter den verschiedenen Gruppen zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gekommen. Die Differenzen traten besonders bei der Einschätzung der Wirkung von Aktionen auf. Neben dem Ruhrgebiet, wo bereits Anfang der 70er Jahre Pläne für die Bildung einer „Roten Ruhr-Armee" existierten, sind terroristische Kader in Form „Revolutionärer Zellen" im Großraum Frankfurt sowie im benachbarten Rheinland-Pfalz und im Neckar-Gebiet aktiv. In einem Aufruf der „Autonomen Rhein-Main" anläßlich des Weltwirtschaftstreffens heißt es unter anderem: „Sabotage und Anschläge haben Bewegungen oft an entscheidenden Punkten weitergebracht, haben das scheinbare Monstrum – imperialistisches System – wieder auf den Teppich geholt, die Verletzlichkeit des Feindes aufgezeigt und uns Mut und Hoffnung gemacht".

Das Ziel der Bombenanschläge, die im Mai vermutlich an weiteren Orten im In- und Ausland geplant sind, wird aus der Erklärung der Rhein-Main-Gruppe deutlich: „Die Wirkung der Aktion zeigt sich nicht nur am Sachschaden, sondern vor allen Dingen am mobilisierenden Charakter". Mit den Anschlägen soll offensichtlich die bereits durch die Hungerstreikkampagne inhaftierter Terroristen von Dezember 1984 bis zur Ermordung des Münchner MTU-Vorstandsvorsitzenden Ernst Zimmermann beabsichtigte Mobilisierung der Szene verstärkt werden. Dieses Umfeld an Unterstützern und Sympathisanten wird in Analysen des Verfassungsschutzes auf etwa 9000 bis 10 000 Personen in der Bundesrepublik Deutschland geschätzt.

Die RAF, der nach Expertenansicht der Mord an Ernst Zimmermann in München zuzurechnen ist, hat sich bisher außer einer wolkigen Erklärung, daß mit der „Action directe" und einer belgischen Gruppe eine westeuropäische Guerrilla-Front gebildet werde, nicht erkennbar an Aktionen beteiligt. Die Sicherheitsbehörden rechnen jedoch damit, daß die Terrorgruppe Anschläge in Westeuropa für den Zeitraum des Gipfels vorbereitet hat.

Hessens SPD „am liebsten mit den Grünen"

dg. Wiesbaden

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Ernst Welteke, erklärte nach einer einwöchigen Klausurtagung seiner Fraktion am Wörthersee, daß die hessische SPD „am liebsten die Zusammenarbeit mit den Grünen wiederaufnehmen" würde. Die Abgeordneten hätten der Auffassung des Ministerpräsidenten Holger Börner zugestimmt, daß das gute Abschneiden der SPD bei den jüngsten Kommunalwahlen in Hessen die Politik des „Gegengewichtes zu Bonn" bestätigt habe, die von der hessischen SPD gemeinsam mit den Grünen in Angriff genommen worden sei. „Mit den Grünen zusammen könnten wir von unseren landespolitischen Zielsetzungen am meisten erreichen, aber es ist notwendig, daß sie ein verläßlicher Partner werden", sagte Welteke.

Der Fraktionsvorsitzende äußerte die Hoffnung, daß über den Ausstieg aus der Atomenergie und die von den Grünen geforderte Stillegung der Hanauer Nuklearbetriebe ein „Modus vivendi" zwischen beiden Parteien gefunden werden könne. Bedeutsam dafür könnten der Ausgang der Wahlen in Nordrhein-Westfalen, der Parteitag der SPD Hessen-Süd in der zweiten Maihälfte sowie die Landesversammlung der Grünen am 8. und 9. Juni werden. Nach Weltekes Worten sei vor diesen Terminen kaum mit neuen Weichenstellungen in der Landespolitik zu rechnen. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung könne trotz des ausstehenden Landeshaushalts für 1985 die notwendigen Geschäfte der Landespolitik auch über Teilhaushalt und vorläufige Haushaltsführung bestreiten.

Postgewerkschaft widerspricht Zeitel

AP, Frankfurt

Die Deutsche Postgewerkschaft hat die Forderung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Gerhard Zeitel, nach einem Rückzug der Post auf ihre „Hoheitsaufgaben" zurückgewiesen. Ihr stellvertretender Vorsitzender Emil Bock erklärte, Zeitel rede „wie ein Blinder von der Farbe", wenn er der Bundespost Unbeweglichkeit und „zuviel Speck andichtet". Dieser Vorwurf sei jedoch „angesichts der nachweisbaren Zahlen über Leistung und Rationalisierung bei der Bundespost eine absurde Behauptung".

Das Verkehrsaufkommen seit 1962 sei um rund ein Fünftel gestiegen, der Personalbestand dagegen gesunken, stellte Bock fest. Im Fernmeldebereich stehen einer Leistungssteigerung von rund 480 Prozent nur rund 50 Prozent mehr Personal gegenüber. Damit habe die Bundespost eine Produktionssteigerung erwirtschaftet, die „weit über den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittszahlen" liege. Bock fügte hinzu, die Post sei 1985 mit einem Investitionsvolumen von 16,7 Milliarden Mark der weitaus größte Investor in der Bundesrepublik Deutschland und sichere damit etwa 200 000 Arbeitsplätze. Die Ausgliederung gewinnversprechender Teile der Post gefährde nicht nur die Arbeitsplätze von mehr als 500 000 Beschäftigten der Bundespost, sondern auch Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft. Dies gelte vor allem für die von Zeitel vertretenen mittelständischen Betriebe, die bisher von Aufträgen der Bundespost besonders profitiert hätten.

Grüne rechnen mit einem Sendboten von Rau

Urabstimmung über ein Bündnis mit SPD umstritten

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Vorschlag des Bundestagsabgeordneten der Grünen, Otto Schily, eine Urabstimmug über ein mögliches Zusammengehen mit der SPD nach den Landtagswahlen am 12. Mai entscheiden zu lassen, ist bei dem nordrhein-westfälischen Landesvorstand auf ein gespaltenes Echo gestoßen. Landesgeschäftsführer Martin Pannen sagte gestern der WELT: „Ich begrüße diesen Vorschlag ausdrücklich, denn er ist praktikabel". Dagegen erklärte ebenfalls gestern die Spitzenkandidatin, Marianne Hürten, sie halte eine Urabstimmung aus zeitlichen Gründen für undurchführbar.

Die Schlüsselforderungen der Grünen an die SPD – Verzicht auf die Kernenergie, Verbot privater Funk- und TV-Programme, öffentliche Kontrolle der chemischen Industrie und ein deutliches Anheben der Sozialleistungen – seien „so tief in der Basis verwurzelt, daß auch Kompromisse tragfähig erscheinen können." Pannen meinte weiter, die Grünen richteten sich auf öffentliche Gesprächsrunden ein, und erinnerte an Schily, der erklärt hatte: „Ich bin sicher, daß schon am 13. Mai an der Tür der neuen Grünen Landtagsfraktion angeklopft wird und ein Sendbote von Rau davor steht." Allerdings sei die Zeit bis zur Wahl des Ministerpräsidenten am 6. Juni denkbar knapp. Einer der beiden gleichberechtigten Vorsitzenden, Michael Happe, betonte, die Grünen seien bereit, Rau als Ministerpräsidenten unter der Bedingung zu tragen, daß die SPD eine Kurkorrektur ihrer Politik vornehme.

„Nicht so verbissen"

Ministerpräsident Johannes Rau dagegen hat den Vorschlag von Schily bisher kommentarlos entgegengenommen. In der Öffentlichkeit beharrt er auf seiner Forderung an den Wähler, die SPD mit einer absoluten Mehrheit – „klare Verhältnisse" – auszustatten. Auch in inoffiziellen Gesprächen will er von einem Zusammengehen mit den Grünen in jeder Form nichts wissen. Das bestätigte gestern ausdrücklich der SPD-Fraktionschef Denzer. Die Grünen dagegen bauen offensichtlich auf den linken Parteiflügel der Sozialdemokraten, der von Raus Bauminister Christoph Zöpel und dem Bundesratsminister Günter Einert repräsentiert wird. Diese hatten sich schon bei der Kommunalwahl im vergangenen Herbst positiv zu einer Achse Rot-Grün geäußert. Die Vorschläge, die von den Fundamentaloppositionellen bisher schweigend übergangen werden, sind offensichtlich der Versuch der Grünen, sich dem Wähler als Partei darzustellen, die durchaus in der Lage ist, politische Verantwortung mitzutragen. Vor allem das saarländische Beispiel gibt ihnen Anlaß, ihre Verweigerunstaktik zu überdenken.

Das allerdings hindert sie nicht, mit der SPD hart ins Gericht zu gehen. So erklärten gestern die grünen Funktionsträger Michael Happe, Marianne Hürten und Reinhard Krämer unisono auf einer Pressekonferenz, die Sozialdemokraten hätten in den fünf Jahren ihrer Regierungsarbeit kaum etwas in Sachen Umweltpolitik geleistet: „Viel Rauch um nichts."

„Unerklärliche Panne"

Meldungen darüber, daß zwischen den Grünen abermaliger Streit um die Führung des Wahlkampfes ausgebrochen sei, dementierte Pannen. Doch spricht das Landesvorstandsmitglied Klaus Stawitzki aus Marl von einer „Nabelschau unter den Grünen" zu völlig unpassender Zeit. An den Bundesvorstand schrieb er: „Diskutiert nicht so verbissen, als hättet ihr alle Dioxin geschluckt. Geht mit gutem Beispiel voran und zeigt doch mal Freundlichkeit und Toleranz im Umgang miteinander." Mit diesem Verhalten auch nach außen hin wollen er, Michael Happe, Martin Pannen und der Pressesprecher des Vorstandes Michael Hoppe, eine günstigere Stimmungslage für die Grünen bei den Wählern erzielen. Dagegen wendet sich der Fundamentalflügel unter der Führung von Reinhard Krämer, der mit starker Abgrenzung gegen die SPD Wahlkampf führt.

Der Streit untereinander bekam jetzt auch eine komische Variante: Auf einem Wahlplakate mit dem Titel „Langweiler aller Parteien, verschont uns" erscheinen statt Marx, Engels und Lenin die Karikaturen von Rau, Worms und Rohde. Auf einer Postkarte erscheint allerdings auch das Porträt des Fundamentalisten Krämer. „Eine Panne, die uns unerklärlich ist", sagt Hoppe.

Die Grünen tun sich schwer: In Kalkar, durch den Schnellen Brüter und den Bauern Maas, Symbol des Widerstandes gegen die Kernenergie, kommen nur knapp 40 Zuhörer. Oder Marianne Hürten verzweifelte nach einer Veranstaltung mit Bauern aus dem Dörfchen Everswinkel im Münsterländischen: „Kontakte zwischen Grünen und Landwirten sind immer noch ein Problem – obwohl das ja eigentlich kein Problem sein sollte."

„Die Zeiten, wo einige von uns glaubten, so locker an die zehn Prozent zu holen, sind vorbei", kommentiert Marianne Hürten. Bei der Abrechnung am 12. Mai werden sie froh sein, überhaupt die Fünf-Prozent-Marke zu überspringen. Aber sicher ist das – nach einigen Meinungsumfragen – nicht mehr.

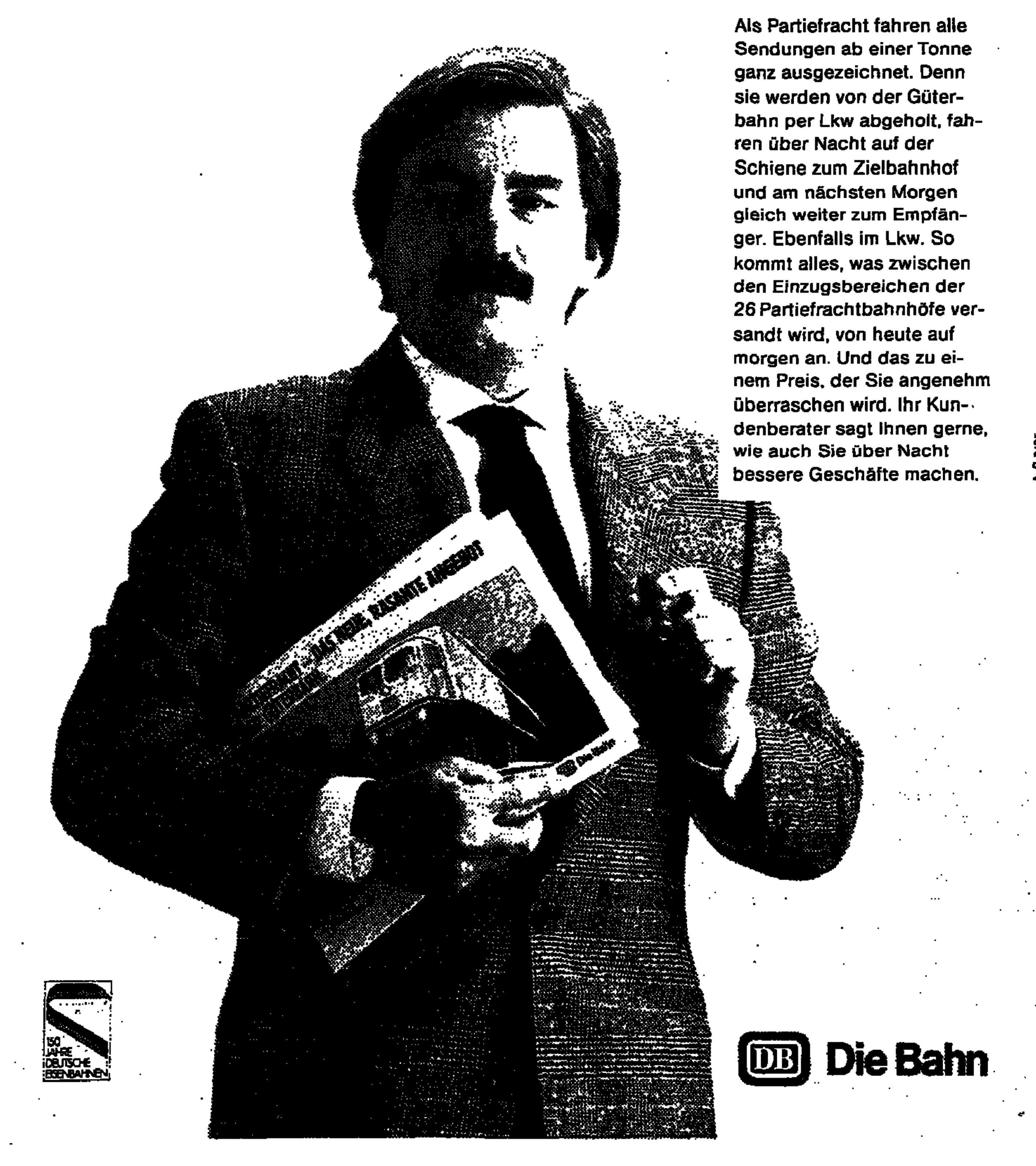
Finanzministerium: Pöhl bleibt im Amt

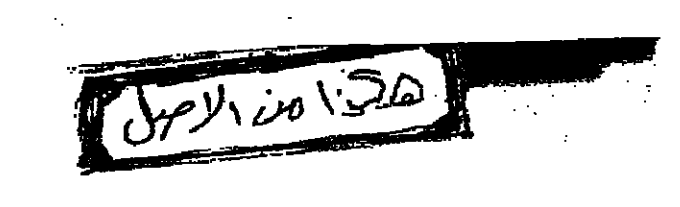
AP, Bonn

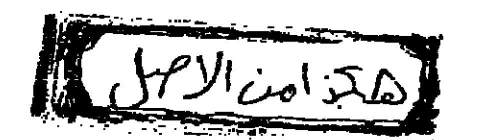
Das Bundesfinanzministerium hat Berichte dementiert, wonach die Regierung die Ablösung von Bundesbank-Präsident Karl Otto Pöhl nach dem Ende seiner Amtszeit 1987 vorbereite. Auch bestehe nicht die Absicht, das Direktorium der Bundesbank zu erweitern. Der Sprecher des Ministeriums, Karlheinz von den Driesch, sagte, ein entsprechender Artikel im Nachrichtenmagazin „Spiegel" entbehre jeder Grundlage. Im „Spiegel" hatte es geheißen, Nachfolger Pöhls solle der für Währungsfragen zuständige Staatssekretär im Finanzministerium, Hans Tietmeyer, werden.

Der Sprecher erklärte weiter, daß die Bundesregierung die „hervorragende Amtsführung und das internationale Ansehen" des Bundesbank-Präsidenten „sehr hoch einschätzt". Wenn jedoch jetzt eine Entscheidung über eine Veränderung an der Spitze der Bundesbank erforderlich wäre, würde der Bundesfinanzminister dem Kabinett einen Vorschlag für die Wiederberufung Pöhls unterbreiten, „dem die Bundesregierung ohne Zweifel zustimmen würde".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.







Militanter Islam löst Unruhen in Nigeria aus

Ausweisung richtet sich vor allem gegen seine Anhänger

ACHIM REMDE, **Bonn**

Im Nordosten Nigerias wird das Straßennetz weitmaschiger, und zur Grenze nach Kamerun hin hört es fast ganz auf. Die unzugänglichen Berge, wo die Menschen wie seit Jahrhunderten in Lehmhütten leben, sind auch heute noch eine natürliche Barriere. Davor liegt die Ebene, in deren Städten – Yola, Gombe, Bauchi – vor Jahren das nigerianische Wirtschaftswunder vordrang und die Segnungen der Neuzeit brachte: Autos, Fernsehen und ein bißchen Industre. Die Jagd nach dem schnellen Geld, die in den Metropolen Lagos, Kano und Kaduna ungeahnte Blüten trieb, erreichte auch diesen abgelegenen Winkel. Mit den Segnungen kam der Fluch: Wohnungsnot, Slums, Kriminalität. Das Landvolk wurde zum Proletariat. Fremde aus den Nachbarländern Tschad, Niger und Kamerun strömten herein in der vagen Hoffnung, auch einige Brosamen vom „nationalen Kuchen" abzubekommen. Das machte alles noch schlimmer.

Das Wirtschaftswunder brach vor Jahren zusammen. Austerität heißt heute der Kurs. Die Massen der Habenichtse trifft es schwer. Der Anbau von Yam und Maniok früher die Grundnahrungsmittel, ist sträflich vernachlässigt worden. Es war einfacher, importierten Reis zu essen. Jetzt ist er unerschwinglich teuer.

Lebensformen zerstört

Nicht immer nehmen Aufstände, in denen sich soziale Spannungen entladen, den Charakter von „Brotunruhen" an. Vielerorts flichtet man sich in den Islam, und es muß auch nicht immer der „reine" Islam sein. Hier, wo seit langem Animismus, Islam und Christentum nebeneinander existieren, nimmt Sekterei seit jeher die absonderlichsten Formen an.

Die Entwurzelten aus der Fremde und die einheimischen Proletarier, deren traditionelle Lebensformen zerstört worden sind, fanden gleichermaßen Zuflucht und Halt in der Sekte des kamerunischen „Propheten" Maitatsine – primär eine Reaktion auf die sich ausbreitende Konsumgesellschaft. Der westliche Einfluß und mit ihm alles Moderne wird für die soziale Ungerechtigkeit verantwortlich gemacht. Dabei nimmt der Fanatismus militante und gewalttätige Formen an, die zum ersten Mal 1981 im nordnigerianischen Kano zu blutigen Unruhen führten, und seitdem immer wieder – in Kano, Maiduguri, Yola und nun in Gombe – aufs neue ausbrechen.

Bei solchen Unruhen ist der Prophet Maitatsine schon vor Jahren ums Leben gekommen. Militär und Polizei sind immer wieder mit unerbittlicher Strenge gegen die Sektenanhänger vorgegangen. Umfangreiche Ausweisungsaktionen haben sich mehrfach speziell gegen die militanten Radikalen gerichtet.

Soziale Probleme

Doch die ungesunde wirtschaftliche Entwicklung Nigerias und die sozialen Probleme, die die Regierungen ungelöst vor sich hinschieben, bieten der Sekte einen Nährboden. In Gombe kam es vor einigen Tagen zum Eklat, als die Polizei den neuen Anführer Yusufu Adamu verhaften wollte. Die Gewalttätigkeiten nahmen einen solchen Umfang an, daß die Einwohner von Gombe in Scharen aus der Stadt flüchteten, um dann von Polizei und Militär umzingelt zu werden.

Die nigerianische Regierung hatte vor einer Woche ein Verfügung erlassen, nach der alle Ausländer, die sich illegal im Lande aufhalten, bis zum 10. Mai Nigeria verlassen müssen. Eine Gruppe von 1000 Ghanaern ist daraufhin bereits auf dem Seewege ausgereist.

Nachdem sich in Ghana die Wirtschaftsverhältnisse gebessert haben, sehen politische Beobachter bei der neuerlichen Ausweisungsaktion im Gegensatz zu früheren Aktionen dieser Art nicht mehr die „Illegalen" aus Ghana als das Hauptproblem an, sondern die zahlreichen Ausländer aus den Sahelstaaten, vor allem Niger und Tschad. Die Zahl der Nigrer wird von offizieller Seite auf 100 000 geschätzt. Besonders problematisch wird die Repatriierung der Tschader sein. Tschad, das sich im Krieg gegen Libyen befindet, das widerrechtlich die Nordhälfte des Landes besetzt hält, leidet zu allem Überfluß unter Hungersnot. Erschwert wird die Lage dadurch, daß die Schiffe, die Nahrungsmittel internationaler Hilfsorganisationen geladen haben, im nigerianischen Hafen Lagos festliegen.

Ungarns Abkehr von der Einheitswahl lockert auf

Wirtschaftsreform erfordert eine politische Parallele

C. G. STRÖHM, **Budapest**

Der Versuch zweier bekannter ungarischer Dissidenten – einer von ihnen war Laszlo Rajk Junior, der Sohn des unter Stalin hingerichteten Altkommunisten – zu den im Juni bevorstehenden Parlamentswahlen zu kandidieren, ist erwartungsgemäß fehlgeschlagen. Die ungarischen Kommunisten, die natürlich keine Regimekritiker vom Schlage Rajks im Parlament zu sehen wünschen, haben durch die Mobilisierung ihrer Parteimitglieder die für Rajk notwendige Mehrheit auf der Wählerversammlung zu ihren eigenen Gunsten umgekippt.

Dennoch bleibt der Versuch bemerkenswert: Denn zum ersten Mal hat hier ein Regimekritiker von der legalen Möglichkeit Gebrauch gemacht, ein politisches Amt in dem von ihm kritisierten kommunistischen System anzustreben. Diese seltsame Situation wurde möglich, weil das kommunistische Ungarn sein Wahlgesetz sowohl für das Parlament wie für die örtlichen Volksvertretungen auf kommunaler Ebene grundlegend geändert hatte.

Nach der neuen Bestimmung können nicht nur, sondern müssen sogar mindestens zwei Kandidaten für einen Abgeordnetensitz kandidieren. Damit ist Ungarn der erste kommunistische Staat, der von der Praxis der „Einheitswahlen" mit 99,9prozentigen „Wahlerfolgen" abweicht. Es ist auch das erste Land dieser Art, in welchem ein von offizieller Seite aufgestellter „Kandidat" nicht mehr absolut sicher sein kann, ob er auch das Mandat ausfüllen wird, für das er vorgesehen war.

Zugleich wurde damit eine für das kommunistische System neue politische Atmosphäre geschaffen. Wenn zwei Kandidaten aufgestellt werden, ist es selbstverständlich, daß einer der Unterlegene sein muß. Wer aber im Sozialismus in einer politischen Auseinandersetzung unterlegen war, galt bisher als Repräsentant einer falschen, abzulehnenden, wenn nicht gar feindlichen Richtung.

In Ungarn heißt es nun, daß sich die geschlagenen Kandidaten keineswegs als „Unterlegene" in diesem Sinne zu betrachten haben. Im Gegenteil: Wenn der Geschlagene 25 Prozent der abgegebenen Stimmen erreicht, kann er als „stellvertretender Abgeordneter" fungieren und den Gewählten stets dann vertreten, wenn dieser abwesend oder verhindert ist.

Natürlich kann man auch dieses „demokratisierte" Wahlsystem nicht mit der westlichen parlamentarischen Demokratie vergleichen. Wie bei Rajk Junior deutlich wurde, hat die Partei gewisse Filter eingebaut, um zuviel „Spontaneität" zu verhindern. Überdies sind alle Kandidaten gehalten, die Wahlplattform der „Patriotischen Volksfront" – also der kommunistisch gesteuerten Massenorganisation – zu akzeptieren. Noch ist auch nicht klar, wie „geheim" der Abstimmungsvorgang selber ist – das heißt, ob bis ins letzte Dorf jeder Bürger seine Stimme völlig unkontrolliert abgeben kann.

Auch wenn nur linientreue Kommunisten und der Partei genehme oder ergebene Mitläufer kandidieren, gibt es gewisse qualitative Veränderungen. Denn Kommunist ist nicht immer gleich Kommunist. Es gibt verständnisvollere und rigorosere Menschen, fähigere und unfähigere. Es wird eine gewisse, wenn auch minimale Wahlmöglichkeit geben. Das könnte auf lange Sicht eine Wandlung des Bewußtseins und damit auch einen politischen Wandel bewirken.

Die ungarischen Kommunisten sind diesen Weg nicht von ungefähr gegangen. In Budapest weiß man, daß die Wirtschaftsreform einen Abbau der bisherigen Kommandostrukturen erfordert. Man kann nicht das Leistungsprinzip und den Marktmechanismus auf ökonomischem Gebiet forcieren und gleichzeitig den politischen Entscheidungsmechanismus unangetastet lassen. So macht man sich Gedanken, die Funktionen von Partei, Regierung und Parlament deutlicher als bisher voneinander abzugrenzen.

Die KP – ihr offizieller Name lautet „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei – soll zwar die Macht und damit auch die Entscheidungsbefugnis behalten. Aber sie soll nicht mehr wie bisher alle Entscheidungen auch selber in die Praxis umsetzen und bis in jeden Einzelfall administrieren. Damit könnte das Parlament ein gewisses Eigenleben erhalten. An den Machtverhältnissen ändert sich dadurch zwar nichts – aber die Methoden könnten sich wandeln.

Noch halten sich Sarneys Gegenspieler bedeckt

Brasiliens Präsident braucht Erfolge in der Wirtschaft

W. THOMAS, **Guatemala-Stadt**

Brasiliens neuer Präsident José Sarney wird nach dem qualvollen Tod von Tancredo Neves von einer Welle der Sympathie getragen. Politiker aller Schattierungen beschwören die nationale Einheit und versichern, ihn bei seinen schwierigen Aufgaben zu unterstützen. Doch diese Solidarität kann enden, wenn erst einmal die Trauer abklingt und Sarneys Gegenspieler wieder ihre persönlichen Ambitionen verfolgen.

Im Hintergrund lauern zwei Politiker, Paulo Maluf und Leonel Brizola. Der eine steht rechts, der andere links von Sarney.

Maluf, früher Gouverneur des Bundesstaates Sao Paulo, hat Sarney nie einen Schritt verziehen, den er als Mangel an Charakter und Loyalität wertet. Im vergangenen Jahr unterstützte Sarney, damals noch Vorsitzender der regierenden Sozialdemokratischen Partei (PDS), den Oppositionskandidaten Tancredo Neves für das Präsidentenamt und half mit, dem PDS-Bewerber Maluf eine Niederlage zu bereiten.

Sarney gehört heute der Partei der Liberalen Front (PFL) an, einer Gruppe abtrünniger Sozialdemokraten. Maluf steuert die PDS, die, ihrem Namen zum Trotz, eine Partei rechter und konservativer Politiker blieb. Die ehemalige Regierungspartei ist jetzt die größte Oppositionsbewegung.

Brizola, Gouverneur von Rio de Janeiro, führt die überregional unbedeutende Arbeiterpartei Brasiliens (PTB). Er gilt jedoch als charismatischer Oppositionspolitiker. Auch seine zahlreichen Gegner geben dies zu. Sie weisen aber auch darauf hin, daß sie ihn für „gefährlich" halten.

Für direkte Wahl

Der sozialistische Caudillo hat schon einmal die Geschichte Brasiliens beeinflußt. Anfang der sechziger Jahre, als er Gouverneur des Staates Rio Grande do Sul war, trieb Brizola die Regierung des damaligen Präsidenten Joao Goulart nach links und reizte die Militärs mit marxistischer Rhetorik. Ende März 1964 übernahmen die Streitkräfte die Macht; für Brizola begann ein langjähriges Exil. Noch heute ist er ein rotes Tuch für viele Offiziere.

Heute fordert Brizola so schnell wie möglich direkte Präsidentschaftswahlen. Er wollte Tancredo Neves nicht als „legitimen" Präsidenten anerkennen, weil dieser Mitte Januar von einem Wahlkollegium gekürt worden war. Der Gouverneur tut alles, um Popularitätspunkte zu sammeln. So rekrutierte er prominente Persönlichkeiten für seine Partei. Zuletzt trat Fußball-Idol Pelé seiner Partei bei. In Rio de Janeiro laufen Brizola ehemalige Anhänger in Scharen davon, weil er als schlechter Administrator gilt und ständig die Steuern erhöht.

Streiks als Warnung

Drei weitere Politiker können das Schicksal der Sarney-Regierung mitbestimmen, der eine destruktiv, die anderen beiden konstruktiv. Luis Ignacio Silva, der die Metallarbeiter von Sao Paulo und die Arbeiterpartei (PT) führt, wird ebenfalls Opposition von links machen. Auch er vertritt sozialistisches Gedankengut. Die Streiks in den letzten Wochen, an denen sich bis zu 200 000 Metallarbeiter beteiligten, vermittelten Sarney bereits einen Vorgeschmack auf mögliche Konflikte.

Ulysses Guimaraes, der greise Präsident der Abgeordnetenkammer, und Aureliano Chaves, der Energie- und Bergbauminister (ein wichtiges Amt in Brasilien), können Sarney das Regieren erleichtern, wenn sie ihm Flankenschutz gegen die Angriffe seiner Gegner bieten.

Guimaraes steht an der Spitze der Neves-Partei Demokratische Bewegung Brasiliens (PMDB), der größten Gruppe des Koalitionsbündnisses. Die PMDB leidet aber unter ihrer Struktur: Das ideologische Spektrum reicht von links nach rechts. Chaves, nach dem Tod Neves' der wohl populärste Politiker Brasiliens, vertritt Sarneys Partei.

Die meisten Beobachter in Brasilien meinen, daß die Entwicklung der Wirtschaft über Sarneys Präsidentschaft entscheidet. Geht es aufwärts, stärkt er seine Position und kann die Forderungen nach schnellen Wahlen zurückweisen. Für die schlimmsten Probleme, die hohe Inflationsrate (230 Prozent) und die enormen Auslandsschulden (mehr als 100 Milliarden Dollar), gibt es jedoch keine leichten Lösungen. (SAD)

Andorra will als selbständiger EG-Staat gelten

ROLF GÖRTZ, **Madrid**

Der spanische EG-Beitritt hat ein Nachspiel, mit dem kaum jemand rechnete: Das Volk von Andorra zwischen Spanien und Frankreich betrachtet sich als selbständiger Staat. „Wir müssen von der Kommission von Brüssel als Drittland behandelt werden", meinte der Regierungschef der auf sieben Dörfer verteilten 35 000 Andorraner, Josep Pintat. Er fordert von der EG die Aufnahme direkter Verhandlungen. Die Initiative müsse von der Kommission ausgehen.

Aber für Außenpolitik, Polizei und Militär ist nicht Pintats „Consell de Valls" (Regierung und Parlament) zuständig. Das steht allein den Co-Fürsten des Fürstentums Andorra zu, nämlich Staatspräsident Mitterrand in Paris und dem Bischof von Seo de Urgel, Monsignore Juan M. Alanis.

Als jetzt das Verhältnis zwischen Spanien und dem Principat d'Andorra zur Sprache kam, stellten die Spanier erstaunt fest, daß Frankreich schon vorgesorgt hatte. Mitterrand zeigt sich entschlossen, Andorra in weltlichen Dingen zu vertreten, denn schließlich sei der Bischof von Seo de Urgel, vom Papst ernannt und also auch nur dem Heiligen Stuhl gegenüber verantwortlich.

Bei der letzten Volkszählung 1980 registrierte man 9792 Ur-Andorraner – fast alles Unternehmer und Bauern. Auf jeden Fall Besitzer. Die Eintragung im Taufregister einer Dorfpfarrei genügt, um in Andorra Firmen eintragen zu lassen, für die sich vor allem die katalanische Wirtschaft seit Jahrzehnten interessiert; sie brauchen weniger Steuern zu zahlen. Für sie arbeiten die in Andorra ansässigen 20 378 Spanier und 2477 Franzosen. Diese sind die Direktoren, Bankangestellten, Landarbeiter.

Die Andorraner, die erst in den letzten 30 Jahren von armen Schafhirten und Kleinstbauern zu sehr wohlhabenden Bürgern aufstiegen, müssen sich jetzt ernsthaft überlegen, ein normales Steuersystem einzuführen.

Sie leben praktisch von der Geschichte, die Jahrhunderte hindurch auf sie verzichtete, weil dort außer ein paar Deputat-Fasanen nichts zu holen war. Als die Bauern die Vorteile nicht vorhandener Zollschranken des Offshore-Bankings und der Registerfirmen sowie zollfrei verkaufter Waren erkannten, wurden sie über Nacht reich. (SAD)

Sieben Nationen vom 2. bis 4. Mai auf dem XI. Weltwirtschaftsgipfel in Bonn



Diskretion mit Posaunenschall

gil. – Einstmals plauderte man am trauten Kamin, in zehn Jahren haben sich die Weltwirtschaftsgipfel jedoch zu einer Multimedia-Schau entwickelt. Je mehr das öffentliche Interesse wuchs, desto abschätziger fielen die „So what?"-Kommentare aus – ohne daß freilich diese Kommentatoren ihre Teilnahme absagten. Es geschähe dieser Art von Konferenzdiplomatie jedoch Unrecht, würde man sie nach Art von spesenstrengen Oberbuchhaltern betrachten. Nirgendwo sonst als in diesem Kreis treffen sich die mächtigsten Männer (und eine Frau) der westlichen Industrienationen und unterwerfen sich einem kooperativen Zwang. Er schmeichelt nicht, er zwickt.

Diese „Handelsgesellschaft auf Gegenseitigkeit" ist natürlich von einer gewissen Trägheitsnavigation gesteuert, epochemachende Geniestreiche werden dort nicht geboren. Aber auf den zehn bisherigen Treffen wurde nicht selten stürmisch bis an die Grenze der Bitterkeit diskutiert. Der Dämpfer, den Diplomaten sonst auflegen, ist entfernt. Die Umschweife zählen nicht, die Befehlsgewohnten sind zum Lernen eingeladen.

Historische Wurzel dieser Gipfel ist die Weltdepression der dreißiger Jahre. Eine ihrer Ursachen war das Rette-sich-wer-kann mit dem bekannten Ergebnis. In Krisen neigt eben jede Regierung dazu, die heimischen Probleme den Handelspartnern vor die Tür zu karren. Heute hemmt zumindest das schlechte Gewissen.

So wächst das Bewußtsein, daß es dem eigenen Land nur besser gehen kann, wenn es allen anderen auch besser geht und niemand auf Dauer seine Probleme zu Lasten Dritter zu lösen vermag. Daß Inflation nebst Aufblähung der Staatshaushalte nicht zu Vollbeschäftigung führt, wurde kollektiv (und teuer) erfahren. Aus Bonn wartet die Weltwirtschaft jetzt auf ein kraftvolles Signal des Freihandels.

Eine Selbsterfahrungsgruppe für Freihandel und Vitalität

Von PETER GILLIES

Über dem XI. Weltwirtschaftsgipfel 1985 von Bonn strahlt die Konjunktursonne. Das Problem jedoch ist, daß nicht alle sich gleichermaßen von ihr erwärmt fühlen. Eine Dunstglocke aus Protektionismus, Bürokratie, Verzagtheit und Unflexibilität verhindert, daß die Arbeitslosigkeit wegschmilzt. Mit ihrer Konferenz wollen die „Glorreichen Sieben", die Regierungschefs der wichtigsten Industrienationen, jenes Klima schaffen, das Wachstum in Beschäftigung umsetzt.

Das Treffen von Bonn steht unter keinem schlechten Stern. Schon im Vorfeld gelang es den „Sherpas", den vorbereitenden Regierungsbeamten, möglichen Konfliktstoff zwischen den Seilschaften zu entschärfen. So ist weder damit zu rechnen, daß die Länder einander vorwerfen, der jeweils andere müsse seine Wirtschaft in Ordnung bringen und notfalls die Lokomotive für den Rest spielen, noch fühlen sich die Sieben zu einem gefährlichen Aktionismus herausgefordert, wie er in Bonn 1978 zu einer inflations- und schuldentreibenden Vereinbarung führte.

Die „Gipfelstürmer" präsentieren sich ökonomisch in passabler Verfassung. Sie rechnen für dieses Jahr allesamt wiederum mit einem realen Wirtschaftswachstum zwischen knapp zwei (Frankreich) und rund fünf Prozent (Japan). In drei Jahren gelang es ihnen, die Inflationsraten zu halbieren. Die Arbeitslosenraten schwanken zwischen 2,7 Prozent in Japan und 13 Prozent in Großbritannien. Indes ist die konjunkturelle Spaltung nicht zu übersehen: die USA und Japan strotzen vor Vitalität, Europa und Kanada sind behäbiger.

Zur Erleichterung von Gastgeber Kohl haben drei Entwicklungen konsensfördernd gewirkt: Der Abstieg des bärenstarken Dollars, der abrupte Fall der US-Wachstumsrate und das zunehmende Bewußtsein der USA, das eigene Budget endlich ins Lot zu bringen. Das erschwert Schuldzuweisungen nach Art früherer Gipfel, wie etwa jene, der amerikanische „Zins-und-Dollar-Imperialismus" zerstöre den europäischen Konjunkturaufschwung, was wiederum scharfe Repliken aus Washington herausgefordert hatte.

Auch „Bonn II" wird mit der Bekräftigung enden, alle wollten nach Kräften für inflationsfreies Wachstum und offene Märkte, mehr Arbeitsplätze und solide Finanzen sorgen. Daß die USA in diesem Jahr ihr Wachstumstempo auf vielleicht 3,5 bis vier Prozent halbieren, darf die Europäer weder schadenfroh machen, noch beruhigen. Selbst mit dieser gedrosselten Rate liegt Amerika oberhalb jener Werte, die Deutsche, Franzosen oder Briten als Traumgrenze empfinden.

Wie setzt man Wachstum in mehr Arbeitsplätze um? Das erste zu erzeugen, gelang auch den Europäern, das zweite zu bewirken, indes nur Japan und den USA. Dies habe mit unterschiedlicher Vitalität zu tun, meint der deutsche Bundesfinanzminister. In Ländern mit erfolgreicher Beschäftigungspolitik (wie USA, Schweiz, Japan) betrage der Staatsanteil am Bruttosozialprodukt nur rund ein Drittel. In den behäbig gewordenen EG-Ländern dagegen sauge der Staat etwa die Hälfte der Wirtschaftskraft ab und leite sie durch seine Kassen.

Die Suche nach der verschütteten Vitalität wird sich in Bonn in einem Thema kristallisieren: Freihandel. Die Industriestaaten haben sich mit einem Geflecht von Handelshemmnissen, Zöllen, Schikanen, Vorschriften und Abwehrsteuern derart gefesselt, daß sie an die Früchte allgemeiner Wohlstandsmehrung nicht mehr heranreichen. Um heimische Branchen gegen leistungsfähigere Konkurrenten abzuschotten, haben sie Maßnahmen ersonnen, die kurzatmige Hilfe verheißen, aber letztlich von allen mit Wohlstands- (und Arbeitsplatz-) Verlusten bezahlt werden müssen. Fatale Folge für die hochverschuldeten Entwicklungsländer: da ihnen Märkte versperrt sind, vermögen sie auch ihre Schulden nicht abzutragen.

Die Fahne des Freihandels wieder ungefesselt im Wind des internationalen Wettbewerbs knattern zu lassen, stellt die zentrale Herausforderung dieses XI. Weltwirtschaftsgipfels dar. Hier sind alle allzumal Sünder: Japan mit seinen trickreichen Importsperren, die USA mit strangulierenden Einfuhrsteuern, die EG mit ihrem Protektionismus bei Agrarprodukten, Stahl und anderem, alle mit vielerlei Subventionen. So gerät der Kampf um eine „ökonomische Abrüstung", manifestiert im Streit um den Termin für die nächste Gatt-Runde, zum zentralen Thema. Er ist Herausforderung und Bewährung zugleich.

Hier helfen markige Kommuniqués nicht. Von ihnen das Heil der Vollbeschäftigung zu erwarten, wäre ohnehin naiv. Nachdem der Glaube, man könne mit keynesianischer Ankurbelungspolitik auf Dauer Wohlstand und durch Inkaufnahme von Inflation neue Arbeitsplätze schaffen, ist erloschen. An seine Stelle ist das Klimagespräch getreten, die direkte Diskussion quer über den Tisch zwischen den Staats- und Regierungschefs, wobei die vielen „Büchsenspanner" ausgesperrt bleiben. Zwei Tage lang müssen die Chefs einander anhören, sehen sich Rechtfertigungszwängen ausgesetzt, begreifen die Probleme der anderen, beurteilen ihre hausgemachten Probleme aus Gipfelsicht – und werden manchmal sogar umgestimmt, wie seinerzeit Carter, Trudeau oder Callaghan.

Gesucht ist mithin der innere Gleichklang von Staaten, deren Volkswirtschaften eng verflochten sind. Ohne dieses „In-einem-Boot-Gefühl" ist weder die Verschuldungskrise zu lösen, noch mit halbgaren Reformideen das Währungssystem zu stabilisieren oder die Technologie zu nutzen. Klassischer Anwendungsfall ist der ebenfalls grenzüberschreitende Umweltschutz. Hier hat sich der deutsche Bundeskanzler die schwere Aufgabe vorgenommen, den Partnern nahezubringen, daß die Deutschen nicht aus teutonischer Waldeslust in Umwelthysterie verfallen sind, sondern daß sie Probleme anstoßen wollen, die auch die anderen schmerzhaft spüren werden – früher oder später.

Die Kennzeichnung derartiger Gipfelkonferenzen als „großer Bahnhof mit kleinen Brötchen" ist deshalb zu kurz gesprungen. Freihandel nach außen, Vitalität von innen und das Bewußtsein einer ökonomischen Schicksalsgemeinschaft bestimmen das Gipfelgepäck. Das „Signal von Bonn" ist eines des Vertrauens.

In Bonn möchte Reagan mit Sparsamkeit brillieren

Von H.-A. SIEBERT

In Bonn stellt Ronald Reagan als amerikanischer Präsident einen Rekord auf. Es ist das fünfte Mal, daß er einen Wirtschaftsgipfel besteigt. Für ihn hat die Veranstaltung am Rhein eine ganz andere Qualität als alle bisherigen Treffen. In Washington weiß man heute, daß sich ein weltwirtschaftliches Gleichgewicht und eine „weiche Landung" in den USA nur mit Hilfe der Partner erreichen lassen.

Dies ist eine neue Erfahrung. Reagans erste Amtszeit war von wirtschaftspolitischer Isolation geprägt. Auf dem Ottawa-Gipfel (1981) gab er die Parole aus, die USA würden ohne Rücksicht auf das Ausland ihr Haus in Ordnung bringen. Bei einer Inflationsrate von 13,5 Prozent, zwölf Millionen Arbeitslosen und enormen Produktivitätsverlusten war diese Entscheidung richtig. Es gab kein besseres Rezept als Ausgabenkürzungen, Steuersenkungen, Entbürokratisierung und restriktive Geldpolitik.

Der Alleingang mit dann jedoch zu üppigen Geldgeschenken hätte zwar nicht in Versailles (1982), als Amerika immer tiefer in die zweite Rezession in drei Jahren rutschte, spätestens aber in Williamsburg (1983) aufgegeben werden müssen. Überhört wurden die Warnungen, im einsetzenden Boom den aus den Fugen geratenen Haushalt unter Kontrolle zu halten. Noch auf dem Londoner Gipfel (1984) und auf der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds im Herbst sonnte sich das Weiße Haus im Prestige des mächtigen Dollars, „gegen den sich nichts unternehmen läßt". Heute verändert der Greenback, wie Außenminister George Shultz sagte, „den Charakter der amerikanischen Wirtschaft auf grundlegende und unerwünschte Weise".

Washingtons Sorgen sind wohl dokumentiert – nicht nur von Reagans Kritikern, sondern auch von seinem eigenen Team. Der Chef des Stabes und frühere Finanzminister Donald Regan reagierte bestürzt auf die Nachricht, wonach die US-Wirtschaft im ersten Quartal 1985 nur um real 1,3 Prozent gewachsen ist, verglichen mit 10,1 Prozent in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres. Er sieht sie „schlechter Verfassung". Das dicke Ende: Weniger Wachstum bedeutet ein größeres Budgetdefizit, das 1985 auf 213 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Zahlen wie diese beschleunigen den Umdenkungsprozeß am Potomac: Die höchsten Haushaltsdefizite in der amerikanischen Geschichte haben dazu geführt, daß sich die Bundesschuld seit 1981 auf rund 1800 Milliarden Dollar verdoppelt hat. Falls nichts geschieht, übersteigt sie in vier Jahren 2700 Milliarden Dollar. Schon bald verschlingt der Zinsendienst mehr als 200 Milliarden Dollar jährlich. Wie vor 1914 sind die USA wieder ein Netto-Schuldnerland. Von den Welterspamissen saugt Amerika etwa 15 Prozent ab. Nach einer groben Rechnung finanzieren die Ausländer 40 Prozent seiner Defizite und ein Drittel seiner Investitionen.

Paul Volcker, Henry Wallich, George Shultz und viele andere glauben nicht, daß das Ausland auf Dauer den Zahlmeister für die USA spielen wird. Aufgerüttelt worden ist die Administration jedoch erst durch die Proteste der Wirtschaft, deren Wettbewerbsfähigkeit zu Hause und auf den Weltmärkten erheblich gelitten hat. Durch die billigen Einfuhren (1984: mengenmäßig plus 24 Prozent) und die verteuerten Exporte (neun Prozent) sollen rund drei Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen sein. Seit 1980 hat sich Amerikas Handelsbilanz um 85 (Defizit 1984: 123) Milliarden Dollar verschlechtert.

Aber auch sonst hat der machtvolle US-Dollar Schaden angerichtet, indem sich der Wert amerikanischer Investitionen, Umsätze und Gewinne im Ausland beträchtlich verminderte. Hinzu kommt eine bisher nicht gekannte protektionistische Welle im Kongreß, die Handel und Konjunktur gefährdet – weltweit. Die Forderung nach Handelsschranken richtet sich nur auf den ersten Blick gegen Japan.

Der Super-Aufschwung ruft nach finanzpolitischer Konsolidierung – auch in Washington. Laut Shultz „kann der Schwung der dramatischen US-Erfolgsstory anhalten, wenn die Ungleichgewichte, die alle zusammenhängen, korrigiert werden". Das Resultat könne ein inflationsfreies weltweites Wachstum sein. Reagan will zudem einen steilen Dollarsturz vermeiden und der US-Industrie die Tür zum Export aufstoßen. In Bonn präsentiert er deshalb eine Strategie mit drei Schwerpunkten:

Finanz- und Wirtschaftspolitik: Priorität haben in den USA die Reduzierung des Budgetdefizits um 300 Milliarden Dollar in drei Jahren, hauptsächlich durch Ausgabenschnitte und die Vereinfachung des Steuersystems. Geplant sind neue Spar- und Investitionsanreize. Das Ziel sind weiter sinkende Zinsen, begünstigt auch durch das gemächlichere Konjunkturtempo.

Bei gebremstem Wirtschaftswachstum in den USA treten die Wirtschaftspolitiken in Europa und Japan in den Vordergrund. In der EG sind angebotsorientierte Steueranreize für Investitionen und Innovationen dort erwünscht, wo deutliche Stabilitätsfortschritte erzielt wurden. Die US-Empfehlung für die Arbeitsmärkte: größere Flexibilität bei Einstellungen und Entlassungen, weniger Arbeitslosengeld und niedrigere Spitzensteuersätze. Jobs zu schaffen und zu suchen soll attraktiver werden.

Beseitigen muß Europa außerdem Starrheiten und Kontrollen bei den Kapitalbewegungen. In Europa okkupieren die Staaten mehr als doppelt soviel vom Bruttoinlandsprodukt als in den USA. Japan soll seine Märkte für Handelsgüter, Dienstleistungen und Kapital öffnen und seine gewaltige Sparrate durch mehr Konsum auf ein realistischeres Niveau senken. Vordringlich ist eine Stabilisierung – sprich Aufwertung – des Yen.

Währungspolitik: Vor wilden Wechselkursausschlägen wird die bestehende und nicht zu ändernde Währungsordnung durch eine größere Abstimmung der nationalen Wirtschaftspolitiken geschützt. Zu erweitern sei deshalb die Überwachungsrolle des Währungsfonds.

Handelspolitik: Eine neue Liberalisierungsrunde im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt), die neben Handelsgütern auch Dienstleistungen, Spitzentechnologien, Agrarprodukte und Investitionen einbezieht, ist die unerläßliche Bedingung für eine weiter expandierende Weltwirtschaft.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

GROSSBRITANNIEN

Pfund-Sorgen diktieren Londons Kritik am Dollar

WILHELM FURLER, London

Freihandel, Währungsturbulenzen und die Schuldenkrise der Dritten Welt sind aus Großbritanniens Sicht die Gipfelthemen von Bonn. In allen Punkten bezieht London eine sperrige Haltung, die den Partnern manche Nuß zu knacken geben dürfte.

Während *Washington* und *Bonn* auf eine baldige Gatt-Runde drängen, um Handelsschikanen abzubauen, gibt sich London beim Termin für eine neue Gatt-Runde „völlig relaxed", wie der WELT in Whitehall erklärt wurde. Frau Thachter befürchtet, hastige Terminierung brächte den weniger entwickelten Staaten – darunter etlichen Commonwealth-Länder wie etwa Indien – Nachteile.

So ist der Premierministerin bei ihrer jüngsten Fernost-Reise wiederholt erklärt worden, daß die führenden Industrienationen erst einmal ihren Verpflichtungen nachzukommen hätten, die sie im letzten Gatt-Abkommen von 1979 eingegangen seien. Frau Thatcher hatte in Fernost Verständnis für die Befürchtungen einiger dieser Regierungen gezeigt, daß die rasche Festlegung einer neuen Gatt-Runde den Industrienationen nützt, die Interessen der Dritten Welt jedoch auf der Strecke blieben.

So spielt, wie man aus Whitehall erfährt, die Terminfrage für London eine untergeordnete Rolle. Dies bedeutet jedoch nicht, daß London in der Sache eine laxe Haltung einnimmt. Immer wieder unterstreichen britische Minister, wie notwendig eine scharfe Bekämpfung des Protektionismus sei. Die Regierung macht sich dafür stark, Handelsbarrieren bei Dienstleistungen in die „ökonomische Abrüstung" einzubeziehen, also etwa das Bankgeschäft, den Versicherungssektor oder den Luftverkehr.

Zweiter Schwerpunkt Großbritanniens ist die Stabilisierung des Welt-Währungssystems. Als einer der führenden Kapitalmärkte der Welt ist die Themse-Metropole besonders stark von hektischen Währungsausschlägen und ihren Auswirkungen auf das Pfund betroffen. Dies gilt besonders für die Pfund-Dollar-Parität, zumal wegen der traditionell sehr engen Wirtschaftsverflechtungen zwischen Großbritannien und den USA sowohl die britische Währung als auch das Zinsniveau in London besonders empfindlich auf amerikanische Finanzeinflüsse reagieren.

Trotz der angelsächsischen Gemeinsamkeiten wird Frau Thatcher in die Kritik an den Haushalts- und Leistungsbilanzdefiziten der USA einstimmen. Beide hätten das Weltwährungssystem destabilisiert, meint sie und dringt auf rasche Bereinigung. Sie unterstützt deshalb die vor kurzem in Washington vom Internationalen Währungsfonds unterbreiteten Vorschläge, dem IWF eine stärkere „Schiedsrichter-Rolle" bei der Überwachung der Wirtschaftsstrategien der Industrienationen einzuräumen. Wenig angetan ist London dagegen von Vorschlägen, gewisse Währungsbandbreiten zu definieren.

Schon bisher haben sich das Schatzamt und die Bank von England nur sehr zögernd an die zwischen den USA, Japan, Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Januar getroffene Vereinbarung gehalten, notfalls gegen den Dollar zu intervenieren. Dahinter steht die Marktwirtschaftlerin Margaret Thatcher: Wechselkurse sollten den Märkten überlassen bleiben.

Die Schuldenkrise der Dritten Welt ist nur zu lösen, mahnt London seit längerem, wenn die Weltbank ihr Kapital aufstockt und künftig mehr Kredite für die strukturelle Verbesserung von Entwicklungsländern bereitstellt. Man sollte in den Bemühungen nicht nachlassen, die Kreditlaufzeiten für einige Schuldnerländer zu verlängern, um den bis 1988 wachsenden Schuldenberg abzutragen.

Sowohl in Fragen der Energieeinsparung als auch der Umweltpolitik werden sich die Briten manches nachsagen lassen müssen. Sie hinken deutlich hinter dem kontinentaleuropäischem Standard her. In der Umweltpolitik tut Großbritannien – nach der UdSSR größter Schwefeldioxid-Verschmutzer Europas – immer noch so, als sei das gewachsene Umweltbewußtsein im Ausland eine Marotte.

FRANKREICH

Mitterrand pokert mit dem Termin für die Gatt-Runde

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreichs unbeirrte Forderung, durch möglichst feste Wechselkurse Turbulenzen an den Devisenmärkten zu vermeiden, dürfte zwar wiederum auf Vorbehalte stoßen, wird aber von Paris diplomatisch mit dem Wunsch der anderen Gipfelteilnehmer nach *einer baldigen Gatt-Runde verknüpft*. Politische Fragen, wie etwa die Teilnahme an dem amerikanischen Programm für eine Weltraumverteidigung (SDI), sieht Paris eher im Hintergrund. Statt dessen hält es das französische Projekt „Eureka" für diskussionswürdig.

Auch Staatspräsident Mitterrand wird – als Teil einer globalen Wachstumsstrategie – die USA zur Defizitreduzierung und die Japaner zum Abbau ihrer Außenhandelsüberschüsse ermahnen. Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hatte zwar schon grundsätzliche Übereinstimmung erzielt, von den Zusagen Washingtons und Tokios ist Paris allerdings noch nicht voll befriedigt.

Für recht schwierig halten es Regierungskreise, die amerikanische Forderung für eine neue Liberalisierungsrunde des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) mit der EG-Forderung nach Verhandlungen über die Reform des Weltwährungssystems auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Die Franzosen lehnen es nach wie vor kategorisch ab, schon jetzt einen Gatt-Termin festzusetzen. Das wäre ebenso „absurd", wie die Festlegung eines Termins für die Währungsreform, heißt es in Paris.

Frankreich besteht auf der „Parallelität" beider Verhandlungszyklen. „Schritt für Schritt simultan vorankommen" lautet die Formel. Paris ist hier weniger flexibel als Bonn. Einigkeit besteht allerdings darüber, beide Gespräche vorzubereiten: den für die Gatt-Runde im Juni auf Beamtenebene, mit der Vorbereitung der Währungsreform-Verhandlungen soll ein Interimsausschuß des Internationalen Währungsfonds (IWF) Anfang 1986 beauftragt werden. Unklar ist noch, worauf sich die Währungsreform beziehen soll. Die Franzosen wünschen die stufenweise Rückkehr zu „voraussehbaren Wechselkursen". An die Wiederherstellung des festen Wechselkurssystems von Bretton Woods – wie noch auf dem Williamsburg-Gipfel 1983 – denkt Mitterrand nicht mehr.

Das zeitliche Junktim sei, so *heißt* es, dadurch etwas entschärft, daß die Entwicklungsländer über eine neue Gatt-Runde erst dann verhandeln wollen, wenn die Verpflichtungen der westlichen Industriestaaten aus der laufenden Runde erfüllt sind. Auch Paris weiß, daß zunächst die jüngsten Handelsbarrieren abgebaut werden müssen, bevor man neue Liberalisierungsvorsätze faßt.

Die Weltkonjunktur beurteilen französische Regierungskreise weniger optimistisch als etwa in Bonn. Der Aufschwung in den USA habe sich sehr stark abgeschwächt, die Verschuldung der meisten Entwicklungsländer wieder verdüstert. Alle westlichen Industriestaaten müßten deshalb ihr Expansionspotential voll ausschöpfen. Die Wiedererweckung der „Lokomotiv-Theorie" hält man aber auch in Paris angesichts früherer schlechter Erfahrungen (mit der Bundesrepublik) für abwegig.

Der französische Staatspräsident wird in Bonn mit einem eigenen Projekt zur Bekämpfung der Hungersnot und Trockenheit in Afrika aufwarten. Konkret: Satelliten sollten aus dem Orbit die Ernten beobachten und mobile Transporteinheiten zur raschen Lebensmittelhilfe lenken helfen. Frankreich möchte auch die afrikanische Agrarproduktion durch mehr Saatgüter, Dünge- und Pflanzenschutzmittel verbessert wissen. Schließlich will der Präsident den Vormarsch der Wüste südlich der Sahara stoppen, wobei der Westen finanziell helfen müßte.

Mitterrand reist diesmal, so scheint es, mit mehr Realismus zum Gipfel. Auch sein Wirtschaftsminister Bérégovoy mahnt zum Pragmatismus. Trotz einer müden Konjunktur möchte Frankreich jedoch Inflationsbekämpfung und Haushaltssanierung nicht vernachlässigen.

Gipfel-Akzente

Steigende weltwirtschaftliche Verflechtung diktierte stets die gleichen Themen: Wachstum, Beschäftigung, Preisstabilität, Finanzen, Handelsströme. Zuspitzungen – Ölkrise, Osthandel, Verschuldung – setzten immer neue Akzente.

Rambouillet (1975) wollte Ordnung in die Weltwährungsbeziehungen bringen.

San Juan/Puerto Rico (1976) war von der Sorge einer neuen Inflationswelle überschattet.

London (1977) gebar die vom neuen US-Präsidenten Carter geförderte „Lokomotiv-Theorie"; Deutschland und Japan sollten das Wachstum stimulieren, lehnten jedoch wegen der Inflationsgefahren ab. Bekenntnis zum Kernenergie-Ausbau.

Bonn (1978) beschloß ein „Aktionsprogramm", wonach sich jede Nation zu prozentualen Wachstumsraten und höherer staatlicher Schuldenaufnahme verpflichtete. Protektionismus und Ölabhängigkeit im Vordergrund.

Tokio (1979) verabredete Selbstverpflichtungen, die Ölimporte zu drosseln und das Energiesparen zu fördern. Gemeint war vor allem die Energieverschwendung der USA.

Venedig (1980) bekräftigte den Vorrang der Inflationsbekämpfung, setzte wiederum Ölsparziele, erweiterte aber die Konferenz um zwei politische Ziele: Erklärung gegen den sowjetischen Afghanistan-Überfall und gegen Geiselnahme von Diplomaten.

Ottawa (1981) monierte die hohen US-Zinsen in den USA und forcierte den Nord-Süd-Dialog.

Versailles (1982) nahm wiederum die USA wegen ihres hohen Budgetdefizits in die kritische Zange, Frankreich drängte – ohne Erfolg – auf Weltwährungsreform. Fiasko beim Streit um den Osthandel.

Williamsburg (1983) setzte den Wünschen nach Expansion finanzpolitische Disziplin entgegen. Überraschender Konsens in der Nachrüstung mit Japan.

London (1984) bekräftigte den Wunsch, die wieder gestiegenen Wachstumsraten zu verstetigen und gegen Protektionismus anzugehen.

gil.

JAPAN

Nippon öffnet seine Märkte nur einen Spalt breit

FRED de LA TROBE, Tokio

Nervöser denn je besteigen die Japaner den Bonner Weltwirtschaftsgipfel. Sie befürchten, in ein Kreuzfeuer der Kritik zu geraten. Schon bei früheren Gipfelkonferenzen wurden ihre wachsenden Handelsbilanzüberschüsse beanstandet, doch so hoch wie *1984* war der Aktivsaldo Nippons noch nie. Bilden die USA und Europa eine gemeinsame Front gegen Tokio? Gerät Japan in die Isolierung?

Im Handel mit den Vereinigten Staaten erzielte Japan 1984 einen Rekordüberschuß von 111 Milliarden Mark, nahezu das Doppelte des Vorjahres. Mit der EG erhöhte es seinen Aktivsaldo um 15 Prozent auf 33 Milliarden Mark. Ministerpräsident Nakasone gibt sich jedoch selbstbewußt: „Ich bin der Meinung, daß wir uns in Bonn nicht anklagen sollten. Wir müssen positiv miteinander reden, um die Probleme zu lösen." Die Seuche des Protektionismus in den USA habe Japan gemeinsam mit der Regierung in Washington und dem amerikanischen Volk zu bekämpfen. Mit Rücksicht darauf habe Japan Schritte zur weiteren Marktöffnung unternommen.

Nakasone will in Bonn eine neue Runde multilateraler Handelsgespräche vorschlagen, um seine freihändlerische Gesinnung zu beweisen. Da Frankreich und Italien aber gegen einen baldigen Beginn einer solchen Konferenz sind, rechnen die Japaner nicht mit nennenswerten Fortschritten.

Die periodischen Liberalisierungsanwandlungen der Japaner vor wichtigen internationalen Konferenzen blieben auch diesmal nicht aus. Wie schon in den letzten Jahren vor den Weltwirtschaftsgipfeln, verkündete die Regierung am 9. April ein neues „Paket" von Einfuhrerleichterungen. Es enthielt jedoch wenig Neues. Tokio kann also wieder darauf verweisen, daß es im eigenen Hause Anstrengungen für den Freihandel unternimmt.

Nakasone weiß indes, daß Japan auf dem Gipfel scharfe Kritik erwartet. Seine Rivalen in der Regierungspartei dürften dies zu Angriffen gegen ihn nutzen. Ein rascher Abbau der japanischen Handelsbilanzüberschüsse liegt daher auch in seinem eigenen Interesse. Da er aber gegen den zähen Widerstand der Wirtschaft gegen weitere Marktöffnung wenig durchsetzen konnte, versuchte er mit werbewirksamen Auftritten zu beeindrucken.

Über das Fernsehen appellierte er direkt an das japanische Volk, mehr zu importieren. In einem Warenhaus kaufte er höchstpersönlich ausländische Produkte ein. Die japanischen Verbraucher reagierten aber zurückhaltend, denn importierte Waren sind in Japan wegen vielfach höherer Zölle, Steuern und sehr breiten Handelsspannen meist wesentlich teurer als vergleichbare heimische Angebote. Tokio befürchtet auch, daß es in Bonn von den anderen Teilnehmern unter Druck geraten könnte, seine Inlandsnachfrage anzukurbeln, mit Importen die Konjunktur zu stimulieren. Das japanische Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr und auch in den ersten Monaten 1985 speiste sich zu zwei Dritteln aus den rasant steigenden Exporten.

Die Regierung Nakasone ist innerlich zerstritten, ob der Binnenmarkt angeheizt werden soll. Einige Rivalen des Ministerpräsidenten sind dafür, Nakasone selber ist strikt dagegen, da eine solche Politik seinem Bestreben zuwiderliefe, die hohen japanischen Staatsschulden abzutragen und die Defizite abzubauen. Eine expansivere Wirtschaftspolitik ließe sich etwa durch die Emission staatlicher Bauobligationen für öffentliche Arbeiten einleiten. Auch kräftige Steuersenkungen böten sich an.

Ruhigeres Fahrwasser als bei den heiklen Wirtschaftskontroversen erwarten die Japaner bei den politischen Themen. Westliche Solidarität für die Position der USA bei den Genfer Verhandlungen mit der UdSSR erscheint sicher. Für die strategische Verteidigungsinitiative SDI hat Nakasone Sympathie geäußert, ohne sich schon endgültig festzulegen. Auf Einmütigkeit rechnet er angesichts der Bedenken anderer „Gipfelstürmer" jedoch nicht.



Warum schenkt die Kirche den Mahnern so wenig Gehör?

Von CHRISTA MEVES

Die vergangenen fünfzehn Jahre haben bewiesen: Nicht nur die Institutionen Schule und Universitäten, sondern auch die Kirchen sind von Kräften heimgesucht, die getreu der alten marxistischen Anweisung, „alle Grundlagen des bestehenden politischen Zustandes zu unterwühlen", durch die Institutionen marschiert sind. Das vollzieht sich vielfach unter Tarnung, nur gelegentlich, nur durch spektakuläre Ereignisse wird der Charakter der „Veränderer" sichtbar. *Und es ist eine befremdliche Erfahrung*, daß die Verantwortlichen in der Evangelischen Kirche davon anscheinend unbeeindruckt bleiben. Wird von aufmerksamen Zeitgenossen auf brüchige Bodenstellen hingewiesen und *damit ersichtlich* gemacht, daß der Prozeß unzweifelhaft weiter im Gange ist, kommt es vielfach zu erstaunlichen Reaktionen. Die sich doch „kritisch" und „offen" nennende Kirche reagiert verärgert, fühlt sich angegriffen und unterstellt den Mahnern alle möglichen unlauteren persönlichen Gründe für ihre Versuche, auf den gefährdeten Zustand aufmerksam zu machen.

Aufwiegelnde Wühlarbeit

Oft werden die Mahner auch einfach madig gemacht und abgewiesen. So wurde z. B. eine Gruppe von Mitbürgern, die sich ab 1977 gegen die pornographischen Tendenzen eines Rendsburger *Experten für Sexual*kundeunterricht im evangelischen Dienst wehrten, von der nordelbischen Synode 1979 als Verleumder abqualifiziert und der Sexist jahre*lang weiterhin im Dienst des Diakonischen Werks belassen.*

Getreu *dem Programm*, „Widerstand zu leisten gegen die Ansprüche der autoritären Institutionen Staat, Industrie, Parteien, Kirche und Verbände" (Beck J. et al: Erziehung in der Klassengesellschaft, *Einführung* in die Soziologie der Erziehung, Seite 249, München 1970) wird in der Kirche jede Menge aufwiegelnde Wühlarbeit zugelassen, statt ihr einen Riegel vorzuschieben. In diesem Geist geschieht es fortgesetzt, daß „die Wirklichkeit von Staat und Gesellschaft vor das Tribunal abstrakt-utopischer Konzepte zitiert wird, um sie moralisch zu disqualifizieren" (F. Tenbruck). Einige Beispiele aus dem Jahr 1985: Eine niedersächsische Jugendgruppe macht eine Wochenendfreizeit mit einem Vikar. Einer der Sechzehnjährigen gibt an, Berufssoldat werden zu wollen. „Also Mörder", kommentiert der Vikar.

Nicht erst seit dem Aufruf einer Gruppe von nordelbischen Pfarrern *vom November 1984*, „zivilen Ungehorsam" gegen den Staat zu üben, wird der Versuch gemacht, Kinder zu tatkräftiger Rebellion gegen das System vorzubereiten. In einem *1983 neu aufgelegten evangelischen Religionsbuch* für das dritte und vierte Schuljahr in Niedersachsen fand ich folgende Sätze: „Manche Menschen schießen auf andere Menschen, weil Unrecht in ihrem Land herrscht. Sie sagen: ‚Es ist ein guter, ein notwendiger Krieg, wir kämpfen für eine gerechte Sache'." (S. 30)

Einem Kind werden die Worte in den Mund gelegt: „Wann kann ich schon tun, was ich will? Überall muß *ich gehorchen*. Die Erwachsenen haben es gut! Sie können immer tun, was sie wollen ... (S. 44). Oder: „Wenn die Gesetze böse sind, muß man ihnen einfach nicht gehorchen." „*Das kannst du nicht*", sagt der Vater, „*dann wirst du bestraft*". „Aber man kann doch die ungerechten Gesetze abschaffen und neue, bessere machen", anwortet das Kind. Und das wird kommentiert: „Gesetze sollen eigentlich die Menschen schützen. Aber es gibt auch Gesetze, die dazu dienen, daß Menschen von anderen unterdrückt werden. Besonders die Juden haben das immer wieder erfahren." (S. 46). *Zitate zu dem Arbeits*buch: Religion 3/4 für die Evangelische Religionslehre im 3. und 4. Schuljahr, Hrg. J. Baldermann et al, Verlag, Schwann-Bagel, Düsseldorf.

Grund für Kirchenaustritt

In anderen Fällen treten Gemeindeglieder resigniert und verbittert aus der Kirche aus. Nachdem ein Pfarrer einen Unternehmer in seiner Gemeinde als „Ausbeuter" bezeichnet hatte, schrieb dieser an seinen Propst folgenden Brief: „Herr Pastor D., der ja seit zwei Jahren unser Gemeindepastor ist, machte mir am Te*lefon* eine Reihe atemberaubender Unterstellungen. Anwürfe solcher Art – im Stile „diese kapitalistischen Ausbeuter" – sind mir zwar noch nie von einem Gemeindepastor begeg*net, aber ich habe diese außerordent*lich befremdliche und beunruhigende Haltung oft schon an jungen Pfarrern beobachten können ... Ich bin nicht bereit, solche Bedrohung durch meine *finanzielle Mithilfe zu nähren.*

Ich erhoffe mir von diesem Schritt, daß die Leute innerhalb der Kirche, die es angeht, erkennen, daß man durch feindselige Äußerungen solcher Art in die Gefahr gerät, den Ast *abzusägen, auf dem man selbst sitzt.* Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Bereitschaft zu einem Gespräch. Aber Sie sehen: mir geht es dabei nicht um mich, sondern um eine exemplarische *Handlung* für *Ihre Kirche.*"

Dregger: Solidarität mit Vertriebenen

„Am 8. Mai 1945 ist kein Schlußstrich unter die deutsche Frage gezogen worden"

DW. **Bonn**

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hat auf der Kundgebung des Bundes der Vertriebenen in Bonn eindringlich vor einer Preisgabe des Friedensvertragsvorbehaltes in der Deutschlandpolitik gewarnt. Die WELT veröffentlicht Auszüge der Rede, *in der sich Dregger mit den deut*schen Heimatvertriebenen und ihren Verbänden solidarisiert.

Ohne Hitler, den Verderber Deutschlands, hätte es die Verbrechen der Vertreibung und des Judenmordes nicht gegeben. Erst heute beginnen *viele zu begreifen, welch* große sittliche Tat der Aufstand vom 20. Juli 1944 gegen Hitler gewesen ist. Ich sage sittliche Tat, denn: Die Männer und Frauen des deutschen Widerstandes standen völlig allein. Die Alliierten, auch unsere heutigen Verbündeten, lehnten jeden Kontakt mit ihnen ab. Roosevelt und Churchill hatten seit ihrer Konferenz von Casablanca 1943 nur noch eine Antwort: bedingungslose Kapitulation nicht Hitlers, sondern Deutschlands. Sie hatten keine Perspektive für ein von Hitler befreites Deutschland. Die Alternative, vor der der deutsche Widerstand zusammen mit dem deutschen Volk stand, lautete: entweder mit Deutschland seinen Verderber Hitler *zu* verteidigen oder mit Hitler Deutschland seinen Feinden auszuliefern ...

Die Männer und Frauen des Widerstandes wollten das Reich nicht zerstören; sie *wollten es retten und die Ehre des deutschen Volkes* wiederherstellen. Als das unter den Bedingungen eines haßerfüllten, gnadenlosen und von beiden Seiten mit größter Erbitterung geführten Krieges *nicht mehr* möglich war, haben sie sich für die zweite Alternative entschieden. Dazu gehörte nicht nur ungeheurer Mut, den haben auch die Soldaten an der Front und die Menschen in der *Heimat* bewiesen, dazu *gehörte* auch Übersicht und Urteilsvermögen ...

Noch einmal: Ohne Hitler hätten diese Katastrophen der KZ und der Vertreibungen nicht stattfinden können.

Aber es ist auch wahr, daß durch die Verbrechen Hitlers die Verbrechen anderer weder *gerechtfertigt noch entschuldigt* werden. Verbrechen sind Verbrechen, gleichgültig, an wem und durch wen sie verübt werden. Die Gleichheit vor dem Recht ist einer der elementarsten Rechtssätze der abendländischen Zivilisation. Man kann Geldforderungen gegeneinander aufrechnen. Verbrechen können nicht gegeneinander aufgerechnet werden ...

Wie ich den Juden danke, die nach 1945 einen neuen Anfang in Deutschland gemacht haben, so danke ich *Ihnen, den Heimatvertriebenen*, für den Beitrag, den Sie nach 1945 für den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und für den Frieden der Welt geleistet haben.

● DOKUMENTATION

Auf die schrecklichen Erfahrungen, denen Sie ausgesetzt waren, haben Sie – *in Ihrer Charta der Deutschen Heimatvertriebenen* – mit einem Dokument der Humanität und der Friedensliebe geantwortet; Sie haben stellvertretend für alle Schicksalsgefährten Zeichen gesetzt für eine gemeinsame *Zukunft freier Völker* auf dem europäischen Kontinent ...

Wie mit den Juden und den anderen Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, so bekunde ich daher meine Solidarität auch mit Ihnen, den Vertriebenen, mit den zwei *Millionen* Ihrer Landsleute, die bei Flucht und Vertreibung umkamen, und mit den zwölf Millionen, die am Ende des Zweiten Weltkrieges außer dem Leben nahezu alles verloren ... In *diese Solidarität beziehe ich ausdrücklich* auch die Verbände der Vertriebenen ein und diejenigen, die in den Verbänden Verantwortung tragen ...

Im übrigen: Über 14 Millionen Menschen kann man nicht hinweggehen. Es ist in höchstem Maße unmoralisch, diejenigen zu beachten, die sich mit Terror gegen ihnen zugefüg*tes Unrecht zur Wehr setzen*, wie es die Palästinenser tun, und diejenigen zu mißachten oder gar zu verachten, die um des Friedens und der Versöhnung willen auf Rache und Vergeltung verzichten, wie es die Deutschen *Heimatvertriebenen tun.*

Versöhnung setzt Respekt *voreinander* voraus. Das *mindeste*, was die Vertriebenen erwarten können, ist der Verzicht auf den Versuch, sie ihrer Identität zu berauben ... Am 8. Mai 1945 ist kein Schlußstrich unter die deutsche Frage gezogen worden. Die Teilung unseres Vaterlandes – und damit Europas – ist nicht das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges, wie die Sowjetunion immer wieder behauptet. Das Deutsche Reich in den *Grenzen* vom 31. Dezember 1937 wurde völkerrechtlich nicht aufgelöst und ausgelöscht. Während der Kriegszeit hat es zwar Teilungspläne gegeben. Aber sie blieben alle in der Schublade ...

Der Friedensvertragsvorbehalt, die Offenheit der deutschen Frage – das ist der wichtigste operative Ansatz für die Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas. Wenn der Friedensvertragsvorbehalt entfiele,

– dann würde die Teilung Berlins, Deutschlands und Europas endgültig: *Die DDR würde Ausland für uns;*

– dann ließe sich die eine deutsche *Staatsangehörigkeit, das rechtliche* Band des deutschen Staatsvolkes, nicht mehr aufrechterhalten;

– dann würden die Deutschen im freien Teil Berlins ohne Staatsangehörigkeit sein: Sie besäßen weder die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik *Deutschland noch die der DDR;*

– *dann verlöre der Vier-Mächte-Status für ganz Berlin* seine Grundlage – mit der Folge, daß das freie Berlin seinen Schutz durch unseren westlichen Verbündeten einbüßen würde;

– dann würden Polen, die CSSR und Ungarn endgültig hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden."

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

„Unwürdige Diskussion"

Sehr geehrte Redaktion,

beschämt und erbittert verfolge ich die unwürdige Diskussion um den Besuch des amerikanischen Präsidenten auf dem *Soldatenfriedhof* in Bitburg. Wo, so frage ich, gibt es ein zivilisiertes Volk von Ehre, das sich seinen gefallenen Soldaten gegenüber so verhält *wie das deutsche?* Da erklärt ein führender Politiker, die Deutschen seien doch zu 65 Prozent zu einer Zeit geboren, als der Zweite Weltkrieg vorüber war, demzufolge könne man pauschal von einer deutschen Schuld nicht sprechen. Nun, ich und alle ehemaligen Soldaten müssen sich also sagen lassen, daß sie *die verlorene, die schuldige* Generation sind. Ich akzeptiere diese Beschuldigung und die im gleichen Zusammenhang ausgesprochene Entschuldigung nicht. Ich kann auch *nicht akzeptieren, daß die SS-Leute*, deren Gräber in Bitburg den Anlaß für ein würdeloses Theater abgegeben haben, alle Kriegsverbrecher waren. Die Väter und Mütter, die Söhne und Angehörigen derer, *die ihr Leben* lassen mußten – nicht freiwillig, sondern eingebunden in Befehle und gegen die rote Überflutung kämpfend – verdienen unsere Achtung und unser entschiedenes Eintreten für sie. „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig gibt für ihre Ehre." Unstreitig sind wir moralisch in Schuldhaftung geraten, empfinden Scham, auch wenn wir persönlich keinen *Anlaß* finden. In *moralische* Schuldhaft sind aber auch geraten die Bomberpulks der Alliierten, die noch zu einer Zeit, da der Krieg längst entschieden war, mutwillig und vorsätzlich Dresden und Würzburg vernichteten, und in diesen und anderen Städten Hunterttausende.

Wer sich heute noch hassend gegen Menschen wendet, die ihre soldatische *Pflicht, wie sie sie verstehen* mußten, tat, der lese das Wort Jesu: „Wer ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein."

Ich fürchte und ich hoffe, daß das Hin und Her über Bitburg und die *deutschen Soldaten zu einer* Wendung in der „Bewältigung" der deutschen Schuld und damit über das die ganze Welt betreffende Verhängnis führt. Jedenfalls sollte das lange Schweigen der *ehemaligen* Soldaten *jetzt endgültig ein Ende finden.* Man muß reden! Man muß die bittere Wahrheit unverdreht und mutig sagen!

Mit freundlichen Grüßen
Heinrich Höhler,
Superintendent i. R.
Reserveoffizier im Zweiten Weltkrieg
Bensheim 3

Bekennende Gemeinschaft

„Jetzt eine 'Bekennende Gemeinschaft'"; WELT vom 11. April

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß es sehr zu begrüßen ist, daß aus den im Artikel aufgeführten und noch anderen Gründen, nachdem sich die Kirchenleitungen mit ihren Bischöfen an der Spitze trotz entsprechender öffentlicher Aufrufe und Kritik durch besorgte Christen innerhalb der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche nicht bzw. nicht tatkräftig genug gegen diese Auswüchse in den Kirchen eingesetzt haben, eine „Bekennende Gemeinschaft" und ein „Verein zur Förderung von Evangelium und Kirche durch bibeltreue Christen" entstanden sind. Diese Gremien wollen selbstverständlich nur innerhalb unserer Volkskirche tätig *sein* und sei *vor* weiteren schädlichen politischen Einflüssen bewahren.

Es darf nicht so weitergehen, wie eine junge Pastorin, die ihren Talar ausgezogen hat, unter anderem aussagte: „*In dieser sogenannten Volks*kirche wird dem Anliegen der Heiligen Schrift nicht mehr nachgekommen. Theologen können alle Begriffe der Bibel nach Herzenslust umdeuten, und ihre Kirche läßt sie gewähren. Ich brauche keine Friedenswoche, da jeder Gottesdienst dem Frieden dienen sollte."

Neben der reinen Seelsorge sollte deshalb Pfarrern künftig eine politische Agitation nach Art der Linksextremisten in unseren Kirchen nicht mehr möglich sein, auch nicht mit Talar außerhalb der Kirchen.

Herr Pfarrer Motschmann hat übrigens noch einmal ganz deutlich ausgesprochen, daß „die Mehrzahl der Kirchenleitungen fast zehn Jahre lang mehr oder minder tatenlos der Linksunterwanderung der Kirche zugesehen hat". Mögen nun alle echten Christen die neuen Gremien besonders unterstützen, d. h., dazu beitragen, dieser unwürdigen und gefährlichen Unterwanderung unserer Kirchen Einhalt zu gebieten.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Spindler,
Lübeck

Wort des Tages

» Der Furchtsamste erschrickt vor der Gefahr, der Feige in ihr, der Mutige nach ihr. «

Jean Paul, dt. Autor (1763–1825)

Zumfort

„FDP in Schleswig-Holstein geht auf Bonner Kurs"; WELT vom 22. April

Georg Bauer berichtet über den FDP-Parteitag in Schleswig-Holstein, die Wahl von Wolf-Dieter Zumfort zum neuen Landeschef, dessen Vorstellung über die *zukünftige Linie* der schleswig-holsteinischen FDP und daß man die Lindenblattstelle des „schleswig-holsteinischen Jungsiegfried" (gemeint ist damit Ministerpräsident Dr. Uwe Barschel. Die Redaktion) finden müsse.

In der Siegfried-Sage geschieht das Erkunden der Lindenblattstelle auf eine niederträchtige und heimtückische Art und sie führt zur hinterhälti*gen Ermordung Siegfrieds.*

Ich kann Herrn Zumfort nur empfehlen, seine Gedanken und Worte besser in Zucht zu nehmen, damit kein nie wiedergutzumachendes Unheil entsteht.

Pfarrer i. R. Walter Lenke,
Ahrensburg

Schalmeienklänge

„Abgeordnete verbitten sich rüden Ton sowjetischer Gäste"; WELT vom 20. April

Sehr geehrte Redaktion,

wir sollten diesem ZK-Sekretär Semjanin dankbar dafür sein, daß er hier als Gast die Katze aus dem Sack gelassen hat. So mancher Gutgläubige oder „nützliche Idiot" (frei nach Lenin) wird vielleicht doch die Methoden der sowjetischen Erpressungspolitik erkennen. Das unverschämte Auftreten dieses Propaganda-Exponenten ist kennzeichnend für die sowjetische Politik, die ihr Prinzip von Zuckerbrot und Peitsche schon immer, aber insbesondere in den letzten Jahren drastisch demonstriert hat.

Der überwiegenden Mehrheit de[r] Deutschen, die sowieso den Scha[l]meienklängen oder Drohungen au[s] Moskau widersteht, ist jetzt noch kla[r]er geworden, daß *wir nur in einer* starken NATO-Bündnis geschüt[zt] sind vor einer endgültigen „Befre[i]ung". Um dieses Schutzbündnis z[u] stärken, sollte sich die Bundesrepu[-]blik voll an dem SDI-Programm de[s] amerikanischen Präsidenten Reaga[n] beteiligen.

Mit freundlichem Gru[ß]
Rudolf Gör[...]
Hamburg [...]

Karajan

„Unfroher Kronzeuge"; WELT vom 1[...] April

Der Name „Herbert von Karajan" ist kein Künstlername, wie in de[r] Sendung unterstellt wird, sonder[n] der wirkliche Name eines Manne[s], dessen Vater bereits unter diesem Na[-]men ein sehr geachteter Chirurg i[n] Salzburg gewesen ist.

Das Interview mit einem Musiku[...], der diesen Künstler nicht mag un[d] behauptet, dieser mittelmäßige Di[ri]gent für eine Provinzbühne sei nu[r] durch die Verhältnisse im Dritte[n] Reich so hoch gekommen, ist wirk[-]lich unwürdig und verleumderisch.

Was die Geschäfte des Herrn vo[n] Karajan betrifft, so hätte man den i[n] *hämischem Ton vorgetragenen* B[e]merkungen darüber vor allem d[ie] Tatsachen gegenüberstellen müsse[n], daß sie zum wesentlichen Teil in Ge[-]stalt von Stiftungen und ähnlicher der Förderung *von jungem Künstle[r]*nachwuchs dienen.

Wenn ein Moderator solch eine[n] unfairen, emotionsgeladenen Fil[m] zuläßt, so verletzt er die Pflicht „ö[f]fentlich-rechtlicher Rundfunkansta[l]ten" zur Objektivität auf gröblich[e] Weise und sollte baldmöglichst abg[e]löst werden!

Mit freundlichen Grüß[en]
Dr. Fritz Pen[...]
Owing[en]

Alfons XIII.

„Die Königin zur letzten Ruhe ins Pa[n]theon"; WELT vom 22. April

Nicht Alfons III., sondern Alfon[s] XIII. heiratete 1906 Eugenia Victor[ia] von Battenberg.

Mit freundlichem Gr[uß]
Günter Hauschi[...]
Hamburg

Die Redaktion behält sich das Rec[ht] vor, Leserbriefe sinnentsprechend [zu] kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, des[to] *größer ist die Möglichkeit der Ver*öffentlichung.

Personalien

GEBURTSTAG

Seinen 80. Geburtstag feiert am 1. Mai der Berliner Musikverleger Dr. **Robert Lienau**. Zugleich begeht der von ihm und seiner Schwester gelei*tete Musikverlag, vormals* Schlesinger (gegründet 1810), seit drei Generationen im Besitz der Familie Lienau, sein 175jähriges Firmenjubiläum. Der Verlag, bei dem sich die meisten Werke von **Karl Maria von Weber**, *das Violinkonzert und* 3. Sinfonie von **Sibelius** sowie das Hauptwerk von **Paul Juon** befindet, hat sich in den letzten Jahren vor allem auf dem Gebiet der Schul- und Unterrichtsmusik *weltweit einen* Namen machen können.

AUSZEICHNUNGEN

Dem geschäftsführenden Gesellschafter der Internationalen Spedition Schüchen, Altenkirchen–Frankfurt am Main–Kassel, **Helmut Schmidt**, ist von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland für seine Leistungen beim Aufbau des mittelständischen Transportgewerbes verliehen worden.

*

Professor Dr. **Hans Wolf** vom Max-v.-Pettenkofer-Institut für Hygiene und medizinische Mikrobiologie in München erhält heute den mit 5000 Mark dotierten Curt-Bohnewand-Preis für seine Arbeiten zur Bekämpfung der Krebskrankheiten. Professor Wolf und seine Arbeitsgruppe beschäftigen sich mit der Erforschung des Epstein-Barr-Virus. Es konnte als Auslöser bestimmter menschlicher Tumore erkannt worden. An der Entwicklung eines ent*sprechenden Impfstoffes* gegen das Epstein-Barr-Virus wird zur Zeit gearbeitet. Der Preis ist nach dem Kaufmannsehepar **Curt** und **Erna Bohnewand** aus Rottach-Egern benannt. Bereits *zu* ihren Lebzeiten *hatte das Ehepaar* Wissenschaft, Kunst und soziale Einrichtungen gefördert.

*

Die Puppenbühne Nordheim unter *Leitung* von **Hartmut Fischer** ist in Bochum mit dem Fritz-Wortelmann-Preis für Amateurfigurentheater geehrt worden. Die Auszeichnung ist mit 3000 Mark dotiert. Den zweiten Preis in Höhe von 2000 Mark erhielt die Figurenarbeitsgemeinschaft Mariahof in Hüfingen unter **Markus Sontheimer**. Außerdem wurden zwei dritte Preise von je 1250 Mark an das Figurentheater im Jugenddorf der Christopherus-Schule Braunschweig unter **Eckhardt Erngassen** und das Puppentheater der Musikschule Nienburg unter **Alwine Gerner** vergeben.

*

Der deutsche und internationale Kurzgeschichtenpreis der Stadt Arnsberg ist zum neunten Mal vergeben worden. Den mit 10 000 Mark dotierten Preis für die beste deutsche Kurzgeschichte erhielt **Hannelies Taschau** aus Hahnen für die Erzählung „Angebote an den Durchreisenden". Der 1937 geborenen Schriftstellerin wurde *gleichzeitig* der erstmals vergebene Dr. Hartwig-Kleinholz-Preis (5000 Mark) zur Erinnerung an den ersten Organisator des Wettbewerbs zuerkannt. Der ebenfalls mit 10 000 Mark ausgestat*tete internationale Preis wurde* als große Überraschung des Wettbewerbs der Rumänin **Carmen Francesca Bancio** und ihrer Kurzgeschichte „Das strahlende Ghetto" zuteil. Die Frau war nach Angaben der Preisverleiher auch nach Rückfragen beim rumänischen Schriftstellerverband nicht zu ermitteln.

VERÄNDERUNG

Dr. **Feruccio Sarti** (51), seit 1977 Direktor des Italienischen Instituts für Außenhandel (I. C. E.) in Düsseldorf und seit 1979 als Dirigente Superiore Koordinator für Handesförderung in der *Bundesrepublik* Deutschland, Österreich und der Schweiz, verläßt Düsseldorf, um als stellvertretender Generaldirektor die Arbeit der 85 I. C. E.-Büros weltweit zu koordinieren. *Die* Werbe- und Verkaufs-Strategien des staatlichen I. C. E. werden künftig von Dr. **Alfonso Barbera** (45) fortgesetzt, der bereits von 1965 bis 1979 in Köln, Hamburg und Düsseldorf (als Leiter des Italia Trand-Center) tätig war, und als Kenner des deutschen Agrarabsatzes erfolgreich arbeitete. Zuletzt war Barbera weltweit für die Promotion von Investitionsgüter in Rom verantwortlich. Gestern abend wurde Sarti in Düsseldorf verabschiedet und Barbera „wieder" begrüßt. Mit dabei waren unter anderem Düsseldorfs Bürgermeister **Bruno Recht**, Messechef **Claus Groth**, *IGEDO-Inhaber* **Manfred Kronen** sowie der passionierte Förderer der deutsch-italienische Handelsbeziehungen, der frühere Industrie- und Handelskammer-Präsident **Friedrich Conzen**.

Im Alter von *91 Jahren* ist in Bad *Neuenahr* **Wolfram Humperdinck**, der Sohn des Komponisten **Engelbert Humperdinck** verstorben. Er hat die erfolgreiche Märchenoper „Hänsel und Gretl" seines Vaters weit über *100 Mal* an in- und ausländischen Bühnen inszeniert, sehr oft auch „Die Königskinder", und 1965 mit der Biographie „Das Leben meines Vater" diesem wie auch sich selbst ein Denkmal gesetzt. Es handelt sich bei diesem Werk um eine umfangreiche Darstellung nicht nur des Lebens und Wirkens Engelbert Humperdincks, sondern der ganzen musikgeschichtlichen so bedeutsamen Epoche der Nach-Wagnerzeit. Er war als Regisseur an den Opernbühnen in Königsberg, Wuppertal und Leipzig tätig, zuletzt als Intendant in Kiel und Dozent an der Musikakademie in Detmold.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Bluttest auf AIDS

München (dpa) – Als erster Blutspendedienst in der Bundesrepublik führt das Rote Kreuz in Bayern ab 1. Mai landesweit einen neuartigen Test ein, mit dem jede Blutkonserve auf Erreger der Krankheit AIDS (erworbene Immunschwäche) untersucht wird. Bei dem Suchtest können durch eine Farbreaktion Antikörper gegen die Viren im Blut von AIDS-Kranken erkannt werden. Von den 146 bislang gemeldeten AIDS-Fällen in der Bundesrepublik ist jedoch bislang keiner durch eine Bluttransfusion verursacht worden, wie das Bundesgesundheitsamt mitteilte.

Umweltkonferenz

Genf (dpa) – Eine gesamteuropäische Konferenz zum Kampf gegen die grenzüberschreitende Luftverschmutzung findet vom 8. bis 12. Juli in Helsinki statt. Dazu sind die zuständigen Minister aus 34 Ländern von der UNO-Wirtschaftskommission für Europa eingeladen worden. Bei der Konferenz geht es vor allem darum, ein Protokoll zu unterzeichnen, das die Senkung des Schwefeldioxydausstoßes um mindestens 30 Prozent unter die Werte von 1980 empfiehlt. Aber auch der Ausstoß von Stickstoff-Oxyden sollverstärkt bekämpft werden.

Krötenwanderung

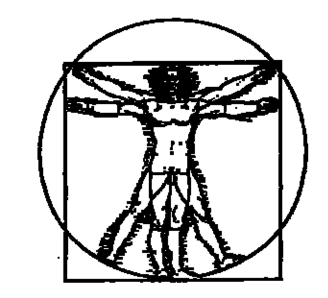
Recklinghausen (lnw) – Die Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) hat alle Bürger aufgerufen, den Schutz der Amphibien zu unterstützen. Von den 17 in Nordrhein-Westfalen heimischen Arten seien inzwischen acht in ihrem Bestand gefährdet. Die Ökologen weisen darauf hin, daß in diesen Tagen die Erdkröten und Grasfrosche zu ihren angestammten Laichplätzen unterwegs seien. Der starke Verkehr auf den Straßen, die die traditionellen Wanderwege der Tiere kreuzen, lasse diesen „Marsch" jedoch oft tödlich enden.

Fernlehrgang Ökologie

Bonn (DW.) – Einen Fernlehrgang „Ökologie und ihre biologischen Grundlagen" bietet das Institut für Chemische Pflanzenphysiologie der Universität Tübingen an. Er wendet sich an Erwachsene aller Berufsgruppen, die aus privaten oder beruflichen Gründen Interesse an ökologischen Fragestellungen haben. Seit seiner Einführung 1982 haben 5500 Teilnehmer den Kurs belegt, der aus 14 Lehrheften und aus begleitenden Wochenendseminaren besteht (Kontaktadresse: Fernlehrgang Ökologie, Albrechtstraße 9, 7400 Tübingen).

Gebirge unter dem Meer

Oslo (dpa) – Norwegische Forscher haben vor der Küste der Antarktis eine 2500 Meter hohe Gebirgskette gefunden, die unter einer dichten Schicht von Sedimenten im Meer „begraben" liegt. Dies ist das wichtigste Ergebnis einer Expedition, bei der es auf Grund günstiger



Eisverhältnisse möglich war, Gebiete zu erforschen, die bisher noch nie mit seismischen Verfahren untersucht werden konnten. An der Expedition beteiligte Biologen haben ferner in einem 200 Kilometer von der Wedell-See entfernten Gebirge die größte bisher bekannte Vogelkolonie entdeckt. Dort sollen etwa 1 Million Sturmvögel leben.

Katalog chemischer Stoffe

Bonn (DW.) – Eine Liste der in der Bundesrepublik gemeldeten sogenannten „Altstoffe" hat das Umweltbundesamt Anfang April veröffentlicht. In drei Bänden mit fast 2400 Seiten sind genau 38 631 Stoffe aufgeführt, die nach Angaben aus der chemischen Industrie vor dem 18.9.1981 auf dem Markt waren. Dieses Verzeichnis soll dazu beitragen, die Transparenz im Bereich der in der Bundesrepublik benutzten chemischen Substanzen zu verbessern. Auch die Entscheidung, welche Stoff als „alt" oder „neu" im Sinne des Chemikaliengesetzes angesehen werden muß, wird jetzt erleichtert.

Großprojekte für die bemannte Raumfahrt in den 90er Jahren

Von J. von PUTTKAMER

Im Januar 1984 hat der amerikanische Präsident die Nasa beauftragt, innerhalb eines Jahrzehntes eine bemannte Raumstation zu entwickeln und zu bauen. Das Projekt soll nicht eine ausschließlich amerikanische, sondern eine internationale Institution werden. Nach der Zustimmung der Europäischen Weltraumbehörde Esa existiert inzwischen ein Bündnis zur gemeinsamen Entwicklung einer Raumstation zwischen den Partnern USA, Europa, Kanada und Japan.

Aus amerikanischer Sicht ist die Raumstation die nächste große technische Herausforderung der Menschheit. Keines der führenden Industrieländer kann es sich leisten, auf den Technologieschub zu verzichten, den dieses Projekt auslösen wird, wenn es künftig wettbewerbsfähig bleiben will. Schon jetzt gibt es in den Vereinigten Staaten zahlreiche Beispiele, wie private Unternehmen an den Raumfahrt-Programmen teilnehmen.

So ist zum Beispiel eine Gruppe von Unternehmen zur Herstellung biologischer und pharmazeutischer Produkte gebildet worden. Sie stützt sich auf die ersten Erfahrungen, die in diesem Bereich bei den bisherigen Flügen des Space Shuttle gemacht worden sind. Weiterhin entstand ein Forschungsprogramm zur Verbesserung von Giesserei-Verfahren.

Spacelab: Europas Beitrag zur bemannten Raumfahrt

Europas Einstieg in die bemannte Raumfahrt erfolgte mit dem Weltraumlabor Spacelab, das im letzten Jahr erstmals ins All geflogen ist. Die Bundesrepublik treibt die Nutzung dieses Labors im nationalen Rahmen durch zwei eigenständige Missionen voran. Die erste Mission (D 1) wird aller Voraussicht nach im kommenden Oktober stattfinden. Dabei sind Experimente für die wissenschaftliche Grundlagenforschung und für die Entwicklung neuer Techniken geplant. Die Untersuchungen betreffen Gebiete der Biologie – etwa aus dem Bereich Schwerkraftwahrnehmung – und der Medizin, ebenso die Physik, die physikalische Chemie und die Verfahrenstechnik. Weiterhin sollen Verbundwerkstoffe, Kristalle und Materialien für die Elektronik getestet werden.

Die Nasa-Raumstation wird zunächst ausgelegt als Forschungs- und Fabrikationsunternehmen für die Materialforschung, für biologische Untersuchungenn; für die Weltraumkunde, die Erdbeobachtung und die Kommunikationstechnik. Sie ermöglicht ferner die Einführung neuer Verfahren zur Erschließung des erdnahen Weltalls. Geplant sind größere Beobachtungsstationen, die ständig gewartet werden können.

Mit Hilfe der Raumstation sollen Raumplattformen und wiederverwendbare Antriebssysteme versorgt, überholt und gewartet werden. Man kann sie sich daher wie einen großen Raumflughafen vorstellen. Hier könnten auch Gerüststrukturen für den Bau weiterer Stationen entstehen oder industrielle Produkte hergestellt werden.

Die Raumstation bildet eine einzigartige Arbeitsstätte im erdnahen All für industrielle und experimentelle Zwecke. Ihre eigentliche Bedeutung jedoch erwächst aus der Schlüsselstellung in fernerer Zukunft. Eine bemannte Plattform im All ist nicht nur ein Forschungs- und Fabrikationsunternehmen, das einen erheblichen Technologieschub auszulösen vermag, sondern zugleich auch „Sprungbrett" für weitergehende Vorhaben im All. Sie wird zum Ausgangspunkt für Raumflüge in den höheren geostationären Raum, sowie eines Tages für den Aufbruch des Menschen zu Stützpunkten im Sonnensystem.

Der ständige Aufenthalt von Menschen im All erfordert die Entwicklung einer besonderen Infrastruktur. Neben der Raumstation als Kernstück, sozusagen als „Mutterschiff", gehören dazu unbemannte freifliegende Plattformen, ferngesteuerte Manövriergeräte, leistungsfähige Ausrüstungen für die Versorgung der Astronauten, Anlagen für die Fortbewegung und den Verkehr zischen den einzelnen Elementen der „Weltraumstadt" sowie wiederverwendbare Transporter, mit denen man in weiter von der Erde entfernte Bahnen gelangen kann.

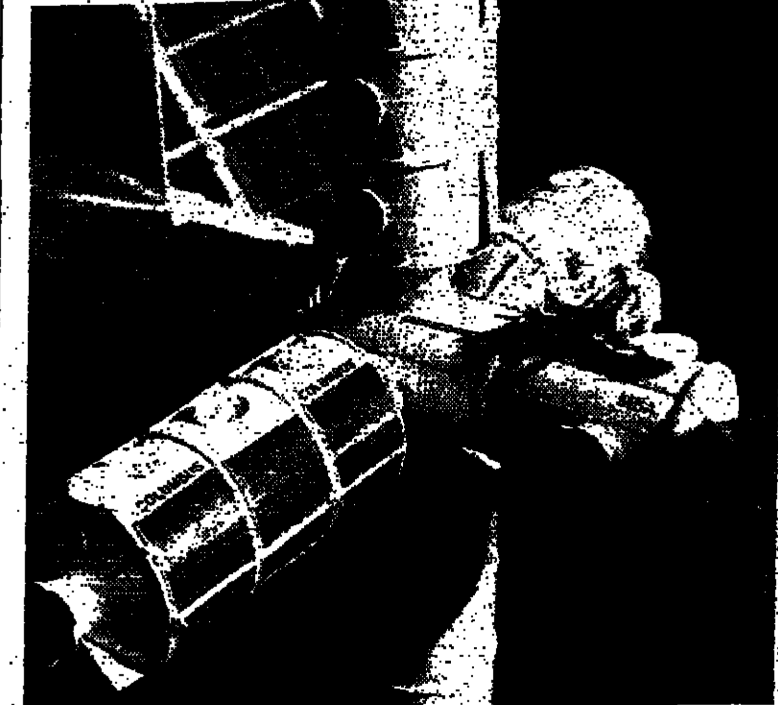
Der nächste Schritt: Fabriken im Weltraum

Es ist damit zu rechnen, daß die kommerzielle Verarbeitung von Materialien im der Raumstation einen so fortgeschrittenen Stand erreichen wird, daß der nächste Schritt zur Errichtung von Produktionsanlagen in der Umlaufbahn getan werden kann. Zu den Anwendungen, die zur Zeit am meisten versprechen, gehören pharmazeutische Produkte, neuartige Halbleiter von höchster Reinheit sowie ganz neue Glaswerkstoffe und glasige Metalle.

Nach dem Jahr 2000 ist die Rückkehr des Menschen zum Mond und die Errichtung einer Mondbasis durchaus realistisch. Ein solches Unternehmen könnte ein starkes und richtungsweisendes Ziel für die USA und ihre Partner im All werden, und zwar aus wissenschaftlichen, technologischen und wirtschaftlichen Gründen.

J. von Puttkamer ist bei der Nasa zuständig für die Planung der bemannten Raumfahrt. Der Artikel beruht auf einem Vortrag während der Hannover-Messe.

Die unbemannte Raumfahrt bringt trotz ihrer Erfolge auch einige Nachteile mit sich. So können etwa die im Weltraum arbeitenden Geräte weder gewartet noch im Störfall ausgewechselt werden. Zwischen der Europäischen Raumfahrtorganisation Esa und der Nasa ist deshalb eine Übereinkunft getroffen worden, die die gemeinsame Entwicklung einer bemannten Raumstation vorsieht. Sie soll die Ausgangsbasis für den dauerhaften Aufenthalt von Menschen im Weltraum sein. Eine solche Station könnte Mitte der 90er Jahres in Betrieb gehen.



Ein Modell des zentralen Teils der Raumstation „Columbus", die aus mehreren unabhängigen Elementen besteht FOTO: BMFT

Der europäische Beitrag

Die Europäer planen mit dem von deutscher und italienischer Seite ausgearbeiteten „Columbus"-Konzept einen eigenständigen Beitrag zur bemannten Raumfahrt im nächsten Jahrzehnt. Es bietet auch die Grundlage für die Verhandlungen mit der NASA über eine Mitwirkung der Europäer an der Entwicklung, dem Bau und dem Betrieb der von den Amerikanern beschlossenen Raumstation, die in den 90er Jahren fertig gestellt sein soll.

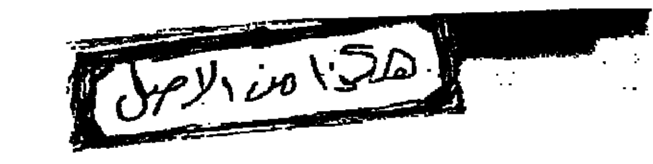
Europa ist entschlossen, wichtige Elemente eines solchen Systems selbst zu entwickeln und damit auch an den neuen technischen Möglichkeiten teilzuhaben, die sich aus diesem Zukunftsprojekt ergeben. Mit dieser gleichberechtigten transatlantischen Zusammenarbeit wollen sich die Europäer den Zugang zur Nutzung der Raumstation sichern, ihre Wettbewerbsfähigkeit in der bemannten und unbemannten Raumfahrt ausbauen und sich langfristig auch die Möglichkeit offen halten, einmal völlig autonom ähnliche Projekte abzuwickeln.

Das Programm „Columbus" umfaßt mehrere Bauelemente. Dazu gehören zum Beispiel Druckkammern, in denen sich Menschen zeitweise oder dauernd aufhalten können und die zum Teil mit Laborgeräten ausgerüstet sind, wie sie beispielsweise schon jetzt im Spacelab verwendet werden. Diese Einheiten können entweder für einen Betrieb im freien Flug oder in angedocktem Zustand an eine große Raumstation ausgelegt werden.

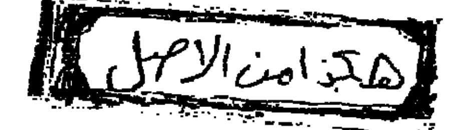
Weiterhin sind freifliegende oder angedockte Plattformen geplant, die als Observatorien zur Erforschung des Weltalls oder zur Beobachtung der Erde dienen sollen, in denen automatische oder fernbediente Experimente zur Schwerelosigkeit ablaufen können oder die als Lager für Ersatzteile, Treibstoff oder Versorgungsgüter fungieren. Diese Teilelemente werden von einheitlichen Bauelementen begleitet, in denen die jeweils notwendigen Versorgungsapparaturen untergebracht sind.

Schließlich ist ein orbitales Transportfahrzeug geplant, das Wartungspersonal und Gerät zwischen der Raumstation und den freifliegenden Plattformen und Laboren transportieren kann. Die einzelnen Teile des Columbus-Programms sollen Eigentum der Europäischen Raumfahrt Agentur ESA bleiben.

LUDWIG KÜRTEN







ZAHLEN

Hilfe für Feeney

Frankfurt (sid) – Beim Europameisterschafts-Boxkampf zwischen Rene Weller (Pforzheim) und dem Franzosen Frederic Geoffroy in Frankfurt wurden 5000 Mark für den ehemaligen englischen Box-Profi George Feeney gesammelt. Feeney mußte wegen einer Netzhautablösung seine Karriere nach der Niederlage gegen Weller im Oktober 1984 beenden.

Stevenson macht weiter

Havana (sid) – Der dreimalige kubanische Box-Olympiasieger *Teofilo* Stevenson (32) hat seine Karriere noch nicht beendet. Cheftrainer Sagarra erklärte. Stevenson trainiere und werde wahrscheinlich auch an den Weltmeisterschaften 1986 in Reno (USA) teilnehmen.

Keretic verlor

Hamburg (dpa) – Der Stuttgarter Damir Keretic verlor bei den Internationalen deutschen Tennismeisterschaften in Hamburg in der ersten Runde gegen den Schweizer Jakob Hlasek mit 4:6, 4:6.

Verträge verlängert

Mannheim (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub SV Waldhof Mannheim hat den Vertrag mit Torhüter Uwe Zimmermann bis zum 30. *Juni* 1987 verlängert, den des Mittelfeldspielers Alfred Schön und des griechischen Verteidigers Dimitrius Tsiunanis um ein weiteres Jahr.

Lewis mit Rückenwind

Walnut (dpa) – Bei etwas zu star*kem Rückenwind lief Olympiasieger* Carl Lewis (USA) bei einem Leichtathletik-Sportfest in Walnut (US-Bundesstaat Kalifornien) 100 Meter in 9,90 Sekunden, *drei Hundertstel* Sekunden unter dem Weltrekord seines Landsmanns Calvin Smith.

Sieg für McEnroe

Atlanta (sid) – Der Amerikaner John McEnroe gewann das mit 300 000 Dollar dotierte Tennisturnier von Atlanta durch einen 7:6, 7:6, 6:2-Finalsieg über seinen Landsmann Paul Annacone.

Inter legt Berufung ein

Mailand (sid) – Der italienische Fußball-Klub Inter Mailand will gegen die Entscheidung der Disziplinar-Kommission der Europäischen Fußball-Union (UEFA) Berufung einlegen, das mit 0:3 verlorene Halbfinalspiel im UEFA-Pokal gegen Real Madrid nicht zu wiederholen. Mailand hatte gegen die Wertung protestiert, da sein Spieler Bergomi während des Spiels von einer Glaskugel getroffen worden war und verletzte hatte ausscheiden müssen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Länderspiele: Kolumbien – Uruguay 2:1, Brasilien – Peru 0:1.

TENNIS

Turnier in Atlanta, Finale: McEnroe – Annacone (beide USA) 7:6, 7:6, 6:2. – *Schauturnier in Tulsa, Finale: Connors* (USA) – Noah (Frankreich) 6:4, 6:4. – Damen-Turnier in San Diego, Finale: Croft (England) – Turnbull (Australien) 6:0, 7:6.

VOLLEYBALL

Sechs-Länder-Turnier in Shekesfehervar/Ungarn: Deutschland – Österreich 0:3, Ungarn – Kuba 3:0, Belgien – Nordkorea 3:0.

BASKETBALL

Testspiel: Nationalmannschaft Deutschland – BSC Köln 93:84.

ROLLHOCKEY

Europameisterschaft in Barcelos (Portugal), erster Spieltag: Deutschland – Holland 3:3, Italien – Frankreich 8:3, Portugal – Belgien 10:4, Spanien – England 10:3.

GEWINNZAHLEN

6 aus 45: 7, 16, 32, 34, 38, 39. Zusatzspiel: 24. – Rennquintett: Rennen A: 9, 5, 3. – Rennen B: 29, 34, 25. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL / Heute live im Fernsehen (ARD): WM-Qualifikationsspiel CSSR gegen Deutschland

Die Mannschaften

Schumacher (31 Jahre/58 Länderspiele)
1.FC Köln

Berthold (20/4) *Frankfurt*	**Jakobs (31/7)** *Hamburg*	**Förster (26/66)** *Stuttgart*	**Brehme (24/13)** *K'lautern*
Matthäus (24/23) München	**Herget (29/11)** Uerdingen	**Rahn (22/4)** Gladbach	**Magath (31/38)** Hamburg
Littbarski (25/22) Köln		**Völler (25/25)** Bremen	

CSSR: Borovicka (31/2) – Hasek (21/2), Fiala (28/40), Prokes (31/17), Kukucka (28/5) – Chalupka (26/14), Berger (29/20), Sloup (32/8) – Vizek (30/47), Griga (23/7), Janecka (27/30).
Die deutschen Auswechselspieler: Stein (30/3), Frontzeck (21/5), Rolff *(25/12), Thon (18/4), Allofs (28/34).*
Schiedsrichter des Spiels ist der Franzose Joel Quiniou.
Tabellensituation in der Gruppe 2: Deutschland führt mit 13:3 Toren und 8:0 Punkten vor Portugal 8:7/6:4, Schweden 7:4/4:4, CSSR 5:2/3:3 und Malta 3:20/1:11. – Die letzten deutschen Spiele: 16. Oktober in Stuttgart gegen Portugal, 17. *November* in München gegen die CSSR.

● Nach dem Ausfall von Briegel und Rummenigge spielt die deutsche *Fußball-National*mannschaft heute in Prag gegen die CSSR auf alle Fälle mit Uwe Rahn. Auch der Hamburger Ditmar Jakobs soll neu ins Team kommen. Die Zeiten, in denen sich die deutsche Mannschaft auf den Gegner einstellte, scheinen vorbei. *Franz Beckenbauer sagt: „Die* CSSR kann spielen wie sie will, ob *mit* zwei oder drei Spitzen. Diesmal werden wir agieren. Sie sollen sich auf uns einstellen." Das WM-Qualifikationsspiel der Europa-Gruppe 2 wird heute vom Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) live ab 17.25 Uhr übertragen. Reporter ist Walter Johannsen.



Schwerer Weg durch die Fans: Pierre Littbarski. FOTO: DPA

Selbstbewußte Gelassenheit nach der Absage von Briegel und Rummenigge

ULRICH DOST, **Prag**

Es war vor dem Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel im Februar gegen Portugal in Lissabon. Teamchef Franz Beckenbauer, gerade erst ein halbes Jahr im Amt, wußte damals noch nicht, welches Potential in seiner Mannschaft steckt. Beckenbauer: „Wir sind noch nicht soweit, ein Spiel selbst zu bestimmen, wir müssen abwarten, was der Gegner macht." Durch den überraschenden 2:1-Sieg nahm der deutsche Fußball damals eine Wende zum Positiven, die sich beim 4:1 im Freundschaftsspiel Anfang April in Augsburg gegen Bulgarien fortsetzte.

Franz Beckenbauer schien endlich eine *Mannschaft gefunden zu haben*, die ihm selbst *Mut machte*, und die ihm eine rosarote Zukunft verhieß. Selbstbewußt konnte Beckenbauer am Sonntag vor dem Abflug zum wichtigen WM-Spiel gegen die Tschechoslowakei in Prag erstmals verkünden: „Die CSSR kann spielen wie sie will, ob mit zwei oder drei Spitzen, diesmal werden wir agieren. Reagieren müssen letzthin andere, sie sollen sich auf uns einstellen."

Nur wenige Stunden später bekam die neugewonnene deutsche Selbstsicherheit einen herben Rückschlag. So sah es zumindest im ersten Augen*blick aus. Während die Mannschaft* das Weltmeisterschaftsspiel der Eishockey-Nationalmannschaft gegen die Schweden verfolgte, trafen gleich *zwei Hiobsbotschaften aus Italien* ein: Karl-Heinz Rummenigge und Hans-Peter Briegel, die wegen ihres Spiels am Sonntag erst gestern nach*mittag in Prag erwartet wurden, muß*ten Franz Beckenbauer eine Absage erteilen. Briegels alte Knöchelverletzung war wieder aufgebrochen, dar*über hinaus zog er sich eine Bänder*dehnung im Knie zu.

Noch schlimmer erwischte es Karl-Heinz Rummenigge von Inter Mailand. Seine Knieverletzung, die er sich beim Augsburger Länderspiel bei einem Sturz über einen Fotografen zugezogen hatte, wurde durch einen Tritt seines Gegenspielers wieder schlimmer. Rummenigge bekam vier Tage absolute Ruhe und einen Zinkleimverband verordnet. Beckenbauer: „Ich hätte sie gerne dabeigehabt, allein die Namen Briegel und Rummenigge flößen dem Gegner schon mehr Respekt ein. Selbstverständlich ist das Fehlen dieser beiden eine Schwächung für uns."

Der Teamchef wollte erst das Nachmittagstraining abwarten, um sich für eine Mannschaftsaufstellung zu entscheiden. Er sagte: „Für Briegel spielt sicherlich der Gladbacher Uwe Rahn. Die Frage bleibt, ob Rummenigge durch einen Stürmer oder durch einen Mittelfeldspieler ersetzt wird. Mein Gedankenprozeß ist noch nicht abgeschlossen."

Als Rummenigge-Ersatz drängt *sich der Kölner Klaus Allofs auf*, der mit 20 Treffern gemeinsam mit Rudi Völler die Torschützenliste der Bundesliga anführt. Beckenbauer fast *mißmutig: „Wenn ihr wollt, schreibt* ruhig, daß er spielt, ich weiß es jetzt noch nicht." Beckenbauers Assistent Horst Köppel dagegen sagt: „Allofs spielt bestimmt nicht von Beginn an. Wir hätten dann mit Olaf Thon nur noch einen offensiven Spieler auf der Bank. Wir werden erst einmal abwarten, *wir wollen nichts riskieren.*" Die gute Position mit 8:0 Punkten in der WM-Qualifikation soll also nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Die Spieler dagegen geben sich optimistisch. Sie stört es nicht so arg, daß mit Rummenigge und Briegel zwei Stammspieler zu ersetzen sind. Felix *Magath*, Spielmacher vom Hamburger SV, glaubt: „Das Fehlen dieser beiden ist bestimmt keine Schwächung für uns. Die anderen 16 Spieler, die hier in Prag sind, machen einen körperlich guten Eindruck und sind alle einsatzfähig."

Auch der Bremer Mittelstürmer Rudi Völler will von einer Benachteiligung nichts wissen. Er sagte: „Ich glaube nicht, daß die beiden das Sonntagsspiel so schnell verkraftet hätten, daß sie nur zwei Tage später in bester Verfassung sein können. Diesen Zwei-Tage-Rhythmus verkraften die wenigsten Spieler. Vielleicht ist es ganz gut so für uns, denn alle anderen 16 Spieler sind fit."

Mit den älteren Spielern besprach sich Beckenbauer gestern nach dem Mittagessen, wie die neue Situation am besten zu bewältigen sei. Auch wenn sich der Teamchef noch nicht in die Karten schauen lassen wollte, so ist damit zu rechnen, daß der Hamburger Ditmar Jakobs als Libero ins Team kommt, und der Uerdinger Mathias Herget ins Mittelfeld rückt. Beckenbauer betonte in Prag noch einmal, daß der Kreis der Nationalspieler geschlossen sei. Nun muß der Rest beweisen, ob Beckenbauer die richtige Wahl getroffen hat.

Franz Beckenbauer hofft auch, daß er bei der Wahl des neuen Kapitäns richtigliegt. Für Karl-Heinz Rummenigge wird der Kölner Torwart Harald Schumacher die Kapitänsbinde tragen. Vielleicht kann er in dieser Funktion mit seinem Freund Bernd Schuster in Barcelona besser reden. Denn nach wie vor ist Schuster ein Thema bei der Nationalmannschaft. Franz Beckenbauer: „Mir ist es egal, ob die Sache über Schumacher läuft oder sonstwie. Das Comeback muß von Schuster ausgehen, wenn er will, kann er kommen, dann wird er auch spielen." So ganz geschlossen scheint der Kreis der Nationalmannschaft also doch nicht zu sein.

Für Franz einen Strauß Gerbera aus der „DDR"

MARTIN HÄGELE, **Prag**

Seinen Namen nannte er nicht. Nur sein Alter und sein Anliegen. Er sei 50, Vorsitzender eines kleinen Fußballklubs im Erzgebirge, so stellte er sich vor. Und er habe es für seine Pflicht gehalten, dem Franz Beckenbauer „im Namen aller DDR-Fans einen Blumenstrauß zu überreichen". Genauso hatte er es auch schon vor sechseinhalb Jahren gemacht, als Jupp Derwall in Prag seinen Einstand als Bundestrainer gegeben hatte. „Wieder einen Strauß Gerbera über die Grenze geschmuggelt", sagte er.

Und 10 000 Fußballfans aus der „DDR" wollen die Nationalmannschaft aus der Bundesrepublik in der CSSR spielen und siegen sehen. Diese Fans stehen vor zwei Problemen. Erstens bekommen sie kaum Karten, zweitens sind solche sportlichen Ausflüge *in* der *„DDR"* äußerst unerwünscht.

Der Mann mit den Blumen hat fürs erste Glück gehabt. Ein befreundeter Fuballklub *in* Prag – und den hat er als offizielles Ziel der Reise angegeben – hatte ihm und seinen Freunden die Karten besorgt. Aber: „Vielleicht *sind wir diesmal auf der Liste.* Dann werden wir bei der Rückkehr gefilzt und schikaniert." Einem von ihnen hatte der Staatssicherheitsdienst *nach* dem *Besuch eines Europapo*kal-Spiels von Bayern München in der CSSR für ein halbes Jahr den Personalausweis eingezogen.

Dieser „DDR"-Bürger frönt seiner Fußball-Liebe seither unter erschwerten Bedingungen: Sein Betrieb ist informiert worden über die *Termine von Klubs aus der Bundes*republik im Ostblock. In dieser Zeit besteht für ihn Urlaubssperre. Sollte er es über den Trick einer Krankmel*dung versuchen, überprüft die Polizei* seine Anwesenheit. Anordnung von oben.

Warum nehmen Sie solche Risiken auf sich? „Fußball in der DDR und in der Bundesrepublik, das sind zwei Welten. Wir betrachten die Elf der Bundesrepublik als unsere Nationalmannschaft", sagen die Leute aus dem Erzgebirge. Und wie reagieren ihre Mitbürger zu Hause auf diese Anhänglichkeit an die hochdotierten Profis aus dem Westen? Einer sagt: „Nach dem Ausscheiden aus der Europameisterschaft sind wir von den Genossen fürchterlich gehänselt worden."

Von solchen Augenblicken, wie nun in Prag, ganz dicht bei ihren Idolen, leben sie für Monate. Da bleibt ein Händedruck von Kaiser Franz oder ein Autogramm von Littbarski oder ein paar Worte mit Karl-Heinz *Förster* mehr als nur ein schönes Erlebnis. So etwas ist auch Lohn der Angst. Ständig suchen ihre Augen in der Hotelhalle nach Typen, die ihnen bekannt vorkommen: „Ganz sicher gibt's auch im Quartier der Nationalelf Spitzel."

Nur selten begründen diese Fans ihre Neigung mit politischen Argumenten. Nur: Sie könnten sich ganz einfach nicht mit den Spitzensportlern ihres Landes identifizieren. „Die gehören halt zu einer besonderen Kaste", meinen sie, „das sind Angepaßte, an die einer von uns gar nicht rankommt."

So sind die Stars aus dem Fernsehen (West) zu Ersatzobjekten für verlorengegangene Identifikationsmöglichkeiten geworden. Dafür fangen sich die Fußball-Fans der „DDR" einen Korb nach dem anderen bei den *Schwarzhändlern auf dem Wenzels*-Platz ein, wenn diese 50 Mark West für ein Ticket wollen. Dafür kribbelt es tagelang im Magen. Und noch Wo*chen später erschrecken sie, wenn* es an der Haustür klingelt. Es könnte die Polizei sein.

EISHOCKEY

Wieder ein Rückfall in alte Zeiten

H. P. BEIN, **Prag**

Die Fußball-Nationalspieler machten auf der Ehrentribüne der Prager *Fucik-Eishalle immer längere* Gesichter. Hinter vorgehaltener Hand wurde verstohlen gegähnt. Denn die Spieler mußten beim 5:2 der Schweden gegen Deutschland zum Beginn der Abstiegsrunde der Eishockey-Weltmeisterschaft die schlechteste Leistung der Mannschaft von Bundestrainer Xaver Unsinn seit fünf oder sechs Jahren erdulden. Beckenbauer: „Der Abend war nicht so schön, wie wir uns das vorgestellt hatten."

Auch sein Kollege Xaver Unsinn war bemüht, „dieses Spiel so schnell wie möglich zu vergessen". Gerade das aber fällt schwer. Es war nach den Leistungssteigerungen gegen Finnland (3:3) und die „DDR" (6:0) ein in dieser schockierenden Form kaum noch für möglich gehaltener *Rückfall in alte Zeiten* des deutschen Eishockeys, die Unsinn kürzlich als „Steinzeit" bezeichnet hatte.

In der Mannschaft war überhaupt *kein Zusammenhalt. Vor allem die* Leistungsträger taten sich schwer. Uli Hiemer verzettelte sich in Privatfehden mit den aus seinen nordame*rikanischen* Duellen bekannten schwedischen Profis und vernachlässigte seine Abwehrarbeit in sträflicher Weise. Erich Kühnhackls Zwischenhoch nach dem Donnerwetter von Xaver Unsinn ist wieder einem kräftigen Tief gewichen. Nicht einmal der sonst bisher zuverlässige Rosenheimer Sturm mit Reindl–Höfner–Franz kam in Schwung. Unsinns Urteil war in seiner Schärfe ebenso korrekt wie entlarvend: „Im Kampf Mann gegen Mann hatten die Schweden während des gesamten Spiels ein klares Übergewicht. Die waren einfach in allen Belangen besser."

Die Resignation war aus vielen Kommentaren zu hören. Der Kaufbeurer Dieter Hegen, der am Montag etwas bedrückt wie alle seinen 23. Geburtstag feierte, sagte enttäuscht: „In einer Minute war wieder alles passiert." Innerhalb von 27 Sekunden schossen die Schweden durch Södergren kurz nach der ersten Drittelpause das 2:0 heraus.

Das ist ein Alarmzeichen für gefährliche Unkonzentriertheit: Tor für die USA eine Sekunde vor der Drittelsirene, Tor für Kanada 31 Sekunden nach Spielbeginn, Tor für die CSSR 39 Sekunden nach Spielbeginn und jetzt die zwei Treffer der Schweden in 27 Sekunden. *Da half* auch Roedgers 1:2-Anschluß, sein erstes WM-Tor, nichts mehr.

Kein Pep und kein Mumm war mehr im deutschen Spiel. Gegen die Finnen will Xaver Unsinn heute (20.30 Uhr) „die Chance suchen". Es wäre „ein gefährliches Spiel", die *zweite Kräfteprobe mit dem skandi*navischen Eishockey schleifen zu lassen, um sich mit jetzt 3:13 Punkten ganz auf das voraussichtliche Ab*stiegsmatch gegen die* „DDR" (2:14) am Freitag (17.00 Uhr) zu konzentrieren. „Wir müssen das Letzte aus uns rausholen", sagte Unsinn. Viel *scheint da nicht mehr zu sein.*

Abstiegsrunde

Schweden – Deutschland 5:2
Finnland – „DDR" 6:2

DIE TABELLE

1.Finnland	8	3	2	3	29:7	8:8
2.Schweden	8	3	0	5	29:32	6:10
3.Deutschland	8	1	1	6	19:36	3:13
4.„DDR"	8	0	2	6	13:53	2:14

Heute: Schweden – „DDR", Finnland – Deutschland. – **Morgen:** USA – CSSR, UdSSR – Kanada.

STAND ● PUNKT / *Die alten Männer auf dem Fahrrad und ihre Lust am Sieg*

Vor zwei Jahren lag er im Evangelischen Krankenhaus zu Gent – viele Wochen lang. Es waren die Folgen eines schweren Sturzes: Knochenbrüche, durchtrennte Adern. Sein belgischer Kollege Patric Sercu berichtete nach einem Besuch: „Er wird wohl nie wieder Radfahren können. Und wenn, dann wird es wohl nichts Ordentliches mehr. Seine Karriere ist auf alle Fälle beendet." Morgen, beim schweren deutschen Weltpokal-Rennen der Rad-Profis „Rund um den Henninger Turm", gehört der Amsterdamer Gerrie Knetemann zu den Favoriten. Denn am letzten Samstag hat der 34jährige mit seinem überraschenden Sieg beim „Amstel Gold Race" in Holland selbst für diese Einstufung gesorgt.

1977 hatte Knetemann bereits die Berg- und Talfahrt durch den Taunus gewonnen und zwei Jahre später auch die Straßenweltmeisterschaft auf dem Nürburgring. Doch der letzte große Sieg des Holländers liegt mittlerweile lange zurück. Es war am 15. Juli 1982, als er bei der Tour de France den französischen Favoriten Bernard Hinault ausgerechnet in dessen Spezialdisziplin, beim Einzelzeitfahren in Valence d'Agen schlug. Knetemann gehörte zu den Superstars seiner Branche, als ihm 1983 in Waregem jener schwere Sturz passierte, der ihn fast die Karriere kostete. 1984 folgten dann erste Versuche, es wieder als Rad-Profi zu versuchen. Nach dem Sieg am Samstag sagte er: „Gott sei Dank, denn kein Mensch kann sich vorstellen, was ich 1984 durchgemacht habe."

„Der Mann, der wieder oben ist", schrieb gestern das Brüsseler „Het Nieuwsblad" – ein Comeback mit 34 Jahren? Knetemanns Landsmann Joop Zoetemelk, 37 Jahre alt und 1980 Sieger der Tour de France, siegte zu Beginn dieser Saison völlig überraschend beim italienischen Etappenrennen Tirenno–Adriatico. Der Holländer Hennie Kuiper, inzwischen 36 Jahre alt und 1972 Olympiasieger in München, war der Gewinner des Frühjahrsklassikers Mailand–San Remo und Dritter bei der Flandern-Rundfahrt.

Worauf gründen sich diese überraschenden Erfolge? Hennie Kuiper sagt: „Es gab bei uns in Holland über viele Jahre hinaus vier große Fahrer, die den internationalen Standard bestimmten: Joop Zoetemelk, Jan Raas, Gerrie Knetemann und ich. Um gegeneinander bestehen zu können, mußte enorm viel trainiert und sehr viel Eigendisziplin aufgewandt werden. Und diese Klasse verliert man nicht so schnell. Im Gegenteil, mit den Jahren sind wir alle vier nur noch härter gegenüber uns selber geworden. Wir sind aber nicht mehr so nervös wie vor zehn Jahren, wenn es ins Finale eines wichtigen Rennens geht. Man fährt fast unbeteiligt und etwas erstaunt darüber, daß der Körper so *wunderbar funktioniert.*"

Peter Post aus Amstelveen, der frühere Sechstage-Star und heute erfolgreicher Teamchef der Profi-Zunft, sieht noch andere Gründe: „Joop, Jan, Gerrie und Hennie haben alles gewonnen, was es zu gewinnen gibt. Sie müssen keine Karriere mehr aufbauen und sie sind materiell gut abgesichert. Egal, wie gut sie in ihrem Alter noch Radrennen fahren. Wenn die vier heute in ein wichtiges Rennen gehen, dann mit der Erfahrung des Profis und mit der Lust des jungen Amateurs, einfach mal einen Spurt mitzufahren. Ob sie dann gewinnen oder nicht, einerlei. Es macht jedenfalls Spaß."

Mag durchaus sein, daß es Knetemann und Kuiper in Frankfurt wieder Spaß macht, gegen zehn Jahre jüngere Kollegen zu gewinnen.

KLAUS BLUME

FINANZANZEIGE

AKTIEBOLAGET VOLVO
Göteborg

Einladung
zur ordentlichen Hauptversammlung
Die ordentliche Hauptversammlung der Aktiebolaget Volvo findet
am Mittwoch, dem 22. Mai 1985, um 16.30 Uhr
in Göteborg, Lisebergshallen, Ortgrytevägen statt.

Tagesordnung
1. Vorlage des Jahresabschlusses 1984 und des Berichts der Wirtschaftsprüfer
2. Feststellung des vorgelegten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses
3. Verwendung des ausgewiesenen Reingewinns
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Generaldirektors
5. Bestimmung der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder und ihrer Stellvertreter, die von der Hauptversammlung zu wählen sind
6. Festsetzung der Vergütung an den Aufsichtsrat und die Wirtschaftsprüfer
7. Wahl des Aufsichtsrats und ihrer Stellvertreter sowie der Wirtschaftsprüfer
8. Beschlußfassung über den Vorschlag der Verwaltung, eine Änderung des Wortlauts von Art. 2 der Satzung, der den Tätigkeitsbereich der Gesellschaft betrifft, vorzunehmen
9. Beschlußfassung über den Vorschlag der Verwaltung, den Aufsichtsrat zu ermächtigen, eine Volvo-Stiftung für Forschung und eine Volvo-Stiftung für Bildung einzurichten und jeder dieser Stiftungen einen Betrag von skr 25 Millionen zur Verfügung zu stellen.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen wollen, müssen spätestens am 10. Mai 1985 in das von der Wertpapier-Registrierungs-Zentrale (Vaerdepapperscentralen VPC AB) geführte Aktionärsregister der Gesellschaft eingetragen sein und sich entsprechend der Satzung spätestens bis Freitag, den 17. Mai 1985, 12.00 Uhr bei der Aktiebolaget Volvo, Legal Department, S 405 08 Göteborg, anmelden.
Die Verwaltung schlägt den 28. Mai 1985 als Stichtag für die Ausschüttung der Dividende vor. Wenn die Hauptversammlung dementsprechend beschließt, wird voraussichtlich ab 4. Juni 1985 die Dividende durch VPC gezahlt.
Aktionäre können sich in der Hauptversammlung durch Bevollmächtigte vertreten lassen.
Göteborg, im April 1985
Der Aufsichtsrat

Bekanntmachung an die Miteigentümer am Sammelbestand des Deutschen Auslandskassenvereins AG (AKV)
Für die Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts aus Volvo-Aktien, die auf den Namen des AKV eingetragen und in Miteigentumsanteilen am Sammelbestand des AKV lieferbar sind, gilt folgendes:
Der AKV darf das Stimmrecht aus den Aktien nicht selbst ausüben. Der Miteigentümer am Sammelbestand kann jedoch bis spätestens 2. Mai 1985 beim AKV über seine Depotbank beantragen, daß bis zur Höhe seines Sammeldepotguthabens vorübergehend Volvo-Aktien in Form von VPC-Zertifikaten auf seinen Namen umgeschrieben werden. Gleichzeitig ist eine Vollmacht mit einzureichen, daß nach Beendigung der Hauptversammlung die Aktien zur Herstellung der Lieferbarkeit in Deutschland wieder auf den Namen des AKV zurückzuübertragen sind. Die vorübergehende Umschreibung der Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung wird für den Miteigentümer am Sammelbestand kostenlos durchgeführt.
Frankfurt am Main, im April 1985

Im Auftrag der AKTIEBOLAGET VOLVO
Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

IMMOBILIEN · KAPITALIEN

Für Spanien-Liebhaber:


Eine Rarität!
Auf dem weißen Hügel von Altea haben wir soeben 6 Wohnungen fertiggestellt. 4 EW, 2 mit Dachstudio, verkaufen wir jetzt. Unverbaubarer Blick aufs Meer. Hochwertige Ausstattung. Sie können sofort einziehen. Teilungserklärung und Escritura liegen vor. (keine Maklerprovision)
Unterlagen mit Fotos bei
Betrau-KG
7060 Schorndorf/Stgt.
Pf. 1530, Tel. 0 71 81/7 73 36

38 Wohneinheiten Baujahr '67
in Buxtehude, naturnah, Stadtrandlage, 2066 m² Wohnfläche, 5400 m² Grundstück, modernisiert, kann in zwei Abschnitten verkauft werden.
Kaufpreis: 2,3 Mio.
Harald Kaufhold Immob.
Braueler Weg 30
2730 Zeven
Telefon 0 42 81 / 30 89

Dipl.-Ing., Mikroelektronik
bietet interessante u. unkonventionelle Beteiligung an Technologiefond. Info anford. u. B 1420 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Landhaus
Kapitalanlage – Altersruhesitz. Nähe Altmühltal, 120 m² Wohnfl., große überb. Terrasse – Sauna, Schwimmbad in schönem Parkgrundstück, 3,55 ha, eingezäunt, geeign. f. Pferde-Tierhaltung. z. Z. Damhirschzucht. Jagdmögl., Schätzpreis 1,1 Mio., VB 850 Tsd., v. Priv. an Privat. Zuschr. erb. u. G 1557 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rendite-Ferienhaus
Costa del Sol
2 Wohnungen je 92 m², aller Komfort, direkt am Meer, gute Verwaltung, verkauft Privat.
Zuschr. erb. unt. R 1542 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

GELEGENHEIT
IN DER NÄHE VON MADRID
ZU VERKAUFEN:
KOMPLEX VON VIER INDUSTRIEHALLEN. VON INSGESAMT 4.530 m².
KOMPLEX VON VIER INDUSTRIEHALLEN. VON INSGESAMT 4.530 m²
MIT FÜNF BRÜCKENKRÄNEN UND LADERAMPE. 200 KVA ZUR VERFÜGUNG.
BÜROS IN MODERNEM 2-STÖCKIGEM GEBÄUDE. GESAMTFLÄCHE: 1.160 m².
UMGEBEN VON 16.000 m² GELÄNDE, EINGEZÄUNT.
LAGE:
INDUSTRIEGEBIET "LAS ARENAS". IN PINTO, 18 KM. SÜDLICH VON MADRID AN DER NATIONAL-STRASSE IV. MADRID-ANDALUSIEN
TELEFON: 91/253 71 04.
ARIES INDUSTRIAL Y NAVAL
GUZMAN EL BUENO. 133 - 1º
28003 MADRID/SPANIEN
TELEX 22258 WILAR E
TELEG. ARIES NAVAL

Feldberg-Falkau

Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus,
Wfl. ca. 155 m²,
bezugsfertig,
Preis ab DM 365.000,—
incl. Garage(n) u. Stellplätze,
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Kempten/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 39–89 m²,
ideal als Ferienwohnung oder Altersruhesitz,
Preis ab DM 109.000,—
zuzügl. DM 3.000,— Stellplatz,
Gesamtpreis ab DM 112.000,—.
Keine Käuferprovision
Telefon (08 31) 2 26 51 / 2 60 20
Leonberger Immobilien

Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen,
Wfl. 88–127 m², bezugsfertig,
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert,
Preis ab DM 288.000,—
incl. TG-Platz,
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Wangen/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 80–96 m², 20 Min. bis zum Bodensee, bezugsfertig,
Preis ab DM 199.000,—
incl. TG-Platz,
Keine Käuferprovision
Telefon (0 75 28) 69 69
Leonberger Immobilien

Privat sucht, Kauf oder Miete, 2-Zi.-Wohnung für Monaco
Zuschriften unter K 1559 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Roulette-Info
Gratis mit Gewinnkonzept von DYN-CLUB, Fach 245, 4000 Düsseldorf 31

COSTA RICA

In einer der schönsten Buchten der Welt, direkt am Pazifik, am eigenen Strand – Bungalows mit Grundbucheintrag!
Abwicklung über deutschen Treuhänder (Notar), in DM zu Festpreisen. Deutsche Bauaufsicht. Bungalows inklusive Grundstück, ab DM 96 000,–.
Sichern Sie sich Ihren Urlaub bzw. Ihren zweiten Wohnsitz in der Schweiz Mittelamerikas.
Informieren Sie sich:
Promota Consulting Corporation
– Unternehmensberatung –
Friedrichstraße 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Tel. 0 69 / 72 88 55 und Tx. 4 185 858 promd

Ostfriesland
Preisw. Wohnobjekte ab 95 000,– DM, ETW – Inseln/Küste, Bauplätze, Rendite- u. Gewerbeobjekte ständig im Angebot. Verkaufsliste durch:
Immobilien Gerda de Buhr
Heisfelder Str. 69, 2950 Leer
Tel. 04 91 / 40 15

HOLLAND, Nigtevecht, 14 km v. Amsterdam, gel. a. d. „Vecht", Bungalow auf 1000 m² Grund, m. Bootssteg, Zhzg. (Gas) u. Garage. Eint.: Diele, Wohnzi., Nebenzi., Schlafzi., Kü., Badezi., WC. VB hfl 375 000,–. F. Welle, T. 00 31 / 29 45 13 14.

Privat sucht 2–3-Zi.-Wohnung, Kauf oder Miete. Raum Lugano
Zuschriften unter H 1558 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Biete 30 %
überdurchschnittl. hohe Gewinnanteile f. e. Bürgschaft bis 3,0 Mio. oder bei Kapitalbereitstellung (Teilbeträge mgl.) **20% Zins p. a.** geg. erstklassige Sicherheiten. A. C., 7991 Eriskirch, Box 20

Zu 100 % versicherte Kapitalanlage

Rendite:	20 % pro anno
Objekt:	Gold- und Silberminen in Kanada
Sicherheit:	der eingebrachte Gesellschaftsanteil wird zu 100 % versichert
Beteiligung:	ab DM 20 000,–
Auskunft:	Horst Ziehm, Bankdirektor a. D., 2409 Scharbeutz
Telefon:	0 45 03 / 7 37 14

FABRAN HOLDING SEIT 1902

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Bürohaus in Wiesbaden zu günstigen Mietkonditionen

– verkehrsideal, unmittelbar am Autobahnkreuz Wiesbaden-Schierstein, im Gewerbegebiet in Nachbarschaft namhafter Firmen –
Gesamtfläche ca. 2832 m², aufgeteilt über 8 Etagen inkl. Kantine im Untergeschoß, modernes, repräsentatives Gebäude, Baujahr 72, alle Etagen mit flexiblen Trennwänden und Wandschranksystem, aufwendig ausgestattet, kompl. mit Deckenbeleuchtung. 90 Parkplätze. Renovierung innen und außen nach Mieterwunsch. Gesamtbelegung bevorzugt, aber auch teilweise denkbar, ebenso Kauf des Objektes möglich. Fordern Sie unser umfassendes Angebot an.
Der günstige Mietpreis beträgt nur DM 13,–/m² plus NK.
HILDEBRAND MIETERDIENST 0 61 21 44 23 24 RDM An der Ringkirche 2, 62 Wiesbaden

Achtung, Saison- und Sonderverkäufer sowie Blumenhändler

wir bieten Ihnen kurzfristig/langfristig sowie vorübergehend folgende Ladenlokale oder Teilflächen zu günstigen Konditionen an in: Hamburg EKZ, Krefeld-Uerdingen, Duisburg-Neumühl, Eschweiler, Herford, Ahlen, Lage, Passau, Neuwied, Euskirchen, Andernach, Ludwigshafen.
Anfragen: Tel. 07 21 / 59 30 41

Ladenlokale Münster City
Prinzipalmarkt
90 m², 1. Stock, mit 7 lfd. Meter Wandausstellungsflächen, direkt in absoluter City-Lage, DM 3500,–.
110 m² zuzüglich Schaufenster-Passage, 5 m tief, DM 22 000,–, ab sofort oder später.
Helmuth H. Leuters
Immobilien – Versicherungen
4400 Münster, Aegidiimarkt 4
Tel. (02 51) 5 52 86

mach mit . . .

Aktion Saubere Landschaft e. V.
Godesberger Straße 17, 5300 Bonn

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Wir suchen
Vertriebsgruppe-Anlageberater für Erwerbermodelle Berlin-Altbau
Attraktive Objekte, sehr gute Bausubstanz, Vollfinanzierung, professionelle Abwicklung.
Zuschriften erbeten unter V 1502 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Franzoesisches Unternehmen fuehrend in der Herstellung von Papiertueten, Tueten aus Polyaethylen, Geschenkpapier und Lebensmittelpapier sucht
VERTRETUNG MIT KUNDSCHAFT
dieser Waren fuer Kaufhaeuser, Supermaerkte und Nahrungsmittelbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland.
Bitte schreiben Sie an: C.E.E. R. SCHISLER - Zone Industrielle F-79100 THOUARS - Frankreich
Fernschreiber 790 385 F

Achtung:
Möbel für Kenner
Auch nach Vorbildern von Karth. d. Großen
Fertigung nur auf Bestellung.
Bildhauerei Gerlach, 3111 Wieren
Tel. 0 58 25 / 5 54

Suche
Vertriebspartner
für handgeschnitzte Eichenholzfiguren usw.
Im In- u. Ausland
USA u. Orient bevorzugt.
Fertige jedes erdenkliche Modell.
Bildhauerei Gerlach
3111 Wieren, Tel. 0 58 25 / 5 54

Als bundesweit tätiges Eheanbahnungs-Institut suchen wir
seriöse Partner
mit Einkommensvorstellungen von mehr als DM 120 000,- p. a. zur Errichtung einer selbständigen Agentur im regionalen Gebiet. Etwas Eigenkapital erforderlich. Vorkenntnisse nicht nötig.
Bewerbung erb. u. P 1629 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handwerksunternehmen, im Bereich Sanitär, Heizung, Wasseraufbereitung, Planung, Beratung und Montage tätig, möchte expandieren.
Gesucht wird Werksvertretung, Verkaufsbüro, Kundendienstvertretung usw.
Angebote unter S 1631 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

MARKETING DIRECTORS AND SALES AGENTS
We are seeking experienced sales people interested in permanent security by representing successful American company involved in agricultural development in the United States and Canada. Our program is easy to sell with impressive material and, provides investors excellent yearly returns from a one time investment. Attractive lifetime earnings available. Limited opportunity exists to purchase equity interest. Interviews will be conducted soon by company officer. Write, *in confidence, including curriculum vitae* and recent photograph to: Cipher 97–657 TRISERVICE SA, 7, ch. Maisonneuve, 1219 Châtelaine-Geneva, Sitzerland, who will transmit.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

U.C.A. CONTAINERS AG
Wir suchen
Anlageberater
Versicherungskaufleute
Makler (mit Verkaufsbüro)
Unser Angebot ist zeitgemäß abgestimmt, so daß sofort gute Erfolge erzielt werden.
Bei Interesse an einer unbürokratischen Zusammenarbeit bitte Kontakt aufnehmen mit
U.C.A. CONTAINERS AG, Schaffhauser Str. 15, CH 8006 – Zürich
oder anrufen:
U.C.A. CONTAINERS N. V., Antwerpen/Belgien, Tel. 00 32 - 32 31 19 96

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Industriekaufmann
sucht Handelsvertretungen für Norddeutschland. Vertrieb techn. Konsum- oder *Investitionsgüter.*
Zuschr. unter F 1644 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Haushaltsverteilung

Wir bringen Ihre Warenproben konkurrenzlos preiswert in ausgewählte Haushalte.
Kontaktaufnahme unter 0211 – 36 07 75 oder Telex 8 586 763 med

Wir sind ein Verlag, der überwiegend Bücher der Naturheilkunde verlegt und vertreibt. Für den Vertrieb im In- u. deutschspr. Ausland suchen wir
freie Reise- und Versandbuchhändler
Wir bieten gute Verdienstmöglichkeiten, Unterstützung durch Werbung, Werbematerial, Reisemuster und eine unbürokratische Abwicklung aller Geschäftsvorgänge.
Interessenten wenden sich bitte an:
VBV GmbH, Weingartenstr. 52a, 4109 Mühltal 2
Tel. 0 61 51 / 14 53 64

Eingesessene Buchhandlung im Raum Hamburg
zur Übernahme oder tätigen Teilhaberschaft gesucht.
Ang. unter U 1633 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Achtung! Kapitalanlage – Existenzgründung
Im schönen Luxemburg verkaufen wir die dort größte und bestsortierte Videothek, die über ein breites und internationales Repertoire an Cassetten in mehreren Sprachen sowie über einen exzellenten u. internationalen Kundenstamm verfügt.
Angeb. unter R 1630 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter
40, seit 16 J. Berufserfahrung in PLZ 30–53, 40–42 schwerpunktmäßig tätig. Bish. Kundenkreis: Fenster- u. Fassadenbau, Lager in Köln vorh., sucht noch eine passende Vertretung.
Zuschr. unt. R 1608 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgsgewohnter Handelsvertreter
im Raum Südwestdeutschland gesucht, der gewillt ist, sich ein zweites lukratives Einkommen zu sichern. Bevorzugt Holzbranche.
Ang. unt. N 1628 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Sie suchen für Ihr Rechnungswesen einen
qualifizierten Leiter?
Wir wissen da jemand! Er ist langjähriger Prokurist für den gesamten Finanz- und Buchhaltungsbereich, für Personal und kfm. Verwaltung. Ein versierter Praktiker, der moderne Organisationsformen kooperativ umzusetzen versteht. Alt genug, um vielseitiges Wissen und fundierte Erfahrung mit einbringen zu können, aber auch mit 55 noch jung genug, sich anspruchsvollen neuen Aufgaben im Großraum Hamburg zu stellen. Mit unserem langjährigen Vertrauen und unserer persönlichen Empfehlung unterstützen wir seinen Wunsch nach Veränderung.
Bei Interesse erbitten wir Kontaktaufnahme über die Geschäftsleitung der ALSTER-Steuerberatungsgesellschaft mbH, Robert-Koch-Str. 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 0 40 / 46 30 79.

Produktionsfachmann Nahrungsmittel
Schokolade · Pralinen · Hartwaffeln · Riegel
Dipl.-Ing. Fertigungstechnik, Refa, MTM, 49 Jahre, mit guten Zeugnissen, 20 Jahre Berufserfahrung in erfolgreichen Mittelbetrieben.
Personalverantwortung, Produktionssteuerung, Qualitätssicherung, Investitionsplanung, Instandhaltung, Produktentwicklung, strebt Dauerstellung in Nahrungsmittel-, Kosmetik-, Pharma-Industrie an.
Zuschriften erbeten unter E 1621 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Masch.-Bau-Ing.
46 Jahre, langjährig in leitender Position im Direktvertrieb eines *internationalen Marktführers für techn.* Gebrauchsgüter tätig, belastbar, verläßlich, entscheidungsfreudig, dynamisch u. initiativ, befähigt, Menschen zu führen u. zu motivieren, sucht als Geschäftsführer, aktiver Teilhaber oder Nachfolger neue Aufgabe.
Angebote erbeten unter F 1622 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Schweden
Int. Dipl.-Kfm., 28 J., Schwede mit deutschem Hintergrund, dreisprachig, breite Erfahrung, sucht verantwortungsvolle Aufgabe bei int. Unternehmen mit Handel zwischen Deutschland und Schweden oder Übernahme von Vertretung.
Angebote unter T 1632 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Commodity Trader
(Engl., Franz., Spanisch)
sucht neues Betätigungsfeld. Ausbildung: Großhandelslehre u. Besuch der VWA, Köln. Tätigkeit als Händler u. Geschäftsführer einer Einkaufsorganisation des Nahrungsmittelsektors. Prokurist eines Handelshauses m. intern. Aktivitäten.
Angebote unter H 1624 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

ORGANISATOR
für Dienstleistung u. Verwaltung
Zur Person: 37 Jahre, verheiratet
– Informatik-Zusatzausbildung
– Staatl. gepr. Textil-Techniker
– Refa-Techniker, MTM
– Bedaux, fl. Französisch
sucht Mitarbeit in Großbetrieb oder Unternehmensberatung (In- oder Ausland). Vorzug Personalbemessungssysteme.
Angebote erb. u. M 1627 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Afrika/Nah-, Fernost
Kfm. m. Format, techn. Backround, Alter Anf. 40 J., sucht stationären, mehrj. Einsatz. Geschäftsbereich: Wasseraufbereitung/Personenbeförderung. Aufgabenbereich: Akquisition, Vertrieb, Baustellen-Niederlassungsführung.
Zuschriften u. B 1618 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfolgreicher Automobilverkäufer
sucht neuen Wirkungskreis mit Aufstiegschancen in renomm. *V.A.G.-/Porsche-Betrieb.*
Zuschriften unter A 1617 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Öffentlichkeitsarbeiter
in ungek. leitender Stellung sucht neues Aufgabengebiet im Raum Hamburg. Die Bereiche PR-, Pressearbeit u. Werbung werden abgedeckt. Vorrangiges Interesse an mittelfristiger konzeptioneller Aufgabe. Gute Kontakte, Solidität u. Überzeugungskraft werden geboten, Alter um 40 J.
Angebote unter G 1623 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wer bin ich? 32 J., Verkaufsprofi, starke Persönlichkeit, kontaktfreudig, lernbereit, in ungekündigter Stellung in der Investitionsgüterbranche.
Was suche ich? Neuen Wirkungskreis als Verkaufsleiter.
Und wer sind Sie?
Zuschriften unter Z 1616 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außenhandelskaufmann
(Schwerpunkt Tropenholz; Maschinen) mit teilw. langj. Tätigkeit in leitender Pos., in SO-Asien, Südamerika, Afrika, Frz. und Engl., bereit zu Reisen, evtl. Stationierung Ausland, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote erbeten unter L 1626 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DEM LEBEN ZULIEBE
Ihre Spende auf das Konto
909090
bei allen Banken, der Sparkasse Bonn und dem Postscheckamt Köln.
DEUTSCHE KREBSHILFE E.V. BONN

FV AKTUELL
Bundesanstalt für Arbeit

Architekt (Ing. grad.)
46, Maurer, FH Buxtehude 1959, langj. Berufserfahrung in Entwurfs-, Werk- und Detailplanung, Bau- und Projektleitung, Abrechnung, Ausschreibung im Wohnungs-, Gewerbe- und Industriebau, Althaussanierung; sucht *Tätigkeit* im norddt. Raum.
Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-579

Diplom-Ingenieur Architektur (FH)
33, FHT Stuttgart 79, Schwerpunkte: Baubetriebslehre, wirtschaftliches Planen, Erfahrung in SF-Wohnungsbau, Bauleitung von Großprojekten, gute Englischkenntnisse; sucht Stelle in Projektleitung, Überwachung, Bauleitung im Hochbau, auch im Ausland.
Auskünfte erteilt: Frau Vischer
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/24844-2296, FS 2163213

Ihr Partner und Repräsentant
KAUFMANN
(Außenhandel und Schiffahrt);
Handelspartner
Mittelost, EWG-Staaten, Südamerika, als geschäftsführender Gesellschafter tätig, möchte seine Erfahrungen und Verbindungen in neuem Betätigungsfeld ausbauen und noch kreativer gestalten. Schwerpunkte: Grundnahrungsmittel, Konsumwaren, kl. Anlagen im Lebensmittel- und landwirtschaftlichen Betrieb.
UBI WERBEDIENST GMBH
Baurstr. 84 · Pf. 52 03 63
2000 Hamburg 52
Tel. 0 40 / 89 20 03 – 05

Dr. rer. nat.
anorg. Chemie + Mathem.
Stud.-Assessorin, 32, verh., sucht i. R. Hannover – Braunschweig – Celle – Lüneburg Tätigkeit in Industrie, Labor, TU, Schule, wissenschaftl. Verlag, Umweltschutz, Pharmabereich, Patentanwalt, auch halbtags oder freie Mitarbeit.
Freundliche Zuschriften oder Anruf erbittet:
Dr. Helga Hemmerich
Kleklingerstr. 8c
3161 Wathlingen, Tel. 0 51 44 / 30 22

ACCOUNTING MANAGER
Betriebswirt, seit 12 Jahren in Südafrika, sucht neuen Aufgabenbereich.
Leite derzeitig Finanzbuchhaltung und Kostenrechnung in europ. Tochtergesellschaft.
Bin vom 20. bis 24. Mai in Deutschland.
Lebenslauf vorab verfügbar bei D. Wedekind.
Tel. 05 31 / 4 45 67

Kreativer Kopf
sucht interessante Tätigkeit, 37 J., m., Dipl.-Soziologe, Dipl.-Garfik-Designer, mehrj. Berufserf., Werbeagentur, Hochschule, Forschung, Lehre, Fernsehen.
Zuschriften erbeten unter K 1625 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Extrusions-Fachmann
Maschinenbautechniker, 15 J. als Fertigungsleiter in der Extrusionstechnik tätig, sucht neues Aufgabengebiet.
Zuschr. unter C 1377 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Insel Mallorca
Deutscher Immob.-Kaufm., 47 Jahre, und Frau (Bankkaufm.) suchen interessante Tätigkeit im Bereich Büro, Verk., Verw. u. Außendienst, für Bauträger oder Immob.-Ges. für Mallorca.
Frdl. Angebote nur von seriösen Firmen an Postfach 5 11, 4902 Bad Salzuflen, Tel. 0 52 22 / 1 35 47.

Ehem. Pionieroffizier Bau-Ing.
Diplom 6/84, Hptm. d. Res. als SaZ 12, 34 J., verh., in ungek. Position, sucht Aufgabe mit Führungsverantwortung.
Zuschriften unter T 1654 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten *sollen nur das Studienfach*, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Humanmedizin
1. klinisches Semester

	von	nach
1	Bonn	Erlangen
2	Bonn	Hannover
3	Bonn	Heidelberg
4	Bonn	Hamburg
5	Bonn	Münster
6	Bonn	Uni München
7	Bonn	Würzburg
8	FU Berlin	Aachen
9	FU Berlin	Bonn
10	FU Berlin	Freiburg
11	FU Berlin	Hamburg
12	FU Berlin	Lübeck
13	FU Berlin	Uni München
14	Düsseldorf	Hamburg
15	Essen	FU Berlin
16	Essen	Hamburg
17	Essen	Lübeck
18	Essen	Uni Kiel
19	Essen	Münster
20	Essen	Uni München
21	Erlangen	Uni München
22	Gießen	Mainz
23	Göttingen	Gießen
24	Göttingen	Köln
25	Göttingen	Marburg
26	Heidelberg	Aachen
27	Köln	Erlangen
28	Köln	Freiburg
29	Marburg	Hannover
30	Marburg	Lübeck
31	Marburg	Mainz
32	Münster	Freiburg
33	Münster	Uni München

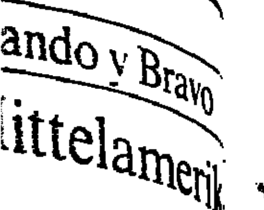
Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Hamburg
2	FU Berlin	Lübeck
3	Frankfurt	Heidelberg
4	Frankurt	Hamburg
5	Frankfurt	Uni Kiel
6	Gießen	Bonn
7	Gießen	Freiburg
8	Gießen	Münster
9	Heidelberg	Uni München
10	Köln	Bonn
11	Köln	Hamburg
12	Köln	Lübeck
13	Köln	Uni Kiel
14	Marburg	Freiburg
15	Marburg	Göttingen
16	Marburg	Hamburg
17	Marburg	Münster
18	Marburg	Uni München
19	Marburg	Tübingen
20	Marburg	Würzburg
21	Mainz	Heidelberg
22	Mainz	Tübingen

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

	von	nach
1	Bonn	Freiburg
2	FU Berlin	Freiburg
3	FU Berlin	Göttingn
4	FU Berlin	Münster
5	FU Berlin	Uni München
6	FU Berlin	Tübingen
7	Düsseldorf	Freiburg
8	Düsseldorf	Heidelberg
9	Düsseldorf	Tübingen
10	Düsseldorf	Würzburg
11	Frankfurt	Heidelberg
12	Gießen	Düsseldorf
13	Gießen	Erlangen
14	Gießen	Frankfurt
15	Gießen	TU München
16	Gießen	Uni München
17	Gießen	Würzburg
18	Hamburg	Freiburg
19	Köln	Münster
20	Marburg	Heidelberg
21	Marburg	Tübingen
22	Münster	Heidelberg
23	Mainz	Bonn
24	Würzburg	TU München
25	Würzburg	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Sommersemester 1985





Dienstag

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 **Sesamstraße**
10.00 **Tagesschau und Tagesthemen**
10.23 **denkmal**
11.25 **Die Europäer**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

ARD

15.25 **Tagesschau**
15.55 **Spaß am Dienstag**
16.30 **Haute Couture Paris**
Bei Givenchy, Cardin, Patou und Madame Grés
Mit diesem Bericht von Elke Baur beginnt eine vierteilige Reihe zum Thema Mode
17.15 **Tagesschau**
17.25 **Fußball-WM-Qualifikationsspiel**
CSSR–Deutschland
Live-Übertragung aus Prag
dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Tiere vor der Kamera**
Elche in Alaskas Wildnis
Während ihrer Expedition durch Alaska gelang es Ernst Arendt und Hans Schweiger, den Lebenszyklus der Elche in der unerschlossenen Wildnis zu beobachten.
21.00 **Panorama**
Arbeit im Sonderangebot / Vor Gericht gewonnen – trotzdem gekündigt / Rückkehrwillige DDR-Aussiedler
Moderator: Peter Gatter
21.45 **Magnum**
Eine mehr als unglückliche Ehe
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Kulturweltspiegel**
Theater gegen die Junta / Schottische Balladen / Kultur in Neapel / Das beste Regionaltheater der USA
Mit Hansjürgen Rosenbauer
23.45 **Garten des Bösen**
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit Gary Cooper, Susan Hayward u. a.
Regie: Henry Hathaway
1.25 **Tagesschau**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Pinnwand**
16.20 **Pfiff**
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
17.50 **Eine Klasse für sich**
19. Lehrerwechsel
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 **Mein Name ist Hase!**
19.00 **heute**
19.30 **Verkehrsgericht**
Tod eines Radfahrers
Mit Hermann Schneider, Anke Syring u. a.
Regie: Ruprecht Essberger
Moderation: Petra Schürmann
21.15 **WISO**
Weltwirtschaftsgipfel in Bonn / Arbeitslosigkeit im Visier / Beschäftigungswunder USA – Modell für Europa? / 1000 Milliarden Schulden der Entwicklungsländer – Gefahr für wirtschaftliche und politische Stabilität / Erwartungen des deutschen Bundeskanzlers an den Gipfel – Interview mit Helmut Kohl
Moderation: Friedhelm Ost
21.45 **heute-journal**
22.05 **Neues aus Schildershausen**
Schrombskis Tagebücher
Eine Satire von Peter von Zahn
Die Tagebücher Alois Schrombskis, Bürgermeister von Schildershausen, werden vom Chefredakteur des „Schildershausener Anzeigers" veröffentlicht. Da ist nicht nur der Bürgermeister unangenehm berührt.
23.20 **Eishockey-WM**
Finalrunde in Prag
0.20 **heute**

SAT 1



13.30 **Solid Gold**
14.00 **Die Waltons**
Der Gründertag
15.00 **Indian River**
Das ist Joe's Bär
15.30 **Musicbox**
16.30 **Niklaas, ein Junge aus Flandern**
Die beiden Fahnen
17.00 **Die Leute von der Shiloh Ranch**
Feinde für immer?
18.00 **Hoppla Lucy**
Ist das nicht Dean Martin?
oder Regionalprogramm
18.30 **APF blick:**
Nachrichten und Quiz
18.45 **Radetzkymarsch**
Österreichischer Spielfilm (1958)
Mit Johanna Matz, Chariklia Baxevanos u. a.
Regie: Geza von Bolvary
20.30 **Mit Schirm, Charme und Melone**
Diesmal mit Knalleffekt
21.30 **APF blick:**
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 **Scharfe Schüsse auf Jamaika**
Deutsch-italienischer Spielfilm (1965)
Mit Larry Pennell, Brad Harris, Barbara Valentin u. a.
Regie: Richard Jackson
Ein FBI-Agent ist keineswegs zimperlich, wenn es darum geht, eine Bande von Waffenschiebern auffliegen zu lassen. Doch auch seine Gegner kämpfen mit harten Bandagen.
23.40 **APF blick:**
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 **OKAY**
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 **heute**
19.30 **„Kein Zehent, keine Roboth mehr!"**
Der Bauernbefreier Hans Kudlich
Eine Dokumentation von Oskar Streit und Hannes Zell
20.15 **Hallo – Hotel Sacher ... Portier!**
Liebesg'schichten und Heiratssachen
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.45 **Sportreport**
Eishockey-Weltmeisterschaft
22.00 **Club 2**
anschließend: 3SAT-Nachrichten

III.

West
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Auslandsreporter**
Lutz Lehmann aus Moskau
20.45 **Rückblende:**
Vor 75 Jahren: Der Komet kommt
21.00 **Formel Eins**
21.45 **Landesspiegel**
Porträt der Travestiegruppe „The Crazy Boys"
22.15 **Drei vor Mitternacht**
Beamte im Untergrund
Geheime Polizei-Ermittlungen
Anschließend: Letzte Nachrichten

NORD
18.30 **SFB-Computer-Club (5)**
19.00 **Rund ums Zwiebelmuster**
19.15 **Rockpalast**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Berliner Platz**
TV total – alles sehen, nichts begreifen?
Im Studio: Johano Strasser, Politikwissenschaftler und Schriftsteller, Jürgern Doetz, Geschäftsführer von SAT 1 u. a.
21.15 **Steckbriefe**
22.15 **Juristenstammtisch**
Verfassungsbeschwerde nur gegen Gebühr?
23.00 **Offerte**
23.15 **Die Nacht des Schicksals**
„Farb-Ton-Grusical"
0.45 **Nachrichten**

HESSEN
18.30 **Autos, die Geschichte machten (4)**
18.45 **Uhlandstraße 4**
19.05 **Formel Eins**
20.00 **Die Moral der Ruth Halbfass**
Deutscher Spielfilm (1971)
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **DGB-Feierstunde zum 1. Mai**
22.30 **Carl Einstein**
oder Der Dilettant des Wunders
23.15 **Vor vierzig Jahren**

SÜDWEST
18.30 **Telekolleg II**
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland:
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 **Nachrichten**
19.30 **Die Sprechstunde**
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 **Heute in ...**
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 **Einladung**
Nur für das Saarland:
20.15 **Kulturspiegel**
21.00 **Autos, die Geschichte machten**
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 **Goldfalle**
Amerikanischer Spielfilm (1966)
22.45 **Avec plaisir (3)**
23.15 **Nachrichten**

BAYERN
18.45 **Rundschau**
19.00 **Flash Gordon (10)**
19.15 **In Sachen Kaninchen**
Tschechoslowakischer Spielfilm (1979)
20.40 **Z. E. N.**
20.45 **Die Sprechstunde**
Die Bauchspeicheldrüse
21.30 **Rundschau**
21.45 **München ist 35 Messen wert**
22.30 **Im Gespräch**
23.15 **Der Ausflug**
Fernsehfilm von Otto Schnelling
0.35 **Rundschau**

Den klassischen Western als Lüge entlarvt: Der Regisseur Henry Hathaway

Die Helden kommen nicht zurück

Von den mehr als sechzig Filmen, die Henry Hathaway im Laufe seines langen Regisseurslebens gedreht hat, ist „Garten des Bösen" (entstanden 1954) gewiß einer der gelungensten. Ein spannender Western mit Starbesetzung zuerst einmal (Gary Cooper, Richard Widmark, Cameron Mitchell, Susan Hayward): Ein paar Männer und eine Frau mit einem Goldschatz auf der Flucht vor den Indianern, die ihnen unerbittlich näherrücken. Und noch etwas mehr: eine dunkle Schicksalsballade über die Brüchigkeit menschlicher Beziehungen, über die Vergeblichkeit alles Tuns, ein Lied von der Sehnsucht nach dem Tod.

Letzteres, eine mitschwingende philosophische Dimension, ist eigentlich ungewöhnlich für einen Film von Henry Hathaway. Denn die Stärke dieses Regisseurs liegt sonst in der gut erzählten Geschichte. Um diese oberste Tugend Hollywoods hat Hathaway sich immer bemüht. Und das stets mit Erfolg, wenn ihm auch der Aufstieg zu den höchsten Ehren nicht gelungen ist. Denn Hathaway war ein Handwerker, ein Mann des Studiosystems, der seine Individualität dem Räderwerk des Filmbetriebs unterordnete. Und so fällt es denn auch schwer, bei ihm eine unverwechselbare Handschrift auszumachen.

Dieses sollte man nicht unbedingt negativ sehen. Männern wie Hathaway hat es die amerikanische Filmindustrie zu verdanken, daß sie ohne einen wirklichen Bruch über nunmehr siebzig Jahre hinweggekommen ist. Arbeitspferde wie er, die in erster Linie an das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums dachten, haben eine Tradition geschaffen, die auch die Regisseure von New Hollywood hoch achten und mit der sie sich liebevoll auseinandersetzen. Gerade Hathaway hat sein gut Teil zu der Lehre beigetragen, daß ein Film „Action" haben muß, um seine Handlung voranzutreiben.

Nach einer inneren Entwicklung bei Hathaway zu fragen, wäre deshalb verfehlt. Sie ließe sich höchstens an dem Genre festmachen, mit dem er begonnen und mit dem er auch aufgehört hat: beim Western. Die ersten davon hat er zwischen 1932 und 1940 für die Paramount gemacht, die ihn, nach einer soliden Ausbildung in allen Einzelheiten des Filmemachens, unter Vertrag genommen hatte. Den Durchbruch aber schaffte er 1935 mit „Bengali".

Von 1940 bis 1960 dann arbeitete Hathaway für die Centfox, und es scheint ihm nichts ausgemacht zu haben, das Genre zu wechseln. Nun wurde der halbdokumentarische Thriller seine Spezialität, mit einem Hauch Sozialkritik, aber wirklich nur einem Hauch. „Kennwort 777" etwa wäre zu nennen: Ein Reporter deckt einen Justizirrtum auf. „23 Schritte bis zum Abgrund": Ein Blinder versucht, ein Kidnapping zu verhindern.

Garten des Bösen – Di., ARD, 23.45 Uhr

„Niagara": Eine haßerfüllte Dreiecksgeschichte, in der Marilyn Monroe ihre ersten Hauptrolle hatte. „Der Todeskuß" (am 4. 5. zu sehen): Ein Film in der Tradition der Schwarzen Serie. „Vierzehn Stunden": Die Rettung eines Selbstmordkandidaten mit den Mitteln der Psychologie.

Daneben unternahm Hathaway auch Ausflüge in andere Genres. Für Diskussionsstoff sorgte beispielsweise 1951 sein Film „Der Wüstenfuchs", in dem James Mason als Rommel auftrat. Es war ein Versuch, über den auch bei den Westalliierten populären General dem deutschen Kriegsgegner gerecht zu werden. Ein Versuch freilich, der zu früh unternommen wurde und Hathaway, ganz ungewohnt für ihn, böse Kritiken eintrug. Um so besser kam er dann 1954 mit „Prinz Eisenherz" davon, einer Verfilmung des berühmten Comicstrips aus einem Pop-Mittelalter.

Es ist vielleicht charakteristisch, daß Henry Hathaway zum Western zurückkehrte, als seine Laufbahn sich dem Ende näherte. Das war nun freilich ein anderer Western als jenes naive, optimistische Genre, als das es sich in den dreißiger Jahren dargestellt hatte. Amerika war älter geworden und seine Mythen auch. „Spätwestern" hat man diese Spielform der Filmgattung genannt – sie hat die kritische Auseinandersetzung mit ihr nicht überstanden. Henry Hathaway war einer der letzten, der noch große Western gemacht hat, und sieht man sie, dann versteht man auch, warum es danach nicht mehr weitergehen konnte.

Es sind weniger die bitteren Filme Hathaways – „Todfeinde" oder „Nevada Smith", in denen auf oft blutige Weise alle Regeln des klassischen Western als Lüge entlarvt wurden –, die dies mit bewirkt haben. Mehr haben das noch die eher ironisch-humorvollen Abgesänge auf die alte Zeit getan: „Die vier Söhne der Katie Elder" und „Der Marshall". Für letzteren Film bekam John Wayne den Oscar, der Henry Hathaway verwehrt geblieben ist. Mit dem Western aber war es bald danach zu Ende. Denn Helden, über die man schmunzelt, kommen nicht mehr zurück. Henry Hathaway ist im Februar dieses Jahres gestorben.

SVEN HANSEN



Seine Stärke ist die gut erzählte Geschichte: Henry Hathaway

FOTO: DIE WELT

KRITIK

Die Krise als Komödie

Wenn deutsche Fernsehmacher besonders witzig und originell sein wollen, dann sind sie zumeist doch nur fürchterlich albern und trivial, denn wer ernsthaft zu glauben vermag, daß eine Hose im Eisschrank (ein geradezu genialer dramaturgischer Einfall!), ein Dackel namens Lassie, eine nervtötende Schwiegermutter im Ehebett, ein eindrucksvolles Kindergesicht (Karolin Keilbar) sowie ein Klaus Schwarzkopf (selbst in kleinster Rolle ganz groß) als philosophierender Schwadroneur bereits ausreichen, um einen neuen Publikumserfolg zu landen, der beschwindelt sich und das Publikum gleichermaßen.

Kurz: die erste Folge von insgesamt sechs der von Michael Baier erdachten und von Rolf von Sydow (viel zu hektisch und oberflächlich) in Szene gesetzten Familienreihe **Glücklich geschieden** (ZDF) machte überhaupt nicht glücklich. Dabei ist die Geschichte ebenso reizvoll und „menschlich" wie aktuell. Wenngleich der aktuelle Aspekt hier aus gutem Grunde nicht berücksichtigt wird.

Im Gegenteil. Nicht die Regel, sondern die Ausnahme zwischenmenschlichen Verhaltens angesichts einer psychischen und existentiellen Krise wird hier zum komödiantischen Grundthema gemacht. 16 Jahre lang liebte, quälte und entfernte man sich voneinander. Erwartungen, Sehnsüchte, Gedanken starben ab, aus „Seelenverwandten" wurden zwei, die sich nichts mehr zu sagen hatten. Hier Eva (Beatrice Kessler): Frustriert, zermürbt von auseinanderdriftendem Familienleben, um Selbstachtung und Selbstverwirklichung ringend, dort Martin (Robert Atzorn): Tagträumer mit Realitätssinn und Witz, zum Zynismus eines leicht Verletzbaren neigend, dazwischen die Kinder, die Opfer.

Aber Autor und Regisseur waren offensichtlich nur auf Dialog-Witz und Situations-Pointen und wenig auf Charakterzeichnung bedacht. Und jene, die all das spielen und von sich geben mußten, die hatte der Regisseur ohnehin total vergessen. Er jagte sie in ein Meer von überkandidelten Sprech-, Bewegungs- und Deutungsklischees, in dem sie jämmerlich ertranken. Sogar die große Kurzmany. Schade! Ob es in der zweiten Folge wohl so weitergeht oder doch noch besser wird? Es soll ja gelegentlich TV-Wunder geben.

AXEL MICHAEL SALLOWSKY

Mittwoch

ARD

10.00 **Tagesschau**
10.05 **Mai-Revue**
Nachdenkliches und Unterhaltsames zum 1. Tag im Mai
Moderation: Hansjürgen Rosenbauer
13.05 **Der große Märchenfilm**
Schneeweißchen und Rosenrot
Spielfilm nach Grimms Märchen
14.15 **A la Carte**
Aus Portugal: Vom Wein der Seefahrer und dem Fisch der Bauern
15.00 **Internationale Tennismeisterschaften von Deutschland**
16.30 **Rad-Weltcuprennen**
Rund um den Henninger Turm
17.00 **NDR-Tanztee**
Gastgeber: Paul Kuhn
17.45 **Wochenstunden-Puzzle**
Der Kampf um die Arbeitszeit in der Metallindustrie
Film von Willy Reschl
18.30 **Das Beste aus dem Musikantenstadl**
Karl Moik präsentiert Höhepunkte
19.55 **Ernst Breit**
Ansprache des Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes
20.00 **Tagesschau**
20.15 **James Bond – Feuerball**
Englischer Spielfilm (1965)
nach dem Roman von Ian Flemming
Mit Sean Connery, Claudine Auger u. a.
Regie: Terence Young
Geheimagent 007 James Bond gerät auf den Bahamas in ein mörderisches Duell mit dem Superschurken Emilio Largo, der für eine skrupellose Verbrecherorganisation den Raub von zwei Atombomben organisiert hat. Mit diesem brisanten Druckmittel wollen die Gangster 100 Millionen Pfund in Diamanten erpressen.
22.25 **Tagesthemen**
22.55 **Danny Kaye dirigiert**
die New Yorker Philharmoniker
0.55 **Tagesschau**

ZDF

10.15 **Tollkühne Flieger**
Amerikanischer Spielfilm (1974)
Regie: George Roy Hill
12.00 **Zeit für Musik**
13.15 **heute**
13.17 **ZDF-regional**
Siegerland – Pendlerland
13.45 **Peanuts**
Das Leben ist ein Zirkus, Charlie Brown
14.10 **Löwenzahn**
14.40 **Nicki**
15.50 **Schenk mir ein Buch**
16.30 **heute**
16.35 **Der Arbeitstag war grenzenlos ...**
Geschichte der Arbeitszeitverkürzung
17.20 **Die Erde bebt**
Italienischer Spielfilm (1948)
Rgeie: Luchino Visconti
18.55 **mittwochslotto – 7 aus 38**
19.00 **heute**
19.30 **ZDF Magazin**
Moderator: Gerhard Löwenthal
20.15 **Die kluge Witwe**
Stück von Leonard Spigelgass
Fernsehfassung von Kurt Nachmann
Mit Ingel Meysel, Shunzo Sanchome, Anita Lochner u. a.
Regie: Wolf Dietrich
Mrs. Jacoby aus New York, Witwe deutsch-jüdischer Abstammung, hat den Verlust ihres Mannes wie auch den ihres Sohnes, der im Zweiten Weltkrieg gegen Japan fiel, kaum verkraftet. Da wird ihr Schwiegersohn an die US-Botschaft in Tokio versetzt. Sie willigt ein, mitzukommen.
21.45 **Der Denver-Clan**
Alles oder nichts
22.30 **heute**
22.35 **Eishockey-WM**
Finalrunde in Prag
23.35 **Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm**
... um jeden Pfennig
1.00 **heute**

SAT 1

13.30 **Solid Gold**
14.00 **Die Waltons**
Die Verwandtschaft
15.00 **Indian River**
Am Forellensee
15.30 **Musicbox**
16.30 **Niklaas, ein Junge aus Flandern**
Der weite Weg
17.00 **Kultur, Natur und Wissenschaft**
Sprache der Tiere
Sowjetischer Film (1967)
18.00 **Es darf gelacht werden**
oder Regionalpropgramm
18.30 **APF blick:**
Nachrichten und Quiz
18.45 **Zahlen und Buchstaben**
Das Konzentrationsspiel
19.10 **Sport auf SAT 1**
Internationale deutsche Tennismeisterschaften am Hamburger Rothenbaum / Porträt des Profi-Tanzpaars Führer / Bekanntschaft mit Pop-Star und Sprinterin Denice Brooks
Moderation: Roman Köster und Claus Seebeck
20.00 **Offen gesagt**
Andreas Beurmann im Gespräch mit Lothar Kleinjung
20.30 **Love Boat**
21.30 **APF blick:**
Aktuell, Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 **Die Rechnung zahlt der Bounty-Killer**
Italien.-spanischer Spielfilm (1978)
Mit Peter Lee Lawrence, Luis Davila, Toma Cimarosa u. a.
Regie: Fernando Cerchio
23.50 **APF blick:**
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 **Der Sklave Calvisius**
8. Ärger mit den Römern
Schulbus 13
8. Jupp in voller Fahrt
19.00 **heute**
19.30 **„Mal seh'n, was uns blüht"**
21.05 **Abschied und Aufbruch**
Die VOEST alpine AG – Vom Stahl zur Hochtechnologie
22.00 **„Passanten"**
Der Bildhauer Herbert Traub
22.45 **Sportreport**
Eishockey-Weltmeisterschaft
anschließend: 3SAT-Nachrichten

III.

WEST
18.00 **Der Mai kommt**
Veranstaltung deds DGB zum 1. Mai
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Mittwochs in Wetter an der Ruhr**
21.30 **Hobbythek**
Blütenpracht, die's lange macht
22.15 **Das Salz der Erde**
Amerikanischer Spielfilm (1953)
Original mit Untertiteln
Regie: Herbert J. Biberman
Der Film schildert den Arbeitskampf von Minenarbeitern in Silver City, New Mexico. Regisseur Biberman hat die 14monatige Arbeitsniederlegung zu Beginn der 50er JAhre in einem Dokumentarfilm festgehalten.
23.45 **Letzte Nachrichten**

NORD
17.30 **der Mai kommt**
Zentrale Veranstaltung des DGB zum 1. Mai in Lübeck
18.30 **Das Jahr im Garten**
19.00 **10 Tage, Juli 84, Yorkshire**
Dokumentation
21.30 **Künstlerische Fotografie**
Heinrich Riebesehl
21.45 **Der Augenblick des Friedens**
23.25 **Actualités**
23.40 **Nachrichten**

HESSEN
18.30 **Toni – er hilft siegen**
Ein Film über den Zeugwart der Frankfurter Eintracht
18.45 **Matthew Aliuk**
Ein Eskimojunge aus Alaska
19.00 **Was tun mit der Zeit!**
Computerzentrale
Mit Berichten von der Hannover-Messe
19.45 **Ein Abend mit Friedrich Dürrenmatt**
Film von Charlotte Kerr

SÜDWEST
18.30 **Telekolleg II**
Englisch (15)
19.00 **Mai-Veranstaltung des DGB in Lübeck**
19.25 **Nachrichten**
19.30 **Spricht vom Kohlengräberstand**
Bergmannslieder der letzten 90 Jahre
20.15 **Hör dir zu, vertrau dir, nimm dich ernst**
Helga Schubert, Schriftstellerin
21.00 **Die Wendeltreppe**
Amerikanischer Spielfilm (1946)
Mit Dorothy McGuire, Ethel Barrymore, George Brent u. a.
Regie: Robert Siodmak
22.20 **Ja, mai ...**
Ws bleibt übrig von der alten Arbeitswelt?
23.05 **Nachrichten**

BAYERN
18.15 **Bilderbogen der Abendschau**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Unterhaltung am Mittwochabend**
19.45 **Dingsda**
20.15 **Polizeiinspektion 1**
20.40 **Durch Land und Zeit**
20.45 **Der eigene Feiertag**
Zur Geschichte des 1. Mai
21.30 **Rundschau**
21.45 **Der Prinzregent (5)**
Englischer Fernsehfilm in acht Teilen
22.55 **Arbeit nach Maß**
23.20 **München live**
0.55 **Rundschau**
1.00 **News of the Week**

FDP für mehr Beweglichkeit in Tarifpolitik

rmc. Bonn

Im Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit glaubt man in der FDP-Spitze, im Vergleich zu anderen großen gesellschaftlichen Organisationen wie Gewerkschaften und Arbeitgebern in der öffentlichen Diskussion „die Meinungsführerschaft" übernommen zu haben. Nach einer Sitzung des Parteipräsidiums erklärte FDP-Generalsekretär Haussmann, mehr und mehr gebe es ernstzunehmende Zeugen, die der FDP-Position beipflichten, der Abbau der Arbeitslosigkeit sei nur mit Hilfe eines neuen Verständnisses bei der Verwirklichung der Tarifautonomie zu erreichen. Haussmann kehrte den Begriff, den die Gewerkschaften mit der aus ihrer Sicht negativen „neuen Beweglichkeit" propagandistisch in ihre Arbeitskampf-Taktik aufgenommen hatten, ins Positive und sagte, tatsächlich sei es nötig, daß sich die Tarifpartner im Interesse der Arbeitslosen zu „neuer Beweglichkeit" beim Abschluß von Tarifverträgen bereitfinden. Nochmals unterstrich Haussmann, daß es der FDP nicht darum gehe, die Tarifautonomie anzutasten. Insbesondere die Gewerkschaften müßten lernen, sagte der FDP-Generalsekretär, daß die „Arbeitslosen durch Tarifverhandlungen an der Arbeit teilnehmen wollen". Bis zum Jahresende will die FDP ein beschäftigungspolitisches Konzept für neue Beweglichkeit in der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik vorlegen.

„Zahl offener Stellen steigt"

dpa, Bonn

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat an die Unternehmer appelliert, durch Neueinstellungen einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit zu leisten. Gleichzeitig forderte er den DGB auf, an flexiblen Tarifverträgen mitzuwirken. Geißler erklärte gestern in Bonn, die Bundesregierung habe durch eine Reihe von Gesetzesmaßnahmen eine „Beschäftigungsoffensive" eingeleitet, die erste Erfolge zeige. Dazu zählte er eine niedrigere Kurzarbeiterzahl, eine geringere Jugendarbeitslosigkeit als im Vorjahr sowie eine Zunahme bei den offenen Stellen. „Nach Jahren des Rückgangs steigt in diesem Jahr die Zahl der Beschäftigten wieder an", sagte er.

Galinski im Amt bestätigt

F. D. Berlin

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, ist mit großer Mehrheit in seinem Amt bestätigt worden. Galinski, der seit 36 Jahren der Jüdischen Gemeinde vorsteht, erhielt bei den alle vier Jahre stattfindenden Wahlen mit seiner Liste 16 von insgesamt 21 Sitzen. Das zweitbeste Ergebnis erzielte der Berliner Showmaster Hans Rosenthal.

UPI stellt jetzt Vergleichsantrag

dpa, Washington

Die amerikanische Nachrichtenagentur United Press International (UPI) hat vor einem Insolvenzgericht in Washington die Eröffnung eines Vergleichsverfahrens beantragt. Mit dem Verfahren nach Kapitel 11 des amerikanischen Insolvenzrechts will UPI, die zu den führenden weltweit arbeitenden Nachrichtenagenturen zählt, nach eigenen Angaben eine „Atempause" erreichen, um durch eine Umschuldung und Neuorganisation das Überleben dieser inzwischen 78 Jahre alten Agentur zu ermöglichen. Der Vergleich sichert nach amerikanischem Recht während des Verfahrens den Bestand des Unternehmens, da die Gläubiger keinen direkten Zugriff auf das UPI-Vermögen erhalten. UPI gibt ihre Schulden jetzt mit bis zu 45 Millionen Dollar an. Die Finanzkrise der Agentur hatte sich Ende vergangener Woche zugespitzt, nachdem sich der größte Gläubiger, die Finanzgesellschaft Foolhill Capital Corp., weigerte, UPI zur Bezahlung der Löhne an die fast 2000 Beschäftigten neue Kreditlinien einzuräumen.

Für neues Treffen mit Gorbatschow

dpa, London

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher, die in diesem Jahr 60 Jahre wird, „hat keinen größeren Wunsch", als weiterhin im Amt zu bleiben. In einem Radioprogramm, in dem Zuhörer aus aller Welt Fragen stellen konnten, betonte die britische Premierministerin, daß sie eine dritte Amtszeit anstreben wird. „Winston (Churchill) ist mit 66 Premierminister geworden, und Präsidenten sind mit über 70 Jahren sehr, sehr erfolgreich gewesen", erklärte sie. Frau Thatcher ist offensichtlich auch daran interessiert, sich erneut mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow zu treffen: „Natürlich würde ich ihn gerne wiedersehen, denn ich glaube, wir können miteinander ins Geschäft kommen .... Wir haben über eine Menge Themen zu sprechen."

Weißes Haus dringt auf Kürzungen im Programm

Reagans Besuch in Bitburg soll nur wenige Minuten dauern

DW. Bonn

Das Weiße Haus hat in letzter Minute Programmänderungen für den Staatsbesuch Präsident Reagans in der Bundesrepublik Deutschland angemeldet, was den deutschen Planern erhebliche Kopfschmerzen bereitet. Zwar bleibt der Besuch auf dem deutschen Soldatenfriedhof in Bitburg erhalten, doch soll jetzt die Zeit für den Auftritt um weitere zehn Minuten gekürzt werden. Zwischen der Kranzniederlegung und dem Eintreffen auf der Luftwaffenbasis Bitburg stehen nach amerikanischen Vorstellungen nur noch 30 Minuten zur Verfügung, was – bedenkt man die Logistik für die Kolonne der amerikanischen und deutschen Teilnehmer – das Erscheinen auf dem Ehrenfriedhof auf die kürzestmögliche Zeitspanne reduzieren muß.

Um mindestens eine Viertelstunde verlängern wollen die amerikanischen Planer dagegen das Erscheinen Reagans auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Dort wird der Präsident am späten Vormittag des 5. Mai ankommen, ehe er weiter zum Bitburger Ehrenmal fliegt.

Die Änderungswünsche des Weißen Hauses betreffen jedoch nicht nur diese beiden Termine. Vielmehr erstrecken sie sich auch auf die Besuche auf der Luftwaffenbasis Bitburg und am Tag danach auf dem Hambacher Schloß. Auf dem Militärstützpunkt Bitburg war bereits der ökumenische Gottesdienst dem Rotstift zum Opfer gefallen, wegen des erst später ins Programm aufgenommenen Besuchs in Bergen-Belsen.

Nach den neuesten Plänen steht nun auch für das gemeinsame Essen mit deutschen und amerikanischen Familien keine Zeit mehr zur Verfügung, da von den vorgesehen 60 Minuten jetzt nur noch 45 übrigbleiben (wenn überhaupt), für die Inspektion deutscher und amerikanischer Truppen und kurzen darauffolgenden Ansprachen. In dem ursprünglich ausgedruckten Programm hieß es „14.00–15.00 Uhr" für das Besuchsprogramm auf dem Luftwaffenstützpunkt. Jetzt soll das Programm um 15.15 Uhr beginnen, der Präsident aber schon „gegen 16.00 Uhr" nach Bonn zurückfliegen.

Konsterniert sind die Verantwortlichen in Bonn und Mainz über die gewünschten Kürzungen an einem der Höhepunkte des Besuchsprogramms, dem Auftritt Reagans im Hambacher Schloß. Da jetzt ganze 50 Minuten eingespart werden sollen, damit der Präsident früher nach Madrid aufbrechen kann (von Ramstein aus), droht das für Hambach geplante Gespräch mit den Jugendlichen ganz auszufallen. Zwar bleibt es auch nach den neuesten Planungen bei dem Beginn der Hambacher Ansprache Reagans um 12.10 Uhr, am Montag, dem 6. Mai. Doch gestattet die verbleibende Zeit jetzt nur noch den flüchtigsten Kontakt zu Gesprächsgruppen außerhalb der Politiker-Begleitung: Statt um 13.45 Uhr soll der Präsident nun schon um 12.55 Uhr Hambach verlassen, in Begleitung Helmut Kohls, der ihn in Ramstein endgültig verabschieden wird.

Im Kanzleramt will man sich noch nicht mit diesen letzten Vorschlägen des amerikanischen Protokolls abfinden; vor allem an der Planung für Hambach wünscht man keine weiteren Änderungen mehr.

Härtere Linie gegen Polens Wissenschaftler

DW. Warschau

Die fristlose Entlassung des polnischen Historikers Bronislaw Geremek, eines der wichtigsten Berater der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", steht offenbar im Zusammenhang mit der Forderung des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow, die Zügel in der Auseinandersetzung mit der Opposition in Polen straffer anzuziehen. Die Maßnahme gegen Geremek, der ohne Angabe von Gründen seines Postens am Historischen Institut der Akademie der Wissenschaften enthoben worden war, wird von politischen Beobachtern als Beginn einer Kampagne gesehen, die Hochschulen in Polen stärker zu disziplinieren. In Posen war vor einiger Zeit Professor Leszek Nowak von der Universität entlassen worden. Eine für Mitte Mai einberufene Sitzung des Zentralkomitees der Partei soll sich mit den Intellektuellen befassen.

Der 53 Jahre alte Geremek galt seit langem als Kritiker der polnischen Führung. Er war 1968 aus Protest gegen den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR aus der kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei ausgetreten. Nach Verhängung des Kriegsrechts in Polen wurde der Wissenschaftler ein Jahr lang interniert, später konnte er aber auf seinen Posten an der Akademie der Wissenschaften zurückkehren. Im Mai 1983 wurde er nach der Teilnahme an einem illegalen Gewerkschaftstreffen mit dem Arbeiterführer Lech Walesa festgenommen, knapp drei Monate später im Zuge der Amnestie begnadigt.

Geremek gehört auch zu den oppositionellen Intellektuellen, die mit westlichen Politikern wie den Außenministern Italiens und Großbritanniens in Warschau sprechen konnten.

SDI-Programm ohne Teilnahme Frankreichs?

Mitterrand fürchtet um Abschreckungskraft der „Force de frappe"

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat in einem Fernsehinterview am Wochenende das Dilemma deutlich gemacht, in das seine Sicherheits- und Wirtschaftspolitik durch die Weltraumstrategie des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan geraten ist. Befragt, ob es auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Bonn zu einer Diskussion über dieses Thema komme und was er dazu sagen werde, antwortete Mitterrand mit einer abwehrenden Geste der Hände: „Ich muß mir die ganze Sache noch sehr genau überlegen. Die Technologie interessiert mich. Aber die Strategie halte ich für fragwürdig. Frankreich muß erst einmal wissen, wo seine Interessen liegen. Wir müssen mit unseren Alliierten darüber sprechen." Mitterrand nannte das SDI-Projekt Reagans ein „Risiko". „Solange ich nicht den genauen Inhalt des Projekts kenne, kann ich es nicht als angenommen ansehen."

Ergänzend brachte der Präsident dann das von Frankreich vorgeschlagene Projekt „Eureka" für eine zivile Weltraumforschung der Europäer ins Spiel. Wenn Reagan in Bonn hierüber Näheres hören wolle, sei dagegen nichts einzuwenden. „Eureka" sei jedoch eine europäische Angelegenheit und brauche keine amerikanische Absegnung. „Ich hoffe, daß die Europäer sich bald hierüber einig werden können", fügte Mitterrand hinzu.

Mit dem Eingeständnis, daß ihn die Technologie interessiere, die Strategie aber eher problematisch sei, hat der Präsident die bisher nur bruchstückhaft bekannt gewordene französische Skepsis gegenüber den amerikanischen Plänen verdeutlicht. Frankreich kann an der Strategie einer Abwehr von Offensivwaffen aus dem Weltraum kein Interesse haben, weil seine eigene mit viel Aufwand aufgebaute atomare Abschreckungsstreitkraft „Force de frappe" damit obsolet würde.

Auf der anderen Seite kann sich Frankreich nicht dem enormen technologischen Fortschritt entziehen, den die SDI-Forschung bringen wird. Dies besonders nicht im Hinblick auf die von Premierminister Fabius immer wieder angesprochene dringend notwendige „Modernisierung" der französischen Industrie. Ohne Zweifel würde von der Weltraumforschung viel Positives auch für die Wirtschaft Frankreichs abfallen. Jedoch blieb Mitterrand deutlich hinter der zustimmenden Haltung des deutschen Bundeskanzlers zurück, ohne sich eine Teilnahme ganz zu versagen.

Diesem französischen Dilemma ist der „Eureka"-Vorschlag entwachsen, der es den Europäern ermöglichen soll, sich einen eigenen „Ruck" in der Weltraumforschung zu geben und damit nicht ausschließlich auf amerikanische Erkenntnisse und mögliches amerikanisches Entgegenkommen in der Teilhabe von Forschungserkenntnissen angewiesen zu sein.

„Eureka" hat allerdings noch nicht die ungeteilte Zustimmung unter Frankreichs europäischen Partnern gefunden. In der Umgebung des Präsidenten wird jetzt darauf hingewiesen, daß eine einheitliche Haltung der Europäer zur Weltraumforschung der Aufforderung Reagans an Europa entgegenkommen würde, sich möglichst zu einer einheitlichen Reaktion auf seinen SDI-Vorschlag durchzuringen.

Jo Leinen unterzeichnet Aufruf nicht

DW. Bonn

Verschiedene Gruppen wollen in mehr als 20 Städten der Bundesrepublik Deutschland zum Bonner Weltwirtschaftsgipfel Protestaktionen veranstalten, in denen sie „auf die Lage der Menschen in den Entwicklungsländern" aufmerksam zu machen versuchen. Eines der Ziele dieser Aktionen soll vor allem im Ruhrgebiet, in Osnabrück und im Münsterland die Deutsche Bank werden.

Die Organisatoren deuteten gestern an, daß es zu Blockaden und zur Besetzung von Bankfilialen kommen könnte. In verschiedenen Städten kursieren bereits Aufrufe, in denen zu „Spaziergängen durch Banken und Konzerne" aufgerufen wird, um den Geschäftsbetrieb zu stören.

Der neue saarländische Umweltminister und einstige Mitorganisator der „Friedensbewegung" in der Bundesrepublik, Jo Leinen (SPD), hat es unterdessen abgelehnt, den Aufruf eines Aktionsbündnisses gegen den Weltwirtschaftsgipfel zu unterzeichnen.

Das teilte gestern in Bonn der Sprecher eines Aktionsbündnisses mit, das für den 3. Mai in der Bad Godesberger Stadthalle ein „Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel" plant. Leinen habe seine Weigerung damit begründet, daß er eine solche Unterschrift nicht in seiner neuen Funktion und gegen den Willen seiner Partei leisten könne.

FDP sucht Gespräch mit den Kirchen

DW. Bonn

Mit der Gründung einer Kommission „Kirche und Liberalismus" hat das Präsidium der FDP gestern in Bonn den ersten Schritt zur Aufnahme der seit langem angekündigten offiziellen Gespräche mit den Kirchen getan.

Wie der FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann und der Vorsitzende der neuen Kommission, der bayerische FDP-Landesvorsitzende und frühere Landessynodale Manfred Brunner, deutlich machten, strebt die FDP bessere Beziehungen mit den Kirchen an, nachdem das freidemokratische „Kirchenpapier" von 1974 eine langfristige Abkühlung bewirkt hatte.

Mit Kirchen gebe es engere Berührungspunkte, als sie bisher wahrgenommen worden seien, beispielsweise in der Ausländerfrage und bei der Beurteilung der Arbeitslosigkeit.

Weiskirch sieht „schwere Mängel"

rmc. Bonn

Der neue Wehrbeauftragte Willi Weiskirch hat schon wenige Wochen nach seinem Amtsantritt auf „besonders gravierende Mängel" in der Bundeswehr hingewiesen. Nach einer viertägigen Informationstagung mit Offizieren und Feldwebeln der 12. Panzerdivision äußerte sich Weiskirch in Bonn besorgt über die hohe Dienstzeitbelastung der Soldaten, die mangelhafte ärztliche Versorgung, die „familienfeindliche" Versetzungspraxis und den Verwendungsstau.

Es gehe nicht an, sagte er, daß in der Wirtschaft die 35-Stunden-Woche anvisiert werde, die Soldaten aber bis zu 70 Stunden pro Woche Dienst leisten müßten. Auch kritisierte er, daß von 3200 Stellen im Sanitätsdienst nur 1800 besetzt seien. „So oder so" müsse der Verwendungsstau aufgelöst werden, der derzeitige Zustand führe zu „Frustation und Demotivierung".

Stalin wird rehabilitiert

idea, Unna

Stalin wird in der Sowjetunion offensichtlich rehabilitiert. Sein Porträt klebe an vielen Privatautos und hänge in öffentlichen Verkehrsmitteln, berichtete der wegen Mitarbeit in einem christlichen Geheimverlag dreieinhalb Jahre lang inhaftierte Kraftfahrer David Koop aus Iwan-Gorod bei Leningrad, der jetzt mit seiner Frau und zweien seiner fünf Kinder in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durfte.

Koop gehörte einer nichtregistrierten Gemeinde von Evangeliumschristen-Baptisten an und hatte in einer Dachstube seines Hauses eine Offsetdruckmaschine versteckt, auf der Neue Testamente und andere christliche Schriften hergestellt wurden. 1977 entdeckte der sowjetische Geheimdienst die Untergrunddruckerei und verhaftete Koop zusammen mit drei Mitarbeitern.

In einem Gespräch im Durchgangslager Unna-Massen bezeichnete er die Lage seiner Glaubensbrüder als „sehr hart". Die Praxis der Wiederverurteilung ohne Haftentlassung halte in den Straflagern an. So werde dem Baptisten Alexej Kosoresow aus Woroschilowgrad bereits die zweite Verlängerung der Haftstrafe angedroht. Seine Gesundheit und die vieler anderer christlicher Häftlinge sei stark angegriffen.

Flucht nach vorn

HH – In der Diskussion über den technischen Fortschritt geht es oft so wie mit den Bäumen und dem Wald: Man sieht vor lauter Risiken die Chancen nicht mehr. „Technikangst" oder – selbstverständlich in Frage gestellte – „Technikakzeptanz" sind viel häufiger zu hören als zum Beispiel Technikbegeisterung. Es ist zwar schick, mit Stirnrunzeln Risiken anzuführen, nicht aber schlagende Beispiele für die unbestreitbaren Chancen in allen Feldern der Technik zu nennen. Wer das tut, gerät in Gefahr, als naiv, unkritisch oder oberflächlich zu gelten oder – schlimmer noch – von „der" Industrie gekauft zu sein. Die Lastigkeit der Diskussion ist damit vorgegeben.

Umso erfreulicher, daß ausgerechnet „die" Industrie die Flucht nach vorn angetreten hat. Ein Industrieland wie die Bundesrepublik kann es sich nicht leisten, in der Forschung freiwillig Spitzenpositionen zu räumen. Die Risiken etwa der Gentechnik müssen zwar ausgelotet werden. Aber es muß auch daran erinnert werden, daß es ohne Gentechnik zum Beispiel kein Insulin gäbe.

Wer will es verantworten, bestimmte Entwicklungen abzuwürgen, nur weil die stark grün und rot geprägte Akzeptanzdiskussion diesen (Fehl-)Schluß aufzudrängen scheint? Es müssen auch die Risiken diskutiert werden, die beim Verzicht auf die Chancen des Technikeinsatzes akut werden. Sie machen sich meist viel rascher und empfindlicher bemerkbar, etwa in fehlender internationaler Konkurrenzfähigkeit, geringerem Wachstum und steigender Arbeitslosigkeit.

Hühner

adh. – Die Hühner lachen nicht nach dem Ausgang jenes Prozesses vor dem Darmstädter Landgericht, von dem sich die Tierschützer ein richtungsweisendes Verbot der Intensivhaltung von Legehennen in Käfigen versprachen: Das Gericht verurteilte nämlich nicht die Käfighaltung per se als Tierquälerei wie es die Tierschützer erhofft hatten, sondern erinnerte daran, daß auch das Tierschutzgesetz gewisse Einschränkungen des natürlichen Bewegungsbedürfnisses bei der Nutztierhaltung erlaube. Die Geflügelwirtschaft hat das mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, befürchtet sie doch, daß frei laufende Mistkratzer allein der Deutschen Wunsch nach dem frischen Frühstücksei nicht ausreichend erfüllen können. Der Streit um die Hühner ist damit nicht vom Tisch: Gesetzgeber, Verwaltung und Geflügelwirtschaft sollen für Verbesserung der Haltungssysteme sorgen, meinten die Richter. Schneller noch kann das freilich der Verbraucher, wenn er beim Eierkauf auf die Herkunft achtet.

FRÜHJAHRSGUTACHTEN / Institute zeichnen günstiges Bild der Weltwirtschaft

Deutsche Leistungsbilanz wird mit neuem Rekordüberschuß abschließen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Überschuß in der Handelsbilanz wird in diesem Jahr auf einen neuen Höchststand klettern. Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München sagen in ihrem gemeinsamen Frühjahrsgutachten einen Anstieg von 54 auf rund 75 Milliarden Mark voraus. Dies sei vor allem eine Spätfolge der starken realen Abwertung der D-Mark in den vergangenen Jahren.

Die Institute zeichnen im Vorfeld des Bonner Weltwirtschaftsgipfels ein recht zuversichtliches Bild von der weiteren Entwicklung der internationalen Lage. Im Durchschnitt der westlichen Industriestaaten nehmen Nachfrage und Produktion seit dem vergangenen Herbst mit einer laufenden Jahresrate von drei Prozent zu. Das Konjunkturgefälle zwischen Nordamerika und Westeuropa ist seit Mitte vergangenen Jahres geschwunden, nachdem sich der Aufschwung in den USA abgeflacht hat. Die Unterschiede im Preisanstieg haben sich vermindert, da der Stabilisierungsprozeß auch in den Ländern vorangekommen ist, die lange Zeit nachhinkten. Die Arbeitslosigkeit ging in den USA nicht weiter zurück, in Westeuropa stieg sie leicht an.

Wegen der geldpolitischen Impulse seit dem Herbst dürfte sich die konjunkturelle Expansion in den USA wieder etwas verbessern. Das reale Bruttosozialprodukt werde um drei Prozent steigen nach 6,8 Prozent im vergangenen Jahr. Der Preisanstieg dürfte sich auf vier Prozent leicht beschleunigen. Für Japan sagen die Institute eine Abschwächung des Wachstums von 5,8 auf 4,5 Prozent voraus. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 2,5 Prozent nicht nennenswert größer sein als im Vorjahr. Wegen der konjunkturellen Abschwächung wird sich auch die Zunahme der Einfuhren verringern, wodurch der Leistungsbilanzüberschuß auf 35 Milliarden US-Dollar steigen dürfte.

Für Westeuropa wird sich das Expansionstempo kaum ändern. Im Jahresdurchschnitt wird das reale Bruttosozialprodukt um nahezu 2,5 Prozent steigen. Die Arbeitsmarktlage wird sich dabei nicht fühlbar verbessern. Der Preisanstieg dürfte sich leicht auf fünf Prozent verlangsamen.

Der Welthandel wird auch 1985 Impulse vor allem von der höheren Nachfrage der Industriestaaten erhalten. Die Anregungen werden vor allem wegen der ruhigeren Gangart in den USA schwächer als in der ersten Phase des Aufschwungs sein. In Westeuropa dürften sich die lagerzyklischen Anstöße verringern. Die Einfuhr von Investitionsgütern wird jedoch deutlich zunehmen. Die nichtölexportierenden Entwicklungsländer werden ihre Importe weiterhin nur mäßig steigern, da die Verschuldung nach wie vor drückend ist.

Aufgrund der ungünstigen Exportaussichten werden auch die Opec-Staaten ihre Einfuhren noch nicht wieder nennenswert erhöhen. Insgesamt wird das Welthandelsvolumen nach dieser Prognose im Jahresdurchschnitt 1985 um rund fünf Prozent zunehmen, nachdem 1984 ein Anstieg von acht bis neun Prozent registriert worden war.

Trotzdem bleiben die Exporte die wichtigste Stütze der deutschen Konjunktur. Sie dürften 1985 mit einer laufenden Rate von rund sechs Prozent steigen. Wegen des hohen Überhangs zum Jahresbeginn wird die Ausfuhr im Jahresdurchschnitt sogar um rund neun Prozent höher sein; ein Prozentpunkt mehr als der Zuwachs im vergangenen Jahr. Steigen werden vor allem die Exporte von Investitionsgütern, und zwar in erster Linie in die westeuropäischen Länder.

Die Einfuhren dürften wegen der günstigen Wettbewerbsposition deutscher Anbieter nur um fünf bis sechs Prozent höher ausfallen. Damit ist trotz einer weiteren leichten Verschlechterung der realen Austauschverhältnisse (Terms of Trade) eine Steigerung des Überschusses in der Handelsbilanz von 54 auf rund 75 Milliarden Mark angelegt. Das Defizit in der Übertragungsbilanz wird weiter zunehmen. Dadurch dürfte der Überschuß in der Leistungsbilanz auf 30 bis 35 Milliarden Mark klettern, ebenfalls eine Rekordmarke.

INTERNATIONALES KREDITGESCHÄFT

Deutsche Banken größter Kapitalgeber am Euromarkt

dpa/VWD, Basel

Die Banken in der Bundesrepublik waren im vierten Quartal 1984 der bedeutendste Kreditgeber (netto) im internationalen Bankgeschäft. Wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, in ihrem soeben veröffentlichten Quartalsbericht feststellt, erhöhte sich in diesem Zeitraum die Netto-Kreditvergabe der Banken in der Bundesrepublik an das Ausland (Forderungen abzüglich Verbindlichkeiten) um fast fünf Milliarden US-Dollar, zum größten Teil in deutscher Währung.

Insgesamt weitete sich nach Angaben der BIZ das internationale Bankgeschäft im vierten Quartal wieder beträchtlich aus: Die gesamten Auslandsforderungen der internationalen Geschäftsbanken erhöhten sich um 55 Milliarden Dollar auf insgesamt 2,15 Billionen Dollar. Dabei gingen allerdings die Neuausleihungen der Banken an die Dritte Welt und an den Ostblock deutlich zurück. Bemerkenswert war, daß diese Länder (ohne Opec) im Gesamtjahr 1984 ihre Einlagen bei den internationalen Banken in einem Maße erhöhten, wie es bisher auch noch nicht annähernd beobachtet worden war. Insgesamt flossen den Geschäftsbanken 1984 aus der Dritten Welt und aus dem Ostblock mehr als doppelt so hohe Einlagen zu, wie Neuausleihungen an diese Länder gegeben wurden.

Die Banken in den USA nahmen im letzten Quartal 1984 zwar netto bedeutend weniger Mittel aus dem Ausland herein als im Vorquartal (1,4 Milliarden nach 9,5 Milliarden Dollar). Da gleichzeitig aber die Eurobanken ihre Kredite an Unternehmen und öffentliche Stellen in den USA kräftig ausweiteten, „trug der internationale Bankensektor ... erneut in erheblichem Maße zur Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits der USA bei".

In der Dritten Welt waren die asiatischen Länder Hauptempfänger von Neukrediten (2,5 Milliarden Dollar). Dabei nahm allein China im vierten Quartal eine Milliarde Dollar an neuen Bankkrediten auf. Gleichzeitig zog Peking 1,4 Milliarden Dollar an Bankeinlagen ab. Werden die Schulden gegen Einlagen aufgerechnet, hatte China trotz dieser Entwicklung am Jahresende 1984 mit 14,3 Milliarden Dollar immer noch die höchste Gläubigerposition außerhalb der westlichen Welt gegenüber den internationalen Banken.

Lateinamerika, die am höchsten verschuldete Region in der Welt, konnte im vergangenen Jahr seine Position deutlich verbessern. Während die Neuausleihungen im Gesamtjahr um lediglich 3,5 Milliarden Dollar zunahmen, erhöhten diese Länder gleichzeitig ihre Bankeinlagen um 11,4 Milliarden Dollar – „den bisher höchsten Jahreszuwachs", wie die BIZ feststellte.

Viele Zwänge

Von JOACHIM WEBER

Heinz Nixdorf, Computer-Unternehmer aus Paderborn, schaffte es wieder einmal, Schlagzeilen zu machen. In gewohnt klaren Worten (von deren Wiederholung hier im Interesse einer Versachlichung der Diskussion abgesehen wird) bedeutete er Postminister Christian Schwarz-Schilling, daß er ein paar Milliarden Mark mehr in die Hand nehmen und seine 500 000 Beamten zu etwas mehr Eile anspornen solle, um die Einführung des digitalen Kommunikationsnetzes (ISDN) zu forcieren.

Daß Christian Schwarz-Schilling ob des Ansinnens und der Tonlage nicht eben begeistert reagierte, ist verständlich, zumal Nixdorf kurz zuvor gerade in den Kreis der postalischen Hoflieferanten aufgerückt war (was im übrigen auch für die Ehrlichkeit seiner Äußerungen spricht). Dennoch sollte die Bundespost die Vorschläge aus Paderborn nicht völlig ungeprüft vom Tisch wischen.

Denn bei aller Impulsivität stecken hinter Nixdorfs Äußerungen auch ernstzunehmende Denkansätze. Dabei geht es nicht nur um das rein geschäftliche Interesse, den Schwung und die Akzeptanz, die das Digitalsystem dank der ungewohnt intensiven Werbung der Industrie in der Öffentlichkeit gewonnen hat, in dauerhafte Umsätze umzumünzen.

Wer Nixdorf kennt, weiß, daß es ihm auch ernst ist mit dem Wunsch, diese Chance für den Aufbau neuer Arbeitsplätze zu nutzen. In dieser Hinsicht sollte die Post sogar am gleichen Strang ziehen, ist es ihr doch selbst im Fernmeldebereich nicht möglich, alle Ausgebildeten zu übernehmen. Und noch ein Gedanke schimmert durch: Wer bei der Digitalisierung am schnellsten ist, hat auch den internationalen Erfahrungsvorsprung, kann möglicherweise sogar Normen vorgeben.

Über den Brancheneffekt hinaus wäre auch noch die volkswirtschaftliche Wirkung zu sehen: In einer Zeit, da schnelle und vollständige Information nicht selten den Geschäftserfolg bestimmt, wird das Vorhandensein einer hochleistungsfähigen Infrastruktur wie des integrierten Digitalnetzes durchaus zum Wettbewerbsfaktor für die gesamte Wirtschaft.

Unter all diesen Aspekten könnte es wirklich nicht schaden, das Riesenprojekt ISDN zu beschleunigen. Die Frage ist nur, ob die Post allein tatsächlich die Möglichkeiten dazu hat. Die Geschwindigkeit der Entwicklung wird schließlich auch von finanziellen, technischen und kooperativen Zwängen bestimmt.

So wäre es völlig unsinnig, wollte die Post im Alleingang ein autonomes deutsches Kommunikationssystem aufbauen. Eine Abstimmung der Normen mit den Nachbarländern ist schon deswegen nötig, damit auch hinterher die „größte Maschine der Welt" (das Telefon) noch international funktioniert.

Dasselbe gilt für die Telex- und Datenverbindungen, die in das ISDN integriert sein sollen. Daß solche Abstimmungsprozesse um so länger dauern, je mehr Partner unter einen Hut zu bringen sind, ist eine alte Erfahrung.

Auch in technischer Hinsicht ist der Umbruch nicht von einem Tag auf den anderen zu bewältigen. Schließlich gilt es, insgesamt rund 6000 Vermittlungsämter in der Bundesrepublik umzurüsten – die beiden ersten in neuer Technik werden in diesem Jahr versuchsweise installiert. Auch die Übertragungsstrecken zwischen diesen Knotenpunkten müssen umgestellt werden, und all das so, daß der Betrieb der 23 Millionen Fernsprechanschlüsse ungestört weiterläuft und auch die Kommunikation zwischen Revieren alter und neuer Technik möglich bleibt.

Ohne einen präzisen Ablaufplan wird das nicht möglich sein. So ist die Zulieferindustrie schon sehr froh, daß die Post ihre Vorstellungen über die zeitliche Abfolge bereits weitgehend festgeschrieben hat. Auch für sie bedeutet diese Planung, die fast unisono als weltweit beispielhafte Langfriststrategie bezeichnet wird, ein Stück Sicherheit.

Die einzige Sorge besteht darin, so scheint es, daß diese Vorgabe nicht eingehalten werden könnte. An eine Beschleunigung dürfte also kaum zu denken sein, um so weniger, als die Post in den letzten Jahren im Fernmeldebereich ohnehin schon sehr viel munterer geworden ist, als man es von ihr gewohnt war. Doch vielleicht läßt sich noch ein Schräubchen finden, an dem zu drehen ist – wirtschaftliches Interesse macht vieles möglich.

AUF EIN WORT



„Die Verbände der Wohnungsvermieter übertreffen sich in Kassandrarufen. Dabei gibt es Wohnungsleerstände nur bei Mietwohnungen, nicht aber bei Eigenheimen, auf die der Wunsch vieler Mieter gerichtet ist. Es ist deshalb nur konsequent, daß die Wohnungspolitik eine höhere Wohnungseigentumsquote anstrebt."

Dr. Joachim Degner, Geschäftsführer des Verbandes der Privaten Bausparkassen. FOTO: DIE WELT

Außenhandelspreise stärker gestiegen

dpa/VWD, Wiesbaden

Die Außenhandelspreise in der Bundesrepublik sind im März schneller gestiegen als in den beiden vorangegangenen Monaten. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, betrug die Jahressteigerung bei den Einfuhrpreisen im März 8,8 Prozent und bei den Ausfuhrpreisen vier Prozent. Im Februar hatte die Rate bei Einfuhrpreisen noch 7,3 und im Januar 4,5 Prozent betragen. Die Werte für die Ausfuhrpreise betrugen 3,8 und 3,5 Prozent. Von Februar bis März erhöhten sich die Einfuhrpreise für Frischobst (plus zwölf Prozent) und Frischgemüse (plus 7,6 Prozent).

GEN- UND BIOTECHNIK

Die Bundesrepublik droht den Anschluß zu verpassen

HEINZ HECK, Köln

Die Sicherung breiter gesellschaftlicher Zustimmung für die Notwendigkeit technischen Fortschritts ist eine der beiden Aufgaben, vor denen die Industriestaaten stehen. Darüber hinaus gelte es, Maßnahmen zur Vermeidung oder Milderung unerwünschter Technikfolgen ernstzunehmen, erklärte der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Langmann, zu Beginn einer Veranstaltung mit dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zum Thema „Technischer Fortschritt und Risikobewältigung".

Risiken und Chancen neuer Techniken standen im Mittelpunkt der Referate, unter anderem von Bundestagspräsident Jenninger und den Professoren Heilmann (TU München) und Gareis (Vorstand Hoechst AG).

Gentechnik und industrielle Biotechnik zählen zu den interessantesten Wachstumsfeldern der kommenden Jahrzehnte. Führende Industrieländer wie Japan und die USA hätten die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten längst erkannt. In der Bundesrepublik bestehe die Gefahr, daß bei einer falschen politischen Weichenstellung der Anschluß verpaßt werde – dies sei zu befürchten, wenn die starke Emotionalisierung der Gen- und Biotechnik (mit Reizbegriffen wie „Leihmütter") in der Diskussion die Oberhand gewinne.

In der Einrichtung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags zur Gentechnologie wird ein „erster wichtiger politischer Schritt zur Versachlichung der Diskussion" gesehen. An die im August 1984 konstituierte Kommission würden, wie BDI-Hauptgeschäftsführer Mann betonte, hohe Erwartungen gestellt.

SCHIMMELPFENG

Zahlungsweise hat sich trotz Pleitenrekord verbessert

LEO FISCHER, Frankfurt

Die Zahlungsweise der Wirtschaft hat sich im ersten Quartal verbessert. Nach Feststellungen der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng, Frankfurt, die 9356 Unternehmen aus allen Branchen befragte, zahlten erstmals seit sechs Jahren wieder über 70 Prozent aller deutschen Unternehmen vereinbarungsgemäß: 70,2 Prozent (Vorquartal 69 Prozent) erfüllten danach ihre Verpflichtungen pünktlich.

Von unverändert 20,3 Prozent der Betriebe wurde das vereinbarte Zahlungsziel bis zu zwei Monate überzogen. Der Anteil der schleppend zahlenden Unternehmen (Zielüberschreitungen von mehr als 60 Tagen) ging von 7,4 auf 6,4 Prozent zurück. 3,1 (Vorquartal 3,3) Prozent ließen es auf Zwangsmaßnahmen ankommen.

Der durch den strengen Winter verursachte konjunkturelle Knick hat die positive Entwicklung der Zahlungsmoral nicht aufhalten können. Nach Ansicht des Schimmelpfeng-Geschäftsführers Wolfgang Spannagel wäre die Besserung der Zahlungsweise sogar noch deutlicher ausgefallen, wenn die Bauwirtschaft mit einem erneuten Absinken ihres Zahlungsindex um 2,5 Prozentpunkte das Gesamtergebnis nicht negativ beeinflußt hätte. Im ersten Quartal zahlten nur noch 45,6 Prozent der Baufirmen vereinbarungsgemäß.

Das relativ gute Zahlungsverhalten steht in Gegensatz zur Insolvenzentwicklung. Nach 1594 Pleiten im Januar (plus 11,6 Prozent) wurde mit 1665 Insolvenzen im Februar gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat eine Zunahme um 21,5 Prozent registriert. 1195 Insolvenzen betrafen Wirtschaftsunternehmewn. Damit war der Februar der zweitschlimmste Pleitenmonat seit Bestehen der Bundesrepublik.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Höherer Überschuß in der Leistungsbilanz

Frankfurt (adh) – Auf 4,2 Mrd. DM fast verdoppelt hat sich der Überschuß in der deutschen Leistungsbilanz in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres (2,2 Mrd. DM). Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilt, schloß der März mit einem Positivsaldo in der Leistungsbilanz von 2,7 Mrd. DM ab (März 1984: 1,9 Mrd. DM), für den Februar hatte sich – revidiert – ein Positivsaldo von 2,3 Mrd. DM ergeben. In der Handelsbilanz brachten die ersten drei Monate einen Überschuß von 13,6 Mrd. DM nach 11,4 Mrd. DM in der gleichen Vorjahreszeit. Dabei fiel der Positivsaldo im Außenhandel im März mit rund 6,4 Mrd. DM deutlich kräftiger als im Februar (4,7 Mrd. DM) aus; im März des Vorjahres hatte die Handelsbilanz mit einem Plus von 4,5 Mrd. DM geschlossen.

Einbußen im Großhandel

Wiesbaden (VWD) – Der Großhandel im Bundesgebiet setzte im März rund 70 Mrd. DM um, zwei Mrd. oder nominal 3,5 Prozent weniger als im März 1984. Preisbereinigt ergibt sich nach Berechnungen des statistischen Bundesamtes ein Rückgang um 5 Prozent. Im ersten Quartal wurden im Großhandel 197 Mrd. DM umgesetzt. Das bedeutet zum Vorjahr einen Rückgang von zwei Mrd. DM oder nominal von einem und real von zwei Prozent.

Video-Premiere

Düsseldorf (dpa) – Video-Konferenzen über Glasfaserkabel der Bundespost sind jetzt von den drei nordrhein-westfälischen Städten Düsseldorf, Köln und Dortmund aus möglich. Zur Premieren-Direktschaltung sprach der Parlamentarische Staatssekretär des Postministeriums, Wilhelm Rawe (CDU), gestern vom Düsseldorfer Konferenzsaal aus mit Pressevertretern in Köln und Dortmund. Berlin, Hamburg, Hannover und Frankfurt sind bereits an das Netz angechlossen, das vor allem privaten Firmen zur Benutzung und Erprobung des Systems angeboten wird. Die einmalige Anschließungsgebühr für private Konferenzräume beträgt den Angaben zufolge 12 000 Mark, die monatliche Grundgebühr 1 500 Mark und eine Stunde Konferenz im Inlands-Netz 800 Mark.

USA lockern Kontrollen

Washington (VWD) – US-Hersteller dürfen eine große Zahl von computerisierten Instrumenten, die in der Industrie und der Wissenschaft verwendet werden, wieder frei exportieren. Das US-Handelsministerium hat seine Exportkontrollbestimmungen geändert und den „liberalisierten Status" von 94 Zolltarifpositionen bestätigt. Mit dieser Entscheidung hob das Ministerium alle Kontrollen für diese Zolltarifpositionen unter der Voraussetzung auf, daß die damit verbundenen Computer ausschließlich für den Betrieb der Instrumente bestimmt sind.

Peres-Brief an Shultz

New York (VWD) – Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat nach Angaben der „New York Times" den USA einen Plan zur Sanierung der Wirtschaft Israels vorgelegt, der von amerikanischen Bedingungen für die Gewährung einer zusätzlichen Finanzhilfe in Höhe von 1,5 Mrd. Dollar entspreche. Peres habe in einem Brief an US-Außenminister George Shultz Vorschläge zur Eindämmung der Inflationsrate gemacht und sich dabei verpflichtet, eine Obergrenze für den Preisanstieg im kommenden Halbjahr zu setzen.

DM-Anleihe für Portugal

Lissabon/Frankfurt (dpa/VWD) – Portugal legt eine Anleihe über 150 Mill. DM zur Finanzierung staatlicher Investitionen in der Wirtschaft auf. Der Vertrag über die DM-Anleihe wird heute in Frankfurt zwischen dem Gouverneur der portugiesischen Zentralbank Constancio und einem deutschen Bankenkonsortium unter Führung der Commerzbank unterzeichnet. Die Anleihe hat eine Laufzeit von sieben Jahren, einen Zinssatz von 7 3/4 Prozent und einen Ausgabekurs von 99,5 Prozent.

FRANKREICH

Ölkonzerne helfen Boussac

J. Sch. Paris

Die beiden französischen Mineralölkonzerne Elf-Aquitaine und Total (CFP) wollen sich mit je 47,5 Mill. Franc an der Kapitalerhöhung der Holdinggesellschaft SFFAW (Société Francière et Financière Agache-Willot) der im Konkurs stehenden Textil- und Warenhausgruppe Boussac um 400 auf 556 Mill. Franc beteiligen, sobald das Schuldenmoratorium mit den Gläubigern von der Generalversammlung gebilligt ist. Es geht dabei um die Bereinigung von 2,7 Mrd. Franc Verbindlichkeiten.

Das Engagement der beiden Ölkonzerne ist zwar verhältnismäßig bescheiden. Es bedeutet aber doch eine wichtige Kaution für die Durchführung der vom Präsidenten der Ferinel-Gruppe, Bernard Arnault, eingeleiteten Sanierungsaktion. Ferinel hat bereits die Kontrolle über die SFFAW erworben und will von der Kapitalerhöhung 90 Mill. Franc zeichnen. Die beiden Banken Lazard und Worms übernehmen 90 und 80 Mill. Franc, eine arabische Gruppe 40 Mill. Franc und die britische Charterhouse 5 Mill. Franc.

Die wichtigsten Tochtergesellschaften der SFFAW sind die Textilgruppe Boussac-Saint Frères (BSF), das Modehaus Christian Dior und die Warenhausgesellschaften Bonmarché, Bellejardinière und Conforma. Wie Arnault erklärte, haben ihm die Banken nach der Kapitalerhöhung 330 Mill. Franc Kredite zugesagt. Außerdem erwartet er eine Kredithilfe des Staates von 280 Mill. Franc.

WELTWIRTSCHAFT / Absage an fiskalische Anreize zur Konjunkturankurbelung und eine aktive Industriepolitik

Währungsfonds warnt Europa vor alten Fehlern

H.-A. SIEBERT, Washington

Kurz vor Beginn des Wirtschaftsgipfels in Bonn warnt der Stab des Internationalen Währungsfonds (IWF) vor einem Rückfall in den alten Fehler, schwache Konjunkturen durch fiskalische Stimulans anzukurbeln. Er rät den europäischen Regierungen, derartigen Versuchungen zu widerstehen und am bisherigen Kurs der Haushaltssanierung festzuhalten. Die Wachstumsaussichten in der EG *werden als gut eingeschätzt.*

In ihrem jetzt vollständig vorgelegten „World Economic Outlook" kommen die Analysten der „Weltnotenbank" zu dem Ergebnis, daß es falsch sei, auf die Wachstumserfolge in den USA *zu starren* und sie allein auf die Politik des Deficit-spending zurückzuführen. Nicht unterschätzt werden dürften die Antriebswirkungen, die in Amerika von den gesunkenen Inflationsraten und Zinsen, dem Abbau steuerlicher Lasten und der größeren Flexibilität auf den Märkten ausgegangen seien.

Die Probleme in Europa seien auch insofern anders gelagert, als die wirtschaftliche Erholung in erster Linie durch strukturelle Faktoren wie hohe Löhne im Verhältnis zu den Erzeugerpreisen und andere Starrheiten gebremst werde, heißt es weiter in dem Bericht. Die USA befänden sich zudem in einer einmaligen Position, weil nur sie in großem Umfang ausländische Ersparnisse ansaugen können, um die Kapitalengpässe im eigenen Land als Folge der gewaltigen Defizitfinanzierung auszugleichen. Nur so sei bei wachsendem Budgetdefizit der kräftige private Investitionsboom zustande gekommen.

Nach Ansicht des IWF würde eine erneute Zunahme der öffentlichen Verschuldung im Verhältnis zum Sozialprodukt längerfristig nicht nur die fiskalpolitische Manövrierfähigkeit einengen. Verlorengehe auch das mühsam aufgebaute Vertrauen in eine wirklich langatmige Stabilitätspolitik. Gefährdet werde nach kurzem Strohfeuer die gesamte Expansion. Nicht weiter verfolgt wird auch die Überlegung, daß ohnehin nur Staaten mit starker Außenposition und sehr niedriger Inflationsrate über einen gewissen Ankurbelungsspielraum verfügten.

Was sollen die Europäer tun? Zunächst klopft der Fonds die Möglichkeit ab, eine aktive Industriepolitik zu betreiben. Danach würden sich die Regierungen einschalten und technologische Ziele abstecken, die Forschung intensivieren, für bessere Ausbildung und Infrastrukturen sorgen, Risikokapital bereitstellen und die Exporte fördern. Mobilisieren könnten sie die Instrumente der Ausgabenpolitik, der Besteuerung und der staatlichen Regulierung.

Indes, der Stab des IWF hält ein solches Vorgehen für äußerst riskant, weil „in marktwirtschaftlich orientierten Ländern Regierungen normalerweise von neuen Erzeugnissen und Produktionsprozessen nichts verstehen". Vermutlich würden die Gelder hauptsächlich zum Schutz bestehender Industrien verwendet. Nicht auszuschließen seien auch internationale Friktionen, da ein Wettrennen um die höchsten Technologie-Ausfuhren einsetze.

Statt dessen sollen die Regierungen ein Umfeld schaffen, das den Unternehmen die Umstellung erleichtert. Genannt werden effizientere Arbeits- und Finanzmärkte sowie die Eliminierung auch unbeabsichtigter Kontrollen und Hemmnisse. Nicht behindert werden dürfe die Anpassung der Reallöhne durch Rigiditäten. Als aussichtsreich wird die Reduzierung der Arbeitskosten durch modifizierte Indexierung, Abbau der Lohnsummensteuern und flexiblere Mindestlöhne für Jugendliche beurteilt. Um die Einstellung von Arbeitern attraktiver zu machen, sollten Subventionen gekappt werden, die Kapital verbilligen.

Konjunktureller Datenkranz der „Großen Sieben"

Veränd. in Proz. (1985/86)	USA	Deutschl.	Frankreich	Italien	Großbrit.	Kanada	Japan
Realwachstum	3,4/3,0	2,7/2,9	1,4/2,0	2,8/2,3	3,0/2,3	3,2/2,6	4,3/4,3
Reale Inlandsnachfrage	3,9/3,1	1,8/2,2	1,0/1,6	3,4/2,8	2,7/2,5	2,4/2,5	4,2/3,4
Verbraucherausgaben	4,0/3,2	1,4/1,8	1,4/1,5	3,0/2,2	3,1/2,9	3,2/2,6	3,6/3,5
Öffentl. Verbrauch	5,6/3,9	0,9/0,8	-/0,5	1,5/1,5	0,8/1,3	0,9/0,4	3,0/2,8
Bruttoinvestitionen	5,6/4,1	3,3/3,9	1,7/2,8	4,0/3,5	3,5/0,9	1,0/3,4	5,4/3,8
Außenposition/BSP	-0,5/-0,2	1,1/0,9	0,3/0,3	-0,5/-0,4	0,3/-0,1	1,0/0,1	0,4/1,2
Verbraucherpreise	3,8/3,8	2,2/2,3	6,1/5,1	9,0/7,5	5,0/5,0	3,0/3,4	1,4/1,3
Arbeitslosenrate	7,2/7,2	8,1/8,0	11,3/11,6	10,7/10,7	13,0/12,8	11,2/11,0	2,4/2,3

GROSSBRITANNIEN / Gas-Monopol wird privatisiert

Geschlossene Umwandlung

WILHELM FURLER, London

Die britische Regierung ist entschlossen, das Staatsmonopol British Gas bereits im nächsten Jahr zu 50 Prozent zu privatisieren. Energieminister Peter Walker hat jetzt einem Kabinettskomitee Pläne vorgelegt, wonach die staatliche Gasgesellschaft geschlossen in Privathand überführt werden soll. Ursprünglich bestanden Pläne, British Gas in drei unterschiedliche Tätigkeitsbereiche – Produktion, Verkauf, Absatz (Leitungsnetz) – *aufzuteilen und diese* einzeln zu privatisieren. Dies brächte aber nicht nur einen niedrigeren Verkaufserlös, sondern würde die Privatisierungsaktion auch um bis zu zwei Jahre verzögern; so müßte British Gas erst einmal in verschiedene Unternehmen umgewandelt werden.

Durch die Privatisierung als Ganzes wird British Gas in seiner Mengen- und Preispolitik direkt der Aufsicht duch das Energieministerium unterliegen. An einer möglichst raschen Entstaatlichung des Gasmonopols ist die Thatcher-Administration besonders interessiert, um ihrem Privatisierungsprogramm wieder Schwung zu verleihen. Durch die erhebliche Verzögerung, die bei der geplanten Privatisierung der Fluggesellschaft British Airways entstanden ist, ist der gesamte Privatisierungsfahrplan durcheinander geraten.

British Gas hat im Finanzjahr 1983/84 einen Rohgewinn in Höhe von mehr als einer Milliarde Pfund (3,8 Mrd. DM) erzielt. Mit der Privatisierung dürfte der Unternehmenswert auf rund acht Mrd. Pfund (30 Mrd. DM) beziffert werden. Dies bringt die *Privatisierungsaktion* in die gleiche Größenordnung wie die von British Telecom im Herbst letzten Jahres. Das heißt, daß die Aktienausgabe in mehreren Tranchen zu erfolgen hätte, um den Markt nicht zu überfordern. Das Staatsunternehmen hat 16 Millionen Kunden und machte im letzten Jahr einen Umsatz in Höhe von 6,5 Mrd. Pfund (knapp 25 Mrd. DM).

Inzwischen sickerte durch, daß sich British Airways und der Konkursverwalter der im Frühjahr 1982 zusammengebrochenen Billigfluggesellschaft Laker Airways auf einen Kompromiß geeinigt haben. Damit wäre endlich auch der Weg für die Privatisierung von British Airways geebnet.

Der außergerichtliche Vergleich sehe eine Zahlung von British Airways in Höhe von 30 Mill. Dollar vor. Die US-Gesellschaften PanAm und TWA sollen zusammen 20 Mill. Dollar beisteuern, die sieben europäischen Airlines (Lufthansa, KLM, Sabena, Swissair, SAS, UTA, British Caledonian) ebenfalls.

JUGOSLAWIEN / Deutliche Kritik aus der Partei

Wirtschaftsreform angemahnt

dpa/VWD, Belgrad

Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BKJ) hat eine einschneidende Wirtschaftsreform verlangt, um die schwere Wirtschaftskrise des Landes zu meistern. Die Maßnahmen von Staat und Partei gegen die zur Zeit rund 70prozentige Inflation, die hohen Verluste der Betriebe und die seit fünf Jahren sinkende Kaufkraft der Beschäftigten seien unzureichend, heißt es in einem am Wochenende veröffentlichten Beschluß des Zentralkomitees der Partei.

Besonders die hohe Inflation und der damit verbundende fallende Lebensstandard nähre unter der Bevölkerung „Zweifel an der Fähigkeit der Partei, einen Ausweg aus den jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sicherzustellen". Das Zentralkomitee fordert von der eigenen Partei die rasche Verwirklichung der vor fast zwei Jahren vom Parlament beschlossenen Wirtschaftsreform, die eine stärkere Geltung der Marktgesetze und die Ausweitung des privaten Sektors vorsah.

Für die Blockade dieser Reform sei – so die Kritik des Komitees an den eigenen Reihen – das „bürokratisch-etatistische und technokratische Bewußtsein im BKJ und in der Gesellschaft" verantwortlich. Mit diesem Ausdruck werden gewöhnlich Politiker und Funktionäre bezeichnet, die sich aus Gründen persönlicher Machterhaltung in Republiken und Gemeinden einer Reform widersetzen.

Selbst die Parteispitze habe sich „nicht eindringlich genug" für die Wirtschaftsreform eingesetzt, heißt es in der Stellungnahme.

FISCHFANG / Im letzten Jahr Rekordvolumen erreicht

Handel wertmäßig geringer

AFP, Rom

Der Fischfang hat 1984 nach Angaben der Welternährungsorganisation (FAO) das Rekordvolumen von 80 Millionen Tonnen (MT) erreicht und lag um 4,8 Prozent höher als im Vorjahr. Der FAO zufolge wurden die hohen Fangquoten insbesondere durch geringere Schwankungen der Meeresströmungen bewirkt, die sich während der letzten Jahre negativ auf die Fischbänke ausgewirkt hatten.

Die peruanische Fangflotte, die lange zu den ertragreichsten der Welt gehörte, war davon besonders hart betroffen worden. Dank der verbesserten Bedingungen konnte sie im Berichtsjahr ihr Fangergebnis um 6 Prozent auf 2,3 MT erhöhen, gegenüber nur 1,5 MT im Vorjahr.

Japan mit 11,8 MT (plus 4,8 Prozent gegenüber 1983) und die Sowjetunion mit 10,5 (plus 7,6) behaupteten ihre führende Stellung, gefolgt von der Europäischen Gemeinschaft (5 MT), den Vereinigten Staaten (4,7 MT) und Chile (4,45 MT).

Die höchsten Steigerungen der Fangquoten verbuchten Island (plus 80 Prozent), dank der Wiederbelebung der Neufundlandbänke, Lateinamerika (plus 16 Prozent) und Südostasien (plus 8 Prozent). In Afrika dagegen sanken die Fangquoten 1984 um 6 Prozent auf 3,37 MT, wegen des Rückgangs der Bestände an den Fischbänken vor der namibischen Küste.

Trotz der hohen Fangquoten ist 1984 der Welthandel mit Fischereiprodukten wertmäßig gesunken, da die Preise allgemein, auch bei begehrten Arten (Thunfisch, Garnelen) fielen.

PARISER BÖRSE / Aufsicht fordert mehr Rechte

Weniger Kapitalerhöhungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das Interesse für französische Aktien ist sehr groß, aber die Gesellschaften führen zu wenig Kapitalerhöhungen durch. Dies stellt die Pariser Börsenaufsichtskommission (COB) in ihrem Jahresbericht fest. Insgesamt erreichten die Aktienemissionen 48,4 Mrd. Franc oder 12,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Der Betrag der dem Publikum angebotenen neuen Aktien verminderte sich aber auf 9,6 (10,8) Mrd. Franc. Demgegenüber stiegen die Anleiheemissionen auf 242,1 (193,7) Mrd. Franc.

Auch den Umsätzen nach stellten die Rentenwerte mit 409,6 (221,5) Mrd. Franc die Aktien mit 67,2 (63,6) Mrd. Franc weit in den Schatten. Zwar stiegen die Aktienkurse um durchschnittlich 16,4 Prozent nach einer 56prozentigen Vorjahreshausse stärker als an den meisten ausländischen Börsen. Aber an der Kapitalisierung ihrer Transaktionen gemessen stand Paris erst an 8. Stelle nach New York (Wall Street), Tokio, London, Frankfurt, Düsseldorf, Toronto und der American Stock Exchange.

Die Kommission räumt ein, daß es Unregelmäßigkeiten gegeben habe, insbesondere die unzulässige Anleiheemission der gleich darauf in Konkurs geratenen Gesellschaft Amrep.

Für ihre Kontrollen fordert die COB von der Regierung zusätzliche Vollmachten. Das kürzlich eingeführte Prüfungsverfahren für die konsolidierte Rechnungslegung durch behördlich bestellte Kommissare reiche nicht aus. Verlangt werden insbesondere Hearing-Komitees, die die Unternehmensleitung zu den Prüfungsberichten vernehmen können.

NAMEN

Dr. Theodor Baumann, Vorstandsmitglied der Siemens AG, Berlin und München, und Leiter des Unternehmensbereichs Installationstechnik, wird heute 65 Jahre.

Fred Ebert, New York, und **Gerd H. Stoppenbrink,** Toronto, wurden mit Wirkung vom 15. April 1985 zu weiteren Mitgliedern des Executive Board der Kühne + Nagel AG, Luxemburg, bestellt.

Dr. **Albert Schad,** früherer Vorstandsvorsitzender der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen, ist im 81. Lebensjahr gestorben.

Klaus Frenzel (55), wurde zum Marketing-Leiter der quick-mix Gruppe, Osnabrück, berufen.

---

†

Nach einem erfüllten Leben hat Gott meinen geliebten Mann, unseren treusorgenden Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Dr. Heinrich Gattineau

Träger des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland

im 81. Lebensjahr zu sich gerufen.

In Liebe und Dankbarkeit
Dr. Wera Gattineau geb. Fritzsche
Karin Clemente geb. Gattineau
Peter Gattineau
Marlies Gattineau geb. Regnauer
Heinrich Gattineau
Martha Gattineau geb. Mester
Magdalene Gattineau geb. Reiser
und 12 Enkel, 2 Urenkel

Harthauser Straße 90, 8000 München 90
27. April 1985

Seelenmesse Samstag, den 4. 5. 1985, 10.30 Uhr in der Pfarrkirche Gollenshausen/Chiemsee, mit anschließender Beerdigung.

Alexis Busch

13. November 1904 – 24. April 1985

Im November 1925 verpflichtete sich Herr Busch unserem Unternehmen. Über viele Jahre als Tabakexperte tätig, übernahm er als Vorstandsmitglied 1955 die Leitung für den gesamten Orienttabakeinkauf. Nach seiner Pensionierung im Dezember 1964 blieb er uns als Aufsichtsratsmitglied eng verbunden.

Seine Arbeit für das Unternehmen und seine Inhaber waren ihm Freude und verpflichtende Aufgabe.

Wir trauern um Alexis Busch, der unserem Unternehmen viel gegeben hat.

H. F. & Ph. F. Reemtsma GmbH & Co.

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 2. Mai 1985, um 13.00 Uhr auf dem Friedhof Blankenese, Kapelle, Sülldorfer Kirchenweg 151, Hamburg 55, statt.

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, Kenntnis zu geben vom Ableben unseres ehemaligen geschäftsführenden Gesellschafters

Bankier
Horst Kalz

* 12. 12. 1912 † 23. 4. 1985

Der Verstorbene hat die besten Jahre seines Lebens dem Aufbau unseres Unternehmens gewidmet und damit bestimmenden Anteil an dessen Entwicklung genommen.

Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Gesellschafter und Aufsichtsrat
Geschäftsleitung und Mitarbeiter
der
Köhler-Kredit-Bank GmbH
Kiel

---

†

Mein geliebter Mann, mein guter Vater und Schwiegervater

Dr. phil. Hermann Hille

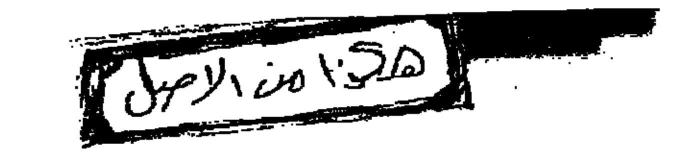
wurde am 24. April 1985 von seinem schweren Leiden erlöst.

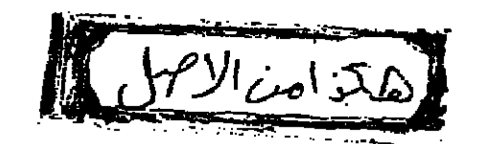
In Liebe und Dankbarkeit werden wir immer mit ihm verbunden bleiben.

Wir trauern um ihn.
Käthe Hille geb. Küper-Ballhausen
Dr. Armin Frank
und Frau Michaela geb. Ballhausen-Hille

5800 Hagen 1 – Garenfeld
Gymnasium Garenfeld

Auf Wunsch des Entschlafenen fand die Beisetzung in aller Stille statt.





VEREINIGTE NICKEL / Auch im Ausblick positiv

Ohne Auslastungsprobleme

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Erstmals nach drei wechselvollen Jahren hatte die Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG (VDN), Schwerte, 1983/84 (30. 9.) in ihrer Gruppe ein Jahr ohne nennenswerte Auslastungsprobleme. Die Umsätze wuchsen in der Gruppe um 10,1 (0,9) Prozent auf 246 Mill. und bei der AG um 6 (2,6) Prozent auf 175 Mill. DM. Erstmals blieb in der Gruppe auch die Belegschaftszahl mit 1172 (vor vier Jahren noch 1538) konstant. Die Betriebsergebnisse besserten sich in der Gruppe auf 6,5 (2,3) Mill. und bei der AG auf 4,1 (1) Mill. DM.

Für die Eigentümer des mehrheitlich in Familienbesitz liegenden Aktienkapitals von 12,95 Mill. DM jedoch bleibt es zum nun achten Mal nacheinander bei einem dividendenlosen Abschluß (Hauptversammlung am 23. Mai). Die Jahresüberschüsse reichten gerade aus, um die Verlustvorträge bei der AG (1,4 Mill. DM) komplett zu tilgen und im Konzernabschluß auf 0,8 (3,8) Mill. DM zu reduzieren.

Diesen Verlustrest auch noch auszumerzen, nennt der Vorstand im Ausblick auf 1984/85 ein „sicher erreichbares" Ziel. Die Prognose schmeckt nach allzu großer Zurückhaltung. Denn die Konjunkturbelebung setzte auf den meisten VDN-Märkten erst in der zweiten Hälfte von 1983/84 richtig ein und läßt den Vorstand trotz nun „teilweiser" Abschwächung der Aufschwungtendenz auch für den Rest von 1984/85 keine Rückkehr in die früheren Beschäftigungsprobleme erwarten. Überall in der Gruppe werde jedenfalls bislang mit weiterhin positiven Betriebsergebnissen gearbeitet.

Bei der VDN-AG, die im Berichtsjahr 55 (56) Prozent ihres real um 10 Prozent gestiegenen Produktionsumsatzes aus Exporten erzielte, ist der positive Ausblick besonders bemerkenswert. Denn das hier einst florierende Münzplättchengeschäft hat in den letzten zwei Jahren die Hälfte seines Volumens verloren und läßt wegen des weltweiten Aufbaus von Überkapazitäten auch keine Renaissance erhoffen.

Mehr als nur Kompensation dieser Einbuße erwartet der Vorstand vom weiteren Anstieg des Absatzes zu Rund- und Flachhalbzeugen, besonders für elektrotechnische und elektronische Einsatzgebiete, sowie an plattierten Werkstoffen. Allerdings hinke der „Veredelungserlös" dieser Halbzeugproduktion weiterhin den eigenen Kostensteigerungen hinterher.

WESTFALENBANK / Umstrukturierung kommt zügig voran – Der Risikovorsorge wird weiter Vorrang gegeben

Mini-Ausschüttung für freie Aktionäre als Signal

HARALD POSNY, Bochum

Erstmals nach drei Jahren schüttet die Westfalenbank AG, Bochum, den wenigen freien Aktionären (0,5 Prozent des Grundkapitals von 75 Mill. DM) eine Mini-Dividende von 4 Prozent aus. Der Mehrheitsaktionär Bayerische Hypotheken- und Wechselbank muß auch noch im fünften Jahr hintereinander Verzicht üben (zuletzt 14 Prozent), was bei einem Jahresüberschuß von 11 942 DM – abermals ohne Rücklagendotierung – nicht anders zu erwarten war.

Dennoch sieht Vorstandssprecher Hans-H. Friedl im Gespräch mit der WELT die freundliche Geste den Freien gegenüber als „Signal": „Wir haben uns fest vorgenommen, für 1984 diesen Satz für alle, auch für die Mutter, zu zahlen." Im Augenblick sehe es gut aus, nur große Pleiten im Kundenkreis oder ein erheblicher Zinsanstieg könnten die Absicht erneut zunichte machen.

Freilich war diese Aussicht bereits für 1983 (IHB-Konkurs) enttäuscht worden. Für die Bedienung aller sind auch etwa 11 Mill. DM nötig. Nach dem Gespräch mit dem Vorstand hat man den Eindruck, daß die Dividendenzurückhaltung zurückzuführen ist als im Blick auf den Tag X der „Dividende für alle", an dem die Bank mit üppigen Risikopolstern versehen für die Zukunft herausgeputzt werden soll. Die Bayern legen ebenso strenge Maßnahmen bei der Risikoprüfung wie bei der Risikovorsorge an. Und die Westfalen machen dies (glaubhaft freiwillig) nach.

Im laufenden Jahr sieht Friedl derzeit keine sensationellen Abweichungen zum vergleichbaren Zahlenwerk 1984. Das ordentliche Betriebsergebnis liege 6 Prozent über dem des Vorjahres, das Kreditvolumen auf Vorjahresebene. Dabei geht die Umstrukturierung der Engagements hin zu mehr Mittelstandsgeschäft als Großkrediten. Im letzten Jahr ging die Zahl der Kredite über 10 Mill. DM um 25, deren Volumen um 15 Prozent zurück. Derzeit sind nur noch 61 (67) Prozent des Kreditvolumens jenseits der 10 Mill. DM-Marke.

Geringere Kundenforderungen und Kreditvolumen begründet Friedl mit der Einbeziehung der Luxemburg-Tochter für deutsche Kunden, mit hoher Liquidität und geringerem Bedarf der Großkundschaft, aber auch mit Tilgungen oder „bewußten Bereinigungen des Bestands um ertragsschwache oder besonders risikoträchtige Engagements".

Zur Refinanzierung des Aktivgeschäfts wurden neben Banken- und Kundengeldern (wenn auch etwa 180 Mill. DM weniger als 1983) herangezogen. Daneben wurden zur fristenkongruenten Refinanzierung von Festzinskrediten wieder für 123 (108) Mill. DM eigene Schuldverschreibungen plaziert (Hauptversammlung 9. Mai).

Westfalenbank	1984	±%
Gelder von Banken (Mill. DM)	1998	-3,1
Gelder v. Kunden	1927	-5,4
Forder. an Banken	1778	-3,3
Forder. an Kunden	2061	-4,8
Kreditvolumen	3379	-4,5
Bilanzsumme	4725	-0,9
Geschäftsvolumen	5518	-1,8
Zinsüberschuß	63,0	-9,4
i % d. Bil.-Summe	1,33	(1,32)
Provisionsüberschuß	20,1	(-7,4)
Eigenkapital	223	–
in % d. Bil.-Summe	4,7	(4,7)
in % d. Verbindlk.	5,0	(5,0)
Liquide Mittel	1113	(+0,2)
in % d. Verbindlk.	25,1	(24,8)

FRANKONA RÜCK

Dividende in Vorjahreshöhe

DANKWARD SEITZ, München

Dank vorsichtiger Zeichnungspolitik und Konzentration auf erfolgversprechende Märkte erwartet die Frankona Rückversicherungs-AG, München, für das Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) eine „merkliche Verbesserung" des versicherungstechnischen Ergebnisses (Vorjahr: minus 63,9 Mill. DM). Jedoch sei man noch immer weit davon entfernt, wie es im jüngsten Aktionärsbrief heißt, von einem wirklich zufriedenstellenden Ergebnis sprechen zu können.

Wegen einzelner Großschäden und die nach wie vor weit auseinanderklaffende Schere zwischen Risikoprämien und Schadenaufwendungen werde es jedoch nicht möglich sein, ein ausgeglichenes Resultat zu erreichen. Trotz des Münchner Hagelschadens wird die Verbesserung der Schadenquote vor allem aus dem deutschen Geschäft resultieren.

Auf den Jahresüberschuß dürfte sich dies allerdings, so der Vorstand, wegen der Dotierung der Schwankungsrückstellung nicht nachhaltig auswirken. Bei leicht steigenden Erträgen aus den Kapitalanlagen könne daher derzeit davon ausgegangen werden, daß für 1984/85 eine Dividende in Vorjahreshöhe (10 Prozent) ausgeschüttet wird.

Als zufriedenstellend wird die Entwicklung des Prämienvolumens bezeichnet. Nach zwei Jahren der Zurückhaltung zeichne sich für 1984 ein Plus von 10 Prozent ab, wovon ein Teil auf gestiegene Devisenkurse zurückzuführen ist. Erwartet wird eine Bruttoprämie von über 1,4 (1,3) Mrd. DM und netto von über 1,1 (1,0) Mrd. DM. Dieses Wachstum komme aus Branchen, bei denen mit positiven oder zumindest gegenüber dem Vorjahr besseren Ergebnissen gerechnet werden könne (Kredit-, Luftfahrt- und Feuer-Rückversicherung); erneut zurückgehen dürften dagegen die Einnahmen aus der Transport-Rückversicherung.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

DLW: Wieder elf Mark

Bietigheim-Bissingen (dpa/VWD) – Die Verwaltung der DLW AG, Bietigheim, Hersteller von Bodenbelägen und Möbeln, schlägt für das Geschäftsjahr 1984 eine unveränderte Dividende von 11 DM je 50-DM-Aktie vor, teilte das Unternehmen mit. Der DLW-Konzernumsatz ist 1984 auf 738 (711) Mill. DM gestiegen. Die Hauptversammlung findet am 10. Juli statt.

Varta erhöht um 1,50 DM

Hannover (dos) – Die Aktionäre der Varta AG, Bad Homburg, erhalten für 1984 pro 50-DM-Aktie eine um 1,50 DM auf 7,50 DM erhöhte Dividende. Dies wird die Verwaltung der Hauptversammlung am 19. Juni in Hagen vorschlagen. Wie es im Anschluß an die Aufsichtsratssitzung heißt, weist der festgestellte Jahresabschluß einen Überschuß von 29,6 (23,1) Mill. DM aus. Daraus werden den Rücklagen 14,8 (11,5) Mill. DM zugeführt. Das Grundkapital beträgt unverändert 98,94 Mill. DM.

Stada: Zehn Mark

Bad Vilbel (VWD) – Erwartungsgemäß 10 DM Dividende je 100-DM-Aktie werden der Hauptversammlung der Stada Arzneimittel AG, Bad Vilbel, am 9. Juni in Frankfurt für das Geschäftsjahr 1984 vorgeschlagen. Das Berichtsjahr schloß mit einem Bilanzgewinn von 1,78 (1,18) Mill. DM. Gewinnberechtigt sind 16,5 (11,0) Mill. DM Grundkapital.

GZB erhöht Bonus

Stuttgart (VWD) – Die Verwaltung der Genossenschaftliche Zentralbank AG (GZB), Stuttgart, schlägt für das Geschäftsjahr 1984 die Verteilung einer Dividende von wieder 8 Prozent sowie eines auf 4 (3) Prozent erhöhten Bonus vor. Wie aus der Einladung zur Hauptversammlung am 4. Juni in Sindelfingen weiter hervorgeht, ist das bisherige Aktienkapital von 100 Mill. DM voll und das neue Aktienkapital von 25 Mill. DM für die Zeit vom 1. 10. bis 31. 12. 1984 dividendenberechtigt. Außerdem sollen 11 (7,8) Mill. DM in die Rücklagen eingestellt werden. Die Bilanzsumme stieg 1984 um 12 Prozent auf 12,4 Mrd. DM.

US-Autogewinne

Washington (Sbt.) – In diesem Jahr wird es nicht ganz so laut in den Kassen klingeln wie 1984, als die drei größten US-Autokonzerne einen Nettogewinn von insgesamt 10 Mrd. Dollar verbuchten. Einmal zahlen die Unternehmen höhere Steuern, zum anderen beschneidet der teure Dollar die Auslandserträge. Fords Nettogewinn sank im ersten Quartal 1985, verglichen mit der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs, um 12,7 Prozent auf 783,3 Mill. Dollar. Bei General Motors fiel er sogar um 33,5 Prozent auf 1070, bei Chrysler um 28,1 Prozent auf 507,6 Mill. Dollar. Die „Großen Drei" investieren in diesem Jahr 15 Mrd. Dollar, wobei auf Ford und Chrysler 2,8 und 3 Mrd. Dollar entfallen.

Prof. Thomée 65 Jahre

Wolfsburg (dos) – Professor Dr. Friedrich Thomée, von 1965 bis Herbst 1981 im Vorstand der Volkswagenwerk AG zuständig für das Ressort Finanz- und Betriebswirtschaft, vollendet am 1. Mai das 65. Lebensjahr. Noch heute ist Professor Thomée, der seinen Wohnsitz in Wolfsburg beibehalten hat, in der deutschen Wirtschaft ein geschätzter Ratgeber. Er ist unter anderem Aufsichtsratsvorsitzender des Haftpflichtverbands der Deutschen Industrie (HDI) und gehört den Aufsichtsgremien der Löwenbräu, München, und der Deutschen Hypothekenbank, Frankfurt/Bremen, an.

STADTSPARKASSE DÜSSELDORF / Weiter expansiv

Rekord nochmals verbessert

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Stadtsparkasse Düsseldorf hat ihr bislang bestes Ergebnis aus dem Vorjahr in ihrem 160. Geschäftsjahr nochmals verbessert. Bei einer knapp gehaltenen Zinsspanne von 3,72 (3,74) Prozent, die nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Fritz Kulins für 1985 – hochgerechnet – auf 3,49 Prozent abschmelzen könnte, wuchs das Betriebsergebnis auf gut 124,5 (122) Mill. DM, ausschließlich aufgrund des höheren Zinsüberschusses von 260 (257) Mill. DM und der Stabilisierung der Personal- und Sachkosten.

Nach ausreichender Risikovorsorge liegt der Jahresüberschuß der Düsseldorfer Sparkasse mit 21,1 Mill. DM nochmals um 4,5 Prozent über dem Vorjahr. Der Sicherheitsrücklage wurden 18,7 (17,4) Mill. DM zugewiesen, die jetzt mit 275 Mill. DM 4,5 Prozent des Einlagenbestands oder 3,9 Prozent der auf 7,08 (6,81) Mrd. DM gestiegenen Bilanzsumme ausmacht.

Trotz einer im vergangenen Jahr stärker ausgeprägten Konsum- und Investitionsneigung war die Gesamtersparnis der Stadtsparkasse mit 229 (254) Mill. DM für Kulins „noch zufriedenstellend". Dabei brachten die Spareinlagen nach leichtem Rückgang im Vorjahr wieder ein Plus auf rund 3,39 (3,31) Mrd. DM. Zwar hat sich wegen hoher Fälligkeiten der Zuwachs von Sparkassenbriefen und -obligationen abgeschwächt, doch bilden sie mit mehr als 1,3 Mrd. DM Bestand einen kräftigen Eckpfeiler für das Kreditgeschäft. Die Gesamteinlagen wuchsen auf 5,88 (5,71) Mrd. DM.

Im Kreditgeschäft brachte die Nachfrage im gewerblichen Bereich Steigerungen in allen Sparten. Das galt auch für die Privatkredite. Die Kundenforderungen nahmen auf 4,47 (4,30) Mrd. DM zu, das Kreditvolumen stieg auf knapp 5 Mrd. DM. Im ersten Quartal 1985 wies das Geschäft, so Kulins, „eindeutig expansive Tendenzen" auf: bei der Gesamtersparnis wie beim Kreditvolumen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alfeld: Klaus D. Wirth, Kaufm., Inh. d. Beckmann u. Sademann, Krankenhaus- u. Praxiseinrichtungen; **Coesfeld:** Nachl. d. Johannes Wilhelm Meinjohanns, Maurermeister, Dülmen; **Hannover:** Autohaus Morgenroth GmbH; **Nördlingen – Donauwörth:** WARU Vermietungs- u. Verwaltungs GmbH, Syrgenstein; **aapenburg:** Osmi-Vertriebs- GmbH, Kluse-Ahlen; **Rosenheim:** CS Installations-Service GmbH; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Nachl. d. Hugo Neyer, Stuttgart-Rot.

Ehlebracht bleibt zuversichtlich

dos. Enger

Die Ehlebracht-Gruppe, zu der insgesamt fünf Betriebe in Enger, Herford und Berlin gehören, hat im Geschäftsjahr 1984 den Umsatz um rund 12 Prozent auf gut 56 Mill. DM steigern können. Nach Angaben eines Firmensprechers dürfte die Entwicklung im laufenden Jahr ähnlich verlaufen; gerechnet wird mit einem Wachstum von 10 Prozent und einem wiederum befriedigenden Ergebnis.

Ehlebracht befaßt sich mit der Herstellung von hochwertigen Kunststoffteilen, Möbelbeschlägen und Leuchtensystemen. Derzeit werden innerhalb der Gruppe 340 Mitarbeiter beschäftigt. Den steigenden Auftragseingängen trägt Ehlebracht mit der Erweiterung der Produktionsanlagen Rechnung. Dafür sind in Enger und Herford 1985 Investitionen von 2 Mill. DM vorgesehen.

Überaus zufrieden zeigt sich das Unternehmen mit dem seit 1980 bestehenden Berliner Werk. Dort sei der Neubau einer Fertigungshalle und die Erweiterung der maschinellen Kapazitäten geplant. In nächster Zeit will die Gruppe der Konsolidierung Priorität einräumen.

Jaus-Brot: Ergebnis ist ausgeglichen

nl, Stuttgart

Die Karl Jaus & Söhne GmbH & Co. KG, Stuttgart, einer der großen Brot- und Backwarenhersteller, peilt für das laufende Geschäftsjahr 1985 eine Umsatzsteigerung von 3 Prozent auf 212 Mill. DM an. Wie es in einer Mitteilung des Unternehmens weiter heißt, werde zur Ertragsverbesserung an einer Umschichtung des Umsatzes durch Einführung neuer, erfolgversprechender Produkte zu Lasten deckungsschwacher Artikel gearbeitet.

Im Geschäftsjahr 1984 verbuchte die Firma eine Umsatzsteigerung von 44 Prozent. Dennoch sei die ursprüngliche Umsatzerwartung nicht ganz erreicht worden, denn das Wachstum resultiert aus der Eingliederung der inzwischen voll zu Jaus gehörenden Dinges Glockenbrot GmbH & Co. KG, Offenbach.

Veräußert hat Jaus inzwischen den Geschäftsbetrieb für Tiefkühlkost. Über das Bilanzergebnis von Jaus heißt es, es sei ausgeglichen gewesen. Das Familienunternehmen, das in sieben Werken produziert, beschäftigt gut 1600 Mitarbeiter.

„Investitionen für die Gesundheit"

Py. Düsseldorf

Die elektromedizinische und strahlentechnische Industrie der Bundesrepublik stützte sich auch 1984 überwiegend auf den Export. Die Exportquote von 55 Prozent des Weltumsatzes von reichlich 3,5 Mrd. DM (plus 3,2 Prozent) ist nach den Worten des Vorsitzenden des zuständigen Fachverbandes im Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI), Harry J. Dörr, vom Export in die USA (668 nach 617 Mill. DM) und vom günstigen Dollarkurs begünstigt worden. Auf den Export entfällt ein Drittel des Branchenumsatzes. Dörr hob im Vorfeld der Fachmesse „Interhospital '85" in Düsseldorf (7. bis 10. Mai) auch die innovative Technik und den hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandard der Erzeugnisse hervor.

Der Inlandsumsatz wuchs nur um 1,5 Prozent auf 1,59 Mrd. DM. Daran hatte die Medizinelektronik einen Anteil von 711 (752) Mill. DM. Angesichts des kostensenkenden Einsatzes neuer medizinisch-technischer Verfahren sind nach Darstellung Dörrs „Investitionen im Dienst der Gesundheit nicht nur notwendig, sondern auch sinnvoll".

DUROPAL / „Sehr zufrieden" mit dem Ertrag – Chancen im Innenausbau

Allein Export bringt den Schwung

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Besser als geplant hat die Duropal-Werk Eberh. Wrede GmbH & Co. KG, Arnsberg, 1984 den Umsatz um 7,2 (9) Prozent auf 150 Mill. DM erhöht. Bei weiterhin flauem Inlandsgeschäft kam das Wachstum allein aus dem Export mit nun 59,7 (vor drei Jahren kaum 50) Prozent Umsatzanteil. Seitdem das aus einem 1880 gegründeten Sägewerk hervorgegangene Familienunternehmen 1958 auf die Produktion von Hochdruck-Schichtstoffplatten (HPL-Platten) für die Möbelindustrie umschwenkte, habe man sich stets um den Aufbau von Auslandsmärkten bemüht, kommentiert Helmuth Ofterdinger als Sprecher der Geschäftsführung die heutigen Annehmlichkeiten eines breiten Absatzfeldes.

Das soll auch 1985, obwohl daheim die Küchenmöbelproduzenten als Hauptabnehmer ähnlich wie die gesamte Möbelindustrie noch ziemlich auf der Nase liegen, zu einem erneut staatlichen Umsatzplus auf 161 Mill. DM führen. Auch die Belegschaftszahl, von 1980 bis Anfang 1984 um fast ein Sechstel auf 733 Personen abgebaut, wurde nun wieder auf 780 Mitarbeiter aufgestockt. Jetzt aber gründet sich die Wachstumszuversicht bei Duropal nicht mehr nur auf Export und auf die in den letzten Jahren intensiv betriebene Produktinnovation für diesen Oberflächenwerkstoff, sondern auch auf wachsende Absatzerfolge in den erst seit wenigen Jahren energisch beackerten Kundensparten Büromöbelindustrie und Innenausbau.

Ihren Ertrag nennt die Firma, mit 8,7 (8,5) Mill. Quadratmeter Plattenabsatz und 38 Prozent Anteil dicht hinter Resopal/BBC-Konzern zweitgrößter deutscher Produzent, im Gegensatz zur zumeist dürftig verdienenden Konkurrenz für 1984 „sehr zufriedenstellend". Die Umsatzrendite vor Steuern liege höher als beim Durchschnitt deutscher Industrieunternehmen, sagt die Geschäftsführung –, und bleibt zu Details verschlossen wie eine Auster.

Nur ein aufschlußreiches Detail wird geboten: Die 1980 zum 100jährigen Firmenjubiläum mit 0,75 Mill. DM eingeführte Mitarbeiter-Gewinnbeteiligung (in verzinsliche Darlehen mit fünfjähriger Bindungsfrist anzulegen) brachte 1984 eine Aufstockung dieses „Mitarbeiter-Fremdkapitals" um 0,44 auf 1,7 Mill. DM, mithin eine Jahresdotation, die doppelt so hoch wie im Durchschnitt von 1981/83 lag.

Der für die Eigentümer verfügbare Gewinn (ein Fünftel von 17 Mill. DM Kommanditkapital bei der Beteiligungsgesellschaft der deutschen Wirtschaft, Frankfurt) wurde ausgekehrt, um die Familienholding für noch verschwiegene, aber gleichfalls mit der Möbelindustrie verbundene „Diversifikation" zu füttern.

Andererseits wird die Firma, die ihren Eigenmittel-Bilanzanteil auch für 1984 noch mit recht passablen 35 (40) Prozent angibt, 1985 mit 12 Mill. DM den Gipfel eines damit beendeten Dreijahresprogramms hoher Sachinvestitionen auch zur Kapazitätserweiterung erreichen, die im Berichtsjahr 10,5 (3,5) Mill. bei 6,2 (6,5) Mill. DM Abschreibungen ausmachten. Das da erkennbare Expansionstempo freilich gilt 1985 nicht mehr für den Ertrag. Mit der diesjährigen Verkaufspreiserhöhung von bisher 4 (3) Prozent hinke man dem (auch dollarbedingten) Anstieg der Vormaterialkosten noch hinterher.

HOECHST FRANCE / Chemiekonjunktur läßt nach

Nun wird konsolidiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach dem sehr guten letzten Jahr, das der Société Française Hoechst (SFH) bei einem um 19 Prozent auf 5,2 Mrd. Franc gestiegenen konsolidierten Umsatz 116 (83) Mill. Franc Reingewinn gebracht hatte, erwartet der Präsident der französischen Hoechst-Tochter, Henri Monod, für 1985 kaum noch eine reale Verbesserung. Im bisherigen Verlauf dieses Jahres ließ das Geschäft sogar etwas nach. Die Parole heißt deshalb „Konsolidierung".

Vor allem in Frankreich, wo die Verkäufe auf 4,4 (3,7) Mrd. Franc gestiegen waren, hat sich die Konjunktur in den wichtigsten Produktions- und Importbereichen der Gesellschaft abgeschwächt. Bei den Arzneimitteln sind überdies die Erlöse wegen der Preisblockierung schnell begrenzt. Auf dem amerikanischen Markt kam es bei Chemiekalien zu Preiseinbrüchen bis zu 20 Prozent. Dorthin waren 1984 etwa 11 Prozent der SFH-Exporte von insgesamt 800 (710) Mill. Franc gegangen.

Andererseits hatte die Gesellschaft infolge der Dollarhausse letztes Jahr 12 Mill. Franc Währungsgewinne verbucht. Von dem Reingewinn stellte die französische Produktion 60 Prozent, obwohl sie am Umsatz nur mit 40 Prozent beteiligt gewesen war. Die Bundesrepublik blieb der größte Kunde und Lieferant.

In der Zeit von 1984 bis 1988 will SFH 950 Mill. Franc investieren. Davon wurden letztes Jahr effektiv 170 Mill. Franc verwendet. Die SFH beschäftigt insgesamt 2830 Personen und steht unter den französischen Chemieunternehmen an 10. Stelle. Unter Einschluß von Roussel Uclaf, an der Hoechst zu 54,5 Prozent beteiligt ist, nimmt der deutsche Chemiekonzern mit einem Umsatz von 17 Mrd. Franc in Frankreich den 4. Platz ein nach Rhone Poulenc, Elf-Aquitaine und CDF-Chimie.

HORNITEX / Am europäischen Markt für Kunststoffplatten nach vorne geschoben

Erneut hohe Investitionen vorgesehen

H. HILDEBRANDT, Horn

Nach einem Plus von 4,5 Prozent, das den Umsatz 1984 auf 510 Mill. DM ansteigen ließ, überschritt die Hornitex-Gruppe, Horn-Bad Meinberg, erstmals die halbe Umsatzmilliarde. Das Unternehmen konnte damit seinen Umsatz in den letzten zehn Jahren fast verdreifachen und seine führende Stellung unter den Herstellern von Kunststoff- und Spanplatten in Europa weiter ausbauen.

Mit einer Jahreskapazität von 35 Mill. Quadratmeter sieht man sich bei dekorativen Kunststoffplatten bereits als die Nummer eins in Europa und nimmt im Bereich normaler Spanplatten den zweiten Platz ein. Das Stammwerk Hornitexwerke Gebrüder Künnemeyer GmbH & Co. KG im lippischen Horn-Bad Meinberg steuerte fast die Hälfte zum Gesamtumsatz bei, der Rest entfiel auf das Werk in Nidda/Hessen sowie auf die 1981 übernommene Gebrüder Cloos GmbH, Duisburg, die maßgebend zum 16prozentigen Exportanteil der Gruppe beisteuerte. Hauptabnehmer waren neben der Schweiz und Österreich vor allem die westeuropäischen Nachbarländer.

Nachdem die Gruppe in den letzten fünf Jahren Sachinvestitionen von rund 130 Mill. DM vornahmen, u.a. in ein neues Konzept zur Energiegewinnung aus Abfallbrennstoffen, sind für die nächsten drei Jahre weitere 75 Mill. DM vorgesehen. Ein neues Werk für hochwertige Möbelteile steht in Horn vor der Fertigstellung.

Ein Teil der Mittel steht auch für Beteiligungen zur Verfügung. So wurde erst vor kurzem die Mehrheit an der GST-Kunststoffe GmbH Detmold, erworben. Gemeinsam mit der amerikanischen Weyerhaeuser-Gruppe, mit der bereits seit langem auf dem Gebiet der Holzplattenproduktion zusammengearbeitet wird, konnte eine neue Verfahrenstechnik für die Herstellung von mitteldichten Faserplatten entwickelt werden, deren Produktion in Kürze anläuft.

Dagegen steht man der Entwicklung im Rohspanplattenbereich wegen des geringen eigenen Anteils gelassen gegenüber. Hier ist die seit fünf Jahren laufende Bereinigung nahezu abgechlossen, wobei rund 20 Prozent der Kapazität abgebaut wurden, was analog auch in Europa erfolgte.

Insgesamt wird bei Hornitex die Weiterentwicklung positiv gesehen. Bei der derzeit voll ausgelasteten Kapazität und einer Preisentwicklung, die „sich allmählich wieder auf eine Kostendeckung zubewegt", wird für 1985 mit einem Wachstum von fünf Prozent gerechnet, was oberhalb des Branchendurchschnitts liege. Die Zahlen für das 1. Quartal sprechen dafür.

BARMAG / Super-Rendite im Textilmaschinenbau

Das erfolgreichste Jahr

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

„Das war das erfolgreichste Jahr unserer 62jährigen Firmengeschichte." Allen Grund zu solchem Stolz hat der Vorstand der Barmag Barmer Maschinenfabrik AG, Remscheid-Lennep, mit seinem nun vorgelegten Abschluß für 1984. Die hauptsächlich im Textilmaschinenbau arbeitende Firma, die über die Wuppertaler Enka AG zum holländischen Akzo-Konzern gehört, erzielte noch über den gleichfalls stattlich gewachsenen Durchschnitt der engeren Branche hinausragende Umsatzsteigerungen um 39 Prozent auf 520 Mill. DM, davon 85 Prozent aus Export und nebst Auslandstöchtern um 35 Prozent auf 601 Mill. DM.

Und nicht nur das. Nach 37,4 (9,3) Mill. DM EEV-Steuern sprang bei der AG der Jahresüberschuß auf 32,7 (4) Mill. DM oder 6,3 (1,1) Prozent des Umsatzes. Er wird komplett ausgeschüttet und zum Teil mit Kapitalerhöhung auf 47 (40) Mill. DM zum Kurs von 200 Prozent in die Firma zurückgeholt.

Die Super-Rendite, mit 2548 (2501) Beschäftigten und 151 (137) Mill. DM Personalaufwand bei der AG erzielt, stammte zwar auch aus der gehäuften Fakturierung von Großaufträgen. Vor allem aber, so betont der Vorstand, hatte sie ihre Basis in erfolgreich hohem Forschungs- und Entwicklungsaufwand. Eben deshalb habe unter den vier Unternehmenssparten (Textil- und Kunststoffmaschinenbau, Autotechnik und Hydraulik) das Textilmaschinengeschäft mit 46 Prozent Umsatzplus (in der Branche 28 Prozent) besonders gut abgeschnitten. Für die gesamte Barmag-Produktpalette seien die Auftragseingänge auch im ersten Quartal 1985 auf hohem Niveau geblieben, womit bereits eine „weitgehende" Kapazitätsauslastung für das volle Jahr sicher sei.

FINANZANZEIGEN

NIXDORF COMPUTER

Nixdorf Computer Aktiengesellschaft, Paderborn

Wertpapier-Kenn-Nummern 775 610 und 775 613

Wir laden unsere Aktionäre ein zu der am Donnerstag, dem 13. Juni 1985, 14.00 Uhr, in der Paderhalle in Paderborn stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses Welt für das Geschäftsjahr 1984 mit dem Geschäftsbericht und dem Konzerngeschäftsbericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns für das Geschäftsjahr 1984.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von 64 800 000 DM zur Ausschüttung einer Dividende von 9 DM je Stamm- und Vorzugsaktie im Nennbetrag von 50 DM auf das dividendenberechtigte Grundkapital von 360 000 000 DM zu verwenden.
3. Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1984.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
4. Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1984.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, Entlastung zu erteilen.
5. Ergänzungswahl zum Aufsichtsrat.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, anstelle der Herren Erwin Noelle und Dr. Dinnies von der Osten, die auf eigenen Wunsch mit Beendigung der Hauptversammlung am 13. Juni 1985 aus dem Aufsichtsrat ausscheiden, die Herren
   Professor Dr. Gerhard Krüger, Waldbronn, Ordentlicher Professor für Informatik und Telematik an der Universität Karlsruhe, und
   Jürgen Sengera, Mitglied des Vorstands der Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Düsseldorf,
   für den Rest der Amtszeit in den Aufsichtsrat zu wählen, das heißt bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 1987 beschließen wird.
   Es wird ferner vorgeschlagen, die Herren
   Dr. Dinnies von der Osten, Rechtsanwalt und Notar, Essen, und
   Dr. Bernd Klein, Rechtsanwalt, Essen,
   in der genannten Reihenfolge zu Ersatzmitgliedern der neu gewählten Aufsichtsratsmitglieder zu wählen.
   Der Aufsichtsrat setzt sich nach den §§ 96 Absatz 1, 101 Absatz 1 des Aktiengesetzes und § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 des Mitbestimmungsgesetzes aus acht von der Hauptversammlung und acht von der Arbeitnehmerseite zu wählenden Mitgliedern zusammen. Die Hauptversammlung ist nicht an Wahlvorschläge gebunden.
6. Wahl des Abschlußprüfers und Konzernabschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die
   KAROLI-WIRTSCHAFTSPRÜFUNG
   Gesellschaft mit beschränkter Haftung,
   Wirtschaftsprüfungsgesellschaft,
   Steuerberatungsgesellschaft, Essen,
   zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1985 zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung eines ihnen zustehenden Stimmrechts sind die Inhaber der Stammaktien und der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens am 4. Juni 1985 während der üblichen Geschäftsstunden bei der Kasse unserer Gesellschaft in Paderborn, Fürstenallee 7, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachfolgend genannten Banken hinterlegen und bis zur Beendigung der Versammlung dort belassen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank AG
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Landesbank Rheinland-Pfalz Girozentrale
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG

Der Hinterlegung bei einer Hinterlegungsstelle wird dadurch genügt, daß die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei einem anderen Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Im Falle der Hinterlegung bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank bitten wir die Bescheinigung über die vorgenommene Hinterlegung spätestens einen Tag nach dem letzten Hinterlegungstag bei der Gesellschaft einzureichen.

Paderborn, den 30. April 1985 Der Vorstand



BAVARIA-ST. PAULI-BRAUEREI AG HAMBURG

– Wertpapier-Kenn-Nr. 518 100 –

Einladung zur vierundachtzigsten ordentlichen Hauptversammlung

am Montag, dem 10. Juni 1985, 11.00 Uhr, in den Räumen des ASTRA-Brauhauses der Bavaria-St. Pauli-Brauerei AG Hamburg 4, Hopfenstraße 15
(Eingang Bernhard-Nocht-Straße 111)

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses zum 31. Dezember 1984 mit den Berichten des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1984.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1984 in Höhe von 1 626 000,– DM zur Ausschüttung einer Dividende von 3,– DM je Aktie im Nennwert von 50,– DM auf nominal 27 100 000,– DM Grundkapital zu verwenden.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, die Entlastung für das Geschäftsjahr 1984 zu erteilen.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, zum Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1985 die *GELLERT-WIRTSCHAFTSPRÜFUNG* Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Steuerberatungsgesellschaft, Hamburg, zu wählen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimm- und Antragsrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die spätestens am 3. Juni 1985 ihre Aktien

in Hamburg bei der
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft,
Commerzbank Aktiengesellschaft,
Deutsche Bank Aktiengesellschaft,

in Berlin bei der
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft,
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft,

bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei der Gesellschaftskasse hinterlegen und bis zum Schluß der Hauptversammlung dort belassen.

Hamburg, im April 1985 Der Vorstand



Bogen- erneuerung

Für nachstehend aufgeführte Schuldverschreibungen werden ab sofort neue Zinsscheinbogen ausgegeben:

6% Hypothekenpfandbriefe Emission 71 A/O -241022-

6% Kommunalschuldverschreibungen Emission 116 A/O -241330-

6% Hypothekenpfandbriefe Emission 117 A/O -241049-

6% Hypothekenpfandbriefe Reihe 65 J/J -318048-

Die Bogenerneuerung wird gegen Einreichung der Erneuerungsscheine mit Stückenummernverzeichnis in doppelter Ausfertigung und arithmetischer Reihenfolge durchgeführt. Einreichungen können bei unserer Gesellschaft in Bremen bzw. Frankfurt am Main sowie bei allen Banken im Bundesgebiet und Berlin (West) vorgenommen werden.

Frankfurt am Main-Bremen, im April 1985

DER VORSTAND

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lommon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 24,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

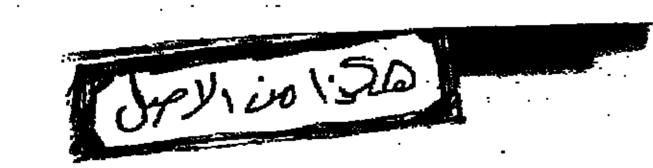
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



Geringes Geschäft bei den Renten

Bei sehr kleinen Umsätzen schwankten die Kurse öffentlicher Anleihen im Bereich von 0,05 Prozentpunkten. In Einzelfällen gab es Abschläge bis zu 0,20. Da sich immer mehr die Meinung festigt, daß die Zinssenkung nur noch wenig Spielraum nach unten besitzt, hielten sich die institutionellen Anleger zurück. Sie verweisen auf Ultimo-Dispositionen. Auch am Pfandbriefmarkt nur geringes Geschäft, wobei die Kurse etwas abbröckelten. Am Markt für DM-Auslandsanleihen herrscht Ratlosigkeit über die für Mai angekündigten Neuemissionen im Volumen von 5,04 Mrd. DM.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesba

Optionsscheine

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Optionsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warnpreise – Termine

Etwas schwäch schlossen am Freitag die Goldnotierungen an der New Yoer Comex. Leichte Gewinne verzeichnete Silber. Deutliche/erluste mußte Kupfer hinnehmen. Gut behauptet in den ›rderen Sichten und deutlich fester in den entfernteren Posonen notierte Kaffee. In engen Grenzen uneinheitlich ging ıkao aus dem Markt.

Getreide und Geideprodukte

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Nach einem erfüllten Leben verstarb am 26. April 1985 unser Gesellschafter und langjähriger Firmenchef

Kurt Lindgens

im 83. Lebensjahr.

Sein Leben bedeutete immerwährenden Einsatz und große Fürsorge für unser Unternehmen, dessen alleinige Leitung ihm schon in jungen Jahren übertragen wurde.

Über sechs Jahrzehnte verbanden sich in seiner kraftvollen Persönlichkeit unternehmerische Dynamik mit dem Wunsch, die Tradition des von seinem Vater übernommenen Familienunternehmens zu bewahren und weiterzugeben. Noch bis vor einiger Zeit nahm er an der Entwicklung unserer Gesellschaft regen Anteil.

Seine Tatkraft und seine Verdienste ehren wir mit bleibender Dankbarkeit.

Geschäftsführung, Mitarbeiter und Gesellschafter
der
Lederfabrik Lindgens

Die Beisetzung findet in aller Stille statt. Anstelle von Kranz- und Blumenspenden bitten wir, die Stiftung des evangelischen Krankenhauses (Alten-Krankenheim), Kto. 300 037 062, Stadtsparkasse Mülheim-Ruhr, zu bedenken.

Schleppender Wochenauftakt

Aber wieder Bewegung im Nixdorf-Kurs

DW. – Dem Aktienhandel fehlten am Wochenbeginn Anregungen. Die nachgebenden Quartalsgewinne in den USA, die zum Stillstand gekommene Zinssenkung am deutschen Kapitalmarkt sowie die unklare Tendenz des Dollar, ließen weder bei den inländischen noch bei den ausländischen Anlegern Kaufbereitschaft aufkommen. Da auch aus dem Bereich der deutschen Unternehmen kaum Anregungen kamen, bröckelte die Mehrzahl der Standardaktien leicht ab. Größere Umsätze gab es wieder bei den Nixdorf-Aktien.

Mit 1,45 DM wurde das erstmals gehandelte Thyssen-Bezugsrecht in etwa paritätisch notiert, nachdem der Kurs der Altaktien allerdings vorher um rund 1,50 DM zurückgenommen worden war. Von den Banken wird berichtet, daß die Bezugsbereitschaft unterschiedlich ist. Nicht alle institutionellen Anleger beabsichtigen junge Thyssen-Aktien trotz der angekündigten Dividende von „mindestens" 4 DM zu beziehen. Im Schatten von Nixdorf konnten sich auch PKI deutlich verbessern, während es bei Siemens zu weiteren Gewinnmitnahmen kam. Autoaktien gerieten erneut unter Druck. Dabei litten Daimler und Mercedes immer noch unter der Enttäuschung über die Schwierigkeiten, die Claudius Dornier bei der Neuordnung der Besitzverhältnisse der Dornier-Werke macht, an denen sich Daimler zu 62 Prozent beteiligen will.

Frankfurt: AEG gaben um 0,60 DM und BMW um 3 DM nach. Karstadt erhöhten um 1 DM und Bayer um 0,10 DM. Vermindert haben Daimler um 5,50 DM, Linde um 2 DM und Schering um 3 DM. Hoesch stockten um 0,40 DM auf.

Düsseldorf: Audi NSU verloren 10 DM, Deutsche Atlanten 5 DM und Kocvhs Adler 4 DM. Breitenburger erhöhten um 10 DM und Keramag um 2,50 DM. Allianz Leben verbesserten sich um 50 DM und Agrippina Rück verminderten um 150 DM.

Hamburg: Beiersdorf verminderten um 1,50 DM. Phoenix Gummi verloren 2 DM und Markt und Kühlhallen 1 DM. HEW blieben bei 97 DM und NWK-Vz. verminderten um 0,10 DM.

Berlin: Berthold lagen um 1 DM, Bekula und Herlitz St. um je 0,50 DM geringfügig freundlicher. Dt. Hypobank Berlin büßten 6 DM, Berliner Elektro 3,50 DM und Schering 3 DM ein. DUB-Schultheiss gaben um 1,50 DM, DeTeWe und Orenstein um je 1 DM nach.

München: Nachgegeben haben Agrob St. um 5 DM und Neue Baumwolle Hof um 13 DM. Süd Chemie verminderten um 20 DM und Zahnräder Renk um 1 DM. Bay. Hartstein erhöhten um 5 DM. Patrizier stockten um 5 DM auf.

Stuttgart: Zeag Zement erhöhten um 5 DM. Die D-Aktien der Allgemeinen Rentenanstalt verbesserten sich um 105 DM. Daimler gaben um 6,50 DM und Mercedes um 6 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 178,9 (179,2)
WELT-Umsatzindex: 2718 (3150)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

	29.4.	26.4.
H Aach M Betl.9+2,50	1159	1159
H Aach. M. Vers. 7	375G	370G
D Aach. Rück. 9	1280	1300T
D Aseag *4	490G	490G
M Act-Gögg. 4	108	105bG
H Adca 0	136	135
D Adler 9	310G	310
F Adt 0	16	15,1bG
F AEG-Telef 0	111,5	111,9
D AEG-Kabel 8	281G	281G

	29.4.	26.4.
H Br.H.Hypo 10	330G	332G
Hn Brsch Jute *0	100B	100B
H Brelenb.-C. *28	595bG	595G
H Br. Straßb. *0	445T	450T
H Br. Vulkan 0	75,5	74
H Br. Wollk. 6	161	165
F BBC 6	210	212
S BSU Textil % 20	1300G	1300G
D Buckau-W. 4,1	132G	132G
D Buderus *12	385	385G
M Bgl.Br.Ing. *12+2	775bG	780G
S Bgl.Brh.Rav. *0	375G	375

	29.4.	26.4.
M En. Oberfr. 4,5	272	280
M En. Ostb. 5+1	250G	250
H Elikraft 0	–	39,1
B Engelhardt 7	225G	225G
D Enka 6,67	365	360
M Erlus 12,5	330G	329G
M Ersta Kulmb. 9	1500bG	1500G
S esbl *0	10,2G	10,7bG
S Essl. Masch. *6	280G	280
M Esterer **16	550G	550G
D Farb. Liqu. RM 0	7,2	7,05
F Flachglas 8	230	231,8
D Ford *19,36	855T	855T

	29.4.	26.4.
S Hohner *6	255	257
H Holsten-Br. 6	244bG	249
F Holzmann 10+1	452	452
D Horten 6	168,5	168
B Hw. Kayser *12	252,5	251G
D Hussel 8	292,5	291,5G
D Huta Hag. 0	–	–
M Hutschenr. 9	245bB	245G
H Hypo Hbg. 12,5	451	450G
D IKB 7,5	201	201
S IWKA 0	315	315,5
M Isar-Amper 7,5	350bG	350bG
D Isenbeck 4,75	157G	157G

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Mailand

London

Toronto

Wien

Kopenhagen

Hongkong

Singapur

Brüssel

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 29. 04. 85
714 Optionen = 37 250 (50 300) Aktien,
davon 156 Verkaufsoptionen = 8450 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-110/6,9, 7-120/2,9, 10-110/9,9, 10-120/4,3, 10-130/1,2, 1-110/14,9, 1-130/3,1, **BASF** 7-150,65/48, 7-179,65/28,85, 7-189,65/21, 7-190/19,4, 7-200/13, 7-210/6,6, 7-210/3, 7-240/1, 10-190/30, 10-210/13,4, 10-240/2,2, 1-210/18,8, 1-230/9, 1-240/7,4, **Bayer** 7-180/4, 7-180/30, 7-200/19, 7-210/10,5, 7-220/5,1, 10-220/12, 10-230/8,5, 10-240/6, 10-250/3, 1-210/25,2, 1-220/19, 1-250/6,4, 1-260/4,2, **BHF** 10-300/5, **BMW** 7-420/2,8, 10-390/14,3, 10-410/5, **Commerzbk.** 7-170/8,5, 7-180/3,4, 7-190/1,5, 10-180/6,5, 1-180/10, **Conti** 7-140/4,45, 10-150/3,1, **Daimler** 7-650/55,75, 10-700/34, 10-720/20, 1-700/40, 1-750/13,1, **Deutsche Bk.** 7-430/42,9, 7-490/13,4, 7-500/4, 10-490/19,5, **Dresdner Bk.** 7-186,5/27, 7-200/14, 7-206,5/10,4, 7-210/9, 7-220/5,7, 10-186,5/38, 10-206,5/15, 10-210/14, 10-220/9,1, 10-230/6,8, 1-230/9,4, **GHH St.** 10-160/9, 10-171/5, **GHH Vz.** 1-160/4, **Hoechst** 7-200/19, 7-210/1, 7-220/6, 7-230/3, 10-150/3, 10-220/12,5, 10-230/8, 1-250/5,9, **Hoesch** 7-110/4,5, 7-120/2,4, 10-110/8,1, 10-120/4, 1-110/11, 1-130/3,5, **Kloeckner** 7-75/3, 10-75/4,8, 10-85/2,4, 1-75/7,4, **MAN** 7-160/6, **Mercedes** 7-600/20,8, **Mannesmann** 7-170/3, 10-170/8, 10-180/4,4, 1-180/8,5, **Preussag** 7-280/7,4, **RWE St.** 7-170/1,2, **RWE Vz.** 7-170/1, 10-160/5,5, **Schering** 7-470/6, 10-480/12, **Kali + Salz** 7-260/6, 10-280/10, 10-280/7, **Siemens** 7-513,3/44, 7-570/7,5, 7-580/7, 7-590/4,5, 10-520/61, 10-560/24,8, 10-610/6,6, 1-620/12,9, 1-630/10, 1-640/8, 1-650/5, **Thyssen** 7-95/6,5, 7-100/3,7, 10-100/7, 10-110/2,85, 1-110/6,1, 1-120/4, **Veba** 7-200/1,4, 10-180/11,6, 10-200/2,4, 1-200/4,7, **VEW** 10-130/8, 1-130/8,6, **VW** 7-200/14,6, 7-210/6,6, 7-220/3,5, 10-210/11,5, 10-220/8,5, 10-240/4, 1-210/19,7, 1-250/5,4, **Alcan** 7-80/3,6, 10-90/3,4, 1-85/7,3, **IBM** 7-390/28, 7-400/22,2, 7-450/4,4, 10-430/16,4, 10-440/13, **Norsk Hydro** 1-40/4,4, **Philips** 10-55/3, **Xerox** 7-150/4,5, **Verkaufsoptionen: AEG** 7-110/1,8, 10-110/2,9, 1-110/4, **BASF** 7-100/2, 7-210/6, 10-200/2,8, 10-210/7, 1-200/4,5, 1-210/10, **Bayer** 7-210/2,2, 10-210/3,2, 1-190/1, **BMW** 7-360/5,9, 10-330/2, 10-360/9,2, **Commerzbk.** 7-170/2,5, 10-170/3,5, 1-170/4,6, **Conti** 10-130/1,6, **Deutsche Bk.** 10-450/3,4, 10-470/14,4, 1-430/3,3, **Dresdner Bk.** 1-190/1,6, 1-200/4,8, **Harpener** 1-310/3,7, **Hoechst** 7-200/0,90, 10-200/2, 10-210/3,8, **Hoesch** 10-110/3,8, **Karstadt** 7-240/15, 10-210/2, **Kaufhof** 1-220/7,2, **Klöckner** 10-70/2,2, **Mannesmann** 10-160/3,5, **Schering** 10-460/17, **Kali + Salz** 7-250/3,2, **Siemens** 7-520/2,5, 7-530/5,5, 1-490/3,6, **Thyssen** 10-110/4,8, **VW** 7-200/2,3, 10-190/1,3, 10-200/3,8, **Alcan** 10-85/6,9, **Chrysler** 10-110/5, **General Motors** 1-230/24,8, **IBM** 10-390/10,4, **Litton** 1-210/10, **Royal Dutch** 7-170/1,6, **Unilever** 7-300/4.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 29. 4. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8⅛– 8¼	5⅝–5⅞	5 –5¼
3 Monate	8½– 8¾	5¾–6	5 –5¼
6 Monate	8⅞– 9⅛	5⅞–6⅛	5⅛–5⅜
12 Monate	9½– 9¾	6⅛–6⅜	5¼–5½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 29. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1818,30
10 US-Dollar (Indian)**)	1270,00	1535,45
5 US-Dollar (Liberty)	525,00	668,75
1 £ Sovereign alt	231,00	286,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	230,25	285,89
20 belgische Franken	179,25	232,85
10 Rubel Tscherwonez	242,25	303,53
2 südafrikanische Rand	228,50	279,87
Krüger Rand, neu	1023,50	1206,69
Maple Leaf	1023,50	1206,69
Platin Noble Man	893,50	1058,49

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	238,25	301,25
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,25	231,71
20 franz. Franken „Napoléon"	178,25	231,71
100 österr. Kronen (Neuprägung)	945,25	1141,43
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,00	237,12
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,00	128,82
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,00	535,80
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,50	140,79

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

29. 4. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	3,1108	3,1188	3,1095	3,08	3,16
London¹)	3,821	3,835	3,748	3,74	3,89
Dublin¹)	3,120	3,134	3,078	3,05	3,20
Montreal³)	2,2765	2,2845	2,2671	2,24	2,34
Amsterd.	88,290	88,510	88,150	87,50	89,50
Zürich	119,090	119,290	118,980	118,00	120,75
Brüssel	4,958	4,978	4,921	4,84	5,04
Paris	32,705	32,865	32,400	32,00	33,75
Kopenh.	27,640	27,780	27,520	27,00	28,75
Oslo	34,610	34,730	34,075	33,75	35,50
Stockh.**)	34,430	34,590	33,905	33,50	35,25
Mailand²) **)	1,563	1,573	1,537	1,53	1,65
Wien	14,210	14,250	14,186	14,13	14,55
Madrid**)	1,781	1,791	1,752	1,78	1,87
Lissabon**)	1,743	1,763	1,673	1,43	2,25
Tokio	1,2340	1,2370	–	1,21	1,27
Helsinki	47,860	48,060	47,11	47,00	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,2630	2,317	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,0395	2,0575	–	2,00	2,11
Johannesbg.*)	1,5895	1,6095	–	1,38	1,63

Alles in Hundert. ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar;
⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.
**) Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 29. April: In D-Mark 2,23595 (Parität 2,24184); in Dollar 0,718377 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 29. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,25; Verkauf 22,25 DM West.

Devisenmärkte

Mit der valutamäßigen Überwindung des Monatsultimo ließ sich der hohe Dollarkurs der Vorwoche nicht mehr halten. Wurden an den asiatischen Märkten noch mit 3,1450 gehandelt, so kam es im Verlauf des vormittags zu einem nennenswerten Rückgang bis 3,1050. Zur amtlichen Notiz am 24. 4. war eine Erholung bis 3,1148 zu vermelden. Die im März erarbeiteten Überschüsse in der deutschen Handels- und Leistungsbilanz stimmen positiv für die D-Mark. Wichtiger werden allerdings der Kranz amerikanischer Zahlen, der in den nächsten Tagen ansteht. Noch stärker als die DM profitierten das Englische Pfund von dem nachgebenden Dollarkurs, gegen D-Mark stieg der Kurs um 1,35 Prozent auf 3,828. Der japanische Yen und der Schweizer Franken gesellten sich zu den überwiegend schwächer notierten amtlichen Währungen. US-Dollar in: Amsterdam 3,5270; Brüssel 62,73; Paris 9,5045; Mailand 1991,00; Wien 21,8870; Zürich 2,6133; Ir. Pfund/DM 3,127; Pfund/Dollar 1,2290; Pfund/DM 3,838.

Devisenterminmarkt

Zu Wochenbeginn ergaben sich am Euromarkt keine gravierenden Veränderungen der Zinssätze. Die Abschläge notierten wenig verändert.

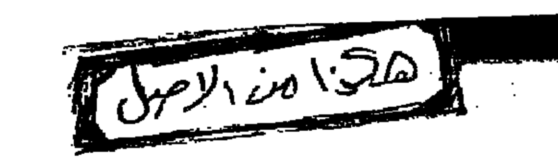
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,75/0,65	2,18/2,08	4,75/4,55
Pfund/Dollar	0,48/0,46	1,20/1,16	1,94/1,89
Pfund/DM	3,00/2,60	7,00/5,60	12,8/10,9
FF/DM	21/5	46/30	85/69

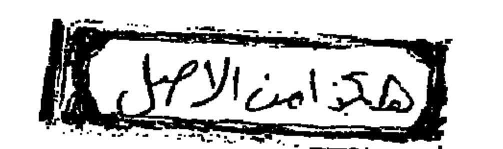
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 29. 4.: Tagesgeld 5,90 Prozent; Monatsgeld 5,70–5,85 Prozent; Dreimonatsgeld 5,85–6,00 Prozent.

Privatdiskontsätze am 29. 4.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 29. 4.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 16. April 1985 an): Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/5 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (7,00) – 7,25 (8,00) – 7,50 (8,25) – 8,50 (8,50). Ausgabe 1985/6 (Typ B) 5,00 (5,00) – 5,73 (5,97) – 6,13 (6,45) – 6,38 (6,80) – 6,58 (7,05) – 6,84 (7,25). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,88, 2 Jahre 6,[illegible]. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,00, Kurs 99,60, Rendite 7,10.





Er reitet für Maizena

P. Jo. – Prachtvoll kommt der Band einher. Er ist eines von jenen Büchern, die man eher verschenkt als liest, weil sie mit schönen, seltenen Bildern imponieren. „Damit wir leben können" (Univers Verlag, Bielefeld, 238 S., 78 Mark) ist freilich nicht gerade ein zündender Titel – jedenfalls angesichts all der Panik-Traktate über „Bittere Pillen" oder „Das Gift in unserem Essen". Dem marktgängigen Pessimismus wird hier der Optimismus einer Branche entgegengestellt, die sich nicht erst seit gestern um unsere Ernährung kümmert.

Das geschieht recht unbefangen und meist auch sehr anschaulich. Der Blick zurück ohne Zorn kostet dabei weidlich die Kuriosa der Vergangenheit aus, die alte Werbung z. B., die mit Liotards „Schokoladenmädchen" Kakao anpreist oder einen Indianer für Maizena reiten läßt. Der Sarottimohr in schönem weißen Porzellan fehlt ebensowenig wie jene nackte Dame, die auf einer Schildkröte reitet, wobei nur das TET-Zeichen verrät, daß es sich um eine Keksdose handelt.

Und noch etwas läßt uns dieser Band beim Spaziergang durch die Geschichte der Ernährungsindustrie wissen: Die Herren Maggi, Knorr oder Nestlé, deren Namen uns heute wie Abkürzungen klingen, die sich einst irgendwelche Reklamefritzen ausgedacht hatten, hat es leibhaftig gegeben! Vor knapp hundert Jahren z. B. fing Julius Maggi mit sieben Arbeiterinnen an, seine Suppen-Würze unter die Leute zu bringen. Und zwei Jahre später kommt die Knorr-Erbswurst auf den Markt, entwickelt von den Söhnen des Carl Heinrich Knorr, der 1838 mit einer Konzession für die Herstellung von Zichorienkaffee begann.

Nur bei Dr. Oetker waren wir schon immer von Zweifeln frei. Denn wer einen Doktortitel führt – und sei es auf einer Backpulver-Packung –, der *muß* gelebt haben.

Er wollte ein Darwin sein und war doch ein Merlin – Zum 100. Todestag von Jens Peter Jacobsen

Wo Mädchen in Rosenblüten wühlen

Dänemark ist ein kleines Land, der kleinste der skandinavischen Staaten, und dennoch hat, innerhalb eines knappen Jahrhunderts, die dänische Dichtung die europäische Weltliteratur dreimal entscheidend bereichert: durch Sören Kierkegaards religiöse Existenzphilosophie, die in so hohem Maße das Ergebnis einer zutiefst poetischen, sich in lyrischer Prosa, Aphorismen, erfundenen Briefen, Reden und Dialogen aussprechender Natur ist; durch Hans Christian Andersens tiefsinnige und von philosophischem Humor erfüllte Kunstmärchen; und durch die beiden Romane „Marie Grubbe" und „Niels Lyhne", die Novellen und Gedichte von Jens Peter Jacobsen. Alle drei waren Dänen; wie so viele Dänen neigten auch sie zur Ironie, mit der sie ihren Hang zur Schwermut auszugleichen oder abzufangen versuchten. Ungeachtet ihrer dänischen Herkunft fanden alle ihre ersten ausländischen Verehrer vorwiegend im deutschen Sprachraum. Hier sind sie schon seit langem so bekannt, daß man sie meistens kaum mehr als dänische Autoren würdigt, sondern beinahe schon für Deutsche hält.



Fand seine ersten ausländischen Verehrer vorwiegend im deutschen Sprachraum: Jens Peter Jacobsen FOTO: ULLSTEIN

Verglichen mit Kierkegaard und Andersen ist Jens Peter Jacobsen heutzutage freilich weniger bekannt, obwohl Rilke den „Niels Lyhne" wie die Bibel schätzte und in seine eigenen „Aufzeichnungen des Malte Laurids Brigge" viel von der ihm durch den nordischen Dichter vermittelten Dänemark-Vision eingegangen ist. Erinnert sei auch an Stefan George, der eigens die dänische Sprache erlernte, um einiges von Jacobsens Lyrik ins Deutsche übertragen zu können. Und der österreichische Tonkünstler Arnold Schönberg hat sich in seiner spätromantischen Frühperiode von Jacobsens „Gurreliedern" musikalisch inspirieren lassen.

Jacobsen stammt aus dem nördlichen Jütland. Dort wurde er am 7. April 1847 im Städtchen Thisted als Sohn eines Kaufmanns geboren, dessen Vorfahren Bauern, Fischer und Seefahrer gewesen waren. Die Mutter, an der der spätere Dichter hing und die ihn überlebte, war eine zwar einfache, doch für die musischen Neigungen ihres Kindes aufgeschlossene Frau. Als Schüler zeichnete sich Jacobsen nicht besonders aus. Am liebsten streifte er in freier, von Menschen möglichst unberührter Landschaft herum, wenn er nicht stundenlang, viele Zigaretten rauchend, in einem Kopenhagener Kaffeehaus saß und schweigend die Menschen betrachtete. Von allen Wissensgebieten interessierte ihn nur die Botanik.

Dem ohnehin schon von Geburt an schwächlichen und übersensiblen jungen Mann, der anfänglich nicht als Dichter, sondern als Verfasser naturwissenschaftlicher Abhandlungen und Übersetzer Darwins hervortrat, wurde diese Neigung zum Verhängnis. Nachdem er an einem kühlen Spätherbsttag stundenlang, seinem pflanzenkundlichen Eifer folgend, barfuß durch einen kalten Sumpf gewatet war, erkrankte er an einer akuten Schwindsucht. Reisen in den wärmeren Süden – nach Italien, der Provence und der französischen Schweiz – brachten seinem Leiden keine entscheidende Linderung, abgesehen davon, daß er sich nur in seiner Heimat wohl fühlte. Er starb am 30. April 1885 in seinem Geburtsort Thisted im Alter von 38 Jahren.

In seinem kurzen, von langjährigem Siechtum gezeichneten Leben hat Jacobsen ein dem Umfang nach schmales, in seinem Gehalt jedoch bahnbrechendes dichterisches Werk hinterlassen. Es bezeichnet die endgültige Abkehr von einer epigonal gewordenen Romantik, die in Dänemark, noch weit mehr als in Deutschland, schon bald biedermeierliche, bisweilen geradezu spießbürgerlich-triviale Züge angenommen hatte. Jacobsen, schon früh seinem christlichen Kinderglauben entfremdet, wollte, ganz im Sinne der positivistisch-naturalistischen Tendenzen des 19. Jahrhunderts, auch als Dichter sich soweit wie möglich an die sinnfälligen Tatsachen halten. Die Wirklichkeit sollte nicht idealisiert, sondern andächtig belauscht, beobachtet und präzise dargestellt werden.

Doch dieser so emsig um faktenfrommen Realismus bemühte Naturforscher im Geiste Darwins war viel zu empfindsamen, ja beinahe schon ätherischen Wesens, um jemals ein dänischer Zola oder Gorki werden zu können. Eher schon könnte man Jacobsens Poesie als Ausprägung eines spirituellen Impressionismus charakterisieren. Ob er nun einen Regenfall, einen herbstlich flimmernden Garten, die Ausstrahlung eines Wohnzimmers, ein in Rosenblüten wühlendes Mädchen, die Gestalt, das Antlitz, den Teint, die Schultern und das Lächeln einer Frau, das Säuseln des Windes in einer Laube, die keimende Saat auf einem Acker oder den Zauber schildert, den ein bestimmtes Parfum oder ein bloßes Wort, ja schon die Betonung einer Silbe auf einen verliebten Mann auszuüben vermögen – stets erweist sich Jacobsen als ein für feinste Schwingungen und Reize überempfänglicher, sie nüchtern registrierender, aber auch schwelgerisch auskostender Artist, begabt mit einer hochgradigen zerebralen Sinnlichkeit, einem sensualistischen Intellekt, der die Fülle der Eindrücke meisterlich zusammenfügt und ihnen dadurch eine bisweilen fast hypnotische Wirkung verleiht.

Durch scheinbar flüchtige Andeutungen vermittelt er dem Leser die unverwechselbare Eigenart eines Menschen, eines Gartens, einer Landschaft. Nebensächlich wirkende Gesten erweisen sich als Zeichen tiefer Wandlungen, sei's, daß eine Liebe aufkeimt oder eine Zuneigung in Haß, Abscheu und Ekel umschlägt. Dieser Dichter, dessen Ehrgeiz es war, ein wissenschaftlich-positivistischer Autor zu sein, erweist sich an manchen Stellen als ein heimlicher Allbeseeler, als ein atheistischer Naturmystiker.

Es lohnt sich also, Jens Peter Jacobsen zu lesen, seine Novellen („Mogens", „Die Pest in Bergamo", „Ein Schuß in den Nebel", „Frau Fönß"), seine Lyrik und seine beiden Romane „Marie Grubbe" und „Niels Lyhne", von denen der eine zur Zeit der dänischen Renaissance, der andere im 19. Jahrhundert spielt und Entwicklung wie Scheitern eines geistig differenzierten, schwermütigen und nicht sehr lebenstüchtigen Intellektuellen schildert. Jacobsens Dichtung, insbesondere der von Rilke so innig bewunderte „Niels Lyhne", wirkt auf den Leser nicht zuletzt so intensiv, weil der Däne zwar versucht, den Poeten in sich auszuschalten, aber mit jeder Zeile beweist, um wieviel stärker der Künstler, Träumer und Magier in ihm war als der wissenschaftliche Analytiker und atheistische Propagandist. Der Romantiker war in ihm durch keine positivistische Tatsachengläubigkeit zu verdrängen, ja sogar Jacobsens Abkehr von jeder Religion wird zum Quellgrund eines beinah mystischen Atheismus.

„Aber das Leben rechnet nicht mit Träumen; es gibt kein einziges Hindernis, das sich aus der Wirklichkeit heraussträumen ließe", heißt es im „Niels Lyhne". Daß einer solch illusionslosen und zur Schwermut verführenden Grundstimmung – entgegen allen Theorien und Programmen – dennoch eine Dichtung von so sublimem Reiz zu entspringen vermag, gehört zu den Wundern der Literaturgeschichte. Jens Peter Jacobsen verkörpert das Paradoxon eines Romantikers, geboren aus dem Geist strenger Naturforschung und transzendenzloser Diesseitigkeit, in dem das, was früher einmal religiöser Glaube war, nur noch als poesiestiftende Sehnsucht weiterlebt.

G.-KLAUS KALTENBRUNNER

Das dritte Heinrich-Mann-Symposium in Lübeck

Zurück zu Schopenhauer

Heinrich Mann, ein bedeutender deutscher Schriftsteller des zwanzigsten Jahrhunderts, ist einer breiteren Öffentlichkeit in der Bundesrepublik bisher weitgehend unbekannt geblieben. Dabei fehlte es zu keiner Zeit an begeisterten Urteilen über ihn, von Gottfried Benn bis zu Bertolt Brecht. Allerdings hat es Heinrich Mann seinen Lesern nicht leicht gemacht. Als er 1950 in Los Angeles starb, hinterließ er ein fast unüberschaubares, facettenreiches Werk, das neben 20 Romanen, 73 Novellen, einem Memoirenwerk und mehreren Schauspielen eine große Zahl von Essays unterschiedlichster Thematik und Qualität umfaßte. Mithin eine ideale Projektionsfläche für ideologisch gefärbte Vereinnahmungen im Nachkriegsdeutschland, wie sie denn nicht zuletzt von seiten der „DDR" auch mit Eifer betrieben worden ist.

Die Forschung hat sich bisher schwer getan, ein ernstzunehmender Anfang wurde erst 1971, zum 100. Geburtstag Heinrich Manns, gemacht, als in seiner Vaterstadt das erste große Heinrich-Mann-Symposium abgehalten wurde. Damals konstituierte sich auch ein Arbeitskreis, der fortan die Fäden der internationalen Forschung in der Hand behielt, 1981 das zweite und nun bereits das dritte Internationale Heinrich-Mann-Symposium in Lübeck abhielt. Ermöglicht wurde das diesjährige Treffen durch die großzügige Unterstützung der Thyssen-Stiftung und des Landes Schleswig-Holstein sowie des Senats der Hansestadt Lübeck.

Im Großen Börsensaal des Rathauses, dessen gediegene Atmosphäre bedauerlicherweise aufkommende Diskussionen eher zu besänftigen schien, stand diesmal das im französischen und seit 1940 im amerikanischen Exil entstandene Spätwerk Heinrich Manns im Mittelpunkt. „Mit dem Autor gingen auch seine Bücher ins Exil und kamen aus dieser zweifelhaften Existenzform nie mehr heraus", so Prof. Helmut Koopmann (Augsburg) in seinem einleitenden Referat. Die Forschung hat sich zudem mit dem massiven Verdacht auseinanderzusetzen, das Spätwerk sei künstlerisch verworren und damit unerheblich.

Zunächst wurden die essayistischen Arbeiten diskutiert, in denen sich Heinrich Mann für einen europäischen Bündnisstaat ausspricht. Im Exil hoffte er auf eine Verbindung von „Geist und Macht", auf eine Kooperation der Staatsoberhäupter gegen Hitler-Deutschland. Prof. Paul Michael Lützeler (St. Louis) wies darauf hin, daß Heinrich Mann nach 1945 keineswegs Europa durch die Sowjetunion gefährdet sah. Während andere Intellektuelle wie zum Beispiel Jean-Paul Sartre warnten, Europa dürfe nicht zwischen den Machtblöcken zermahlen werden, sprach sich Heinrich Mann für ein Bündnis mit der Sowjetunion aus.

Das soziale Modell seiner Herkunft aus einer Lübecker Senatorenfamilie habe er nie wirklich aufgegeben, meinte Prof. Wulf Köpke (Texas). Darum suchte er die Verbindung einer Oberschicht mit dem Volk, eine moralisch und pädagogisch geprägte, autoritäre Demokratie. Nicht zuletzt dieser Umstand läßt das essayistische Werk, in dem sich gleichwohl scharfsichtige Analysen des Faschismus finden, so disparat erscheinen. Schwierigkeiten bereitet der Forschung zudem, Manns politische Aussagen in einen sinnvollen Zusammenhang mit der Geschichtstheorie zu bringen, die sich aus seinen Romanen erschließen läßt.

Einen Ausweg aus dem Dilemma bot der Marbacher Germanist Prof. Thomas Koebner an, indem er den Henri-Quatre-Roman als die Geschichte einer fortschreitenden Desillusionierung des Autors interpretierte. Die Position des Scheiterns, die in scharfem Widerspruch zu den großen Essays steht, habe sich gleichsam hinter dem Rücken Heinrich Manns in den Roman eingeschrieben.

Zu ähnlichen Schlüssen kam auch Koopmann, der sich mit dem 1949 erschienenen letzten Werk, „Der Atem", beschäftigte. In dem als „unentschlüsselbarer epischer Mischmasch" geltenden Roman sieht er eine hochartifizielle Erzähltechnik am Werk, die Summe aller vorher eingenommenen Erzählhaltungen. Der Schlüssel zum Verständnis des „Atems" bilde das „Wiederaufleuchten des alten Jugendgottes der Brüder Heinrich und Thomas: Arthur Schopenhauer". Dessen Satz „Das Leben ist Täuschung" erkläre die auf den ersten Blick verwirrende Struktur des Romans. Für die Literatur des Exils insgesamt, und damit auch für Heinrich Manns Spätwerk, so Koopmann, habe sich die Abwendung von einer mehr realistischen zu einer phantastischen Erzählweise als außerordentlich produktiv erwiesen. Von „Sprachverfall" könne keine Rede sein.

Als Lübecker Resultat kann insgesamt gelten: Das Vorurteil vom „ausgeschriebenen, skurrilen" alten Heinrich Mann, dessen Spätwerk zu Recht unbeachtet geblieben sei, wurde durch viele erstmals vorgetragene Fakten zumindest kräftig relativiert.

BRUNO KEHREIN

Das Museum Rade zieht jetzt nach Reinbek um

Die Mühen des Suchens

Rolf Italiaander ist ein Sammler der Naiven und zugleich ein naiver Sammler, jedenfalls wenn man unter „naiv" jene Unbefangenheit versteht, mit der sich der Unverbildete (nicht der Ungebildete) den schönen Dingen dieser Welt zuwendet. Davon legt das Museum Rade, das aus dem Naturpark Oberalster demnächst in eine Jugendstilvilla gegenüber dem Schloß Reinbek umzieht, Zeugnis ab.

Es besitzt eine buntscheckige Bildermischung, die Italiaander bei seinen Reisen rund um die Welt im Laufe eines halben Jahrhunderts zusammengetragen hat. Ihn interessierte dabei nie, was gerade Mode war, was man angeblich haben mußte. Er hatte immer ein offenes Auge für jene Werke, in denen sich ungekünstelt – aber deswegen nicht unkünstlerisch – die Eigenarten und Traditionen eines Volkes spiegeln.

Es sind meist Bilder und Skulpturen von Laien, gelegentlich aber auch von professionellen Künstlern, die Italiaander sammelte. Bei den Techniken gibt es keinerlei Vorgaben. Es können Gemälde oder Schnitzereien sein, Collagen oder Bronzegüsse, Textilarbeiten oder Montagen aus lokalen Materialien. Dieses scheinbar unvereinbare Sammelsurium hält nur eines zusammen: die Freude des Sammlers gerade an diesem Gegenstand.

Von dieser Freude des Entdeckens, von den Mühen des Suchens, den Trouvaillen und den Enttäuschungen berichtet Italiaander in dem Band „Kunstsammler, glückliche Menschen" (Droste Verlag, Düsseldorf, 536 S., 408 Abb., 44 Mark), der jetzt zum Umzug seines Museums erschien, das dabei aus einer privaten Einrichtung dank der Großzügigkeit des Stifters in eine öffentliche Sammlung umgewandelt wird.

Es sind Geschichten zu einzelnen Stücken seiner Sammlung, oft abenteuerliche Berichte darüber, wie sich Kennerschaft und Zufall glücklich verbanden. Es ist die Chronik einer Leidenschaft, die zwar der Kunst, der Weltkunst (als eines territorialen Begriffs) sogar, huldigt, die aber auch die Kuriositäten nicht verschmäht. Denn Italiaander war immer dagegen gefeit, die Elle einer traditionell europäischen Ästhetik an Werke aus anderen Weltgegenden anzulegen. Er bewahrte sich seine Naivität. Das macht das Buch sympathisch. Und deshalb spricht seine Sammlung so unmittelbar an.

PETER DITTMAR

„Mahagonny" im Berliner Theater des Westens

Auf dem falschen Roß

Zuerst war das ein freches, leichtgeschürztes Songspiel, das musikalisch frisch, unfromm, fröhlich, frei um sich schlug zwischen den Seilen des Baden-Badener Boxrings, in dem Kurt Weill und Brecht es ungeniert ansiedelten: ein Schlagabtausch von Wort und Musik in fünf schnellen Runden. Dann machten beide eine Oper daraus: „Aufstieg und Fall der Stadt Mahagonny". Der pikante Song-Consommé für die feineren Mäuler der Avantgarde wurde mit musikalischer Mehlschwitze zur Sozialsuppe eingedickt und mit der großen Opernkelle fortan ausgeteilt. Das schmeckte im Grunde keinem mehr richtig, aber man summte die Songs von „Benares" und vom „Mond von Alabama" dennoch dankbar nach. So war „Mahagonny" doch wenigstens kein ganz verlorener Abend, und ein Klassiker der Moderne, wenn auch zum Graulen, wurde das Stück überdies. Es gehörte nun einmal zum guten Ton, sich für Brecht und Weill zu begeistern. Dies „Mahagonny" in Operngestalt, aufgeführt im Berliner Theater des Westens, wirkt nun wie die laute, auftrumpfende Aufbereitung eines Stücks, daß wie Witwe Begbick in die Jahre gekommen ist.

Das gut studierte Orchester spielt unter Peter Keuschnig, daß einem beinahe das Trommelfell platzt. Der Kleinchor, den einst Aufricht für die Berliner Aufführungen am Kurfürstendamm nutzte, hat sich vervielfacht und gibt sich, gleichfalls mit Sorgfalt studiert, überlaut. Weills Musik ist durchweg in tüchtigen Händen. Sie klingt allerdings, als sei sie einem musikalischen Bodybuilding in die unerbittlichen Apparate geraten. Die Trompeten blasen sich geradezu heiser. Die Aufführung sitzt – aber doch wohl auf dem falschen Roß. Aber welches Roß das musikalisch richtige ist, haben Brecht und Weill im Grunde unter sich nie richtig ausgehandelt. Das ist das Dilemma.

Das Theater des Westens jedenfalls spielt Mahagonny entschlossen als fette Oper. Es schlägt sich auf die Seite von Weill, nur ist gerade dies nicht seine beste. Sein schmaler, zugespitzter, aggressiv-ironischer Songstil paradiert nun im falschen Rahmen, und zu allem Überfluß hat Barbara Karp diesen Rahmen inszeniert und weniger das von ihm umschlossene Bild.

Sie geht sehr professionell zu Werke, sehr bedacht – und wohl auch sehr falsch. Mahagonny und Meyerbeer haben schließlich nur die Initialen gemein. Miss Karp jedoch macht unverhohlen Große Oper aus dem Sujet. Sie stopft die Bühne voll mit dem Dekor von Allen Charles Klein und führt auf dem nicht mehr vorhandenen freien Platz dann auch noch Massenregie.

Die Deutsche Oper Berlin, die ihre stimmenspendende Hand über das Theater des Westens hält, hat einige ihrer Mitglieder zur Teilnahme delegiert, dennoch fehlt der Aufführung vor allem die gefährlich-hinterhältige Zentralfigur. Als Witwe Begbick, Madame Hai, Herrin über Mahagonny, tritt die liebe Vera Little Augusthitis von der Deutschen Oper Berlin in Erscheinung. Sie wirft sich mächtig ins pralle Kostüm. Aber sie kann dem räuberischen Part Autorität nicht ersingen und auch nicht erspielen.

Wolf Appel und Paul Wolfrum sind prima Singkumpels auf der gemeinsamen Sause. Günter Bothur darf als Conférencier zigarrenpaffend Brecht imitieren, und vor allem Charly Chaplin in den berühmtesten der „Goldrausch"-Passagen. Er tut das famos. Carolyn Smith-Meyer als Jenny sieht scharf und berückend aus, wenn sie ihre berühmten Songs auch nicht ganz so gut wie sich selbst durchzusetzen vermag. Das Publikum verharrte, anscheinend von der Opernhaftigkeit der Oper Weills anhaltend irritiert, eher abwartend, ließ es jedoch am Schluß an Beifall nicht fehlen. Doch hingerissen klang der nun auch wieder nicht.

KLAUS GEITEL



Schlagabtausch in Wort und Musik: Daniela Ziegler und James Brookes in der Oper „Mahagonny" FOTO: BINDER/THIELE

München präsentiert den Maler Helmut Pfeuffer

Rote Striemen wabern

Auf der Welle der neo-expressiven Malerei einer jüngeren Generation kann auch jemand reiten, der dafür eigentlich schon zu alt, vor allem aber viel zu gut ist. Der jetzt 52jährige *Helmut Pfeuffer*, der aus Schweinfurt stammt, nach seinen Würzburger, Nürnberger und Stuttgarter Studienjahren 1960 in München ansässig wurde und nun ein paar Kilometer weiter östlich auf dem Lande lebt, bekam im kürzlich für mehr als vier Millionen Mark von der Stadt München hinzuerworbenen einstigen Ateliertrakt der Stuck-Villa eine durch alle drei Geschosse reichende Retrospektive auf die vergangenen 25 Jahre eingeräumt.

Vieles hat Pfeuffer den bis ins Ornamentale gebahnten Seelenqual-Spuren Edvard Munchs zu verdanken. Wo er geschlachtete, blutig ausgeweidete Stiere mit Öl- und Dispersionsfarben auf großformatige Maljute wuchtet, werden es Metaphern von Opfer und Gewaltanwendung. Doch der Abstand zum Gegenstand von Farbenlust und Offenlegung des Fleisches bleibt gewahrt in dieser Übertragung. Lovis Corinth war näher dran. Die roten Striemen dehnen und schlängeln sich, wabern und lodern denn auch bei jedwedem Anlasse. Ob da eine Frau im Sessel sich quält wie unter der Folterpeitsche der letzten Tage von Sodom und auch Gomorrha, ob eine sich rückwärts biegt, ob sie stürzt, träumt oder in Ekstase gerät, ob sie nun Judith heißt oder Kalypso – stets steht sie im Verdachte der Obsession und Hysterie, des Entblößungs-Krampfes und der entflammten Heftigkeit.

In einem Sonderkabinett der „emotionalen Positionen" wird's noch plausibler in seiner giftigen Entladung: Pfeuffer sah dergleichen an Ort und Stelle dort, wo ihm das Irresein nicht als Spannungswahn erschien, sondern als „Indiz für den Terror", weil dieser angeblich durch seine Empfindlichkeit gescheiterte Mensch vorher doch gesund gewesen sei. Irgendwann einmal habe das Immunsystem versagt, sagt der Künstler, und er mißbillige die normierende Trennung vermeintlich Kranker und Gesunder, denn „menschliche Existenz bedeutet Recht auf Unvollkommenheit". Längst vor seinem physischen Tod werde der Mensch malträtiert und zerstört durch die Leugnung seiner Verwundbarkeit.

Pfeuffers schlieriger gewordene Augenweide des Malerischen läßt seit rund zehn Jahren in großzügige Weise auch schon mal ganze Flächen offen stehen und zur Ruhe kommen. So schafft er Platz und Aufmerksamkeit fürs Zeichnerische bis in die Nähe von Egon Schiele. Die Vehemenz konzentriert sich auf Konturen. Das wild, grob und bunt Bewegte fließt ins Geäder einer entscheidungsfreudigen Handschrift. Daß er in seinem Gemache und Gewische auch flüchtig werden kann, offenbart der bis ins Alpine steigende Landschafter dann, wenn er hudelt.

Der Initiator dieses nun durchbrechenden Pfeuffer-Ruhmes ist der in München tätige Mediziner und Kunsthändler Jürgen Hermeyer, in dessen Galerie zusätzlich einiges zu sehen ist. Da er auch Salomé hier herausbrachte, Bernd Zimmer, Friedemann Hahn und Peter Vogt, genießt er unter Sammlern und Auguren als Zuständiger die nötige Glaubwürdigkeit. (Bis 5. Mai; Katalog 28 Mark.)

ALEXANDER ERXLEBEN

KULTURNOTIZEN

Moderne Bildhauerei „im Dialog mit der Architektur des Barock" heißt eine Ausstellung mit Plastiken des Spaniers Andreu Alfaro, die im Park von Schloß Augustusburg bei Brühl zu sehen ist (bis 29. September).

Das 7. internationale Hector-Berlioz-Festival vom 14. bis 22. September in Lyon wird künftig abwechselnd mit dem Tanzfestival 1986 nur als Biennale stattfinden.

Der Belgier Jean-Claude Drouot übernimmt am 1. September die Leitung des Staatstheaters Brüssel.

Den Nachlaß des Pädagogen und Philosophen Theodor Litt, der 1962 in Bonn verstarb, übernimmt die Universität Düsseldorf.

Wolfgang Petersens Film „Die unendliche Gechichte" von Michael Ende zählt an ausländischen Kinokassen, in Japan, Italien oder Spanien, zu den absoluten Spitzenreitern.

Robert Weimann, 56jähriger Literaturwissenschaftler, ist in Weimar zum neuen Präsidenten der Shakespeare-Gesellschaft der „DDR" gewählt worden.

JOURNAL

Das Motto ist „100 Jahre Kunst in Deutschland"

dpa, **Ingelheim**

Dem Thema „100 Jahre Kunst in Deutschland" sind die 28. Internationalen Ingelheimer Tage gewidmet, die jetzt eröffnet wurden. Mittelpunkt der Veranstaltungen ist bis zum 30. Juni eine Ausstellung, bei der hundert Künstler mit je einem Gemälde oder einer Plastik vertreten sind. Dazu stellen zweiundzwanzig deutsche und ausländische Museen sowie Galerien und private Sammler Werke von Künstlern zur Verfügung, die in Deutschland geboren wurden oder hier eine Zeitlang arbeiteten. Die Veranstalter der Ingelheimer Tage sind die Stadt und das Chemieunternehmen Boehringer Ingelheim, das in diesem Jahr sein hundertjähriges Bestehen feiert.

Nepal meldet eine Ausgrabungs-Sensation

AFP, **Katmandu**

Ruinen, die möglicherweise von einer Stadt aus dem ersten Jahrhundert n. Chr. stammen, sind von nepalesischen und amerikanischen Archäologen zwanzig Kilometer nördlich von Katmandu freigelegt worden. Am Fundort Dumekhel wurden bereits Steinwerkzeuge, Pfeilspitzen und Tonstatuetten entdeckt, die sich von allen anderen bisher in Nepal gemachten Funden erheblich unterscheiden. Die Entdeckungen beweisen nach Meinung der Archäologen ganz unzweideutig, daß das Tal von Katmandu bereits seit dem ersten Jahrhundert von Angehörigen einer relativ hoch entwickelten Gesellschaft bewohnt wurde und nicht, wie bisher gemeinhin angenommen, erst ab dem sechsten Jahrhundert besiedelt war.

Niedersachsenpreise wurden vergeben

dl. **Bückeburg**

Zum achtenmal wurden jetzt im Bückeburger Rathaus von Ministerpräsident Ernst Albrecht die Niedersachsenpreise übergeben. Preisträger sind der Musikpädagoge Karl-Heinz Kaemmerling (Hannover), der Schriftsteller Guntram Vesper (Göttingen) und der Wissenschaftler Günter Schmahl (Göttingen). Mit diesen Preisen werden seit 1977 hervorragende Leistungen aus den Bereichen Kultur, Publizistik und Wissenschaft gewürdigt, die einen niedersächsischen Bezug haben. Sie sind jeweils mit zehntausend Mark dotiert.

Frechener Keramion zeigt die Gruppe 83

DW. **Frechen**

Die Asshoffs, die Scheids, die Weigels gehören dazu, auch die Gebhardts und die Vehrings. Aber die „Gruppe 83", zu der sich die bekanntesten Keramiker in Deutschland zusammengeschlossen haben, ist nicht nur eine Domäne der töpfernden Ehepaare. Auch Antje Brüggemann-Breckwoldt, Horst Kerstan, Beate Kuhn oder Wendelin Stahl schlossen sich diesem Kreis an. Eine erste Ausstellung der „Gruppe 83" zeigt jetzt das Keramion in Frechen. Sie dauert bis zum 9. Juni. Zugleich erschien auch ein Katalog, der die Künstler und ihre Werke vorstellt, für 26 Mark.

Münzen über Rom und die Germanen

DW. **Aalen**

Man hat die römischen Münzen auch „metallene Regierungszeitungen" genannt, weil sie eine Menge über den Alltag der Römer in den germanischen Provinzen aussagen. Das belegt eine Ausstellung im Ostalbkreishaus in Aalen über „Rom und die Germanen – Das Zeugnis der Münzen". In Zusammenarbeit mit der Staatlichen Münzsammlung in München wurden dafür drei große Themenkreise ausgewählt: Das römische Heer, die barbarischen Feinde und die Germanen. Zur Ausstellung, die bis zum 27. Mai zu sehen ist, erschien ein umfassender Katalog, der alle ausgestellten Münzen abbildet, für 15 Mark.

„Snacken un Snacken": Mehr Plattdeutsch reden

dpa, **Lüneburg**

Plattdeutsch wird noch immer viel zuwenig in den sogenannten öffentlichen Kommunikationsbereichen gesprochen. Es ist fast ausschließlich die Sprache des Privatlebens, der Verständigung „hinter den Kulissen" und der niederdeutschen Bühnen. Das beklagte jetzt der Vorsitzende des Instituts für Niederdeutsche Sprache, Professor Dieter Stellmacher, anläßlich der Jahresversammlung des Institutsvereins Lüneburg. Niederdeutsch wird im gesamten Raum nördlich der Grenze Krefeld-Kassel gesprochen. Das Institut für Niederdeutsche Sprache in Bremen betreibt seit 1972 niederdeutsche Sprach- und Kulturarbeit als Ergänzung zur wissenschaftlichen Forschung an den Universitäten Göttingen, Kiel, Hamburg und Münster.

In der Freizeit die Umwelt geschädigt

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Freizeit ist in der Bundesrepublik ein absolutes Tabu. Daß Freizeit und Umweltbelastung etwas miteinander zu tun haben, wissen die meisten Bürger nicht. Sie wollen es vermutlich auch gar nicht wissen. Der große Buhmann ist die Industrie. „Ein subjektives Schuldgefühl ist fast überhaupt nicht vorhanden." Prof. Horst Opaschowski, Wissenschaftlicher Leiter des BAT-Freizeit-Forschungsinstituts aus der gestern vorgelegten Untersuchung „Freizeit und Umwelt". Die Freizeit-„Verbraucher" sehen ihre kleinen Umweltsünden höchstens als Kavaliersdelikte an.

Das Forschungsinstitut hat eine repräsentative Grundlagenuntersuchung bei 2000 Personen im gesamten Bundesgebiet vorgenommen. Alle Befragten konnten spontan eine ganze Reihe von Ursachen für Umweltprobleme nennen – nur Freizeit und Tourismus waren nicht darunter. Das Aufreißen der Humusschicht beim Skifahren etwa; die Tritt- und Fahrbelastungen des Moores, dessen Boden sich schwerer als jeder andere Boden erholt; die Nachteile für die Vogelbrut, die der weitverbreitete Angelsport auslöst.

Industrie als Goliath

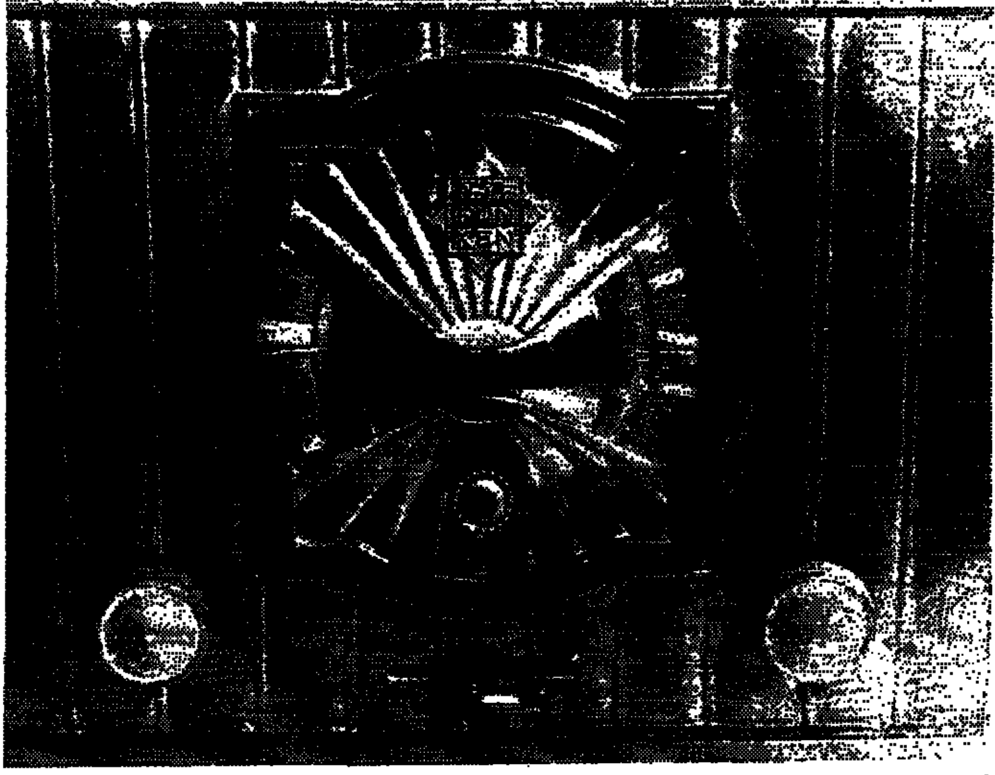
Zum ersten Mal ist man mit diesem Untersuchungsauftrag dem „Landschafts-Verbrauch" durch Freizeit auf die Spur gegangen. Doch die Menschen, die diese Spuren hinterlassen, haben subjektiv ein reines Gewissen. Nur 31 Prozent der Befragten stimmten zu, als die Interviewer die Frage stellten: „Glauben Sie, daß Sie persönlich durch Ihre eigenes Freizeit- und Urlaubsverhalten die Umwelt mitbelasten?" Am stärksten dafür sensibilisiert war die Gruppe der 20- bis 24jährigen, von ihnen bejahten 54 Prozent diese Frage. Von den über 60 Jahre alten Menschen waren es nur 13 Prozent.

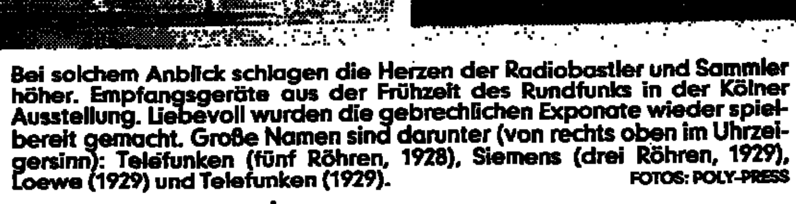
Nur jeder sechste Befragte möchte mehr über die Umweltbelastung durch Freizeit wissen; beim Thema Umweltbelastung durch die Industrie verlangt hingegen jeder zweite ausführliche Informationen. Professor Opaschowski: „Sie sehen die Industrie als Goliath, sich selbst jedoch höchstens als David." Kein Wunder, wenn bei fast allen Befragten die Einführung von bleifreiem Benzin als die Lösung der Umweltprobleme gesehen wird. Die Forschungsgruppe prophezeite bei einem so reinen Gewissen der Freizeit-Ausflügler, daß nach Einführung des Katalysators die Mobilität mit dem Auto am Wochenende und im Urlaub noch zunehmen wird.

Tonnen von Freizeitmüll

Als die Befragten mit dem Zusammenhang zwischen Freizeit und Umwelt konfrontiert wurden, nannten die meisten (58 Prozent) als größte Umweltsünde die Landschaftszersiedlung durch Wochenendhäuser und Hotels, noch vor der Landschaftsverschmutzung durch Freizeitmüll. Mehr als 40 Prozent wiesen auf die Landschaftszerstörung und die Luftverschmutzung hin, 38 Prozent auf die Wasserverschmutzung und 34 Prozent auf die Pflanzengefährdung.

Das BAT-Forschungsinstitut hielt dafür erschreckende Beispiele parat: Auf jeweils 60 Meter Strand in Helgoland werden jährlich 1,3 Tonnen Freizeit-Müll zurückgelassen. Und: Allein durch den Tourismus sind in der Bundesrepublik 112 Pflanzenarten gefährdet. In jedem Jahr sterben bei uns 80 bis 90 Pflanzenarten aus – mit schwerwiegenden Folgen wiederum für die Tierwelt. Opaschowski mahnte: „Natur verträgt keine Umarmung, sie will mit Abstand geliebt werden." Vielleicht haben zu viele Bundesbürger noch einen zu deutlichen Anstand zu diesem Problembewußtsein, weil sie häufig ihre persönliche Urlaubs-Umweltbelastung ins Ausland exportieren.







Bei solchem Anblick schlagen die Herzen der Radiobastler und Sammler höher. Empfangsgeräte aus der Frühzeit des Rundfunks in der Kölner Ausstellung. Liebevoll wurden die gebrechlichen Exponate wieder spielbereit gemacht. Große Namen sind darunter (von rechts oben im Uhrzeigersinn): Telefunken (fünf Röhren, 1928), Siemens (drei Röhren, 1929), Loewe (1929) und Telefunken (1929). FOTOS: POLY-PRESS

Als Großmutter noch mit gestrickten Kopfhörern am Radiogerät saß

Von ROLF PETERS

In einer mit Kreppapier ausgeschlagenen Dachkammer des Vox-Hauses am Potsdamer Platz in Berlin erscholl am Abend des 29. Oktober 1923 folgende Ansage: „Achtung, Achtung, hier ist die Sendestelle Berlin im Vox-Haus auf Welle 400 Meter. Meine Damen und Herren, wir machen Ihnen davon Mitteilung, daß am heutigen Tage der Unterhaltungsrundfunkdienst mit Verbreitung von Musikaufführungen auf drahtlos-telefonischem Wege beginnt. Die Benutzung ist genehmigungspflichtig!"

Es war die Geburtsstunde eines Mediums, ohne das man sich das Leben heute nicht mehr vorstellen kann. Doch Beifall fand der regelmäßige Programmdienst zunächst nur bei Radiobastlern. Die Kulturpolitiker nämlich ergingen sich in Kassandrarufen, dieses Massenmedium werde grundsätzlich den Niedergang der Kultur bewirken, und die Theater- und Konzertsaaldirektoren fürchteten, die Besucher würden ihnen wegbleiben.

Werner Schwipps, Rundfunkhistoriker und Leiter des Transskriptionsdienstes-Hörfunk der Deutschen Welle, meint rückblickend: „Das Erstaunliche ist, daß diese befürchtete Entwicklung nicht stattfand. Im Gegenteil. Mit Hilfe des Rundfunks wurde die Liebe zur Musik erst noch geweckt. Die Leute strömten in die Konzertsäle und Theater."

In die „Stunde null" der Rundfunkgeschichte führt eine Ausstellung, die heute im Foyer der Deutschen Welle (DW) in Köln eröffnet wird und bis 31. Mai dauert. In den Vitrinen stehen seltene Rundfunkempfänger aus den 20er Jahren. „Tefag-Secundus-Konus-Lautsprecher" und „Dreikreis-Geradeausempfänger" sind Bezeichnungen, die die Herzen von Radiobastlern und Sammlern höherschlagen lassen.

Liebevoll wurden die gebrechlichen Exponate von den Funktechnikern der Deutschen Welle mit Austauschteilen wieder spielbereit gemacht. Ergänzt wird die Ausstellung mit dem Titel „Radio – Rundfunk in den zwanziger Jahren" durch Leihgaben der ARD, die seit dem Jubiläumsjahr 1983 eine rundfunkgeschichtliche Wanderausstellung den im ARD-Anstalten zur Verfügung stellt.

Für die Deutsche Welle kommt der Aspekt des Kurzwellenrundfunks hinzu, der als offizieller Auslandsrundfunk erst 1929 begann. „Dies ist", so Schwipps, „ein wichtiges Kapitel, denn die Deutsche Welle knüpft an die Anfänge des deutschen Auslandsrundfunks in der Weimarer Zeit an. Damit sind wir demokratischen Ursprungs, obwohl die Nazis nachher alles getan haben, um den Kurzwellenrundfunk als ihre Erfindung hinzustellen."

Die Ausstellung zeigt, daß die Wiege des Rundfunks in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Not und politischer Bedrängnis stand. 350 Milliarden Inflationsmark zahlte Deutschlands erster offiziell registrierter Rundfunkteilnehmer an jährlicher Gebühr im Oktober 1923. Doch am 1. Januar 1925 gab es schon die stattliche Zahl von 548 749 gemeldeten Radiobesitzern. Die hatten, wie der Ausstellungskatalog belegt, nichts zu lachen!

Erich Perau aus Reinbek bei Hamburg erinnert sich: „Auf einem einsamen Bauernhof in der Schleswiger Geest kam ich 1923 auf den Gedanken, mir und den Bauern Musik und Vorträge aus der Luft ins Haus zu holen. Das gab viel Spott und Mißtrauen. Nur einige der jungen Bauernburschen sahen meinem Treiben mit Interesse zu."

Und Kurt Pötzsch aus Karlsruhe erzählt: „Der Clou beim Radioempfang war der Umstand, daß man sich ganz mucksmäuschenstill verhalten mußte, damit die feine Nadel des Detektor-Gerätes nicht von dem Kristall abrutschte. Jeder Teilnehmer hatte Kopfhörer über die Ohren gestülpt. Mutter mit ihrem Dutt drückte der Kopfhörer so sehr, daß sie bald begann, sich aus Wolle Ohrmuscheln zu stricken."

Erinnerungen zum Schmunzeln. Doch damals – anno 1923 – war die allabendliche „Absage" von größter Bedeutung, wollte man längeren, zeitlich unbegrenzten Dampfradiogenuß haben: „Wir wünschen Ihnen eine gute Nacht, und vergessen Sie bitte nicht, die Antenne zu erden!"

Winterliche Prognose für den Wonnemonat

dpa, Hamburg

Schnee und Eis haben gestern den Verkehr vor allem im Norden und Süden Deutschlands erheblich behindert. In Westdeutschland wechselten Sonnenschein, Regenschauer und Schneetreiben. Wenig hoffnungsfroh sind die Prognosen für den vor der Tür stehenden Wonnemonat Mai. Die Meteorologen vom Deutschen Wetterdienst in Offenbach gehen davon aus, daß mit einer entscheidenden Wende vorerst nicht zu rechnen ist. Den Wetterexperten aus Freiburg hat der April zum zweiten Mal außergewöhnliche Daten ins Stammbuch geschrieben: Nachdem am Gründonnerstag das Quecksilber im Thermometer in der Breisgau-Metropole über die 25-Grad-Marke kletterte und damit der früheste Sommertag seit 1884 notiert wurde, brachte der „launische Monat" am Sonntag die „späteste" Schneedecke seit mehr als 100 Jahren. Die Prognosen der Meteorologen in Offenbach: Auch in den nächsten Tagen bleibt es frostig mit Temperaturen zwischen fünf und zehn Grad, nur vereinzelt kann die Quecksilbersäule bis auf 15 Grad steigen. Es besteht unverändert die Gefahr von Nachtfrösten, so daß empfindliche Pflanzen vorerst hinter Glas noch besser aufgehoben sind.

Genesungswünsche

dpa, Köln

Staatsoberhäupter, Politiker und Ärzte aus aller Welt haben der Ärztin Mildred Scheel Genesungswünsche in die Kölner Universitätskliniken geschickt, nachdem bekanntgeworden war, daß die 52jährige Präsidentin der „Deutschen Krebshilfe" und Frau des ehemaligen Bundespräsidenten Walter Scheel an Darmkrebs erkrankt ist. Am Wochenende hatte sie vom Krankenbett aus Grußworte an ein internationales Symposion von Krebsforschern nach Bonn geschickt und bedauert, daß sie an der Tagung über das Thema Immundiagnostik nicht teilnehmen konnte.

Internat abgebrannt

AFP, Crans-Montana

Das als eines der vornehmsten Einrichtungen seiner Art geltende Internat „Les Roches" bei Crans-Montana in der Schweiz ist in der Nacht zum Montag fast völlig abgebrannt. Die rund 100 Zöglinge, ausnahmslos aus den reichsten Familien der Welt stammend, konnten unverletzt evakuiert werden. Der Sachschaden wird auf umgerechnet rund 14 Millionen Mark geschätzt.

Gegen den Schmerz

AP, Mainz

Das erste Zentrum zur Behandlung von Schmerzpatienten in der Bundesrepublik ist gestern in Mainz eröffnet worden. Im „Schmerzzentrum des Deutschen Roten Kreuzes" sollen Patienten Hilfe finden, die unter chronischen Schmerzen leiden und die über einen längeren Zeitraum hinweg ohne entscheidende Linderung von Ärzten behandelt wurden.

Größter Raub der Kriminalgeschichte?

50 Millionen Dollar bei Überfall auf New Yorker Geldtransportfirma erbeutet

WOLFGANG WILL, New York

Bei einem Raubüberfall auf die Geldtransportfirma Wells Fargo haben gestern morgen vier bewaffnete Männer in New York nach Schätzungen bis zu 50 Millionen Dollar (155 Millionen Mark) erbeutet. Sollte dies zutreffen, würde es sich um den größten Raub in der Kriminalgeschichte handeln. Polizeisprecher Ed Leschach erklärte, dies sei der größte Raub, von dem er je gehört habe.

Der Raub ist noch von Rätseln umgeben. So ist bis jetzt ungeklärt, weshalb es in der Wells-Fargo-Garage im Süden Manhattans zum Zeitpunkt des Überfalls – morgens kurz vor 2.00 Uhr – keine bewaffneten Wächter gab. Nach Darstellungen der Polizei trafen vier Angestellte von Wells Fargo um 1.45 Uhr in der Garage ein, um ihre Schicht anzutreten, fanden aber nicht die Angestellten, die sie ablösen sollten. Sie durchsuchten daraufhin das Gebäude und hatten eben vor, den Tresor zu öffnen, als sie von den vier bewaffneten Eindringlingen überrascht wurden.

„Hände hoch – keinen Widerstand, dann passiert Euch nichts", befahl einer der Gangster. Die Überwältigten wurden gezwungen, die Schlüssel für einen gepanzerten Geldtransporter und den großen Tresor herauszugeben. Dann wurden die vier Wells-Fargo-Angestellten gefesselt und an einen Gabelstapler angebunden.

Die Banditen machten sich mit einem in der Garage geparkten Geldtransporter auf und davon und erbeuteten dabei rund 50 Millionen Dollar. Der gepanzerte Geldtransporter wurde einige Stunden später ausgeräumt in der Nähe der Brooklyn Bridge am East River gefunden.

Wells Fargo ist zugleich Bankinstitution mit Hauptsitz in San Francisco und Geldtransportunternehmen: Es holt Freitags die Einnahmen großer Firmen ab, bewahrt die Gelder aber in den Geldtransportern oder im großen Safe in der Wells-Fargo-Garage übers Wochenende auf, um das Geld montags bei Banken abzuliefern. Wells Fargo war schon in den Zeiten des „Wilden Westens" für seine Geld- und Postkutschendienste bekannt.

Die Geschichte des Unternehmens Wells Fargo ist eng verbunden mit der Kreditkartenorganisation American Express. Henry Wells beschloß 1845 in Buffalo, der staatlichen US-Post durch billigere Briefbeförderung Konkurrenz zu machen – mit Erfolg. Wells tat sich schließlich mit einigen seiner privaten Konkurrenten – darunter William Fargo – zusammen und gründete die American Express Company. (SAD)

LEUTE HEUTE

Dementi

Prinzessin **Diana** ist nicht schwanger. Ein Sprecher des Buckingham-Palastes hat jetzt britische Zeitungsberichte dementiert, nach denen die Prinzessin von Wales ihr drittes Kind erwarte. **Harry**, der zweite Sohn des englischen Thronfolger-Paares, ist erst sieben Monate alt. **William**, der erste Sohn, wurde am 21. Juni 1982 geboren. Prinz **Charles** und Prinzessin Diana befinden sich zur Zeit auf einer 17tägigen Italien-Reise, auf der sie auch von einem Arzt begleitet werden.

Ausweg

Wenn der saudiarabische **Prinz Sultan Bin Salman** (28) im Juni als erster Moslem an Bord der US-Raumfähre „Discovery" im Kosmos weilt, ergeben sich für ihn heikle Konflikte: „Es wird schwer, die moslemischen Pflichten zu absolvieren, weil wir alle 90 Minuten die Erde umkreisen. Es ist da unmöglich, Richtung Mekka zu beten", sagte er. Ein Ausweg zeichnet sich ab: Weil er auf Reisen ist, braucht er nur dreimal statt fünfmal pro Tag zu beten und darf auf das Fasten verzichten. Während der Gebete wird er sich mittels einer Fußhalterung in aufrechter Position stabilisieren. Bei den rituellen Waschungen will er auf einen feuchten Waschlappen zurückgreifen, um unkontrollierten Tropfenflug zu vermeiden.

Zusage

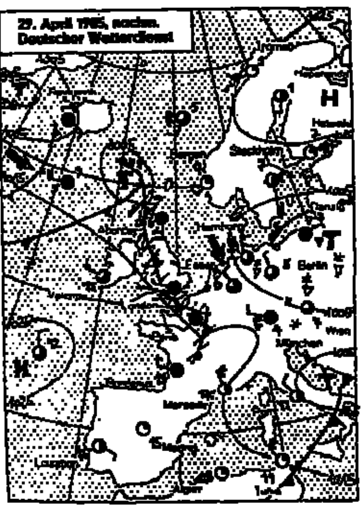
Prinzessin **Irene** von Griechenland, die Schwester der spanischen Königin **Sophie**, sucht 200 000 Milchkühe, die sie auf dem Luftweg nach Indien transportieren will. Die Prinzessin, die Anhängerin des indischen Gurus **Jagat** ist, soll in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland bereits feste Zusagen erhalten haben.

ZU GUTER LETZT

„Sohn Zak (19) erwartet im frühen Herbst ein Kind von der 25jährigen Immobilienmaklerin Sarah Menikides". Es stand in der WELT.

WETTER: Unbeständig und kühl

Wetterlage: Auf der Rückseite des zum Baltikum abziehenden Tiefs läßt die Kaltluftzufuhr nach Mitteleuropa allmählich nach. Ein Islandtief greift mit Niederschlagsgebiet auf den Westen und Südwesten Deutschlands über.



Vorhersage für Dienstag:
Zunächst wechselnd wolkig. Einzelne Regen-, Schnee- oder Graupelschauer im Osten. Ab Mittag im Westen und Südwesten Eintrübung mit einsetzendem Regen. Höchsttemperaturen 6 bis 12 Grad. Tiefstwerte 2 bis 5 Grad.

Weitere Aussichten:
Unbeständig mit schauerartigen Niederschlägen, weiterhin zu kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	5°	Kairo	36°
Bonn	5°	Kopenh.	4°
Dresden	1°	Las Palmas	19°
Essen	6°	London	7°
Frankfurt	7°	Madrid	15°
Hamburg	5°	Mailand	13°
List/Sylt	6°	Mallorca	16°
München	4°	Moskau	8°
Stuttgart	4°	Nizza	14°
Algier	19°	Oslo	8°
Amsterdam	7°	Paris	5°
Athen	20°	Prag	4°
Barcelona	14°	Rom	11°
Brüssel	6°	Stockholm	7°
Budapest	8°	Tel Aviv	30°
Bukarest	14°	Tunis	19°
Helsinki	7°	Wien	7°
Istanbul	18°	Zürich	5°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.55 Uhr, Untergang: 20.44 Uhr; **Mondaufgang:** 16.07 Uhr, Untergang: 4.55 Uhr
Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.53 Uhr, Untergang: 20.46 Uhr; **Mondaufgang:** 17.36 Uhr, Untergang: 5.10 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Freiwilliger Verzicht

100 Jahre „Blaues Kreuz" / Christen helfen Suchtkranken

idea, Wuppertal

Das beste Mittel gegen das Anwachsen des Alkoholismus ist ein freiwilliger Alkoholverzicht von Nicht-Betroffenen. Darauf haben jetzt das Blaue Kreuz in Deutschland, eine christliche Hilfsorganisation für Suchtgefährdete mit Sitz in Wuppertal, hingewiesen. Wenn sich möglichst viele Menschen zu einem Leben ohne Alkohol entschließen könnten, so helfe dieses „Zeichen der Solidarität" den etwa zwei Millionen Alkoholkranken in der Bundesrepublik Deutschland mehr als alle gesetzlichen Maßnahmen, erklärte der Vorsitzende des Blauen Kreuzes, Pfarrer Leonhard Roth.

Das Blaue Kreuz begeht am 4. und 5. Mai in Köln sein 100jähriges Bestehen mit einer Jubiläumskonferenz unter dem Motto „Christen helfen Suchtkranken". Ein freiwilliger Verzicht auf Alkohol trägt – so Roth – auch zur Vorbeugung, besonders unter Jugendlichen, bei: „Das Beispiel von Eltern, Lehrern und Erziehern wirkt überzeugender als Verbote."

Die Zahl der jugendlichen Alkoholiker in der Bundesrepublik wird auf 200 000 geschätzt. Knapp sechs Prozent der 12 bis 24jährigen sind alkoholgefährdet. Drei Prozent der 12 bis 14jährigen Kinder und 18 Prozent der 15 bis 17jährigen Jugendlichen trinken regelmäßig Alkohol. Besonders bedrohlich sei der wachsende Alkoholkonsum unter Schülern.

Insgesamt sind vom Alkoholismus in der Bundesrepublik, so der geschäftsführende Direktor des Blauen Kreuzes, Helmut Hollmann, mindestens vier Millionen Menschen – Süchtige und Angehörige – betroffen. Der Aufwärtstrend habe sich durch die zunehmende Arbeitslosigkeit möglicherweise noch verstärkt. Hollmann bezeichnete die restriktiven Maßnahmen im neugefaßten Jugendschutzgesetz – zum Beispiel die Einschränkung des Automatenverkaufs – als einen „Schritt in die richtige Richtung".

Zum Jubiläum des Blauen Kreuz haben zahlreiche Persönlichkeiten aus Staat und Kirche Grußworte übermittelt. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geissler, appellierte an die Industrie, alkoholfreie Getränke herzustellen, „die von ihrer Qualität her die Chance haben, bei den Jugendlichen anzukommen und dem Alkohol den Rang abzulaufen".

Geballte Kraft der Temperamente

Schwerverletzte nach Massenschlägerei in Asylantenheim / 49 Ausländer festgenommen

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Bilanz einer blutigen Nacht in einem Berliner Asylantenheim: vier durch Messerstiche und Knüppelschläge Schwerverletzte, ein Sachschaden von über 100 000 Mark, 49 Festnahmen wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Bedrohung. Diese Massenschlägerei, bei der Libanesen und Inder aufeinander losgingen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die katastrophale Situation, in die die zuständigen Berliner Verwaltungen durch den unaufhörlichen Zustrom von Asylbewerbern geraten sind. Täglich reisen nach Angaben der Berliner Innenverwaltung zwischen 50 und 100 Asylbewerber nach Berlin ein, fast ausschließlich über den Ostberliner Flughafen Schönefeld.

Die 20 Asylantenheime in Berlin sind derzeit hoffnungslos überfüllt: Während sich ständig etwa 10 000 Asylbewerber, vor allem aus Sri Lanka und Libanon, in der Stadt aufhalten und auf ihren Verfahrensausgang sowie die Weiterverteilung in andere Bundesländer warten, stehen nur wenig mehr als 2000 Heimplätze zur Verfügung. Schon daran scheitert die Wunschvorstellung der Behörden, die Asylbewerber möglichst nach Nationalitäten getrennt unterzubringen, um Auseinandersetzungen zu vermeiden: Dies ist bislang nur in einem einzigen, vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) geführten Heim, gelungen, das ausschließlidh Tamilen aus Sri Lanka beherbergt.

Obwohl es Berlin geschafft hat, die durchschnittliche Verweildauer der Asylbewerber in der Stadt auf durchschnittlich vier Wochen zu begrenzen, hat dies bisher nicht das prekäre Problem der Unterbringung lösen können. Die Asylsuchenden werden nach ihrem Eintreffen in Berlin auf die vorhandenen Heimplätze verteilt, falls diese überhaupt verfügbar sind. Dort erhalten sie dann in der Regel täglich ein Frühstück sowie zwei warme Mahlzeiten entsprechend ihrer nationalen Eßgewohnheiten – schon dies stellt die Behörden vor große Probleme, wenn wie in vielen der Wohnheime nahezu ein Dutzend verschiedener Nationalitäten auf engstem Raum leben.

Wer in einem Heim keinen Platz findet, kommt derzeit in einer der zahlreichen schlecht geführten privaten Pensionen unter. Wenn auch dieser Wohnraum nicht mehr verfügbar ist, sinnen die Behörden verzweifelt nach Alternativen: So werden mittlerweile Schlafmöglichkeiten in leerstehenden Abrißhäusern, kirchlichen Räumen oder Krankenhäusern in Erwägung gezogen – der ungehinderte Zustrom an Neuankömmlingen läßt Berlin keine andere Wahl.

Wenn dann – wie in der Nacht zu gestern – mit geballter Kraft die verschiedenen Temperamente der Asylbewerber aufeinanderprallen, so hat dies für die Rädelsführer wie die festgenommenen 49 Libanesen kaum ernsthafte Folgen. Nach dem geltenden Asylverfahrensgesetz kann eine Ausweisung wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nur vor Stellung des Asylantrags erfolgen. Ist der Antrag einmal gestellt, greift in derartigen Fällen das Ausländergesetz. Dies sieht eine Abschiebung ebenfalls nur dann vor, wenn „schwerwiegende Gründe" eine Gefährdung der Öffentlichkeit erkennen lassen. Dies ist jedoch, so betonte gestern der Sprecher des Berliner Innensenators Heinrich Lummer (CDU) gegenüber der WELT, kaum der Fall, „wenn es lediglich zwischen den Asylbewerbern selbst Auseinandersetzungen gibt".